

Joseph Schumpeter

Publizistik in der Bonner Zeit

für das Schumpeter-Archiv www.schumpeter.info zusammengestellt von Ulrich Hedtke

Mai 2025

Inhaltsverzeichnis

Steuerkraft und nationale Zukunft.....	2
Die Arbeitslosigkeit.....	9
Finanzpolitik.....	16
Finanzpolitik und Kabinettsystem.....	22
Finanzausgleich (I).....	28
Finanzausgleich (II).....	35
Erbschaftssteuer	42
Wen trifft die Umsatzsteuer?.....	49
Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung.....	54
Lohnpolitik und Wissenschaft.....	64
Grenzen der Lohnpolitik	70
Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse	78
Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute	89
Was vermag eine Finanzreform?.....	107
Ökonomie und Soziologie der Einkommensteuer.....	117
Wenn die Finanzreform mißlingt... ..	125
Wandlungen der Weltwirtschaft.....	134
Dauerkrise?.....	141
Weltkrise und Finanzpolitik	148
Kreditpolitische Krisentherapie in Amerika	154
Geist und Technik der Finanzverwaltung	161

Joseph Schumpeter

Steuerkraft und nationale Zukunft¹

Unter allen den Standpunkten, die, jedem Beweise entrückt, das politische Wollen beherrschen, hebt sich einer heraus, von dem aus mancher Gegensatz verschwindet, der für die Fragen von heute und morgen unüberbrückbar scheint: der Standpunkt der nationalen Zukunft, der Standpunkt, daß es denen, die nach uns kommen, besser ergehe als uns und daß ihre Chancen für persönliche Entfaltung und für Geltung in der Welt günstiger seien, als die unseren sind. Niemandem kann bewiesen werden, daß er sich gerade diesen Standpunkt zu eigen machen soll. Tatsache ist nur, daß er an manche der stärksten und besten Instinkte des menschlichen Herzens appelliert und wohl selten prinzipiell abgelehnt wird; und wer nicht gerade bloß den Augenblickserfolg seiner Interessen oder seiner Partei im Auge hat, wird meistens finden, daß er die Dinge von diesem Standpunkt aus betrachtet. Es ist nun eine Tatsache – gleichgültig, wie sie zu erklären sein mag –, daß die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegensätze sich um so mehr abschwächen, je längere Perioden man betrachtet, einen je weiteren Kreis von Wirkungen und Rückwirkungen der einzelnen Maßregel man überblickt. Wer z. B. bloß an das Heute und Morgen denkt, hat ein logisches Recht, wenn er etwa die Interessen der landwirtschaftlichen Kreise vertritt, blind und taub für jedes Gegenargument für tunlichst hohe Schutzzölle einzutreten. Aber diese Schutzzölle haben die fatale Eigenschaft, schon auf die Lage der Landwirtschaft unmittelbar, noch mehr auf die volkswirtschaftliche Gesamtlage und dadurch mittelbar auf die der Landwirtschaft, vollends endlich auf die soziale Position der landwirtschaftlichen Kreise in einer Weise zurückzuwirken, die den errungenen Vorteil zu einem sehr erheblichen Maß illusorisch macht, zum Teil mehr als aufwiegt. Wirtschaftliche und soziale taktische Erfolge ähneln immer mehr oder weniger Pyrrhussiegen, und eine der primitivsten Erfahrungen, die man bei näherer Bekanntschaft mit dem Getriebe des wirtschaftspolitischen Kampfes macht, ist, daß der jeweilige taktische Sieger sich sehr bald zu fragen Anlaß hat: »Wozu haben wir uns eigentlich diese Mühe gemacht und was haben wir davon gehabt?« Aber es ist nicht so einfach, den Standpunkt der langen Periode einzunehmen. Die unmittelbaren Wirkungen einer Politik oder einer bestimmten Maßregel springen in die Augen. Man kann sie in der Regel beurteilen, ohne irgendwelche schwierige Argumente, die eine besondere Technik der Tatsachensammlung und der Gedankenführung erfordern. Die mittelbaren und die entfernteren Wirkungen eines bestimmten politischen Verhaltens kann man meist nicht überblicken, wenn man diese Technik nicht gelernt hat und anzuwenden weiß. Nun ist diese Bedingung aber weder bei Regierungen, noch bei Parlamenten, noch bei der öffentlichen Meinung erfüllt. Man argumentiert und urteilt, wie wenn es eine Fachwissenschaft von wirtschafts- und sozialpolitischen Erscheinungen überhaupt nicht geben würde, und man kann die Ereignisse und die Tendenzen

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. I, 1926/1927, S. 13-16; d. H.

unserer Zeit gar nicht verstehen, wenn man nicht das Faktum berücksichtigt, daß die wichtigsten Entscheidungen auf völlig unzutreffenden Vorstellungen von den beherrschenden Tendenzen der Stunde, von der relativen Bedeutung der einzelnen Erscheinungen unserer Zeit und von deren Gründen und Folgen, beruhen. Unter diesen Umständen ist es sogar ein besonderes und sehr interessantes Problem, warum nicht noch viel mehr Fehlgriffe vorkommen und sich die sachlichen Notwendigkeiten der Situation im großen und ganzen und wenngleich mit vielem Kraftverlust im wesentlichen überall durchsetzen.

Zu den Fragen, die nicht etwa nur nicht sachgemäß beantwortet, sondern die nicht einmal korrekt gestellt werden, gehört auch die Frage der finanzpolitischen Möglichkeiten, die Frage, was einem Volk an finanzieller Leistung zugemutet werden kann, ohne Wirkungen zu erzielen, die die Möglichkeit dieser Leistung selbst auf die Dauer gefährden, die Frage der Steuerkraft.

Wird diese Frage schon nicht, was ja übrigens meist geschieht, einfach mit Schlagworten und Parteiüberzeugungen abgetan, so argumentiert man unendlich einfach etwa in folgender Weise: Nehmen wir an, die Summe der privaten Einkommen in Deutschland (»Volkseinkommen«) sei für das laufende Jahr etwa – natürlich kann es sich nur um die Abschätzung einer Größenordnung handeln, für welche der wichtigste exakte Anhaltspunkt das Resultat der Lohnsteuer im abgelaufenen Finanzjahr ist – mit fünfundfünfzig Milliarden Mark anzusetzen. Davon ist nun das Existenzminimum für die rund fünfzehneinhalb Millionen durchschnittlich vierköpfigen Haushalte abzuziehen. Diese Operation stößt nicht etwa bloß auf die Schwierigkeit der statistischen Feststellung einer Ziffer für durchschnittliche Lebenskosten, sondern auch noch auf die viel größere Schwierigkeit, daß in den Preisen, aus denen sich diese Lebenskosten zusammensetzen, Steuerleistungen enthalten sind, die man für unsere Zwecke erst eliminieren müßte, denn sonst hat natürlich die Gegenüberstellung des Geldausdruckes dieses Minimalbedarfes und der öffentlichen Ausgaben keinen Sinn, weil eine teilweise Doppelrechnung involviert wäre. Das Ärgerliche daran ist, daß die moderne Volkswirtschaftslehre durchaus imstande wäre, die Prinzipien und Methoden anzugeben, nach welchen diese Operation mit einer für alle praktischen Zwecke ausreichenden Annäherung durchgeführt werden könnte, nur daß für diese doch wahrlich wichtige Aufgabe weder Interesse noch Geld vorhanden ist. Es ist daher wiederum nicht mehr als ein Versuch, eine ungefähre Vorstellung von der in Betracht kommenden Größenordnung zu geben, wenn wir dafür zweitausend Mark einsetzen. Von den fünfundfünfzig Milliarden würden also einunddreißig auf die Deckung des Minimalbedarfes abgehen. Bleibt ein Überschuß von vierundzwanzig Milliarden, aus welchem der Bedarf von Reich, Staat und Gemeinden, die für Reparationszahlungen nötigen Summen usw. zu decken wären. Und da diese Posten bekanntlich nicht einmal die Hälfte dieses Überschusses ausmachen, so stünden wir eigentlich vor einem Resultat, das scheinbar ganz erträglich ist. Entgegnet jemand, daß schon der gegenwärtige Geldwert des Vorkriegssparfonds rund zwölf Milliarden beträgt, und daß die übrigen zwölf Milliarden unter Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft des Goldes, auch wenn für Steuern von ihnen gar nichts abginge, sicher weniger sind, als der Betrag, um den die Pyramide der privaten Einkommen vor dem Kriege das Existenzminimum übertrifft –

d. h. jener Betrag, der damals konsumtiv ausgegeben wurde und abgesehen von dem jährlichen Sparfond – so scheint er sehr einfach widerlegt durch einen achselzuckenden Hinweis darauf, daß es natürlich Illusion sei, in der heutigen Welt Vorkriegsverhältnisse rekonstruieren zu wollen.

Den ersten Fehler jeder solchen Argumentation macht man sich am besten am Fall der Reparationen klar, bei deren Festsetzung er besonders sichtbar unterlief: Auf der ganzen Welt, und auch in Deutschland, nahm man einfach an, daß jede Milliarde, die Deutschland zahlt, Deutschland eben eine Milliarde kostet. Und wenn das der Fall wäre, so könnte den früheren Feinden eine billige Rücksichtnahme auf die Lage Deutschlands kaum abgesprochen werden. Aber so ist es eben nicht. Jede gezahlte Milliarde kostet sehr erheblich mehr, d. h. das durch die Zahlung einer Milliarde Deutschland auferlegte Opfer ist wesentlich größer, als es der Entzug einer Gütermenge, deren Preissumme in Deutschland eine Milliarde beträgt, an sich bedeuten würde, denn – wir sehen jetzt von dem an dem Wesen der Sache nichts verändernden Umstände ab, daß die Zahlungen durch ausländische Kreditgewährungen erleichtert werden können, auch durch solche, die mit der Reparation nichts zu tun haben – während sonst jeder internationalen Zahlung ein Gegenwert entspricht, der normalerweise sie kompensiert, so muß in diesem Fall ein Mehr an produktiver Leistung dem Ausland in letzter Linie dargeboten werden, dem keine solche Kompensation entspricht. Und dieses Mehrangebot drückt nun auf die Bedingungen, zu welchen auch der sonstige deutsche Export an Waren und Leistungen vor sich geht, so daß infolge der Reparationszahlungen Deutschland auch für seinen sonstigen Export weniger erhält, als es erhalten würde, wenn keine Reparationen zu zahlen wären. Wie groß dieser Verlust ist, das hängt von der Art ab, wie der Preis der deutschen Exportartikel auf ein Mehrangebot reagiert, von der technisch sogenannten Elastizität der Nachfrage nach deutschen Waren und sonstigen Leistungen. Sicher aber ist er erheblich. Nehmen wir beispielsweise an, daß jede gezahlte Milliarde in die deutsche Wirtschaftsbilanz als ein Ausgang von eineinhalb Milliarden einzusetzen ist, so ist auch damit die Sache noch nicht erschöpft. Denn die eineinhalb Milliarden müssen irgendwie aufgebracht werden, respektive sie müssen aufgeteilt werden, und das kann aus Unkenntnis, aus Rücksicht auf Parteistandpunkte, unter Umständen aus sozialer Ranküne, so geschehen, daß der Geldausdruck des angerichteten Schadens noch wesentlich erhöht wird. Es wäre denkbar – ich will nicht behaupten, daß es der Fall ist – daß jede gezahlte Milliarde ein mit mehreren Milliarden zu bezifferndes Opfer bedeutet. Nebenbei gesagt kommt man zu verschiedenen Resultaten bezüglich der für die Aufbringung solcher Zahlungen geeigneten Maßregeln, je nachdem man den momentanen Entgang an Bedürfnisbefriedigung oder die dauernde Schädigung der nationalen Wirtschaft zu einem Minimum machen will: im ersteren Fall empfiehlt sich direkte und stark progressive Besteuerung, in letzterem, gerade umgekehrt, indirekte, jede Art von Aufwand und auch den Massenkonsum drosselnde, die größeren und größten Einkommen tunlichst schonende.

Dieses Argument kann mutatis mutandis auf alle Leistungen der privaten an die öffentliche Wirtschaft angewendet werden, denen nicht, wie das im großen und ganzen bei öffentlichen

Unternehmungen, Eisenbahnen Z.B., der Fall ist, eine spezifische Gegenleistung entspricht, die der Staatsbürger freiwillig kauft oder doch zu kaufen bereit wäre. Nun ist es eine sehr heikle Frage, ein wie großer Teil des öffentlichen Bedarfes bei der Berechnung der effektiven Belastung durch die öffentlichen Haushalte aus diesem Titel und nach dieser Formel abgestrichen werden muß. Die prinzipielle Schwierigkeit liegt darin, daß die Sache für die einzelnen Leute grundverschieden liegt. Die Ausgaben für Straßenerhaltung z.B. sind für denjenigen, der die Straßen tatsächlich benutzt, häufig ein ganz unverdient gutes Geschäft. Für den, der sie nicht benutzt aber ist es kein Trost und insbesondere für seine Reaktion auf die Steuerzahlung nicht relevant, daß er vieles in Anspruch nimmt, was indirekt von dem Vorhandensein eines Straßensystems abhängig ist. Sozialpolitische Ausgaben sind noch schwerer zu klassifizieren. Denn auch für jene, denen sie nicht direkt zugute kommen, können sie nicht einfach als kompensationslose Belastungen angesetzt werden: Offenbar ist es auch für konservativste Interessen nicht gleichgültig, daß ausreichende Unterstützung die Arbeitslosen als brauchbare Arbeiter und ruhige Staatsbürger erhält – die Wirkung einer solchen Belastung auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte ist davon abhängig, wie weit sie diese Seite der Sache erfassen und darüber hinaus, wie weit sie sozialen Sympathien zugänglich sind. Hingegen ist es ein Denkfehler – für dessen Verbreitung, wie ich glaube, die Autorität von Sir Josiah Stamp verantwortlich ist, – im Inland zahlbare Schuldzinsen und Amortisationsquoten öffentlicher Anleihen aus der Ziffer der Belastung auszuscheiden. Das Argument, daß die Gesamtheit der Zinsiten hier als Gläubiger zurückempfängt, was sie als Steuerschuldner zahlt und daß es sich daher nur um einen durchlaufenden Posten handelt, wäre selbst dann falsch, wenn zufälligerweise ein jeder gerade so viel als Gläubiger zu fordern hätte, was er als Steuerzahler zu leisten hat. Denn was er zu fordern hat, das ist die Gegenleistung für einen hingegebenen Wert. Und was er zu leisten hat, ist ihm um nichts weniger entzogen und wirkt um nichts weniger auf sein Verhalten, wenn es dazu verwendet wird, ihn für die Lieferung jenes Wertes zu bezahlen. Wäre das bekämpfte Argument richtig, so könnte keine Ausgabe des Staates im Inland jemals als Belastung bezeichnet werden. Ist es nun wohl auch nicht möglich, allen diesen Gesichtspunkten erschöpfend Rechnung zu tragen – eine mit ausreichenden Mitteln geführte Untersuchung könnte aber alles bieten, was für die Zwecke praktischer Finanzpolitik wesentlich ist – so ist doch klar, daß die Belastungsziffer dadurch wesentlich reduziert würde, vielleicht um ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtbetrages. Aber der Rest richtet einen Schaden an, der ebenso wesentlich hinausgeht über die Summe, die der Staat tatsächlich empfängt und ausgibt.

Hat man sich auf solche Art ein richtiges Bild von der staatsfinanziellen Belastung gemacht, so steht man erst vor dem eigentlichen Problem – sie in Verhältnis zu setzen zur Steuerkraft, die durch die Differenz: Volkseinkommen minus Minimalbedarf nicht richtig angegeben ist. Jeder weiß, daß die privatwirtschaftliche Organisation der Volkswirtschaft den Möglichkeiten der Besteuerung sehr reale Grenzen zieht, deren Überschreitung sich durch fortschreitend stärkere Rückwirkungen und letzten Endes durch Sinken des Steuerertrags rächt. Aber es könnte scheinen, daß diese Grenzen so elastisch sind, daß man kaum jemals Bestimmtes

über sie aussagen kann. In der Tat, beim gegenwärtigen Stand unseres statistischen und theoretischen Wissens können wir nicht hoffen, auf einige Prozente genau anzugeben, was noch »möglich« ist, ohne die Chancen der kommenden Generationen zu gefährden. Aber ein Urteil läßt sich gleichwohl gewinnen. Daher können wir von der Tatsache absehen, daß die Steuerkraft unter anderem auch von der Einkommensverteilung abhängt – daß eine und dieselbe Summe, auf weniger Leute verteilt, im allgemeinen mehr Besteuerung verträgt, als wenn sie auf viele verteilt wäre. Denn diese Verteilung ist, wie besonders englische Untersuchungen gezeigt haben, für alle Länder und soweit wir zeitlich zurückgehen können, gar bemerkenswert konstant. Sie folgt immer dem Gesetz, das man als Paretos Linie zu bezeichnen pflegt. Auch Krieg und Inflation haben daran nichts geändert – allem entgegengesetzten Anschein zum Trotz.

Das Problem liegt nun ganz verschieden für kurze und für lange Perioden. Für kurze Zeitspannen, wenn Jeder das, was ihm begegnet, als vorübergehend betrachtet, und besonders dann, wenn Jeder innerlich mitgeht mit der Politik, die ihm die Opfer auferlegt – wenn Jeder also bereit ist, mitzuarbeiten an der Überwindung nationaler Not z.B. oder an der Wiederherstellung einer gestörten Währung –, da ist die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft wirklich annähernd durch jene Differenz gemessen und größer, als die der sozialistischen wäre, denn da arbeiten die Leute u.U. ohne jeden Ertrag und selbst mit Verlust ruhig weiter. Erst wenn die Besteuerung in das Privatkapital greift, treten größere Störungen auf – wie denn die Schärfe der Nachkriegskrise in allen Ländern, nirgends aber mehr als in Deutschland, sich zum Teil durch die alle sachlichen Notwendigkeiten des Wirtschaftsablaufs übersehende Brutalität des steuerlichen Zugriffs erklärt.

Ganz anders steht die Sache, wenn es sich um einen Dauerzustand handelt, den die Leute als solchen erkennen und an den sie Zeit haben, sich anzupassen. Dann formt eine ungewohnt hohe Belastung die Lebensgestaltung der Leute um, ihre geschäftlichen und privaten Gewohnheiten, ihre Motivation, ihre Einstellung zum Familienhaus und zum Familienleben. Die alten Ziele – Begründung einer Familienposition z.B. – werden unerreichbar oder sinnlos, soziale Stellung kann ein Passivposten werden, den man schließlich als Quelle von Unannehmlichkeiten ebenso meidet, wie man ihn früher als Quelle von Befriedigungen erstrebte. Aufwand wie Rücklage werden dann mit anderen Augen betrachtet und, schließlich fragt man sich: »Wozu?« Daß dem so ist und daß es ein gefährliches Unterfangen bedeutet, die Wirtschaftsform des Privateigentums prinzipiell festzuhalten, gleichwohl aber ihre Triebfedern zu lähmen, das weiß man. Aber es herrscht die Meinung vor, daß der Reichtum der Privatwirtschaften recht viel verträgt und den oberen Schichten auch dann immer noch genug übrigbleibt, um sie bei der Stange zu halten, wenn man sie dauernd so besteuert wie jetzt.

Es gibt eine ganze Reihe von Erträgen – z.B. Monopolgewinne, Renten natürlicher Produktionsfaktoren, *echte* Zufallsgewinne –, die in dem hier relevanten Sinn und abgesehen von der Rücksicht auf Sparen und auf kulturelle Rückwirkungen eine Besteuerung von annähernd 100% »vertragen«. Aber wenn wir uns der hypothetischen Ziffern erinnern, von denen wir ausgingen, und im Sinn unseres Mottos: Schicksal der kommenden Generationen – an einem jährlichen

Sparfonds von annähernd zwölf Milliarden festhalten, so bleiben als Fonds für alle den Existenzbedarf überschreitenden Ausgaben der Privatwirtschaften ebenfalls zwölf Milliarden übrig. Das stimmt auch insofern, als vor dem Kriege bei uns von dem das Existenzminimum überschreitenden Betrag des Volkseinkommens ungefähr ebensoviel erspart, als ausgegeben wurde (in England war das anders: Der Sparfonds blieb dort gegenüber dem Konsumtionsfonds erheblich zurück). Und es ist klar, daß die gegenwärtigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte und die Zulagen zu den Existenzminima, die im System der Privatwirtschaft nötig sind, um die Maschine in Gang zu erhalten, zusammen einen größeren Betrag ausmachen, mithin ein großer Teil jenes »Sparfonds« verzehrt werden muß, eine Tatsache, die erst im Zusammenhalt mit der Ziffer der Bevölkerungsvermehrung und der Absperrungspolitik der meisten Länder gegen den fremden – und besonders den deutschen – Arbeiter in das richtige Licht rückt.

Zum gleichen Ergebnis führt auch folgende Überlegung: Man kann wohl, ohne viel Widerspruch befürchten zu müssen, sagen, daß die Einkommen aus Löhnen und Gehältern keine wesentliche Zusammendrückung vertragen und daß das gleiche für die Einkommen aus Kapitalzins gilt in einem Lande, für das Kapitalbildung eine Lebensfrage ist und in dem soviel alter – steuerlich viel leistungsfähigerer – Reichtum vernichtet wurde. Es ist eine – exakt nachweisbare – Eigentümlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß sie die Tendenz hat, diese Einkommen auf die Dauer in gerade der Höhe festzusetzen, die ausreicht und nicht mehr als ausreicht, um das betreffende Angebot an Leistungen hervorzurufen. Nun gehen wir aber nicht weit fehl, wenn wir die Summe der Arbeitslöhne mit 60%, die der Angestellten- und ähnlichen Einkommen mit 20%, die der Zinseinkommen mit 10% der gesamten Einkommenssumme veranschlagen – von welcher also wohl 90%, wenngleich in einem andern Sinn als wir das Wort früher gebrauchten, als volkswirtschaftliches Existenzminimum, als jenes Minimum bezeichnet werden kann, dessen Vorhandensein Voraussetzung für das Funktionieren der Volkswirtschaft auf schon erreichtem Niveau ist. In den restlichen 10% finden wir dann jene früher erwähnten besonders leistungsfähigen Steuerobjekte, zum größten Teil aber die Unternehmergewinne. Von diesen läßt sich zwar nicht dasselbe behaupten wie von Lohn und Zins: Ihre Höhe hat keine so enge Beziehung zur Größe des Angebots an »Unternehmerleistung«. Aber dafür sind sie keine schlechthin dauernden Einkommen – sie sind Prämien für Neugestaltungen des Produktionsprozesses, die die Konkurrenz jeweils nach und nach vernichtet, und die wichtigste Quelle der Kapitalbildung; daher, wenngleich aus anderem Grund, ein noch empfindlicheres Steuerobjekt als Zins oder Lohn.

Überflüssig, das Ergebnis zu formulieren. Es ist klar genug und bleibt dasselbe, was immer für Ziffern – innerhalb der Grenzen möglicher Meinungsverschiedenheit darüber – wir auch an die Stelle der unseren setzen mögen. Doch sei betont, daß das Gesagte nicht als eine – oft gehörte – Predigt zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben aufzufassen ist. Eine solche hätte heute wenig Sinn. Denn abgesehen von politischen und administrativen Unmöglichkeiten, abgesehen davon, daß Sparpolitik etwas ist, was zu raten banal und nur praktisch durchzuführen wertvoll ist, kann jeder leicht das Experiment machen, daß der durchschnittliche Deutsche, auch

wenn er noch so sehr über die Steuerbelastung klagt, durchaus nicht geneigt ist, die Funktionen seines Staates – was doch nötig wäre – einschränken zu lassen. Nur wissen müssen wir, daß wir zum Teil von dem leben, was denen, die nach uns kommen, fehlen wird und wie ihr Schicksal, so auch ihre Stellung in der Welt bessern könnte. Manches kann geschehen, um die Wirkung dieser Tatsache abzuschwächen. Die wichtigste einzelne Maßregel wäre steuerliche Schonung, womöglich völlige Steuerbefreiung dessen, was gespart wird. Das würde die Leute von heute veranlassen, die nötigen Opfer in höherem Maß auf das Konto des Gegenwartskonsums zu nehmen, als es geschieht, eine Verschiebung zwischen Spar- und Konsumtionsfonds zugunsten des ersteren bewirken. Es ist ja nicht wahr, daß das steuertechnisch unmöglich oder politisch unerreichbar ist: Die Steuertechnik ist schwierigeren und weit weniger nützlichen Aufgaben vollständig gewachsen, und die politische Durchsetzung einer Maßregel, die vor allem das künftige Schicksal der Massen verbessert, kann keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.

Über jede solche Maßregel hinaus aber müssen wir der grundsätzlichen Bedeutung des Tatbestands ins Auge sehen. Ist eine mit den Lebensnotwendigkeiten des Kapitalismus auf die Dauer unvereinbare Belastung gleichwohl ein Dauerzustand, den man nicht rückgängig machen *kann*, letzten Endes vielleicht gar nicht mehr rückgängig machen *will*, so muß man aufhören, so zu denken, zu reden und zu handeln, wie wenn dieses von uns selbst gelähmte System noch immer unser Um und Auf wäre und wir trotzdem von ihm ein neues neunzehntes Jahrhundert erwarten könnten. Man muß nach neuen Formen suchen und nach Mitteln, die Impulse und Zielsetzungen und Methoden, die wir ersticken, durch andere zu ersetzen – und nicht bloß tastend und treibend, was uns Kraftverlust und Kapitalaufzehrung bringt, sondern bewußt und rationell. Die Praxis der einzelnen hat einen Weg ja schon eingeschlagen: Die letzte Phase der Konzentrationsbewegung wäre gar nicht verständlich ohne die Tatsache, daß das Interesse des einzelnen Unternehmers an individueller Betriebsführung – und zum Teil sicher als Folge der Steuerpolitik – rapide erkaltet.

Joseph Schumpeter

Die Arbeitslosigkeit¹

Die beschämende Unklarheit, die in den weitesten Kreisen über die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit herrscht, und die nicht weniger beschämende Tatsache, daß an verantwortlichen Stellen der Politik, des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Meinung oft jedes Gefühl für die Pflicht fehlt, eine Erscheinung, die man bekämpfen will, vorher zu verstehen, dürfen nicht der Wissenschaft zur Last gelegt werden. Denn die Wissenschaft bietet tatsächlich alles, was wir zum grundsätzlichen Verständnis der Erscheinung brauchen², so daß unter Sachkundigen lediglich Meinungsverschiedenheiten in der Diagnose konkreter Fälle einer Zeit oder eines Landes bestehen können. Auch die Notwendigkeit jeder allgemeinen Erkenntnis, um sie einer solchen Diagnose dienstbar zu machen, eine Menge von zum Teil schwer feststellbaren Einzeltatsachen ein- und anzufügen und gegebenen nationalen, weltwirtschaftlichen und politischen Konstellationen und Machtpositionen Rechnung zu tragen, die das Problem oft zu etwas ganz anderem machen als zu einer Frage wirtschaftlicher Vernunft, erklärt jene Unsicherheit nur zum Teil. Hauptsächlich kommt sie aus der Quelle, aus der alle Verirrungen und Unzulänglichkeiten wirtschaftspolitischer Argumentation fließen, aus der organisierten Voreingenommenheit fast aller Beteiligten: Der Eine hält es für seine Pflicht, schlechthin jede Maßregel zugunsten der Opfer der Arbeitslosigkeit zu billigen, und wittert schon in der bloßen Frage, ob sie auch einen Sinn hat, Mangel an Sympathie und feindliches Interesse, der Andere sieht in jeder solchen Maßregel »kalten Bolschewismus«. In solcher Luft kann keine Erkenntnis gedeihen und überhaupt nichts anderes als die Phrasen, »Feststellungen« und »entrüsteten Zurückweisungen« der dazu angestellten oder freiwilligen Vertreter politischer und wirtschaftlicher Gruppen. An der Schwelle der folgenden Bemerkungen, die lediglich das Verständnis der Erscheinung und die Bildung eines vernünftigen Urteils über ihre Ursachen erleichtern sollen, bitte ich den Leser um zwei Dinge: Einmal um Aufmerksamkeit für eine Analyse, die nur dann einfach sein könnte, wenn sie falsch wäre. Sodann um einen Geist der Wissenschaftlichkeit, der nach der Wahrheit und nicht danach fragt, ob diese Wahrheit angenehm ist oder nicht.

Wie notwendig diese Mahnung ist, beweist die Art, wie die bekannten Darlegungen Professor *Cassels*³ über unser Problem aufgenommen worden sind. Soviel ich sehe, hat man sein Argument moralisch mißbilligt, als ultraliberal abgetan – wie wenn damit irgendetwas gesagt

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt, Bd. 1, 1926/1927, S. 729–732; d. H.

² Trotzdem gibt es keine gute und einfache Einführung in das Problem, das eine Literatur von über 2000 Nummern hat. Die beste, die ich weiß, ist das von einem Committee unter Vorsitz von W.I. Layton herausgegebene Buch: *Is unemployment inevitable?*, das aber bloß auf englische Verhältnisse eingestellt ist.

³ Ich meine den Artikel, der in vielen deutschen Blättern am 28. September 1926 erschien, seine Replik »Selbstkritik«, z.B. Soz. Praxis vom 24. Februar 1927 und seinen neuen Aufsatz über die Neugestaltung der Weltwirtschaft.

wäre – und nicht in einem einzigen Fall ernsthaft analysiert. Die Folge ist natürlich, daß die Überlegenheit des schwedischen Gelehrten im hellsten Lichte strahlt und uns zum Bewußtsein gebracht wird, wieviel wir auf diesem Gebiet noch zu lernen haben. Knüpfen wir an seinem Grundgedanken an und fragen wir uns. Hat er Recht? Ist er der wahre Sozialpolitiker, der entlarvt, was die Lage nur verschlimmert, und uns den Weg zeigt, der *auch vom Standpunkt des Arbeiterinteresses* der richtige ist – in der Tat von *jedem* Standpunkt, außer dem des Politikers, der sich ausgeschaltet sähe wie der Arzt, dessen Patienten alle gesund werden?

Der Grund, der die Arbeitslosigkeit unserer Zeit nach Ansicht Prof. Cassels erklärt, heißt. Mangelhafte Beweglichkeit der Arbeit. Diese Auffassung kann als in der Wissenschaft herrschend¹ bezeichnet werden und wird bewiesen wie folgt. Denken wir uns für den Augenblick das Geld aus der Volkswirtschaft fort, so daß der wirtschaftliche Verkehr zu einem direkten Austausch von Waren und Dienstleistungen wird. Dann ist klar, was durch das Dazwischenkommen des Geldes und der Zahlungsmittel des Bankverkehrs verschleiert wird, nämlich, daß jedem Angebot eine Nachfrage, jeder Nachfrage ein Angebot entsprechen *muß* und daß das eine immer das andere hervorruft, weshalb es normalerweise und auf die Dauer keine allgemeine Überproduktion geben kann. Was wir Überproduktion nennen, ist nichts anderes als die Erscheinung, daß die Erzeugung in einem Zweig oder in einigen Zweigen sich so ausdehnt, daß deren Produkte ihres Komplements an anderen Produkten ermangeln, also verfehlte Verteilung der Produktionsmittel auf die Produktionszweige vorliegt: *Überproduktion in einigen Richtungen ist notwendig Unterproduktion in anderem*. Bei freier Konkurrenz und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Arbeit das wesentliche Element *aller* Produktionsprozesse ist, folgt daraus unmittelbar, daß es *zu dem Lohnsatz, der sich bei völlig freien und unbeeinflussten Lohnverträgen ergeben würde*, auf die Dauer keine allgemeine Arbeitslosigkeit gehen könnte. Wäre Arbeit vollständig »beweglich«, d. h. könnten die Arbeiter, die in irgendeiner Branche arbeitslos sind, sich ohne weiteres auf andere Verwendungen umstellen, so würde es *immer und notwendig eine Nachfrage für Ihre Arbeit* in anderen Industrien geben, deren Unterproduktion im Zug des Hinüberwanderns von Arbeit und Kapital gleichzeitig beseitigt würde. Woraus weiter folgt, daß soweit die Ursachen einer *mehr als temporären* Arbeitslosigkeit nur in Umständen liegen können, welche die Arbeiter an dieser Umstellung hindern.

Unzählige Male hat man seit mehr als hundert Jahren versucht, diesen Gedankengang zu widerlegen. Allein richtig verstanden ist er unangreifbar und der Leser kann darüber beruhigt sein, daß jeder grundsätzliche Angriff darauf mit der Niederlage des Angreifers enden muß. Aber von dieser Erkenntnis bis zu ihrer praktischen Anwendung führt ein Weg, der genau so weit ist, wie der Weg von einem Theorem der reinen Mechanik bis zum Bau einer Brücke. Wohl erklärt unser Theorem manche Fälle der Arbeitslosigkeit unmittelbar, so alle die, welche auf der Schwierigkeit des Erwerbs neuer Qualifikationen, auf sozialen Hemmungen

¹ Sie herrscht überall dort, wo man gelernt hat, ökonomisch zu denken. So antwortete mir ein hervorragendes Mitglied der englischen Labour Party vor einigen Tagen auf meine Frage nach seiner Ansicht über die Ursachen der Arbeitslosigkeit prompt: »Imperfect mobility of labour.«

(»Stehkragen«), auf Hindernissen der Ortsveränderung usw. beruhen, Momente, von denen manche der wichtigsten – wie die Feindseligkeit fremder Länder gegen die Person und das Produkt gerade des deutschen Arbeiters – durch den Krieg an Bedeutung noch gewonnen haben. Und dazu gehört ohne jeden Zweifel auch die Gewerkschaftspolitik und zwar nach zwei Richtungen: Soweit es den Gewerkschaften gelingt, den Lohn über dem Satz eines freien Arbeitsmarktes zu halten – und das wollen sie doch – ist Arbeitslosigkeit die notwendige Folge. Soweit sie ferner, um das zu können, den Zuzug von Arbeitern aus anderen Zweigen erschweren – und das tun sie zweifellos –, machen sie zu dauernder Arbeitslosigkeit, was sonst nur temporäre gewesen wäre. Es scheint, daß Professor Cassel mit diesen einfachen und unbestreitbaren Sätzen in ein Wespennest gestochen hat. Aber die Entrüstung war nicht nur kindisch, sondern auch ganz überflüssig, weil es doch kein beleidigender Vorwurf ist, daß die Interessenvertretungen der Arbeiter ihre unmittelbare Pflicht tun wie andere Interessenvertretungen eben auch. Übrigens läßt sich beweisen, daß die Gewerkschaften dadurch das Interesse der Arbeiterklasse als solcher nicht notwendig schädigen. Denn die Gesamtsumme des Reallohnes in einer Volkswirtschaft kann bei diesem Verfahren größer sein, als sie wäre, wenn *alle* Arbeiter beim *Lohnsatz des freien Arbeitsmarktes* beschäftigt wären. In diesem Fall würde der Arbeiterschaft also aus der Gewerkschaftspolitik selbst dann ein Vorteil erwachsen, wenn sie ihre arbeitslosen Genossen ganz aus eigener Tasche zu erhalten hätte. Auch gestattet die tatsächliche Lohnhöhe in Deutschland die Vermutung, daß die Gewerkschaftspolitik bei uns im Gegensatz zu England und Nordeuropa recht wenig von der tatsächlichen Arbeitslosigkeit erklärt.

Aber das vorgeführte Argument setzt freie Konkurrenz unter den Unternehmern voraus. Und natürlich besteht diese nicht in unserer Volkswirtschaft, die sich vielmehr fortschreitend vertrustet. Wenn die Unternehmer, sei es verabredet, sei es auch nur tatsächlich, geschlossen vorgehen, statt miteinander zu konkurrieren, dann fehlt der Zwang, die Produktion bis zu dem Punkt auszudehnen, an welchem die gesamte Arbeiterschaft beschäftigt wäre. Vielmehr ergibt sich dann die Möglichkeit, durch Einschränkung der Produktion auf eine geringere Menge monopolähnliche Gewinne zu machen, auch wenn keine Industrie zu einem Monopol im strengsten Sinn des Wortes zusammengeschlossen ist. Die Folge kann sehr wohl dauernde Arbeitslosigkeit eines Teils der Arbeiterschaft sein. Für einen einheitlichen Verband aller Unternehmer wäre es sogar vorteilhaft, absichtlich eine solche Arbeitslosigkeit hervorzurufen und zu erhalten, um die eigene taktische Position im Lohnkampf zu stärken und die der Gegenseite zu schwächen. Ich behaupte nicht, daß sich die Unternehmerverbände tatsächlich von einer solchen Absicht leiten lassen. Aber nach der Logik der Situation läge eine derartige Politik außerordentlich nahe, nirgends mehr als in Deutschland, wo das Fehlen einer leistungsfähigen konservativen Partei und einer allseitigen Einsicht in wirtschaftliche Notwendigkeiten einen Zustand der Unsicherheit geschaffen hat, der die Leute ohne Unterlaß bedroht und leicht zu einer solchen Handlungsweise drängen kann.

In mindestens *einem* wesentlichen Punkt also kommen wir zu einer ganz anderen Diagnose als Professor Cassel, obgleich wir von derselben theoretischen Grundlage ausgingen wie er.

Wir können sogar noch einen weiteren wichtigen Schritt in der gleichen Richtung tun. Von altersher und auch heute wird als eine der wesentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit vielfach die »Rationalisierung« des Produktionsprozesses betrachtet, also einerseits die Ersetzung der Handarbeit durch Maschinen und andererseits die »Taylorisierung«. Übereinstimmung herrscht darüber, daß dadurch *temporär* Arbeitslosigkeit erzeugt wird, denn in der Regel ist ja zweifellos die Entlassung von Arbeitern die nächste Folge und deren Resorption durch den industriellen Körper ist bekanntlich ein schwieriger und schmerzvoller Prozeß, der Zeit braucht. Übereinstimmung besteht ferner darüber, daß das letzte Jahrzehnt eine Zeit besonders energischer Rationalisierung war. Zweifellos also erklärt sich ein Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit auf diese Art, wenngleich die Dürftigkeit des statistischen Materials keine verlässliche Schätzung gestattet. Aber noch besteht keine Übereinstimmung über die Frage, ob Rationalisierung Arbeitslosigkeit als *sozialen Dauerzustand* bewirken kann. Wie wir hier nicht nachweisen können, ist sie zu verneinen, abgesehen von relativ seltenen Ausnahmefällen. Tatsächlich *gewinnt* die Arbeiterschaft auf die Dauer durch jede Produktionsverbesserung – die Hebung ihrer Lebenshaltung im Lauf des 19. Jahrhunderts ist wesentlich darauf zurückzuführen. *Aber auch dieser Satz gilt nur bei freier Konkurrenz.* Ebenso wie die Unternehmer nur bei freier Konkurrenz unter jenem Druck stehen, der bei gegebener Produktionsmethode kraft innerer Notwendigkeit die Beschäftigung der gesamten Arbeiterschaft verbürgt, ebenso verbürgt nur freie Konkurrenz die Resorption der Arbeiter, die infolge technischer Verbesserungen arbeitslos werden, und das Funktionieren jenes Mechanismus, der die Arbeiter zu Teilhabern am Resultat dieser Produktionsverbesserungen macht. Monopolistisch zusammengeschlossene oder auch nur nicht völlig frei miteinander konkurrierende Unternehmer haben die Möglichkeit und ein Interesse, durch Beschränkung der Produktion auf ein geringeres Maß *gerade diese Wirkungen der freien Konkurrenz auszuschalten.* Offenbar ist das aber der Fall unserer Zeit und unseres Landes. *Und deshalb wird wahr, was sonst nicht wahr ist,* nämlich daß die Rationalisierung tatsächlich Arbeitslosigkeit als *Dauerzustand* begründet.

Die übrigen Ursachen der Arbeitslosigkeit treten demgegenüber zurück, wenn sie gleich nicht fehlen. Mangelnde Eignung vieler Leute, welche Krieg und Inflation auf den Arbeitsmarkt geworfen haben, unausgeglichene Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, politische Hemmungen und Unsicherheiten erklären gewiß manches. Doch flaut die Bedeutung dieser Momente und besonders der vergangenen Währungswirren nach und nach ab. Die große Ursache der temporären aber periodischen Arbeitslosigkeit, der Konjunkturzyklus, kommt augenblicklich und gerade für Deutschland nicht sehr in Betracht, auch der Währungs- und Kreditpolitik kann gegenwärtig – wie immer man die Rolle dieses Moments in der jüngsten Vergangenheit beurteilen mag – unmöglich viel zur Last gelegt werden. Gewiß ist Arbeitslosigkeit immer ein komplexes Phänomen, zusammengesetzt aus vielen Elementen, deren Bedeutung von Monat zu Monat schwankt und die, grundverschieden in ihrem Wesen, ganz verschiedene Behandlung verlangen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß man die gegenwärtige Ziffer der Arbeitslosigkeit nicht einfach mit Vorkriegsziffern vergleichen darf. Denn sie wird geschwellt durch

viele Umstände, die das Problem noch ernster erscheinen lassen, als es ist: Das Auftreten verarmter Rentner, die Vernichtung von Sparsummen, mit denen sich der Arbeitslose vor dem Kriege half, die vollständigere Erfassung, die Unmöglichkeit wirksamer Kontrolle einer so großen Zahl von Leuten, deren Nebenbeschäftigungen sich leicht der Feststellung entziehen¹, das Wegfallen der Abneigung gegen Inanspruchnahme der Unterstützung. Aber alles das bietet wohl Probleme statistischer Erfassung und verwaltungstechnischer Behandlung, aber keine Probleme ökonomischer Analyse. Wir müssen uns mit dem Hinweis begnügen und kehren zu dem Argument zurück, das uns den Kern der eigentlichen Schwierigkeit der heutigen Lage zu enthalten scheint.

Herrschte freie Konkurrenz, so würden wir dem Gedankengang Professor Cassels auch, was seine Beurteilung der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandsarbeiten anlangt, weitgehend zustimmen müssen. Wir hätten bloß zu betonen – und wir wären überzeugt, dabei auch ganz im Sinn Professor Cassels zu sprechen –, daß ein Argument, das die ökonomischen Schäden einer solchen Politik dartut, noch lange nicht heißt, daß man irgendjemand verhungern lassen soll. Der wissenschaftliche Nationalökonom hat seinem Volk zu zeigen, was es tut, und zu verhindern, daß aus Unwissenheit gehandelt werde. In klarer Erkenntnis der Sachlage aber mag dann die Praxis tun, was sie will. Wir hätten ferner einige Verfeinerungen an seinem Gedankengang anzubringen, so zum Beispiel den Nachweis, daß es nicht ganz richtig ist zu sagen, daß Notstandsarbeiten die Nachfrage nach Arbeit auf die Dauer nicht vermehren, weil das für sie nötige Kapital irgendwoher genommen werden muß, wo es wohl ungefähr ebensoviel Arbeiter beschäftigt hat. Abgesehen davon, daß durch die Staatsinitiative ein toter Punkt überwunden werden und vom Standpunkt des einzelnen Landes das vorhandene Kapital auch durch eine auswärtige Anleihe vermehrt werden kann, übersieht das Argument die wichtige Tatsache des »erzwungenen Sparens«. Wenn Notstandsarbeiten finanziert werden entweder durch Kreditexpansion oder durch Steuern, die mit Summen gezahlt werden, die anderenfalls konsumiert worden wären, so wird dadurch für die Zukunft neue Nachfrage nach Arbeit geschaffen, wie schon Lederer Cassel entgegengehalten hat; ähnlich wäre über eine rationelle Subventionspolitik² – nicht zu verwechseln mit der, die heute betrieben wird – und endlich selbst über die volkswirtschaftliche Wirkung der Arbeitslosenunterstützung einiges zu erinnern³, worauf wir bei anderer Gelegenheit zurückkommen wollen. Aber der Kern des oben dargelegten Arguments würde dadurch nicht berührt.

Da nun aber keine freie Konkurrenz herrscht, sondern ein System von quasimonopolistischen Organisationen, in denen wir die Ursache eines großen, seiner Natur nach dauerbaren und grundsätzlich besonders interessanten Teiles der Arbeitslosigkeit sehen, so liegt der Fall

¹ Die Zahl der in diesem Sinn zuviel Gezählten ist vermutlich nicht unbedeutend. In einem Fall, in dem der Empfang der Unterstützung an Teilnahme an einem Lehrkurs geknüpft wurde – was schon aus anderen Gründen nachahmenswert ist – blieben 20% der Leute aus.

² Wobei auch Sir A. Monds durchaus nicht unvernünftiger Gedanke zu Ehren kommen würde.

³ Das Beste – im Grunde das einzige von wissenschaftlichem Rang –, was über dieses Thema gesagt wurde, findet sich bei A.C. Pigou, *Economics of Welfare*.

theoretisch und praktisch anders. An sich scheint das Heilmittel nahe genug zu liegen: Im Gegensatz zum populären Vorurteil, das in den Kartellen ein Mittel sieht, Überproduktion und eben dadurch Arbeitslosigkeit zu vermeiden, wäre offenbar ein legislatorischer und administrativer Vernichtungskampf gegen sie das wahre Heilmittel. Und wir scheinen einen Gesichtspunkt gewonnen zu haben, an dem sich die schwankende Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Kartellen orientieren könnte. Aber so einfach liegt die Sache leider nicht. Vor allem sind die Kartelle, Trusts und Konzerne unentbehrlich geworden für die Durchsetzung mancher Produktionsfortschritte, die den Rahmen der einzelnen Unternehmung überschreiten. Ihre Vernichtung würde in wichtigen Beziehungen technischen und kommerziellen Rückschritt bedeuten. Dann aber kann sich kein einzelnes Land über die Tatsache hinwegsetzen, daß sich die Völker Europas in Kampfstellung gegenüberstehen. Das mag sehr bedauerlich sein, und es ist wohl möglich, daß Europa heute den Typus einer unzweckmäßigen Lebensform darstellt und seine Zukunft hinter sich hat. An Deutschland liegt das gegenwärtig wahrlich nicht, aber auch Deutschland muß damit rechnen. Und in einer solchen Kampf Atmosphäre bewährt sich eine monopolistisch durchorganisierte Industrie, die eine bewußte Politik machen kann, besser als die Konkurrenzwirtschaft.¹

Daraus folgt zunächst, daß das Argument Professor Cassels mindestens die deutschen Arbeitslosenunterstützungen nicht trifft. Denn wenn die monopoloiden Preis- und Absatzpolitik die wahre Ursache der dauernden Arbeitslosigkeit ist, gleichwohl aber auf die monopoloiden Organisationsformen nicht verzichtet werden kann, so ist die Unterstützung der Arbeitslosen gerade so ein unvermeidliches Element unserer Wirtschaftsordnung wie diese Arbeitslosigkeit selbst: *Es sei denn, daß man sich dazu entschließt, die monopoloiden Gebilde durch staatlichen Eingriff zu der Preis- und Absatzpolitik zu zwingen, zu der die Unternehmerschaft bei freier Konkurrenz automatisch gezwungen wäre.* Das führt nun unvermeidlich noch viel weiter: Schon diesen Zwang ausüben heißt eigentlich, in den wesentlichsten Punkten die Oberleitung der Industrie übernehmen. Und nicht nur würde der dazu geschaffene Apparat tatsächlich immer weiter greifen – er hätte dann auch rein sachliche Gründe. Der technische Fortschritt wird immer mehr Sache spezialisierter Facharbeit, deren Resultate nur durch korporative oder staatliche Aktion praktisch werden können. Die Frage liegt nicht zwischen dem einzelnen Unternehmer und der öffentlichen Gewalt, sondern zwischen dieser und der Unternehmerschaft als Kollektivum². Zu diesen technischen treten wirtschaftspolitische Notwendigkeiten hinzu und schließlich auch sozialpolitische und politische überhaupt. Mag sein, daß allseitiger Verzicht auf monopolistische Experimente letzten Endes allen Beteiligten am meisten frommen würde. Ich leugne keine der Erkenntnisse der wissenschaftlichen Theorie in dieser Richtung. Ich sage nur mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbeamten: »Die Konkurrenz ist vortrefflich, aber

¹ Namentlich können durch internationale Kartellvereinbarungen Schranken des Exports überwunden werden, die sonst unüberwindlich sind. Auch kann Monopolpolitik dem Druck der Transferverpflichtung auf die Preise deutscher Exportwaren entgegenwirken, ein sehr wichtiges Moment.

² Die stärksten Ansätze zu einem solchen Kollektivhandeln der Unternehmerschaft, das auf eine außerordentliche Planwirtschaft hinausläuft, gibt es in den Vereinigten Staaten.

tot.« Deshalb, freilich *nur* deshalb, kann unter den gegebenen Umständen das Problem der Arbeitslosigkeit nur in einer – nicht notwendig staatlichen – Planwirtschaft gelöst werden. Von welcher Seite auch man die Sache betrachtet – ich spreche das ganz ohne Begeisterung aus und teile alle wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Bedenken, die man jemals dagegen aufgeführt hat –, stets sieht man nur das Eine: das Ende der individualwirtschaftlichen Form der Produktion und des Lebens.

Joseph Schumpeter

Finanzpolitik¹

Wie die einzelne Handlung eines Menschen ihren Sinn und Wert aus seiner Gesamtpersönlichkeit empfängt, so empfängt die einzelne finanzpolitische Maßregel ihren Sinn erst aus der Finanzpolitik heraus, deren Bestandteil sie ist. Auch die vollkommenste Analyse der Wirkungen einer einzelnen Maßregel, z.B. der Erhöhung oder Herabsetzung unserer Hauszinssteuer, und die entschiedenste Stellungnahme zu diesen Wirkungen vom Standpunkt eines Interesses oder eines Ideals muß notwendig unzulänglich bleiben und kann nie für sich allein und ohne Rücksicht auf den Zusammenhang, in dem sie steht, als richtig oder falsch bezeichnet werden. Und die Finanzpolitik selbst ist das Destillat aller Zustände und Vorgänge, des ganzen Seins und Werdens eines Volkes – kann nur daraus verstanden, beurteilt und vor allem praktisch gemacht werden. Sie dient zunächst der Stunde, die ist, den Notwendigkeiten einer gegebenen Situation. Aber auch soweit sie nicht mehr tut als das, ist sie niemals ein Spezialgebiet wie die Viehseuchengesetzgebung, die als solche und für sich behandelt werden kann, sondern – und das macht den Reiz und die Schwierigkeit aus, ohne welche Finanzpolitik Referentenstümperei und Finanzwissenschaft das langweiligste Wissensgebiet auf Gottes Erdboden ist – immer das Résumé aller sozialen, politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und auswärtigen Lebensverhältnisse und Beziehungen eines Volkes, und ihr Erfolg oder Mißerfolg, ihre Richtigkeit oder Falschheit, ihre Größe oder Unzulänglichkeit hängt davon ab, ob sie auf einer zutreffenden Diagnose aller dieser Dinge beruht und diese Diagnose zutreffend ins Finanzielle übersetzt. Doch hat sie mehr zu tun als das. Sie muß nicht nur in die Sprache von Budget und Steuergesetz übertragen, was heute ist, sondern auch was morgen sein wird, und vorbereiten, ermöglichen und erleichtern, was außenpolitisch, wirtschaftlich und sozial zu tun sein wird. Deshalb hat es gar keinen Sinn, einzelne Maßregeln oder auch allgemeine Grundsätze und Gerechtigkeitsideale so zu erörtern, wie es sowohl der Politiker als auch das Lehrbuch tut, nämlich wie »Dinge an sich«, die einzeln empfohlen oder abgelehnt werden könnten. Eine Vermögensabgabe in den Anfängen einer Inflation kann unter Umständen eine Währung retten und ein Jahr später ihr den Rest geben. Eine Umsatzsteuer kann in manchen Situationen die weitaus mildeste von allen möglichen Maßregeln sein, in einer anderen eine Ungeheuerlichkeit. Der Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit war um die Jahrhundertwende der entscheidende, in weniger glücklicher Lage kann er Unsinn und Phrase sein. Nun ist diese Erkenntnis von größter Wichtigkeit bei der Beantwortung der Frage, was heute geschehen kann, um unser *Finanzsystem so umzubauen, daß es aus einem Bleigewicht zu einem Motor wird*. Der einzelne Interessent natürlich, Arbeiter, Industrieller, Rentner, Landwirt betrachtet die Sache ganz mit Recht gerade vom Standpunkt

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 1, 1926/1927, S. 827-830; d. H.

der einzelnen Wirkung der einzelnen Maßregel. Aber wenn die Finanzpolitik selbst nichts anderes tut, als aus den sich so ergebenden Forderungen im Weg des parlamentarischen Kompromisses die Resultante zu finden, ist sie zu endlichem Mißerfolg verurteilt und kann aus unserer, an sich durchaus nicht verzweifelten, Finanzlage recht wohl etwas machen, was dieses Prädikat verdienen könnte. Lasse sich der Leser deshalb einige historische Bemerkungen nicht verdrießen, die unseren Gesichtspunkt hervorheben sollen.

Vor allem ist Finanzpolitik Wirtschaftspolitik. Beides ist untrennbar. Man kann ebensowenig erfolgreiche Finanzpolitik machen, ohne zu wissen, was man wirtschaftspolitisch will, wie erfolgreiche Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen. Darüber hinaus ist die Finanzpolitik jeder Zeit einerseits die *Grundlage*, andererseits die *Folge* jeder anderen Art von Politik. Am deutlichsten sieht man das an den einfacheren Verhältnissen weiter zurückliegender Zeiten. Die gegebene und unabänderliche Lage und Aufgabe, die Colbert, der große Finanzmann des Zeitalters Ludwigs XIV, vorfand, war: Einer Gesellschaft, die dadurch entstanden war, daß der Adel über die Bauernschaft und das Königtum über den Adel gesiegt und diesen in einen Hof- und Militäradel verwandelt hatte, als welcher er gleichwohl die herrschende Schicht blieb und ernährt und beschäftigt werden wollte, die nötigen materiellen Mittel bereitzustellen, d.h. nach Deckung der auf das unvermeidliche Minimum herabzudrückenden Schuldzinsen und Verwaltungskosten unmittelbar dem König und mittelbar der Aristokratie einen möglichst großen Überschuß für Hofhalt und Kriegführung zu liefern. Das tat er bekanntlich – und zunächst mit erheblichem Erfolg – nicht durch einfaches Zugreifen, auch nicht durch finanzielle Einzelmaßnahmen, sondern – und das erklärt den Erfolg und macht seine Größe aus – durch ein umfassendes System der Industrie-, Handels- und Kolonialpolitik, das auf einer großartigen Erkenntnis der industriellen und kommerziellen Möglichkeiten der Zeit und des Wesens und der Entwicklungstendenzen des sozialen Körpers beruhte, mit dem er es zu tun hatte. Seine Finanzpolitik war nur Außenwerk und Folge dieses Schaffens und würde uns ohne dieses schlechthin unverständlich und bedeutungslos erscheinen. Er hat nicht etwa versucht, an den Steuerprivilegien des Adels und der Kirche zu rütteln, er hat die Verwaltung gewissenhaft geführt und im einzelnen verbessert, aber nicht von Grund aus umgestaltet. Er hat keinen neuen Steuergedanken gehabt oder durchgesetzt, namentlich blieben Taille und Gabelle was sie waren. Alle Mittel der Finanzpolitik, die er anwandte, waren die alten. Und doch war es eine ganz neue Finanzpolitik. Manchen ähnlichen Zügen begegnen wir in der Finanzpolitik der preußischen Landesfürsten 1640-1740, welche den Grund zur Größe des preußischen Staates legte und ohne die schon Friedrich der Große unmöglich gewesen wäre. Hier war der Sieg der landesherrlichen Gewalt noch vollständiger, so daß die Staatsmaschine ausschließlich auf die Dynastie eingestellt wurde, aber nicht so vollständig, daß es ohne Kompromisse mit dem Adel abgegangen wäre. Der wichtigste Punkt dieser Kompromisse war wieder seine Freiheit von direkten Steuern, und da es in diesem Land von Bauern und Junkern ein industrielles und

kommerzielles Bürgertum nur in Anfängen gab, so wurde die Wiedergewinnung der großenteils verlorengegangenen Krondomänen zur wichtigsten finanzpolitischen Aufgabe. Die Klarheit, mit der das erfaßt, und die Energie, mit der das durchgeführt wurde, waren bewunderswert – bis rund 1800 blieben die vortrefflich verwalteten Domänen die Hauptquelle der Einnahmen. Das war gar nicht selbstverständlich, denn ebensogut hätte man sich ja auch den Ständen in die Arme werfen können, was zu einer ganz anderen sozialen und politischen Entwicklung geführt hätte. So aber wurde eine gewaltige Basis fürstlicher Macht geschaffen, die ihrerseits Mittel und Bewegungsfreiheit zu einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik gab, durch die dann wiederum die ursprünglichen in Italien entwickelten Methoden der indirekten Besteuerung gewinnbringend wurden.

Aber das nächstliegende und lehrreichste Beispiel für unsere These, daß die Finanzpolitik eine Wirtschafts-, Sozial- und überhaupt allgemeine Politik ist, bietet die liberale Finanzpolitik in *England* zwischen dem ersten Budget des großen Ministeriums Peel (1841) und dem letzten Budget Goschen (seinem sechsten 1892). Das große daran war nicht der allerdings fabelhafte äußere Erfolg. Das was daran so sehr zu bewundern ist, das ist die Reinheit und Entschiedenheit, mit der Gesamtlage und Gesamtleben der Nation darin Ausdruck fanden. Und das geschah nicht etwa jeweils hinterher mit einer Art von finanzpolitischem Treppenwitz, sondern an den Höhepunkten, welche die Namen von Peel und Gladstone bezeichnen, vorausschauend, schöpferisch, die Zukunft gestaltend. Mit Recht umstrahlt noch heute ein magischer Glanz die Budgetreden von Gladstone in den Jahren 1853 und 1860. Diese Politik drückte eine *Gesellschaftsform* aus und nicht nur die, welche damals *war*, sondern zugleich die, welche damals *wurde* und die nächsten fünfzig Jahre beherrschte: Die Gesellschaftsform des industriellen, kommerziellen und finanziellen Bürgertums als entscheidenden Faktor, der zwar nie direkt politisch herrschte, an dem sich aber die unmittelbar herrschende Schicht, der Politik treibende Adel, orientieren mußte und tatsächlich orientierte – so sehr, daß er seine nächsten wirtschaftlichen Interessen, die agrarischen, freiwillig opferte. Sie drückt den *Produktionsprozeß* dieser Gesellschaft und die ihm entsprechende *Gestaltung des privaten Lebens* aus: Den *Produktionsprozeß der Konkurrenzwirtschaft*, zu dessen Wesen es gehört, daß die Produktion in jedem Zweige von einer großen Anzahl auf sich selbst gestellter, voneinander unabhängiger Firmen durchgeführt wird, und jene Lebensgestaltung, deren Wesen im bürgerlichen Familienhaus und den Motiven und Arbeitszielen des bürgerlichen Hausvaters liegt. Endlich drückte sie auch die konkrete Sachlage des Tages aus, die tatsächliche industrielle Überlegenheit Englands und die Unmöglichkeit, diese Überlegenheit anders als durch volle Freiheit der Privatwirtschaft voll zu entfalten. So war sie vor allem eine Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftspolitik des Freihandels nach innen und außen. Sie war auch eine Sozialpolitik, die Sozialpolitik des »free breakfast table«, der Hebung des Reallohns – sachlich erfolgreicher und politisch wirksamer als jemals eine Sozialpolitik war, denn sie hat bis zur Jahrhundertwende das Auseinanderklaffen der Nation in Sozialisten und Nichtsozialisten verhindert, und macht den sozialen Gegensatz in England noch heute zu etwas anderem als er auf dem Kontinent ist. Sie war ferner eine koloniale und äußere Politik:

Vom Ministerium Sir Robert Peels geht jene Wandlung in der Einstellung Englands zu kolonialen und außenpolitischen Fragen aus, die Politik der Ententen, Entspannungen, Problemlösungen, deren größter Repräsentant Gladstone war. Die Summe ziehend aus den Notwendigkeiten der nationalen und sozialen Lage ist diese Finanzpolitik in allen diesen Richtungen initiativ: Als Wirtschaftspolitik heilte sie zunächst die Lage, die Peel vorfand, als er zum zweiten Male »die Hände küßte«, Defizit, Stagnation, Massenelend, soziale Unruhe. Nicht nur das – sie löste auch den gewaltigen Aufschwung aus, der dann einsetzte. Als Sozialpolitik schuf sie, wie gesagt, die Daten der sozialpolitischen Lage der Zukunft. Und jene Einstellung zu außenpolitischen Fragen wurde in der Praxis des Alltags auch ganz anders orientierten Außenministern – der erste, der das am eigenen Leibe erfuhr, war Palmerston – einfach so aufge nötigt, daß die Finanzminister zu einer andersgearteten Politik das Geld nicht hergaben.

Die Technik und die einzelnen Maßregeln dieser Finanzpolitik gewinnen nur von da aus ihren Sinn. So schon die Politik der Ausgabenseite, das rücksichtslose Sparen (*retrenchement*): Das Sparen hat in diesem System einen ganz anderen Sinn als sonst. Auch Colbert »sparte«, aber das hieß für ihn nur, daß er gewissenhaft verwaltete und die notwendigen Betriebskosten der Staatsmaschine zu reduzieren strebte – der Überschuß der Einnahmen darüber hinaus konnte gar nicht groß genug sein. Gladstone sparte anders. Ihm handelte es sich darum, der Privatwirtschaft so wenig wie möglich zu entziehen. Denn das Privathaus war Zentrum und Selbstzweck jener Lebensform, ihm fielen grundsätzlich und mit möglichst wenig Ausnahmen alle Kulturaufgaben zu. Und ebenso grundsätzlich und mit tunlichst wenig Ausnahmen sollte eine Entfaltung militärischer Machtmittel im Dienst der äußeren Politik eigentlich nicht vorkommen. Die Überschüsse über das Existenzminimum des »Nachtwächterstaates« sollten so klein wie möglich sein und wesentlich nur der Verbesserung der finanziellen Lage des Staates, besonders der Schuldentilgung, dienen. Das ist wesentlich auch für das Verständnis der Einnahmepolitik. Denn diese hat nur Sinn bei relativ zum Volksreichtum sehr geringer Gesamtbelastung. Nur dann ist schon ihr *erster Grundsatz* überhaupt durchführbar, daß Steuern zu vermeiden oder abzuschaffen sind, welche Produktion und Handel von den Wegen ablenken, die sie, sich selbst überlassen, einschlagen würden. Nur dann aber namentlich der zweite, daß die Verbrauchssteuern und auch die direkten Objektsteuern auf ein Minimum zu beschränken und möglichst durch die Einkommensteuer zu ersetzen sind. Nur bei relativ geringer Belastung ist die Einkommensteuer – diese große Steueridee der liberalen Ara – wirtschaftlich, nur wenn es sich um Besteuerung einer aus zahllosen Einzelfirmen bestehenden Konkurrenzwirtschaft handelt, ist sie technisch zweckmäßig – nur aus Verhältnissen, die diesen Bedingungen genügen, ist sie erwachsen, und nur dann gibt sie dem Finanzsystem jene »Elastizität«, die ihm nachgerühmt worden ist. Sonst aber versagt sie, d. h. es treten alle die Wirkungen auf, unter denen wir heute leiden, und die das Gefühl ihrer Unerträglichkeit hervorrufen. Das wußten Miquel und Böhm-Bawerk genau so gut wie Gladstone. Doch können wir hierbei nicht verweilen.

Wollten wir die einzelnen Grundsätze dieser Politik auf die *staatsfinanzielle Lage des Deutschland von heute* anwenden, so würden wir verfahren wie jemand, der einen großen Arzt

an einem Fall von Krebs erfolgreich tätig sah und daraufhin einen Fall von Tuberkulose derselben Behandlung unterwerfen würde. Jene Zeit ist vergangen, kehrt nie mehr wieder, und es heißt die Gedanken jener Politik mißverstehen und mißbrauchen, wenn man einzelne davon kopiert. Aber ihre Methode, die Methode Finanzpolitik zu machen aus einer volkswirtschaftlichen Konzeption heraus und als Kern und Grundlage aller anderen Politik – die ist unvergänglich. Sie ist der richtige Ausgangspunkt für eine Kritik der Finanzpolitik des Reichs wie für den Umbau seines Finanzsystems. Von dem Standpunkt, den wir so gewinnen, kann das Urteil über das, was seit der Reichsgründung bis heute geschehen ist, nicht günstig ausfallen. Wohl haben sich die großen Notwendigkeiten der Zeit ja schließlich auch bei uns immer durchgesetzt. Aber das tun sie immer. Worauf es ankommt, ist, sie vorauszusehen und zu gestalten. Das gelang von allem Anfang an nicht. Die Unzulänglichkeit der finanziellen Basis, die das Reich bei seiner Geburt mitbekam, erklärt sich nur daraus, daß die Entwicklung seiner Bedürfnisse falsch gesehen war. Bismarck war nie groß als Finanzpolitiker, und damals war er noch überhaupt keiner, denn die Urlaubszeiten, die er dem Studium dieser Dinge widmete, kamen erst später. Und dieser Geburtsfehler wurde erst 1919 gutgemacht – alle sogenannten Reichsfinanzreformen hinkten der Entwicklung nach und sind nichts als systemlose Konglomerate von Palliativen. Nur die finanzielle Vorbereitung des Krieges ist so etwas wie Finanzpolitik gewesen, aber auch sie kannte keine weiten Horizonte. Über die Finanzpolitik des Krieges selbst konnte auch dann kein Urteil zu streng sein, wenn politisch und militärisch alles noch so glücklich verlaufen wäre. Dann kam die Tat, die wirklich einmal sich dadurch heraushebt, daß sie eine große soziale und politische Notwendigkeit zur Geltung brachte und eine *gesehene* und *gewollte* nationale Zukunft zu gestalten suchten: Der Bau des *zentralistischen Finanzsystems des Reichs*. Wenn das, was auf dieser Grundlage zunächst versucht wurde (Erzberger, Wirth usw.) so vollständiger Mißerfolg war, so lag das wiederum nicht nur an den gewiß gewaltigen Schwierigkeiten der gegebenen Sachlage, sondern daran, daß man, von den innenpolitischen Forderungen statt von einer Diagnose der wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit ausgehend, sich mit Methoden zu helfen suchte, die eine derartige Anspannung nicht vertragen: Das einheitliche Finanzsystem steht, weil es eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit *richtig*, die Steuerpolitik Erzbergers *steht nicht*, weil sie andere wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten nicht oder *falsch* zum Ausdruck gebracht hat.

Die Finanzpolitik der Stabilisierungszeit bedurfte keiner Diagnosen und keiner weiten Horizonte. Denn ihr war ein alles beherrschendes unmittelbares Ziel diktiert. Vielleicht kann man noch ähnliches für das *Reformwerk von 1925* sagen, das nur juristische und technische Ordnung in das finanzpolitische Chaos bringen und dabei höchstens noch das Allerunmöglichste ausscheiden sollte. Aber damit war nun Freiheit und Spielraum für finanzpolitische Gestaltung des deutschen Schicksals gewonnen, um so mehr als die Finanzlage günstig und das Ausmaß der auswärtigen Verpflichtungen im wesentlichen fixiert war. Und *daraus wurde bisher nichts gemacht*. Keine führende Erkenntnis, kein führender Gedanke, keine führende Kraft lenkte, was weiter geschah. Die Finanzverwaltung schwamm in den Strömen der öffentlichen Meinung des

Tages, erfüllte systemlos Wünsche hier und da, ohne zu irgendeiner der finanzpolitischen Grundfragen Stellung zu nehmen. Und so war das Resultat – außer einigen so gut wie wertlosen Steuererleichterungen – der Etat für 1927, dessen tatsächliches Defizit – samt der dahinterstehenden Gefahr einer Inanspruchnahme der Reichsbank – günstiger Geschäftsgang gewiß noch einmal in einen Überschuß verwandeln kann, der aber auch dann die ernststen Warnungen *Stolpers*¹ nur zu sehr rechtfertigt. Was aber sonst? Was sind die Gesichtspunkte, die »Diagnosen«, als deren Folge sich die einzelnen Maßregeln einer einheitlichen Finanzpolitik ergeben würden, die Ziel und Zweck hätte? Nun – hier die Überschriften der Kapitel, aus denen eine Antwort bestehen würde:

1. Die unmittelbare Lage ist noch nicht gefährlich, aber nur deshalb nicht, weil wir *Reserven* haben, vor allem die *Umsatzsteuer*, deren verfehlte Herabsetzung so wenig fühlbar war als eine Heraufsetzung sein würde, und die *Getränkesteuer*, deren Ausbaumöglichkeiten zu bestreiten lächerlich wäre. Defizitanleihen, Inflation können wir uns nicht einmal als Möglichkeiten leisten.

2. Man muß wissen, ob man *Föederalismus oder Zentralismus*, ob man Gemeindeautonomie auch finanziell oder überhaupt nicht will. Denn Ausgaben- und Einnahmepolitik muß in denselben Händen liegen, sonst kann es nie zielbewußte Finanzwirtschaft geben, sonst wird immer der Steuerpflichtige leiden und immer das Defizit drohen.

3. Wir müssen wissen, daß die *soziale Entwicklung* nicht zurückzuschrauben und eine erhebliche Reduktion der Gesamtsumme des Staatserfordernisses eine Illusion ist. Gewiß müssen wir sparen, aber nur, damit der Überschuß über die Kosten der Staatsmaschine möglichst groß ist, der Überschuß, den wir brauchen wie Colbert, nur nicht wie er für Hof und Heer, sondern den gewandelten Machtverhältnissen entsprechend für andere Zwecke.

4. Und wir müssen endlich wissen, daß wir keine *Konkurrenzwirtschaft* vor uns haben, deren steuerpolitisches Kind die Einkommensteuer war, sondern eine täglich fester *durchorganisierte Planwirtschaft*, in der es zweckmäßiger ist, daß der Staat direkt auf ihren Ertrag greift, statt die einzelnen Einkommen erst auszahlen zu lassen und ihnen dann mit ungeheurem Aufwand für ihn selbst und unerträglichen Schikanen für den Staatsbürger nachzulaufen.

Joseph Schumpeter

Finanzpolitik und Kabinettsystem¹

Finanzpolitik ist Politik: Noch so klare Erkenntnis der Richtung und der Mittel der Finanzpolitik, welche die Zeit einem Volke gebietet, noch so tiefes Erfassen aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notwendigkeiten, die nach ihrem finanzpolitischen Ausdruck verlangen, muß theoretische Übung bleiben, wenn es an den politischen Organen und Methoden gebricht, um sie erfolgreich durchzusetzen. Dieser Punkt muß geklärt sein, ehe man zu einem Urteil über die deutsche Finanzpolitik und die Natur ihrer Schwierigkeiten und Probleme gelangen kann. Zu seinem Verständnis sollen diese Zeilen beitragen, wobei allerdings, wie ich fürchte, wir nicht so sehr sehen werden, wie Deutschland zu einer erfolgreichen Finanzpolitik, als vielmehr, warum es nicht so leicht dazu gelangen kann.

Die Denker und Praktiker früherer Zeiten, welche das geschaffen haben, was man die offizielle Theorie – um nicht zu sagen Lebenslüge – der Demokratie nennen kann, waren sich nicht genügend klar über die Bedeutung einer starken und freien Exekutivgewalt. Aber heute wird so allgemein anerkannt, daß hier der Zentralpunkt alles erfolgreichen Handelns politischer Körper liegt und daß Demokratie steht und fällt mit ihrer Fähigkeit, geeignete Leute in die Stellungen von politischer Verantwortung zu bringen und ihnen darin ausreichende Autorität und Bewegungsfreiheit zu sichern, daß ich über diesen Grundsatz selbst kein Wort zu verlieren brauche. Es ist auch ohne weiteres klar, daß und warum starke Stellung der Exekutive auf finanzpolitischem Felde noch unentbehrlicher ist als sonst: Es gibt nämlich andere Gebiete, z.B. die Medizinalgesetzgebung, welche das Volk in der Regel dem Urteil eines kleinen Kreises von Fachleuten überläßt. Es gibt andere Gebiete, z.B. die deutsche Außenpolitik von heute, welche wenigstens oft von einer einheitlichen Überzeugung der großen Mehrheit aller ernstzunehmenden Leute beherrscht werden. In beiden Fällen funktioniert die demokratische Maschine so, wie es eigentlich ihrer Ideologie entspricht, bedarf es daher keiner starken Regierungsgewalt. Niemals kann für absehbare Zeiten die Finanzpolitik zur ersten, nur ganz ausnahmsweise (vgl. unsere Stabilisierungspolitik) kann sie zur zweiten Gruppe gehören. Mehr als jede andere Politik kann sie nur von einer starken Stellung aus gemacht werden, weil nur von einer solchen aus der tägliche Kleinkampf geführt werden kann, der ihr charakteristisch ist. Wolle der Leser sich das recht praktisch und lebendig vorstellen: Es gibt im ganzen gewaltigen Staatsapparat keine Abteilung, es gibt in der ganzen Volkswirtschaft keinen Erwerbszweig und keine Gruppe, es gibt im ganzen Volk keinen Stand und keine Klasse, die nicht auf den Finanzminister losstürmen würde, entschlossen, ihm ohne jede Rücksicht auf Gesamtwohl und Vernunft sein Budget zu ruinieren, – und Leute, die jeden Augenblick bereit wären, Blut und Leben für das Vaterland hinzugeben, haben, verwandelt von grauer Alltagssorge und beherrscht von ihren

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 1, 1926/1927, S. 865-869; d. H.

Interessenvertretern, da keine Spur von Rücksicht für eben dieses Vaterland und seine Zukunft. Das berührt den Finanzminister nun nicht unmittelbar, soweit seine Kollegen ihre Pflicht tun und nicht der Mißbrauch einreißt, daß sich ein jeder mit seinen Wünschen direkt an das Finanzministerium wendet: Ist diese Bedingung erfüllt, so kommen alle Forderungen zusammen mit den jeweils gegebenen »Besitzständen« der Abteilungen, Parteien und Gruppen – welche von den Interessenvertretern verteidigt werden wie seinerzeit der Paß der Thermopylen von den Spartanern – im Weg der anderen Ressorts an die einzelnen Abteilungen des Finanzministeriums. Dieses soll sich nun nach bester Tradition nicht auf ein Nein oder einen Hinweis auf finanzielle Unmöglichkeit beschränken – diese Waffe wird zu schnell stumpf –, sondern auf eine sachliche Kritik eingehen: Gladstone hat in diesem Stadium zur Erbitterung seiner Kollegen sogar Fragen der äußeren Politik und damit zusammenhängende militärtechnische Probleme erörtert. Aber nur für solche große Dinge hat der Minister den Kampf zu führen, im übrigen sind dazu seine Geheimräte da, die denn auch in endlosen Sitzungen und unter steten Gefechten – mitunter sind es Scheingefechte – alle »Besitzstände« und Neuforderungen zu vorläufigen Budgetziffern verdichten. Doch jetzt kommt die Sache, kommen insbesondere die unausgeglichene Differenzen in das Kabinett, in welchem der Finanzminister ein Element einer Tafelrunde ist, deren übrige Elemente kraft Logik der Situation gegen ihn verschworen sind und Gesichter machen, wie wenn sie sagen wollten: »Ach Gott, machen Sie doch nicht immer überflüssige Schwierigkeiten. Sie müssen ja doch nachgeben. Wir wissen ohnehin, was Sie sagen wollen. Es gibt wichtigere Dinge als die Finanzen. Und das Unmögliche möglich zu machen, dazu sind Sie da.« Insbesondere kann nicht leicht einer der Minister den Finanzminister gegen einen anderen unterstützen, weil sich dieser vielleicht schon beim nächsten Punkt der Tagesordnung rächen könnte. Und dann der Reichstag und die Parteien außerhalb des Reichstags usw. – mit all den ernstgemeinten und den nur taktisch gemeinten Forderungen, von denen die letzteren oft plötzlich, ohne daß es jemand wollte, noch viel ernster werden als die ersteren.

Auf keinem anderen Gebiet der Politik ist das ganz so schlimm und Autorität des verantwortlichen Mannes ganz so nötig. Und weil jeder wenigstens bis zu einem gewissen Grad und grundsätzlich, d.h. wo es sich nicht um seine eigenen Wünsche handelt, das einsieht, so hat man so gut wie überall versucht, die Stellung des Finanzministers ganz unabhängig von der Stellung der Gesamtregierung zu privilegieren und mit Schutzwällen zu umgeben. Bekanntlich auch bei uns, in Fortsetzung einer guten alten preußischen Tradition: Unser Finanzminister hat gewisse kleine Privilegien, die ihm auch die Geschäftsordnung des Reichskabinetts sichern soll und von denen ein beschränktes Veto gegen neue Beamtenstellen hervorzuheben ist. Aber diese Schutzwälle sind von Papier. Wenn sich der Leser das eben Gesagte vor Augen hält, so muß er auch einsehen, daß und warum ein starker Finanzminister solche Sonderrechte nicht braucht und ein schwacher damit nichts anfangen kann. Denn schon im Ministerrat bleibt bei ernsten Differenzen mit oder ohne papierene Garantien doch nur die Vertrauensfrage: Wenn alle anderen Mitglieder des Kabinetts etwas wollen, was der Finanzminister nicht will, so nützt es in einem so kleinen Kreise gar nichts, wenn er formell nicht überstimmt werden kann. Kann er aber die

Vertrauensfrage mit Erfolg stellen – was eben voraussetzt, daß er nicht ohne weiteres ersetzbar ist oder daß Reichstag und Öffentlichkeit das Fallenlassen eines Finanzministers grundsätzlich mißbilligen, Voraussetzungen, die bei uns nicht gegeben sind – dann kann es überhaupt nie dazu kommen, daß sich der Finanzminister hinter einen Paragraphen flüchten muß. Schützt ihn nichts anderes als dieser, so ist er schon geschlagen, ganz so wie wenn er tatsächlich überstimmt wäre, und eine unhaltbare Situation geschaffen. Aber abgesehen davon hat es ja gar keinen Sinn, die Stellung eines Finanzministers in einer schwachen Regierung zu stärken, denn diese kann ja nicht, wie sie will. Angenommen selbst sie fügte sich ihrem finanziellen Kollegen, so würde das eben nur dazu führen, daß er sie umreißen kann, aber nicht dazu, daß das Schiff Richtung hielte. Übrigens liegt die Hauptschwierigkeit der Finanzpolitik heute gar nicht bei den Ausgaben, sondern bei der Unmöglichkeit, die Leute, Minister, Reichstagsmitglieder, Interessenvertreter – von ihren vorgefaßten Meinungen über die Einnahmepolitik abzubringen. Da steht es besonders schlimm: Mit großer Ruhe nimmt jedes Kabinett Maßregeln hin, die aller gesunden Vernunft Hohn sprechen – aber ein jedes schaudert vor der Ungeheuerlichkeit, das Glas Bier um einige Pfennige zu verteuern.

Verachten wir gleichwohl nicht das Wenige, was durch formelle Bestimmungen erreicht werden kann. Ganz ohne Bedeutung ist schon jenes Vetorecht nicht. Bei Kleinigkeiten wirkt es. Und es würde noch mehr wirken, wenn es ausgebaut würde, was ja durchaus möglich wäre. Auch andere Methoden hat die Praxis aller Länder gefunden, welche im Endeffekt die Stellung der Finanzverwaltung stärken. Vor allem können Parteien und Parteimitglieder in der Stellung von Anträgen, deren Annahme Ausgaben zur Folge hätte, und überhaupt von finanzpolitischen und finanzpolitisch relevanten Anträgen durch Geschäftsordnungen zeitlich und sachlich beschränkt werden, ein Gedanke, der sich besonders in Frankreich recht gut bewährt hat und ebenfalls ausbaufähig ist. Der Laie macht sich keine Vorstellung, welche Wohltat das für die Parteien selbst wäre. Sie würden dadurch der unerträglichen Notwendigkeit überhoben, der sich heute auch der ernste Parteimann nicht entziehen kann und die jeder ernste Parteimann selbst bedauert, miteinander finanzpolitisch zu konkurrieren und beim Überbieten vor den Wählern Dinge zu versprechen, die sie selbst für unsinnig halten und Dinge zu bekämpfen, von deren Richtigkeit sie überzeugt sind. Die besten Männer unseres öffentlichen Lebens wären sicherlich glücklich, wenn sie auf so manches, was von ihnen verlangt wird, antworten könnten: »Ja gewiß – aber leider ist die Frist vorüber.« Oder: »Kein Zweifel – aber leider ist ein solcher Antrag unzulässig.« Ansätze zu solcher Praxis haben wir ja, und wenn man beobachtet, wie eifrig von ihnen Gebrauch gemacht wird, so kann man die Folgerung nicht ablehnen, daß ihre Ausdehnung keine politische Unmöglichkeit wäre. Ebenso wichtig und erzieherisch wertvoll ist die strenge Konzentration der ganzen Einnahme- und Ausgabepolitik im Budgetgesetz. Im Grunde ist das unentbehrliche Voraussetzung jeder geordneten Wirtschaftsführung und für die Ausgaben auch grundsätzlich anerkannt. Auf der Ausgabenseite würde es sich nur darum handeln, mit dem Mißbrauch der Nachtragskredite zu brechen, diese auf festumschriebene Anlässe nationaler Notwendigkeit zu beschränken und etwa an hochqualifizierte Majoritäten zu binden.

Aber auch die Einnahmepolitik, d.h., also jede Neuerung der Steuergesetzgebung gehört ins Budgetgesetz. Nur so erhalten Reichstag und Staatsbürger ein Gesamtbild der Finanzpolitik, das als solches erörtert werden kann. Nur so wird die ununterbrochene Beunruhigung der Wirtschaft vermieden, die abscheuliche Gewohnheit, alle zu bedrohen und niemand zu befriedigen. Vor allem ist es eine Tatsache, daß dieselben Politiker, die außerhalb der Budgetberatung nur Verachtung für die Stimme der finanziellen Vernunft haben, innerhalb der Budgetberatung es gleichwohl an finanzpolitischem Gewissen nicht fehlen lassen – eben weil in ihrem großen Rahmen sich der einzelne Punkt zu allen anderen von selbst in Verhältnis setzt und nicht bloß so betrachtet werden kann, wie wenn er der einzige wäre.

Schwäche der Regierung kann zum Teil auch gutgemacht werden durch finanzpolitische Kultur der Öffentlichkeit. Frankreich hat seit 1871 bis zum Antritt des gegenwärtigen Ministeriums lauter schwache Regierungen gehabt, aber Kammer und öffentliche Meinung verlangten von selbst nichts Unvernünftiges. Und die Erfolge der amerikanischen und englischen Finanzpolitik waren nicht, wie man oft annimmt, bloße Folge großen Reichtums, sondern u.a. auch der Tatsache, daß der einfachste Mann die Lebensnotwendigkeiten unseres Wirtschaftssystems versteht und sogar meist die wichtigsten Ziffern des Budgets zur Kenntnis nimmt. Das ist bei uns nicht so. Warum es nicht so ist, das wäre eine interessante Frage, denn an geringerer Kultur überhaupt kann es unmöglich liegen – in dieser Beziehung müßte es vielmehr umgekehrt liegen. Wir müssen uns hier mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit mühseliger finanzpolitischer Erziehung des Staatsbürgers im Laufe der Zeit begnügen. Die deutsche Wissenschaft ist nicht schuldlos dabei, denn sie erzieht ja die Interessenvertreter, welche die Meinung der Parteien machen und aus deren Mund die verkehrten Argumente kommen. Sie hat andere große Leistungen aufzuweisen, aber sie lehrt nicht ausreichend die Technik des ökonomischen Denkens.

Doch die größte Schwierigkeit unserer Finanzpolitik liegt darin, daß es unserer Demokratie bisher nicht gelungen ist, das ihr eigentümliche Zentralorgan zu entwickeln, das Kabinett, dessen Wesen wir noch kaum verstehen, obgleich wir natürlich seine gesetzlichen Konturen abschreiben konnten. Trotzdem gibt es für uns praktisch keine andere Möglichkeit wirksamer politischer Führung als die, welche das Kabinettsystem bietet, und solange wir dieses nicht handhaben können, werden wir überhaupt keine Führung haben. Denn woran man sonst noch denken könnte, ist entweder überhaupt nicht geeignet für einen Staat, wie z. B. das weitaus erfolgreichste System, das die Geschichte kennt, nämlich das der katholischen Kirche, oder doch nicht für den unseren, wie z.B. das System der Sowjets oder das des Faschismus. Das heißt nicht, daß das Kabinettsystem ein Ideal oder eine ewige Notwendigkeit ist, sondern nur, daß wir augenblicklich keine andere Wahl haben, auch in einer Monarchie nicht hätten, denn diese könnte unter den gegebenen Umständen auf die Dauer nur repräsentierende Funktionen haben. Aber hat die moderne Demokratie nicht noch eine zweite Art von Zentralorgan entwickelt, das amerikanische Präsidialsystem? Ja – aber diese Form ist nur juristisch und technisch vom Kabinettsystem verschieden und drückt mit ihrer Konzentration der Macht in der Hand eines direkt gewählten Mannes, dessen bloße Sekretäre die Minister sind, nur *das* in voller

Reinheit aus, was auch das Wesen des Kabinettsystems ist und in ihm nur undeutlich und durch historisches Beiwerk verhüllt zum Ausdruck kommt – weshalb die Betrachtung seiner historischen Entwicklung leicht einen falschen Eindruck hervorruft. Überblicken wir sie gleichwohl, der Kürze halber nur für England.

Wenngleich sich jeder Fürst schon immer des Rates von Leuten bedient hat, die immer zerfielen in Große, deren Macht zur Berücksichtigung ihrer Ansichten und Interessen zwang, und in die eigentlichen vertrauten Ratgeber, so läßt sich doch die offizielle Einrichtung eines Geheimen Rates (privy council) erst seit Heinrich III. (1216-1272) nachweisen. Im Weg einer von der öffentlichen Meinung als Mißbrauch empfundenen Übung bildete sich aus diesem zur tatsächlichen Geschäftsbehandlung ein engerer Kreis, der seit der Zeit Karls I. Kabinettsrat (cabinet council) genannt wurde. Und der juristische und sonst offizielle Sprachgebrauch blieb seither derselbe, auch die Fiktion blieb aufrecht, daß dieses Kabinett gleichsam ein Ausschuß des Geheimen Rates sei, obgleich sich in der Folge das Wesen der Sache änderte, weil der Kampf zwischen Parlament und Krone mit dem Sieg des Parlaments endete. Als daher nach 1688 Wilhelm III. versuchte, mit einem Kabinett zu regieren, das aus von ihm ausgewählten Leuten seines Vertrauens bestand, so ging das nicht: Die Minister setzten im Parlament nichts durch, mißtrauten einander, stritten miteinander. Seit den Tagen Macaulays erzählt nun ein politischer Historiker nach dem anderen sehr anschaulich, wie diese Schwierigkeit behoben wurde: Auf den Rat von Sunderland verzichtete der König darauf, seine »Ratgeber« nach eigenem Geschmack zu wählen und setzte das Kabinett aus Leuten zusammen, die derselben Koterie angehörten, miteinander kooperieren konnten und wollten und über die Majorität des Unterhauses verfügten. Was aber nicht ausreichend betont wird, ist, daß dieses neuartige »Kabinett« niemals einfach aus gleichgestellten Kollegen bestand, sondern daß es auch innerhalb desselben immer Führende und Geführte und vor allem Einen gab, der das Steuer des Schiffes hielt. Das brauchte Zeit, um sich einzuleben. Erst seit Walpole läßt sich jeweils zweifelsfrei angeben, wer dieser Steuermann war. Die Öffentlichkeit empfand auch das als Mißbrauch, und Sir R. Walpole wurden die Ausdrücke »Erster Minister«, »alleiniger Minister« als Anklagen und Schimpfworte zugerufen. Doch schon unter den Pelhams stabilisierte sich das System und seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts »bildete« dieser erste Minister das Kabinett, ' wenngleich, interessant genug, seine überragende Stellung formell, d.h. im Hofzeremoniell, erst 1905 anerkannt wurde. Das Wesen dieser Stellung ist nicht, daß er Führer einer Parlamentsmajorität ist, sondern daß er der Führer der Partei ist, die im *Lande* herrscht, Herr über die Parteimaschine, der mächtigste Mann seines Volkes, der wahre König. Der springende Punkt ist, daß er Ministerpräsident wird, *weil* er die Macht hat, und nicht, daß er etwa Macht hat, weil ihm König oder Parlament dieses Amt verleihen. So schafft sich, entstanden bloß zur *Kontrolle und Kritik* die Demokratie ihre Fähigkeit, *zu handeln, und anders nicht*. Wo die Lage eine solche Stellung ausschließt, wie auch in England im Fall von Koalitions- oder Minderheitsregierungen (wichtigste Beispiele: Losbrechen der Peelites von der konservativen Partei, Losbrechen der Unionisten von der liberalen, Minderheitsregierung Macdonald), da funktioniert das System schlecht und nur bei sehr

hoher politischer Kultur überhaupt. Und nur ein Finanzminister, der entweder ein solcher Ministerpräsident selbst *ist* oder einen solchen hinter sich hat, kann starke Finanzpolitik machen.

Die Moral dieser Geschichte, die ja nicht nur, wie uns oft gesagt wird, für besondere Eigentümlichkeiten englischen Wesens wahr ist, sondern die inneren Notwendigkeiten des Systems parlamentarischen Regierens und die einzige Methode ausdrückt, durch welche ein seiner Natur nach handlungsunfähiger Körper ein Organ zum Handeln entwickeln kann: Bis zum Ministerium Hertling war unsere Praxis die, welche in England bis zum erwähnten Systemwechsel Wilhelms III. geübt wurde. Sie kämpfte mit steigenden Schwierigkeiten, je mehr trotz aller Hemmungen der Reichstag an Macht und Aufgaben gewann, und erklärt vor allem die richtungs- und haltlose Finanzpolitik jener Zeit. Das neue System hatte nicht Zeit, sich einzuleben. Und nach dem Zusammenbruch nahmen die Parteien als solche, jede in direkter Fühlung mit anderen Parteien und unter weitgehender Inanspruchnahme der fachlichen Kompetenz der Bürokratie, die Regierung in die Hand. Das mag im Zusammenbruch notwendig gewesen sein, ist aber auf die Dauer der Tod jeder und insbesondere der finanziellen Politik. Die vielköpfigen Führerkreise der Parteien herrschen. Sie bestimmen die Zusammensetzung und das Programm der Regierungen, die auf diese Art in eine unwürdige Agentenstellung kommen. Das Kabinett hat keine Autorität, ist keine Macht. Die Zügel schleifen auf der Erde. Und der Finanzminister sitzt in keinem Sattel, sondern läuft sozusagen seinem Pferde nach: Die deutsche Demokratie ist wie ein Arbeiter mit einer verkrüppelten Hand.

Langsame Entwicklung durch die Jahrzehnte nur kann das ändern. Die soziale und kulturelle Struktur des deutschen Volkes wird erfolgreichen zentralen Parlamentarismus immer sehr erschweren. Unsere kräftigsten Persönlichkeiten werden noch lange die Politik meiden. Aber von zwei Dingen ist immerhin eine Besserung zu hoffen. Einmal von zunehmender Erfahrung in der Praxis demokratischer Politik: Schließlich werden die führenden Kreise der Parteien es sich doch einmal abgewöhnen, direkt zu regieren und die Verwaltung parteipolitisch zu verderben. Sodann von der Reform des Wahlrechts, das keine Auslese der Persönlichkeiten zuläßt und *reinigende* Siege und Niederlagen der Parteien beinahe unmöglich macht.

Joseph Schumpeter

Finanzausgleich (I)¹

Schon im Scheine jener Abendsonne, die in den letzten Jahrzehnten des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts dem deutschen Volke schien, ehe die lange Nacht der folgenden Jahrhunderte hereinbrach, welche alles nationale Wachsen unterbrach und auf dem verwüsteten Boden nichts übrig ließ als die Fürsten und ihre Bürokratie und Soldaten – schon damals machten sich Männer wie Nicolaus Cusanus und Trithemius, überhaupt die ernsteren Träger jenes Gedankens von nationaler Neugestaltung, deren Möglichkeit noch der Generation Kaiser Karls V. vor Augen stand, Gedanken über ein Finanzsystem des Reiches, das seiner Tendenz nach den Fürsten den finanziellen Boden unter den Füßen weggezogen hätte. Praktisch wurde fast nichts erreicht, die Ansätze – darunter immerhin eine direkte Reichssteuer, der »gemeine Pfennig« – verdorrten sehr bald. Aber wie auch sonst die Wiedergeburt des deutschen Kulturlebens im 18. und des deutschen politischen Lebens im 19. Jahrhundert an das kulturelle und politische Leben um 1520 anknüpfte – ein ganz interessantes, sehr tief verankertes Phänomen –, so finden wir auch auf finanzpolitischem Gebiet, daß der damals verlassene Weg wiederbetreten wird. Der Leser kennt die Etappen vom Zollverein herwärts und auch die Hindernisse, welche bis zum Kriege das Vorwärtskommen hemmten und noch im Kriege die finanzielle Zusammenfassung der nationalen Macht, damit überhaupt eine energische Finanzpolitik unmöglich machten, so daß man kaum übertreibt, wenn man darin eine der entfernteren Ursachen für den nationalen Mißerfolg des Jahres 1918 sieht. Abgesehen von den allerersten Jahren seines neuen Lebens war dem Reich sein finanzieller Rock immer zu eng, während die Finanzen der Gliedstaaten blühten.

Die Universalkompetenz des Reiches in der neuen Verfassung

Weimar, und was zunächst darauf folgte, schwamm im Strom dieser Erkenntnis und einer Reihe von unterstützenden Tendenzen: Rancune gegen die mit dem Mißerfolg beladenen Fürstenthäuser und die einzelstaatliche Gliederung, die sie verkörperten, Wille zu einem einheitlichen und radikalen Deutschland usw. Auf finanzpolitischem Gebiet gelang nun ein Wegräumen und Neubauen, wie es eine wirkliche Revolution – z.B. die französische von 1789 – auch nicht gründlicher hätte besorgen können. Reichsverfassung, Reichsfinanzverwaltungsgesetz und als Komplement dazu das Landessteuergesetz vom 30. März 1920 waren das Versailles der finanzpolitischen Autonomie. Weil aber Wegräumen und Neubau nur in diesem Punkt so vollständig gelangen, so war nun wiederum der finanzielle Rock des Reiches zu weit. Jetzt waren es die Reichsfinanzen, die blühten, und die Finanzen der Länder kamen in Schwierigkeiten. So kam

¹ Quelle: der deutsche Volkswirt. Bd. 1, 1926/1927, S. 1123-1126, d. H.

denn der provisorische »Finanzausgleich« von 1925 – das Dawesabkommen der Autonomie – und eine Menge tastender Spezialregelungen zustande, wie z.B. die Biersteuerprivilegien von Bayern, Württemberg und Baden, die Abkommen über die Polizeikosten, die Lasten der Erwerbslosenfürsorge, die Tätigkeit des Verwaltungsapparats des Reichs im Dienst der Länder u.a., wozu noch vermögensrechtliche Auseinandersetzungen traten oder treten müssen.

Im Gegensatz nun zu ihrer je nach der parlamentarischen Lage und der parteipolitischen Stellung der jeweils verantwortlichen Persönlichkeiten schwankenden Phraseologie zeigt die Reichspolitik in ihrem tatsächlichen Verhalten diesen Problemen gegenüber eine sehr bestimmte Tendenz, die man kurz so formulieren kann: Verteidigen der Grundlagen des finanzpolitischen Neubaus in allen wesentlichen Zügen; zu diesem Zweck Festhalten aller jener wesentlichen Befugnisse des Reichs, die das finanzpolitische Leben Deutschlands in *seinem* Organismus, alle wirklich wichtigen Entscheidungen in seiner Hand konzentrieren; eben um das möglich zu machen und der naturgemäßen Gegnerschaft der Länder und Gemeinden die Spitze abubrechen, keine Engherzigkeit gegenüber konkreten, das Wesen der Sache nicht berührenden Wünschen und insbesondere stets bereites Entgegenkommen in Fragen der Höhe von Überweisungen und Garantien. Dieser Politik dient auch das durchaus, was der Finanzausgleich von 1925 *tatsächlich* bestimmte. Nur das, was er den verschiedenen anderen Standpunkten in der Form von Vertröstungen auf die Zukunft an sozusagen ideellen Kompensationen bot, verwischt diesen Eindruck. Aber ganz klar wird die Linie an den beiden Maßregeln, die den Kern der neuesten Gestaltung des Finanzausgleichs bilden: An der den Ländern und Gemeinden unter dem gegenwärtigen Finanzminister gewährten Erhöhung der Überweisungen und Garantien – welche Maßregel von der Öffentlichkeit vielfach falsch, d.h. in entgegengesetztem Sinne gedeutet wurde – und an der Übernahme der Erwerbslosenunterstützung durch das Reich, die ganz charakteristisch darauf abzielt, daß das Reich in seinen finanziellen Rock hineinwachse. Damit hat man also die erfolgte Verschlechterung der Finanzlage der Länder und Gemeinden behoben oder gemildert – auf Grund der Diagnose, daß sie sich wesentlich aus der Last der Erwerbslosenfürsorge erkläre, was ja sachlich richtig ist – und eben dadurch grundsätzliche Wünsche abgebogen: etwa im Geiste des Vaters, der dem Kinde, das Straßenbahnschaffner spielen will, eine Straßenbahnkarte kauft. Natürlich hat das nur die Folge, daß sich das Kind, das seinen wahren Wunsch nicht erfüllt und sich bloß eines Argumentes beraubt sieht, nun ärgert, statt dankbar zu sein. Ich brauche wohl nicht die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu nennen, die durch diese Analogie ihre Erklärung finden. Solche Ereignisse beweisen an sich nichts gegen die angedeutete Politik. Denn sie könnten bloße Übergangserscheinungen sein. Um ein Urteil zu gewinnen, müssen wir tiefer gehen.

Steuerpolitische Konsequenzen der verwaltungspolitischen Gliederung

Das Problem, das wir Finanzausgleich nennen, ist nichts spezifisch Deutsches. sondern kommt in jedem Gemeinwesen vor mit Ausnahme des Stadtstaates, der aber auch in der Regel sich mit

seinesgleichen zusammenschließt und so die Frage des Finanzausgleichs kennen lernt. Hier macht der Jurist eine Unterscheidung, der wir nicht folgen können und müssen, also im Bundesstaat. Er sieht souveräne Zentralgewalt gliedstaatlichen Gebilden gegenüberstehen, die auch irgendeine Art juristischer »Hoheit« haben und mit denen daher zwischenstaatliche Verträge geschlossen werden können und müssen, also im Bundesstaat. Er sieht das Problem aber nicht gegenüber den innerstaatlichen öffentlichen Körpern, vor allem den Gemeinden, welche juristisch ja nur »Staatsorgane« sind und denen also Rechte und Pflichten, Zwecke und Mittel nach Ermessen der Zentralgewalt gewährt und genommen werden können. Dieser juristische Unterschied ist für uns ganz unerheblich. Der Punkt, auf den es ankommt und an dem das Problem des Finanzausgleichs entsteht, ist vielmehr dieser: kein Gemeinwesen, das mehr als eine Gemeinde enthält, kann einfach ein einheitliches politisches Individuum sein. Immer muß es in Gebilde zerfallen, welche – ganz gleichgültig was ihr juristischer Status sein mag – nicht »Organe« sind wie ein Finanzamt, sondern sich von bloßen Organen durch *politisches Eigenleben* unterscheiden.¹ Dieses Eigenleben besteht und entsteht dann, wenn zu den immer vorhandenen lokalen Zwecken und Interessen zwei Dinge hinzutreten: 1. ein *Wille*, diese Zwecke und Interessen *individuell und nach eigenen Gesichtspunkten* zu gestalten, und 2. eine Gruppe von *lokalen Politikern*, in denen sich dieser Wille verkörpert, die ihn führen und durchsetzen und nach Typus und Einstellung von den Politikern der Zentralgewalt verschieden sind. Wo immer diese Voraussetzungen gegeben sind, nützt praktisch keine noch so schön formulierte Souveränität. Wo immer sie fehlen, würde ein praktisch wichtiges Problem selbst dann nicht entstehen, wenn ein Staat aus Gliedstaaten bestünde. *Die Inanspruchnahme eines und desselben Wirtschaftskörpers durch solche verschiedene politische Körper deren tatsächlicher Macht und Vitalität sachlich und psychologisch richtig* – und das Letztere ist genau so wichtig wie das Erstere –, d.h. *so anzupassen, daß ein Minimum von Reibung entsteht und daß an allen Stellen gerade so viel Finanzpolitik verantwortlich gemacht werden kann, als zur Finanzierung der Betätigung jenes Sonderwillens nötig ist* – das ist der Inhalt des Problems, das in Australien existiert wie in Frankreich, in Kanada wie in China, in Persien wie in England.

Spezifisch deutsch daran, d.h. dem Deutschland von heute eigentümlich, ist lediglich erstens die durch den großen revolutionären Ruck plötzlich geschaffene und nicht organisch entwickelte Universalkompetenz des Reiches in *finanzpolitischen* und die noch vielfach fließenden Grenzen der Kompetenzen der Gemeinden und Länder in *anderen* Dingen, zweitens die politische Schwäche der Zentralregierung, der das Werk von 1919 den Bogen des Odysseus in die unsichere Hand gedrückt hat, drittens die eigentümliche Einstellung der Parteien und der Öffentlichkeit, die auf diesem Gebiet mitunter nicht wissen, was sie eigentlich wollen, mitunter auch Unvereinbares wollen.

¹ Deshalb behandelt unsere Gesetzgebung ganz mit Recht das Problem der »Länder« und der Gemeinden in einem Zusammenhang. Es handelt sich tatsächlich in beiden Fällen um dasselbe Grundproblem. Weil aber verschiedene Umstände beiden Fällen verschiedene Ausprägungen verleihen, so werden wir sie im folgenden gesondert behandeln.

Finanzautonomie der Gemeinden

Worum Stadtparlamente und Kommunalpolitiker ringen und ringen werden, bis sie es erreicht haben, ist also nicht, daß ihnen ihre Defizite mit mehr oder minder guter Grazie gedeckt werden – obgleich das unter den gegebenen Umständen nicht nur auch ein praktisch wichtiges Ziel ist, sondern argumentativ begreiflicher Weise immer vorangestellt wird –, *auch nicht*, daß ihnen kostspielige Funktionen abgenommen werden – denn kein wirklicher Kommunalmann will seinen Wirkungskreis beschränkt sehen –, *schon gar nicht*, daß sie mit erhöhter Bewegungsfreiheit ein Motiv zum Sparen gewinnen – denn kein Kommunalpolitiker hat sich je danach geseht, zum Sparen erzogen zu werden, und es ist eine der Unaufrichtigkeiten der Situation, daß sogar der deutsche Städtetag in seiner Denkschrift mit diesem Argument arbeitet. *Sondern sie ringen um eine eigene städtische Finanzwirtschaft*, um die Möglichkeit, außerhalb der Finanzierung der reinen »Mußaufgaben« – für welche immer und überall das Überweisungs- oder auch Dotationssystem das einzig Richtige ist – *auch die Einnahmeseite ihres Budgets nach den besonderen Gesichtspunkten der eigenen Stadt, unter eigener Verantwortung* – und zwar Verantwortung lediglich vor der eigenen Bürgerschaft und vor sonst niemand – *städtisch-individuell zu gestalten*. Hat nun der Leser aufgenommen, was wir oben auseinandergesetzt haben, so muß er sich klar darüber sein – wenn auch vielleicht mit einem Seufzer –, daß dieser Wille der Städte restlos berechtigt ist in dem Sinn, in welchem auf politischem Gebiet überhaupt etwas »berechtigt« sein kann: Er wächst heraus aus den Lebensnotwendigkeiten der Städte, aus der Logik ihrer Situation, aus dem Wesen unserer modernen städtischen Kultur, er ist nichts anderes als die finanzpolitische Seite ihres Lebenswillens selbst. Erkennt man an, daß es unmöglich ist, selbst wenn man es wollte, das Leben der Städte von einer Zentralstelle aus schematisch zu regeln, erkennt man weiter, daß es gesunde Finanzpolitik nur gibt, wenn die Verantwortung für die Einnahmen auf denselben Schultern liegt wie die Verantwortung für die Ausgaben, so folgt aus diesen beiden Prämissen unentrinnbar, daß jede Lösung des Problems zu Mißerfolg verurteilt ist, die um diesen Kern der Sache herum geht und sich eine andere Frage stellt, als die: Wie geben wir den Städten die Handlungsfreiheit, die sie wollen?

Die Widerstände, die schon der aufrichtigen Fragestellung entgegenstehen, und zwar so sehr, daß sogar die Städtetage selbst es nicht wagen, offiziell und unverblümt zu sagen, worauf es ihnen ankommt, liegen erstens bei den Zentren des Verwaltungsapparats des Reiches und zweitens bei den Besitzinteressen, für die in den letzten Jahren der Ausdruck »die Wirtschaft« üblich geworden ist. Um der Kürze willen verzeihe der Leser den Telegrammstil, in dem wir nun die wichtigsten Argumente behandeln, mit denen diese Widerstände begründet werden.

1. Die Rücksicht auf die nationale Errungenschaft des neuen Finanzsystems und einheitlichen Steuerrechts: Sehr berechtigter Gesichtspunkt, der aber gar nichts mit unserem Problem als solchem, sondern nur mit manchen seiner möglichen Lösungen zu tun hat. Denn auch innerhalb eines einheitlichen Reichssteuerrechtes ist finanzielle Autonomie möglich. Sie erfordert nur lokal verschiedene Ausnützung bestimmter Steuerquellen im gleichen rechtlichen Rahmen. Übrigens darf uns die harte Lehre der Vergangenheit über die Folgen finanzpolitischer

Zersplitterung nicht vergessen lassen, daß die rationale und schematisierende Mentalität des Verwaltungsfachmannes in jener Rücksicht auch zu weit gehen kann.

2. Rücksicht auf die Steuerinteressen des Reiches. Es ist natürlich notwendig, aber auch durchaus möglich, zu verhindern, daß die autonome Finanzpolitik die des Reiches durchkreuze und ruiniere. Das heißt aber nicht, daß jede wichtigere finanzpolitische Entscheidung beim Reich liegen muß. Im Gegenteil, solche Konzentration könnte sich nur in einer überragend starken Hand bewähren, die indirekt dann auch jede Ausgabe der autonomen Körper beherrschen würde, oder in einer äußersten Anspannung der nationalen Kraft erfordernden Notlage – aus einer solchen stammt denn auch dieser Zug unseres Finanzsystems. Liegt weder das eine noch das andere vor, so genügt schon bloße »Anrempelung« der Zentralstelle, um unvorhergesehene Wünsche durchzusetzen, und das ruiniert die Finanzen des Reichs viel mehr als geeignet abgegrenzte finanzielle Autonomie.

3. Lastenausgleich. Gewiß – die von Reichs und Staats wegen vorgeschriebenen Ausgaben müssen immer unabhängig von der Finanzkraft der einzelnen Gemeinden finanziert werden. Aber die andern Ausgaben von der Finanzkraft der einzelnen Gemeinde abhängig zu machen, ist in der Ordnung und entspricht dem Wesen der gemeindlichen Eigenexistenz.

4. »Steueroasen.« Daß dieses Wort sich einbürgern konnte und für viele Leute ein Problem und eine Schwierigkeit finanzieller Autonomie bezeichnet, zeigt, wie wenig diese Dinge durchdacht werden. Sollen die Gemeinden gemeindliches Leben und gemeindliche Kultur und als Mittel dazu und Bestandteil davon ihre Finanzwirtschaft individuell gestalten – und eben *nicht* von einer Zentralstelle über einen Kamm geschoren werden –, so *muß* es ja Belastungsunterschiede geben, d.h. also Orte, an denen die Last geringer ist als an anderen. Und das ist nicht nur kein Nachteil, sondern ein wesentliches Element der Sache, ohne das die ganze finanzielle Autonomie ihren Sinn und ihren Regulator verliert: Die *eine* Gemeindeverwaltung wird gerade dann mit niedriger Belastung, die *andere* gerade dann mit großen gemeindlichen Leistungen werben, jede von beiden wird gerade dann und nur dann den Gesichtspunkt der anderen ebenfalls zu berücksichtigen gezwungen sein, und die Bürger *beider* werden nur dann Aufwendungen und Ergebnisse nach praktischen Maßstäben vergleichen können. Nicht nur die gesetzliche *Möglichkeit* von Steueroasen ist wesentlich, sondern auch ihre *tatsächliche* Existenz, weil nur das wirkliche Bestehen von Steueroasen eine selbsttätige Bremse für steuerdemagogische Exzesse ist. Was vielen Leuten als erstrebenswertes Ziel erscheint, Gleichheit der Belastung durch die Gemeinden, das ist gerade die – und gar nicht leicht – zu vermeidende Gefahr. Mag die Reichsgesetzgebung in diesem Punkte noch so großzügig verfahren, so liegt doch der Gedanke eines steuerpolitischen Kartells der Gemeinden nahe. Gerade wenn ein solches zustande kommt, kann die Finanzautonomie zu einer Landplage werden, abgesehen davon, daß das auch der Tod wirklich lebendigen und individuellen finanzpolitischen Gestaltens ist.

5. Der von der »Wirtschaft« gefürchtete Steuerradikalismus. Das wahre Gegenmittel besprachen wir soeben. Keine gesetzliche Bestimmung kann es ersetzen. Aber das heißt nicht, daß die gesetzliche Regelung der Sache, schon im Steuerinteresse des Reiches, nebensächlich

wäre. Vielmehr muß die Konstruktion des finanzpolitischen Werkzeugs, das den Gemeinden in die Hand gelegt werden soll, sorgfältig u.a. darauf geprüft werden, ob es nicht auch den ernstesten Gemeindepolitiker zur Steuerdemagogie zwingt. Eben aus diesem Gesichtspunkt ist ein Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer ganz ungeeignet zur Lösung unseres Problems. Es war das schon vor dem Krieg und hat schon damals die gedeihliche Entwicklung dieser Steuerform gehemmt. Aber die heutige Gestalt der Einkommensteuer, mit ihrer unvernünftig starken Progression, muß jede Erhöhung zu einer an sich und unabhängig vom Verwendungszweck des Ertrags populären Maßregel machen, zumal bei ihr jeder organisierte Widerspruch der Interessenten fehlt, der bei jeder anderen Steuerart eine Erhöhung immer unter dem Gesichtspunkt eines notwendigen Übels erscheinen läßt¹. Da kann kein Maximum helfen, das außerdem, wie schon oft hervorgehoben, zu einem Minimum zu werden strebt und dann im Resultat nichts erreicht, was nicht auch die Überweisung gewährt. Auch nicht ein reichsgesetzlicher Zwang, die gegenwärtig freien Einkommen heranzuziehen, d.h. also den Hebel der Maschine so zu konstruieren, daß er die Hand des Gemeindepolitikers schneidet, wenn dieser zu fest zufaßt. Denn abgesehen von der momentanen finanziellen Wertlosigkeit einer solchen Bestimmung und dem Umstand, daß ein ganz geringer Beitrag seitens der Ärmsten nicht geeignet ist, die Freude am starken Bluten der Reichsten völlig zu verderben, kommt dieser Vorschlag aus der Esse des politischen Laien: Jeder, der etwas vom politischen Leben versteht, muß wissen, daß sich jede Klasse oder Gruppe politisch aufgibt, die einen so ungenerösen Plan auch nur ausspricht. Aber wenn auch schwierig, so ist das gesetzgeberische Problem, das hier liegt, doch nicht unlösbar. Wir kommen gleich darauf.

6. Die »Verschwendungssucht« der Gemeinden. Dieses Schlagwort stammt aus verschiedenen Quellen, vor allem aus jenen Kreisen, die dem »Munizipalsozialismus« ablehnend und mit übellauniger Kritik gegenüberstehen. Es entspricht einer weitverbreiteten Meinung und verdient nähere Analyse, als ihm hier werden kann. Die Gemeinden selbst führen ihm Nahrung zu durch eine für öffentliche Körper zweifellos unhaltbare Geheimniskrämerei – bei deren Beurteilung jedoch nicht vergessen werden darf, einmal, daß oft augenfällig verständnislose und böswillige Kritik dazu drängt, sodann, daß mitunter, besonders bei der Führung großer Betriebe und der Vorbereitung großer Aktionen, auch sachliche Gründe volle Offenlegung jeder Ziffer verbieten können. Da aber die deutschen Gemeinden, wenn man von den bisher getragenen Lasten der Erwerbslosenfürsorge absieht und die Etats der gemeindlichen Unternehmungen ausscheidet, im allgemeinen nicht *mehr*, sondern *weniger* ausgeben, als ihrem auf die gegenwärtige Kaufkraft des Geldes gebrachten Friedensetat entspricht, so entbehrt der erhobene Vorwurf in seiner Allgemeinheit der Begründung. Er fußt aber auch gar nicht auf ernstem Studium der Gebarung der Gemeinden, sondern auf drei in die Augen fallenden Tatsachen: Vor allem sieht es oft so aus, wie wenn in mancher Hinsicht für die größere deutsche Stadt das Geld eine recht geringe Rolle spielte, wenn es z. B. für Ausstellungen, Prachtbauten usw. notwendig ist.

¹ Deshalb sprechen die Wortführer der Städte in den Erörterungen über den Finanzausgleich sehr verständlicherweise so gern von eben diesem Zuschlagsrecht, das sich übrigens nach Lage des Falles so gut wie sicher in einer Erhöhung der Gesamtsteuersätze auswirken müßte.

Hier unterscheide man: Wenn durch solche Ausgabeposten nachweisbar ein andernfalls vorhandenes Gleichgewicht zerstört wird, so ist natürlich kein Wort zu verlieren. Ich habe mich vergeblich bemüht, solche Fälle festzustellen. Abgesehen davon aber haben wir da nur die Lebensäußerung eines wesentlichen Kulturfaktors vor uns, den verneinen oder dem das finanzielle Wasser abgraben zu wollen schlechthin unsinnig ist. Und nicht etwa nur einen Kulturfaktor unserer Zeit, sondern aller Zeiten, die Stadtkultur überhaupt kannten: Im Budget des Perikles und des Euboulos spielte dieser Posten eine noch viel größere Rolle, und die Finanzierungsmethoden insbesondere des letzteren waren wesentlich unangenehmer als die der Stadtgewaltigen von heute¹. Die Freude an der eigenen Stadt und der Stolz auf sie, das Geldausgeben zu ihrem Ruhm – das sind eben Daten der finanzpolitischen Situation, die man nur regeln kann, indem man ihnen dient. Und ganz dasselbe gilt von den beiden anderen Tatsachen, auf die in diesem Zusammenhang immer hingewiesen wird, den Kosten städtischer Sozialpolitik und gemeindlicher Unternehmertätigkeit. Die großen Prinzipienfragen, die hier liegen, sind zwar von sehr großem akademischem, aber auch nur von akademischem Interesse. Praktisch hat sie der Strom der Entwicklung erledigt. In diesem Strom schwimmen wir nun einmal. Ihn finanzpolitisch austrocknen zu wollen, ist aussichtslos. Und in den Dämmen gesunder Finanzpolitik kann man ihn nur halten, wenn man ihm ein ausreichendes Bett gewährt.

¹ Gleichwohl aber wäre Euboulos nach heutiger Nomenklatur als Konservativer anzusprechen. So eben sieht Konservatismus aus, der politisch leben - und Athen schaffen kann.

Joseph Schumpeter
Finanzausgleich (II)¹

Wir sahen: *Erstens*, daß der Kern des Problems des Finanzausgleichs nicht in der Frage liegt, wie das Reich am besten jene Summen aufbringt, die zur Deckung des autonomen Bedarfes der Länder und Gemeinden jeweils nötig sind, sondern in der Frage, wie ihnen jene Freiheit in der Gestaltung ihrer Finanzwirtschaft auch auf der Einnahmeseite beschafft werden kann, die sie wollen und ohne die es keine gesunde Finanzpolitik geben kann, es sei denn, daß man auch ihre Freiheit im Ausgeben vernichtete. *Zweitens*, daß im Fall der Städte dieser Wunsch nach Bewegungsfreiheit aus der Natur der Dinge, aus dem Lebenswillen des städtischen Organismus herauswächst und niemals ruhen, vielmehr stets Reibungen hervorrufen wird, bis er erfüllt ist. *Drittens*, daß die Argumente, die gegen eine Politik der Erfüllung dieses Wunsches – und das heißt nicht weniger als: eine Finanzpolitik im Dienst unserer städtischen Kultur – angeführt zu werden pflegen, zu einem Teile nichtig, zu einem andern Teile nicht entscheidend sind. Jetzt kommen wir zur Frage, *wie* er am besten zu erfüllen ist.

Dabei beachte man folgende Punkte:

1. Nur um den Teil des städtischen Finanzbedarfes handelt es sich, auf dessen Art und Höhe die Stadtverwaltungen Einfluß haben. Die Ausgaben, die das Reich vorschreibt oder durch die Stellung von Aufgaben verursacht, werden am besten von Reichs wegen finanziert, nur daß in jenen Fällen, in denen die gestellte *Aufgabe* die *Ausgabe* nicht eindeutig bestimmt, die Frage auftaucht, ob und inwieweit sich ein Dotationssystem empfiehlt, welches sparsames Verwalten prämiiert – eine Frage, auf welche wir indessen nicht eingehen wollen.

2. Wir sprechen hier immer vom Standpunkt des *bestehenden Steuersystems*. Vom Standpunkt jenes anderen, dessen Grundlinien wir in späteren Artikeln zeichnen wollen, würden sich manche Punkte anders darstellen.

3. Das wichtigste Erfordernis, dem die Konstruktion der autonomen Einnahmen der Gemeinden genügen muß, ist natürlich, daß sie das *Finanzsystem des Reichs nicht schädigen*. Und das nach zwei Richtungen: Einmal darf die Einnahmepolitik der Gemeinden die großen Reichssteuern nicht ruinieren, überhaupt die Reichsfinanzpolitik nicht durchkreuzen können. Dieses Erfordernis braucht nicht immer erfüllbar zu sein. Wo es das nicht ist, wie in Fällen äußerster Anspannung der Steuerkraft für nationale Zwecke, kann es keine gemeindliche Finanzautonomie geben – darin liegt ja die Rechtfertigung ihrer Drosselung in der Stabilisierungsperiode. Aber heute ist das bei uns nur in einzelnen Punkten der Fall. Die Gesamtlast ist nicht unerträglich, sie wird nur deshalb so empfunden, weil das Gebäude des Steuersystems so unsymmetrisch ist. Sodann darf aber auch die Errungenschaft der *einheitlichen Struktur unseres Steuerrechts* nicht ohne Not gefährdet werden. Das ist auch gar nicht nötig. Die Finanzautonomie der

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 1, 1926/1927, S. 1156-1159; d. H.

Gemeinden erfordert nicht, daß die von ihnen auszubeutenden Quellen Gegenstand laienhafter Experimente werden. Vielmehr kann die Gesetzgebung darüber, abgesehen vom Steuersatz, Reichssache bleiben, worin sich auch jenes Maß von finanzpolitischer Erziehung ausleben kann, das die Zentralstellen offenbar für nötig halten.

4. Man muß sich darüber klar sein, daß die autonome Finanzpolitik zunächst, obgleich das nicht das Wesen der Sache ist, den Gemeinden nicht unerheblich mehr einbringen muß, als sie jetzt beziehen. Denn die Budgets aller Städte weisen eine Anspannung auf, die durch kein praktisch mögliches Sparen zu beheben ist, abgesehen davon, daß ein wesentliches Ziel der Reform darin liegt, die Städte der Notwendigkeit unsolider Schuldenwirtschaft zu überheben. Auch müssen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein.

5. Man muß sich weiter darüber klar sein, daß es, wenn wir die Natur des Autonomieproblems richtig diagnostiziert haben, nicht genügt, die Gemeinden auf bloß eine Einnahmequelle zu verweisen, die sie der Höhe nach beliebig ausbeuten können. Sondern es muß ihr Budget auch darüber hinaus Beweglichkeit haben, d.h. es muß ihnen wenigstens einige Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Einnahmequellen bleiben, so daß sie ihr Steuerbukett nach Geschmack zusammensetzen können und nicht an ein völlig starres Schema gebunden sind.

6. Noch über einen letzten Punkt muß man sich klar sein: Darüber nämlich, daß, was immer für einen Weg zum erwähnten Ziel man ins Auge faßt, das erste Resultat notwendig ein lautes Geschrei des Entsetzens und der Empörung sein muß. Das ist nicht nur unvermeidlich und älteste Taktik eines jeden wirklich oder vermeintlich berührten Interesses, sondern geradezu ein Kennzeichen der Richtigkeit des betreffenden Weges: Das Motiv für gute Wirtschaft, das der privaten Firma und dem privaten Haushalt dadurch gegeben ist, daß die Mittel, die man ausgeben will, vorher erworben werden müssen – dieses Motiv muß dem Politiker und dem öffentlichen Haushalt supplied werden: Und das kann nur erreicht werden, wenn die Steuererhöhung für den Politiker nicht ein reines Vergnügen ist. Kein reines Vergnügen ist sie aber nur dann, wenn er etwas dabei riskiert. d. h. wenn er ernststen organisierten Widerstand zu fürchten hat. Deshalb ist ein Weg, der dem Leser auf den ersten Blick gefällt, aus eben diesem Grunde sicher falsch.

Gemeindefinanzen

Allen diesen Gesichtspunkten ist genügt, wenn es gelingt, eine Steuerquelle ausfindig zu machen, die den *Gemeinden* zu alleiniger Ausnützung unter eigener Verantwortung überlassen werden kann. Die Erschließung dieser Quelle müßte aber nicht nur zu den Überweisungen bzw. Dotationen und den Einnahmen aus städtischen Betrieben *hinzutreten*, sondern außerdem noch ergänzt werden durch eine Erweiterung der Befugnisse der Gemeinden auf dem Gebiet der *Verbrauchsbesteuerung*, besonders der für städtische Zwecke hervorragend geeigneten *Luxus- und Getränkesteuern*. Ernste Bedenken dagegen gibt es nicht, auch dort nicht, wo diese Gemeindesteuern mit Reichs- oder Landessteuern kollidieren und daher die Form von Zuschlägen

annehmen müssen. Maximierung ist nicht nötig, weil im lokalen Charakter einer Gemeindesteuer und im prompten Widerstand der interessierten Kreise völlig ausreichende Regulatoren liegen. Wo nach der Lage der Dinge der Protest des Erzeugers des besteuerten Luxusgegenstandes nichts nützt, erscheint statt seiner schnell genug eine Abordnung seiner Arbeiter vor dem Stadtgewaltigen. Dadurch wird dem Stadtbudget auch *qualitative Beweglichkeit* gegeben. Über die volkswirtschaftliche Prinzipienfrage sprechen wir ein anderes Mal.

Unter allen direkten Steuern ist die typisch für Städte geeignete die *Hauszinssteuer*. Wenn wir davon ausgehen dürfen, daß der Mieterschutz in absehbarer Zeit fortfallen wird, so ließe sich die Hausbesteuerung zu einem brauchbaren und ausreichend ergiebigen Instrument städtischer Finanzpolitik machen. Dazu müßten Grundvermögens- und sogenannte Hauszinssteuer – letztere samt ihrer Spezialwidmung, die ohnehin eine Anomalie ist – aufgehoben und durch eine wirkliche Hauszinssteuer ersetzt werden, d.h. eine Steuer, deren Objekt der tatsächliche Mietertrag oder, bei Eigenbenützung, der leicht zu schätzende mögliche Mietertrag ist. Man kann dabei entweder den Bruttoertrag unmittelbar zur Grundlage nehmen oder auch den um einen Pauschalprozentsatz verminderten. Beide Methoden wahren dieser Steuerart den Vorteil geradezu idealer technischer Einfachheit, zu welcher Tugend noch hinzukommt, daß sie fast niemals zu schwierigeren Verhandlungen oder willkürlichen Entscheidungen führt und Hinterziehungen durch das einfache Mittel der Unterschrift des Mieters auf der Steuererklärung des Vermieters praktisch unmöglich gemacht werden.

Diese Steuer ist die gegebene Stadtsteuer, weil ihr Gegenstand mit dem Leben, der Politik, den Aufgaben des städtischen Gemeinwesens verbunden ist, wie kein anderer. Sie ist ergiebig und außerordentlich elastisch Während schon ein Satz von zehn Prozent der *Friedensbruttomiete* bei entsprechender Ausnützung erweiterter Befugnisse bezüglich der Luxusbesteuerung den meisten Städten geben würde, was sie momentan brauchen, kennt die Finanzgeschichte Steuersätze von 40% der Bruttomiete, welche gleichwohl die Steuerträger nicht umgebracht haben. Freilich kann dergleichen bei uns wegen der Höhe der Einkommensteuer nicht in Frage kommen, aber annähernd halb soviel wäre äußerstenfalls nicht unerträglich. Obgleich jedoch technisch und wirtschaftlich möglich, begegnet jede Steigerung über eine mäßige Höhe hinaus gesundem Widerstande. Jedermann fühlt den Druck und lernt durch ihn, die Leistungen der Gemeindeverwaltung nicht absolut, sondern relativ zu den Kosten abzuschätzen Und die Verwendung dieser Steuerart knüpft eine wirkliche Prämie an sparsames Verwalten, nämlich den für die Entwicklung keiner Stadt gleichgültigen Ruf billiger Wohnungsverhältnisse.

Die Unpopularität der Hauszinssteuer – wie gesagt nicht einfach ein Nachteil – beruht größtenteils auf Vorurteilen und auf ungenügender Erfassung der Art, wie diese Steuer auf die Betroffenen wirkt. Man hat sie vor allem unsozial genannt, und in der Tat kommt der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses wegen seiner Bedeutung für Moral und Hygiene der Bevölkerung eine Sonderstellung zu. Aber man kann die Wohnungen der Ärmsten ja steuerlich privilegieren, es spricht sogar manches dafür, daß die Förderung des Wohnungsbaus für die Ärmsten oder auch z. B. für kinderreiche Familien im Rahmen einer Gesamtbelastung des

Hausertrags geschehe. Man hat sich ferner die Wirkung der Steuer so gedacht, daß der Vermieter den von ihm zu zahlenden Steuerbetrag einfach zur Miete hinzuaddiere. Das ist grundfalsch. Vielmehr fällt ein sehr erheblicher Anteil der Last auf die *Grundrente*. Nun ist deren Belastung zwar nicht ganz so unbedenklich, wie manche Sozialreformer glauben, aber doch unbedenklicher als die Belastung irgendeines anderen Ertrages. Dazu kommt erstens, daß das Wegsteuern der städtischen Grundrente ohnehin der Zeitrichtung entspricht und zweitens, daß der städtische Grundeigentümer momentan gerade besonders steuerfähig ist, wenn man ihm nur läßt, was er an Geldentwertungsgewinnen noch hat, und den Mietvertrag freigibt. Soweit die Steuer aber überwältigt wird, wirkt sie auch nicht so einfach auf die Wohnungsverhältnisse, wie eine Zuckersteuer auf den Verbrauch des Zuckers wirkt. Das liegt an der geringen Elastizität des Wohnbedarfs und an seiner großen Rolle im Ausgabebudget der Haushaltungen. Aus beiden Gründen wirkt eine Hauszinssteuer ähnlich wie eine Einkommensteuer; ebenso wie diese durchaus nicht gleichgültig dafür ist, wie die Leute wohnen. Und deshalb wiederum ist eine solche Hauszinssteuer bis zu einem gewissen Grad ein Ersatz für das von den Gemeinden angestrebte Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer einerseits und verliert das Bedenken gegen Belastung des Wohnbedarfs an Kraft andererseits.

Erfüllt man die früher erwähnten Voraussetzungen und überläßt man den Gemeinden eine wie angedeutet gestaltete Hauszinssteuer zu alleiniger und beliebiger Ausnützung, so ist das Problem gelöst und das finanzpolitische Schiff der Gemeinden flottgemacht, so daß es nun nach eigenen Zielen unter Segel gehen kann. Mißtrauisches Bevormunden könnte und müßte wegfallen. Höchstens, daß man daran denken könnte, eine Zentralstelle zu schaffen, deren einzige Aufgabe es wäre, die Finanzgebarung der Gemeinden fortlaufend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitung – nicht der Reichsregierung, sondern – der Öffentlichkeit verlässlich und genau vorzulegen.

Die Länderfinanzen

Die Schwierigkeit und Besonderheit des Problems der *Länderfinanzen* liegt darin, daß es unzertrennlich verbunden ist mit der Frage der inneren administrativen Gestaltung Deutschlands. Und nicht nur gibt es darüber die verschiedensten Anschauungen, so daß, ins Finanzpolitische übersetzt, manche Leute die Länder finanziell erwürgen, manche ihnen die Finanzhoheit der Vorkriegszeit zurückerobern möchten, während eine sehr zahlreiche Gruppe – höchst charakteristisch – sich mit ungefähr gleicher Entschiedenheit gegen jede Änderung des Status quo nach der einen wie nach der anderen Richtung wendet und für gerade das eintritt, was auf alle Fälle unhaltbar ist. Sondern die Sache wird noch dadurch kompliziert, daß jene politischen Kreise, welche das größte Verständnis für weitgehende Gemeindeautonomie haben, zugleich dem Eigenleben der Länder am wenigsten geneigt sind. Es ist unmöglich, in unserm Rahmen den sich ja zweifellos sehr energisch äußernden Lebenswillen der Länder auf seine Wurzel und Echtheit zu prüfen, während im Fall der Gemeinden ein bejahendes Urteil nicht ernstlich

bezweifelt werden konnte. Glücklicherweise ist das aber auch nicht nötig. Denn was immer das Schicksal der Länder sein mag, sicher ist jedenfalls, daß ein Zentralismus nach dem Muster Frankreichs oder auch Englands, – der auch dort nicht restlos befriedigt, vgl. die Vorlagen des Ministeriums de Martignac, dann das Schlagwort der »home rule all round«, das eine Zeitlang von Mr. Churchill vertreten wurde, übrigens auch den ursprünglichen Plan Cavours für die Gestaltung des geeinten Italien – bei uns praktisch aussichtslos ist. Stürbe auch mit der Zeit der Wille zur »Eigenstaatlichkeit« (Föderalismus), so würde er nur abgelöst von einem Willen zu regionalem Eigenleben (Regionalismus). Das finanzpolitische Problem bliebe dasselbe, und wir können es uns daher so stellen: *Können die politischen Körper, die auf alle Fälle zwischen Reich und Gemeinde stehen und mehr sein werden als bloße Provinzen, auf die Dauer so finanziert werden wie jetzt?*

Die Antwort kann nur *verneinend* sein. Die Länder, oder was an ihre Stelle tritt, werden eigene Finanzpolitik immer *wollen* und vor allem, um sachgemäß wirtschaften zu können, immer *brauchen*. Heute haben sie sie nicht, und nichts und niemand hat einen Vorteil von den daraus folgenden Reibungen, namentlich nicht der Gedanke des einheitlichen Deutschland – den Bismarck ja nicht bekämpfen, sondern dem er gerade dienen wollte, indem er den Bundesstaaten soviel Selbständigkeit ließ. Unvernünftige Wünsche werden gerade dadurch hervorgerufen, daß man vernünftigen die Erfüllung versagt. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß diese Reibungen zwar im Fall der Länder eine besondere Schärfe erhalten durch die Erinnerung an die frühere Machtfülle und durch die Tatsache, daß die Länder über die Zentralorgane für eine sachgemäße Finanzpolitik verfügen, daß sich aber die Sachlage finanzpolitisch anders auswirkt als bei den Gemeinden: Während nämlich die Verkümmern ihrer Einnahmepolitik die Gemeinden in ihren Ausgaben wenig hindert, wird der gleiche Umstand für die Länder zu einem Motiv sparsamer Verwaltung: Denn weil der Kreis der Kompetenzen der Länder und bis zu einem gewissen Grade ihre Existenz selbst in Diskussion steht, so haben sie bei erhöhten Anforderungen an das Reich eine schwierige Stellung – rufen sie: »Wir müssen leben«, so kann ihnen leicht entgegenschallen: »Je n'en vois pas la nécessité« –, weshalb sie ein Interesse haben, solche Erörterungen tunlichst zu vermeiden, ein Moment, das bei den Gemeinden völlig fehlt.

Von der *Gewerbsteuer* ist wenig zu erwarten. In ihrer gegenwärtigen Gestalt ist sie nicht sehr tragfähig, und viel tragfähiger kann sie auch durch eine Reform nicht gemacht werden. Eine *Landeserbschaftssteuer*, an die man im Zusammenhang mit den immer wieder auftauchenden Vorschlägen zur Erhöhung der Erbschaftssteuer denken könnte, kann auch nicht viel bieten, aus Gründen, die in einem folgenden Artikel dargelegt werden sollen. Gegen ein *Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer* sprechen die Gründe, die sich gegen das gemeindliche Zuschlagsrecht anführen lassen, allerdings nicht mit der gleichen Stärke. Besonders unter dem Gesichtspunkt, der auch hier in Betracht kommt, daß finanzielle Autonomie auch einige Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Einnahmequellen erfordert, ist dieser Ausweg nicht einfach von der

Hand zu weisen. Aber zur Lösung des Problems kann er nur wenig beitragen, zumal ja nun auch noch den Ländern jener wesentliche Ausfall zu ersetzen wäre, der sich aus der Überlassung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer an die Gemeinden für sie ergeben würde. Und so könnte es scheinen, daß jeder Versuch zu wirklicher Finanzautonomie, welche besonders bei den Gemeinden, aber im bescheidenerem Maß auch bei den Ländern Raum für Mehrausgaben schaffen müßte, zum Scheitern verurteilt wäre.

Aber das ist nicht Schuld der *Steuerlast* in ihrer Gesamtsumme, sondern nur des *Steuersystems*, das lediglich deshalb Stellen finanzpolitischen Maximaldrucks hat, weil es daneben Stellen finanzpolitischen Minimaldrucks hegt. Diese Stellen der Minimalbelastung bieten Reserven, die zur Erfüllung aller ernstzunehmenden Wünsche völlig ausreichen und deren Ausnutzung zufälligerweise auch noch gar keinen volkswirtschaftlichen Bedenken begegnet. Der Kürze halber hebe ich nur die wichtigste hervor, die Besteuerung der *Getränke*: *Ohne auch nur wirklich drückend zu werden, ohne auch nur die Hälfte der englischen Belastung zu erreichen, könnte diese Quelle allein für das preußische Gebiet um eine Milliarde mehr einbringen als jetzt*, und nicht nur den Landesfinanzen das Nötige bieten, sondern auch der steuerpolitischen Betätigung der Gemeinden Raum geben und den heutigen Reichsanteil etwas erhöhen.

Die Getränkebesteuerung, etwa in Zuschlagsform, zur wichtigsten Maßregel einer Landesfinanzreform zu machen – und damit indirekt auch zum wesentlichen Mittel des Aufbaus der gemeindlichen Finanzautonomie, weil diese nur möglich ist, wenn die Länder auf die zwei wichtigsten Realsteuern verzichten können –, zur Maßregel, die, wie angedeutet, in verschiedener Richtung ergänzt werden muß, aber den Kern der Schwierigkeit überwindet, hätte folgende einzigartige Vorteile.

1. Getränkesteuern sind indirekte Steuern mit allen Vorteilen von solchen und dennoch eminent sozial. Man braucht kein Antialkoholiker zu sein, um in dem Standpunkt, daß etwas Unsoziales darin liege, den Gipfel der Absurdität zu sehen.

2. Die gegenwärtige Besteuerung ist so gering im Verhältnis zu unserer sonstigen, daß, wer sich gegen eine Erhöhung erklärt, nicht etwa bloß behaupten muß, daß Alkoholkonsum harmlos sei, sondern daß es im nationalen Interesse liege, ihn zu *fördern*. Denn *darauf* kommt die gegenwärtige Praxis hinaus.

3. Volkswirtschaftlich gibt es schlechthin kein Gegenargument. Soweit die Steuer den Konsum nicht drosselt, ist sie ebenso ergiebig und elastisch wie technisch einfach. Soweit sie ihn drosselt, wirkt sie im Gegensatz zu den meisten direkten Steuern auf Kapitalbildung durch Sparen hin, auf das also, was uns am meisten nottut. Bei einer Preispolitik z. B. des Spiritusmonopols, welche das Ertragsmaximum, das überhaupt erreichbar ist, zur Folge hätte, würden beide Zwecke in einer idealen Weise vereinigt.

4. Gleichzeitige Ausbeutung *dieser* Steuerquelle durch Reich, Länder und Gemeinden, sonst ein Übelstand und die Quelle von Schwierigkeiten, ist hier allein gar kein Unglück. Aber Weinhandel und Gastgewerbe? Das sind allerdings Heiligtümer, denen gegenüber die dringendsten Fragen der Sozialpolitik und die wichtigsten Interessen der nationalen Zukunft nicht

in die Waagschale fallen.

5. Wir beobachten immer, daß bei der Erörterung von Fragen der Landesautonomie das finanzielle Argument sehr wenig Eindruck macht. Trotzdem diese Autonomie doch etwas kostet, scheint die große Majorität der Bevölkerung dieses Opfer gern zu bringen. Bei der Struktur unseres Steuersystems ist das auch ganz natürlich und kein Beweis der Echtheit dieses Wollens. Aber wenn die Autonomie teures Bier und teuren Wein bedeutet, und zwar nicht in der verschleierten Form des Überweisungssystems, sondern *augenfällig*, in der Form von Zuschlägen oder autonomen Steuern – dann haben wir eine nicht zu unterschätzende Probe aufs Exempel und, abgesehen davon, eine wirksame Bremse für Steuerexzesse

Es ist mißlich, über solche Gegenstände in Kürze zu sprechen. Zahllose Nebenpunkte, die in ihrer Gesamtheit gerade so wichtig sind wie der Grundgedanke, müssen unter den Tisch fallen. Vor allem kann dieser selbst sich nicht ausreichend abheben vom Hintergrund der Alternativen, deren Nachteile sein wesentliches Argument bilden. Allein das ist nicht zu ändern.

Joseph Schumpeter

Erbschaftssteuer¹

I.

Nicht nur traurig, auch beschämend ist die Geschichte des Weges, der vom Überschuß des Jahres 1924 bis zur heutigen Finanzlage des Reiches führt. Keine unvorhersehbaren oder auch nur tatsächlich unvorgesehenen Ereignisse haben die Einnahmeentwicklung gestört oder die Ausgabensteigerung erzwungen. Die sachliche Möglichkeit nicht nur geordneter; sondern sogar prosperierender Reichsfinanzen war durchaus gegeben. Und um sie sicherzustellen, bedurfte es keiner andern Politik und keiner größeren Opfer und Entsagungen, als wir sie in andern Ländern vor unsern Augen haben. Statt dessen war schon das Gleichgewicht des Jahres 1925 gefährdet, denn auch ein aus früheren Überschüssen gedecktes Defizit ist ein Defizit. 1926 waren die Früchte von 1924 verbraucht. 1927 und 1928 vollends mußte zu Auskunftsmitteln gegriffen werden, die großzügige und gesunde Finanzpolitik vermeidet. Beschämend für alle ist dieser Sachverhalt, doch besonders beschämend für die nichtsozialistischen Parteien, deren Kraft und Können auf diesem Gebiet hinter den billigsten Erwartungen zurückblieb: Während gewissenhafte und erfolgreiche Verwaltung der Staatsfinanzen sonst überall zu den Dingen gehört, auf die die bürgerlichen Parteien vor dem Forum der Geschichte als Leistungen hinweisen können, steht heute bei uns ein sozialistischer Minister vor der für ihn ganz besonders schweren Aufgabe, zu heilen oder zu bessern, was nichtsozialistische Finanzpolitik verdorben hat. Deutschland bedarf einer großen Finanzreform, die seine staatsfinanziellen Probleme an ihren ökonomischen und politischen Kernen faßt. Aber ehe daran auch nur gedacht werden kann, ergibt sich die undankbare Aufgabe, das Budget in Ordnung zu bringen – denn nur im gesicherten Besitz eines Überschusses sind andere als solche Reformen möglich, die lediglich Einnahmesteigerung zum Ziel haben.

Dazu bedarf es, wie die Dinge liegen, unvermeidlich einiger Steuererhöhungen. Das weiß jeder. Aber niemand, vielleicht nicht einmal der Minister selbst, kennt den genauen Betrag, der auf diese Weise aufzubringen sein wird. Denn das hängt von dem in Aussicht genommenen Grad der Solidität der Gebarung, von der Kraft und dem Erfolg des Ministers im Kampf gegen drohende oder auch schon bewilligte Ausgaben ab und endlich auch von dem Maß, in welchem ihm die Gabe eigen ist, welche Mr. Churchill so sehr auszeichnet, die Gabe nämlich, gut aussehende, überraschende kleine Auskunftsmittel zu finden. Aber wie immer das ausfallen mag, sicher wird rund eine halbe Milliarde durch Steuererhöhungen aufgebracht werden müssen. Wie?

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 3, 1928/1929, S. 110-114; d. H.

II.

Die Konstruktionsfehler unseres Finanzsystems bringen es mit sich, daß, obgleich im Ganzen zweifellose und in einzelnen Punkten offenbar unerträgliche Übersteuerung besteht, es dennoch eine ganze Reihe von Punkten gibt, die relativ zu andern Stellen des Wirtschaftskörpers oder auch absolut genommen so leicht belastet sind, daß sie ein Mehrerfordernis von der angedeuteten Größenordnung ohne besondere Schwierigkeit decken könnten – was ja das Tröstliche an dem unerfreulichen Tatbestand ist. Es ist mir bisher kein Fachmann begegnet, der bestritten hätte, daß das z. B. bei der Belastung der alkoholischen Getränke und bei der Umsatzsteuer der Fall ist. Ich will die Argumente bezüglich der ersteren nicht wiederholen und die Frage der Umsatzsteuer in einem andern Artikel behandeln. In diesem Zusammenhang sei nur betont, daß eine Herabsetzung der Zuckersteuer, deren Ertrag ohnehin geringer ist als jener, den England aus einer kleineren Bevölkerung herausholt, offenbar eine Wiederholung des finanzpolitischen Fehlers wäre, der in der übertriebenen Herabsetzung der Umsatzsteuer lag. Wir wenden uns lediglich der Frage zu: Gehört auch die *Reichserbschaftssteuer* zu jenen Einnahmen, die so leicht auf dem Steuerobjekt lasten, daß sie ohne beträchtlichen Schaden wesentlich erhöht werden können?

Wird eine solche Frage aufgeworfen, so pflegen sich leider alle sozialen und politischen Parteien in Reih und Glied zu stellen und nach dem Parteireglement zu exerzieren. Jede finanzpolitische Maßregel wird für sich betrachtet und lediglich nach dem Gesichtspunkt, ob sie dem Credo oder den Interessen der Partei entspricht oder nicht. Abgesehen davon, daß dabei auch noch niemals nach letzten Wirkungen, sondern nur nach dem oberflächlichsten Schein gefragt wird – nämlich danach, wo die Maßregel anprallt und wen sie unmittelbar und am sichtbarsten trifft –, ist diese Einstellung völlig unfruchtbar. So wenig es möglich ist, für alle Gesundheitszustände eine und dieselbe Arznei oder in allen Situationen einer Kartenpartie das Ausspielen einer bestimmten Karte zu empfehlen, ebensowenig ist es möglich, eine Maßregel wie die Erbschaftssteuer für alle wirtschaftlichen und sozialen Situationen zu empfehlen oder zu verdammen. Sie kann im Jahre 1800 falsch und trotzdem im Jahre 1900 richtig, sie kann heute in Amerika oder England richtig und gleichwohl in Deutschland falsch sein. Daß sie dem sozialen Empfinden oder der »Weltanschauung« *mancher* Leute *immer* und *anderer* Leute *niemals* entspricht, macht demgegenüber gar nichts aus. Deshalb ist an und für sich auch die Tatsache nicht relevant, daß der Ertrag der Besteuerung des Erbgangs in England (succession duty, legacy duty, diese beiden nach Verwandtschaftsgraden gestaffelt aber nicht progressiv nach der Höhe, und estate duty, Nachlaßsteuer, progressiv bis zu 40% nach dem Betrag, aber ohne Rücksicht auf Verwandtschaftsgrad und Vermögen der Erben oder die Höhe des dem einzelnen Erben zufallenden Betrages) mehr als zwölfmal so hoch ist als in Deutschland. Denn sicher kann England nicht als ein Land bezeichnet werden, das mit ganzer Energie aufstrebt und aufstreben muß. Trotz aller Kriegsverluste nähert sich England dem Bild eines kapitalgesättigten Landes zum mindesten sehr viel mehr als Deutschland. Deshalb ist dort eine ganz andere Finanzpolitik angemessen als bei uns. Aber noch aus einem andern Grund ist jenes an sich eindrucksvolle

Verhältnis der Steuererträge wenig beweiskräftig. Denn England befindet sich wirtschaftlich nichts weniger als wohl. Das hat sehr viele Gründe, von denen manche von der im sozialen Sinn ja sehr radikalen Fachmeinung Englands nicht sehr gern anerkannt werden. Trotzdem hat man sich jüngst dazu aufgeschwungen, die Million Arbeitsloser mit der Höhe des Lohnniveaus in Zusammenhang zu bringen. Und ich fürchte, daß man sich auch schließlich der Erkenntnis wird öffnen müssen – obgleich der Colwyn Report noch kaum ein Anzeichen davon enthielt – daß die unerfreuliche Lage und insbesondere die Hartnäckigkeit, mit der sich die Ziffer der Arbeitslosen solange auf solcher Höhe hält, etwas mit dem Steuersystem und besonders mit der Einkommens- und Erbschaftssteuer zu tun hat. Dazu würde der trotz Reduktion der Sparsumme erstaunlich starke Kapitalexport ja ganz bedauerlich gut passen.

In Deutschland nun kann von keinem Standpunkt – und insbesondere auch vom sozialistischen nicht – ein vernünftiger Zweifel darüber bestehen, daß schnellere Kapitalbildung nicht nur die fundamentale, sondern mit Rücksicht auf das zu erwartende Versiegen der Auslandskredite auch die unmittelbar praktische Notwendigkeit ist. Nimmt man als jährliche Sparsumme selbst die hohe Ziffer von Welter (9 Milliarden), die aber mehrere zweifelhafte Posten enthält, so ist die Unzulänglichkeit derselben noch immer klar – die auf gegenwärtigen Geldwert gebrachte Friedenssumme würde etwa 12 Milliarden betragen, und auch das wäre mit Rücksicht auf die 4 Millionen neuen Arbeiter, den Verlust der Auslandaktiven und die Reparationsverpflichtung gegenwärtig nicht völlig befriedigend. Übrigens zeigt schon die Höhe des Zinsfußes, wenngleich nicht ohne Weiteres Unzulänglichkeit der Kapitalbildung, so doch um so deutlicher Unzulänglichkeit der vorhandenen Kapitalmenge an.

III.

Das ist der *entscheidende Gesichtspunkt für die wirtschaftliche Beurteilung der Finanzpolitik von heute* und auch der Frage einer eventuellen Erhöhung der Erbschaftssteuer, welche auf die Größe und auf die Zuwachsrate des Kapitals offenbar auf zwei verschiedene Arten wirkt: Sie kann einmal vorhandenes Kapital in Anspruch nehmen – oder Summen, die kapitalisiert werden würden, wenn die Steuer nicht bestünde – und sie kann sodann auf das *Verhalten* der Leute wirken, sie kann ihre Geneigtheit zurückzulegen abändern. Was den ersten Punkt betrifft: Der wesentliche Unterschied zwischen einer Erbschafts- und einer laufenden Vermögensteuer und zugleich ein wesentliches Argument gegen die erstere und für die letztere ist, daß zwar in beiden Fällen ein Vermögenswert *Steuerobjekt*, aber nur im Fall der Erbschaftssteuer auch normalerweise *Steuerquelle* ist, während die laufende Vermögensteuer normalerweise aus Erträgen fließt. Einerseits muß das nicht immer ein Unglück sein. Stellen wir uns z.B. vor, der Staat nähme von einer aus Staatsobligationen bestehenden Erbschaft einen Teil in natura in Anspruch, so läge offenbar keine Schädigung des Kapitalbestandes der Volkswirtschaft vor. Andererseits tritt eine solche Schädigung aber nicht nur dann ein, wenn ein landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb durch die Erbsteuerforderung in Schwierigkeiten gerät. Auch wenn

er sich die benötigte Summe ohne weiteres durch eine Hypothek verschaffen kann, oder wenn ein Aktienbesitz belehnt oder zum Teil veräußert wird, werden in leicht übersehbarem Ablauf Kapitalwerte verbraucht: Wenngleich natürlich der technische Vorgang im Zeitalter des Effektenkapitalismus wesentlich einfacher ist, als er früher war, ist es doch ein Irrtum zu glauben, daß die Erbschaftssteuer eines Aktionärs seine Privatangelegenheit und für die Industrie einer Volkswirtschaft uninteressant sei. Wird der Steuerertrag konsumtiv verwendet, dann vollzieht sich im Wirtschaftskörper eine Umstellung zu ungunsten des Ausbaus des Produktionsapparates und zugunsten der Herstellung von Konsumartikeln. Soweit jedoch eine wirklich – und nicht nur angeblich – produktive Verwendung des Steuerertrages geplant ist, dann ist es zweckmäßiger, die Summe durch eine Anleihe¹ aufzubringen, weil dann der Kontrollapparat der Zinszahlung in Aktion tritt und der Volkswirtschaft die Störung erspart bleibt, daß der betreffende produktive Zweck nicht von den Leuten finanziert wird, deren Dispositionen eine solche Anlage gemäß ist, sondern von Leuten, deren Wirtschaftsführung darunter leidet.

IV.

Nun kann dieser Zweig der Wirkung jeder erheblichen Erbschaftssteuer gewiß sehr abgeschwächt werden. Tatsächlich geschieht das auch. Zunächst nimmt so gut wie jedes Erbschaftssteuergesetz darauf Rücksicht: Nicht leicht kann z. B. bei uns ein landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb durch die Zahlung der Erbschaftssteuer in lebensgefährliche Bedrängnis kommen. Außerdem kann der Steuerpflichtige durch besondere Rücklagen oder durch Versicherung vorbauen. Da die Versicherung auf privatem Wege kaum über die Schwierigkeit völlig hinwegkommen kann, daß im Moment ihres Abschlusses die Höhe der Steuerschuld nicht vorausgesehen werden kann, so wäre dringend zu empfehlen, daß das Reich selbst dieses Versicherungsgeschäft macht und dabei, von versicherungstechnischen Grundsätzen abweichend, einen Teil auch dieses Risikos übernimmt – es käme das auf eine Ablösung der Erbschaftsteuerzahlung durch eine schätzungsweise festgestellte jährliche Rate hinaus. Aber abgesehen davon, daß die volkswirtschaftliche Schädigung durch eine Erbschaftssteuer auf diese Arten nur gemildert und ebenso wenig völlig beseitigt wird, wie durch Belehnung des Nachlasses, würde sich bei konsequentem Ausbau der Praxis der Stundungen und Versicherungen die Sache immer mehr einer laufenden Vermögenssteuer nähern, so daß wir wiederum auf diese als die bessere Alternative zurückgeworfen werden: Solange eine Erbschaftssteuer wirklich Erbschaftssteuer bleibt, schließt sie immer Umwandlung von Kapital in Einkommen, mithin einen für alle Interessen schädlichen Akt volkswirtschaftlicher Verschwendung ein. Organisiert man sie so, daß sie das nicht mehr tut als jede andere Steuer, dann ist sie keine Erbschaftssteuer mehr, sondern eine laufende Vermögenssteuer, bei der nicht viel Anlaß vorliegt, zwischen ererbtem

¹ Hingegen gilt das nicht gegenüber der Finanzierung eines produktiven Zwecks durch Steuern, die ganz oder zum großen Teil den Konsumtionsfonds der Steuerzahler schmälern. Hier liegt ein wichtiger Fall unfreiwilligen Sparens vor.

und erworbenem Vermögen zu differenzieren.

V.

Was den zweiten Punkt betrifft: Die Erbschaftssteuer vermindert die Zuwachsrate des Kapitals, also das Kapital der Zukunft, nicht bloß um den Betrag, den sie in Anspruch nimmt, sondern außerdem noch dadurch, daß sie auf die *Motivationen der Leute* wirkt. Abgesehen davon, daß, wenn die Erbschaft für den Erben einen Zuwachs bedeutet – was allerdings bei Ehegatten und Kindern nicht notwendig der Fall ist –, er in der Regel versucht sein dürfte, die Steuerzahlung auch dann auf Kapitalkonto zu nehmen, wenn das nicht unvermeidlich wäre, und weiter abgesehen von der nicht völlig zu unterschätzenden Gefahr einer Kapitalflucht, werden natürlich die Motive beeinflußt, aus denen gespart wird. Die Schwierigkeit, diese Wirkung abzuschätzen, illustriert sehr gut den Übergangscharakter unserer Epoche – in der Lebensformen und Gefühlsgewohnheiten, Ideale und Interessen, Triebkräfte und Objekte in schneller Umbildung begriffen sind, früher Wesentliches Leben und Kraft verliert, früher Unmögliches als Tatsache empor taucht. Wir begegnen dieser Schwierigkeit bei jedem größeren Problem der Wirtschaftspolitik unserer Zeit, bei der Frage nach der Wesentlichkeit oder Entbehrlichkeit des privaten Unternehmers z. B., um welche sich letzten Endes die meisten wirtschaftspolitischen Diskussionen der Gegenwart gruppieren. Mit der Lockerung des Familienbandes, mit dem Schwinden bzw. Unerreichbarwerden des Ideals der Begründung einer industriellen Dynastie, mit dem immer stärkeren Hervortreten von Motiven, wie Gestaltungswillen oder Freude am Werk auch im industriellen Leben und mit der fortschreitenden Übertragung der Funktion des Sparens von Einzelpersonen auf Aktiengesellschaften, vom Absparen vom Einkommen auf die Rücklagepolitik der Konzerne – mit alledem muß die soziale Bedeutung sowohl der privaten Spartätigkeit überhaupt als auch der Spartätigkeit zugunsten von Erben sinken. Vor hundert oder selbst fünfzig Jahren war das alles anders. Da hätte kein Zweifel darüber bestehen können, daß weitaus das stärkste Motiv des wirtschaftenden Menschen Sorge um das Schicksal von Weib und Kind und der Ehrgeiz war, eine Familienposition zu schaffen, die der Idee nach ohne bestimmte zeitliche Grenze in die Zukunft ragen sollte. Das war zweifellos das tragende Ideal der Lebensform der typischen industriellen Familie, jener Tendenz zum Erwerben, um nicht zu konsumieren, jener charakteristischen Härte gegen sich und andere. Und der soziale Sinn dieser Einstellung und ihre Bedeutung für das Schicksal der Menschheit war, daß das weit über die Grenzen dessen, was für den Einzelnen rationell ist, Dienst an der Zukunft bedeutete. Ebenso wie der private Unternehmer für die Bedürfnisbefriedigung seines Volkes sorgte, indem er seinem individuellen Gewinn nachstrebte, so sorgte er für die Zukunft seines Volkes, indem er für seine Kinder und Kindeskinde sorgte: Nur in deren konkreter Gestalt konnte sich das Interesse der Zukunft im Handeln der einzelnen geltend machen. Erschwerung eines solchen Verhaltens, dessen Bedeutung für Alles, was folgte, sozialpolitische Errungenschaften eingeschlossen, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, hätte damals für die Zuwachsrate des Kapitals und für Alles,

was davon abhängt, darunter das künftige Lohnniveau, verderblich sein müssen. Dem gegenüber bedeutet es wenig, daß erfahrungsgemäß niedrige Erbschaftssteuern so gut wie gar nicht empfunden werden und daß zweifellos in vielen Fällen auch die entgegengesetzte Tendenz besteht, durch erhöhtes Sparen die zu erwartende Erbschaftsteuer »einzuholen«.

Vielleicht wird in hundert Jahren alles das ganz anders sein. Aber wie weit ist es jetzt schon anders? Das ist in verschiedenen Ländern charakteristisch verschieden. So wenig auch auf gelegentliche Äußerungen von einzelnen, offensichtlich nicht typischen Persönlichkeiten, zu geben ist – Carnegie und andere Multimillionäre werden in diesem Zusammenhang häufig zitiert – dürfte der Prozeß des Absterbens der alten Motivation in Amerika ziemlich weit gediehen sein. Es ist schon in England nicht so, aber sicherlich noch weniger in Frankreich oder in Deutschland. Die Masse unserer Industriellen hat sich gewiß noch nicht abgelöst von der Familienmotivation. Und weil diese Motivation ein Schutz des Arbeitens für die Zukunft und die wichtigste Schranke gegen das Überwuchern des Arbeitens für die Konsumtion des Augenblicks ist, so ist es in der heutigen Lage Deutschlands richtig, den Erbgang steuerlich so zu schonen wie bisher.

Man kann der Ansicht sein, daß diesem Gesichtspunkt ausreichend Rechnung getragen wird, wenn man entweder den Übergang auf den überlebenden Ehegatten und auf die Kinder oder schlechthin den ersten Übergang einer jeden Vermögensmasse mäßig belastet. Das Letztere tut der Vorschlag von Rignano: Erwirbt A im Lauf seines Lebens M 100000 und hinterläßt er sie dem B, so wäre nach diesem Plan dieser Erbgang mit, sagen wir, 10% zu besteuern; erwirbt dann B während seines Lebens weitere M 100000, so wären diese beim Übergang auf den C wieder mit 10% zu besteuern, während die 90 000, sagen wir, $33\frac{1}{3}\%$ zu zahlen hätten; tut C das gleiche, so würden die von ihm angesammelten M 100000 beim Erben D wieder 10%, die von B ererbten 90 000 wieder $33\frac{1}{3}\%$ zahlen, während die noch von A stammenden 60000 ganz wegzusteuern wären. Der Vorschlag ist trotz aller ja auf der Hand liegenden technischen Schwierigkeiten geistreich und erwägenswert. Nur müßte man, um eine erhebliche Summe zu bekommen, schon die ersten Erbübergänge höher belasten, als es in Deutschland wirtschaftlich richtig ist. Denn außerhalb der Landwirtschaft sind die Erbmassen nicht so langlebig, daß man die Erbschaftsteuer nahezu ganz auf zweite und dritte Übergänge basieren könnte. Aus diesem Grund ist es auch nicht sehr viel mit der für manche Leute so bestechenden Wirkung dieser Maßregel auf die Einkommensverteilung: Die industriellen Vermögen zerstäuben in der Regel in drei Generationen auch ohne freundliche Hilfe des Steuerfiskus. Ein im Grunde ähnlicher Gesichtspunkt liegt den tatsächlich bestehenden Abstufungen der Steuer nach Verwandtschaftsgraden zu Grunde, wenngleich der Plan Rignanos daneben noch einen eigenartigen Sinn behält. Aber eben weil jene Differenzierung schon durchgeführt ist, gibt es da nicht mehr viel zu holen. Denn höhere Belastung der Erben unserer ersten Klasse – direkte höhere Belastung derselben oder indirekte durch eine Nachlaßsteuer – ist für jetzt sicher eine verfehlte Maßregel und die übrigen Klassen sind ja ohnehin nicht milde behandelt. Finanziell völlig wertlos wäre die Höherbelastung großer Erbschaften. Auch in England sind nur 12% der Nachlässe größer als 5000

Pfund – und diese 12% bringen nur 5% des Steuerertrages auf.

Gäbe es kein anderes Mittel, um das Defizit zu decken, so müßte natürlich auch zur Erhöhung der Erbschaftssteuer gegriffen werden. Da das nicht der Fall ist, so ist kaum etwas dafür anzuführen. Unser Argument ist völlig unabhängig davon, wie man über Privateigentum, Erbrecht usw. grundsätzlich denken mag. Ob dem Erbgang eine kulturelle Funktion zukommt oder nicht, ob und in welchem Grad er die Ungleichheit der Einkommensverteilung erklärt¹, ob und in welchem Sinn der Erbe eine zufällige und sozial sinnlose Begünstigung erfährt – alles das berührt unser Thema nicht unmittelbar. Uns handelte es sich nur um eine praktische Frage, die vom Standpunkt der praktischen Notwendigkeiten des Augenblicks zu beantworten war.

¹ Prof. Haensel (Moskau) behauptet auf Grund von über tausend Biographien reicher Leute in einem Briefe an Sir Josiah Stamp, daß die Bedeutung des Erbgangs für die Ungleichheiten der Einkommensverteilung gering sei. (Vgl. Economic Journal 1926.)

Joseph Schumpeter
Wen trifft die Umsatzsteuer?¹

I.

Ich glaube kaum, daß es einen Steuerfachmann gibt, dessen Blick nicht auf die Umsatzsteuer fiele, wenn davon die Rede ist, wie der Fehlbetrag des Reichshaushalts gedeckt werden soll². Das kommt nicht nur daher, daß die Umsatzsteuer, die seit mehr als hundert Jahren so ähnlich betrachtet wurde, wie wir ein antediluvianisches Gerippe zu betrachten gewohnt sind – notieren wir immerhin Ausnahmen wie die kurzlebigen Umsatzsteuerintermezzi in Bremen und in den Vereinigten Staaten, beide ab 1862 –, sich als der große Helfer in den budgetären Nöten der letzten Kriegs- und der Nachkriegszeit bewährt hat, ganz so wie in jenen fernen Zeiten, aus denen noch der Name der spanischen Alcala zu uns herüberklingt. Auch nicht nur daher, daß sie mit größter Leichtigkeit eine ganz oder nahezu ausreichende Summe bieten kann. Sondern auch daher, daß diese Steuer von den 2½ % der zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 schnell und drastisch auf 2, 1½, 1% und schließlich im Steuermilderungsgesetz vom 31. März 1926 auf 0,75% herabgesetzt und dabei die Luxussteuer ganz beseitigt wurde. Das Sinken der Umsatzsteuer geht also parallel mit der Verschlechterung der Reichsfinanzen und hat diese insofern verschuldet, als trotz des Steigens der Ausgaben das Budget noch heute ungefähr bilanzieren und keine Verlegenheit bestehen würde, wenn man an dem Satz von auch nur 1½ % festgehalten hätte: Brachte sie doch 1924 etwas über 1,9 Milliarden ein, befriedigte sie doch selbst 1925 mit etwas über 1,4 Milliarden fast 21% des gesamten Steuerbedarfs. Freilich erhöht jedes Hinaufsetzen auch die Überweisungsverpflichtungen. Aber die Schwierigkeiten, die aus dem Finanzausgleich erwachsen, sind ja nicht bloß dieser Steuer eigen, vielmehr eine Barriere im Weg unserer ganzen Finanzpolitik, deren Wegräumen eine der vielen Voraussetzungen gedeihlicher Entwicklung überhaupt ist. Und jedenfalls ist das die einzige Schwierigkeit. Denn technisch ist keine Maßregel leichter als eine mäßige Erhöhung der Umsatzsteuer: Wie dieser schon an sich der große Vorzug verhältnismäßig geringer Kosten und Schikanen eignet, so auch der weitere Vorzug, daß ihre Erhöhung keine neuen Schwierigkeiten mit sich bringt und keine neuen Probleme aufwirft, wie das bei vielen andern Steuern der Fall ist. Sachlich ist klar, daß eine Erhöhung im Ausmaße von 0,25% nur in Ausnahmefällen merkbar und eine *Erhöhung bis etwa auf 1½ % keine Quelle ernster Störungen sein kann* – an mehr als das denkt ja auch niemand, zumal keine Notwendigkeit besteht, weiterzugehen. Ebenso klar ist, daß alle Steuern, die eine gute Presse haben, so angespannt sind, daß sich keine ernst zu nehmende Stimme für ihre Erhöhung im erforderlichen Ausmaß erhebt und daß heute die sonst von den

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 3, 1928/1929, S. 206-208; d. H.

² Vgl. meinen Artikel über die Erbschaftssteuer im Deutschen Volkswirt vom 26. Oktober 1928, an welchen sich der gegenwärtige anschließt.

meisten Leuten als Mangel gewertete fehlende Progression vernünftigerweise um so weniger als Nachteil bezeichnet werden kann, als sie in der Tendenz zur Senkung der Lohnsteuer eine Kompensation findet. – Übrigens ist es vielleicht nicht überflüssig, auf die Selbstverständlichkeit hinzuweisen, daß die Umsatzsteuer zwar nicht progressiv, wohl aber im Gegensatz zu Verbrauchssteuern auf einzelne Artikel proportional zum Einkommen wirkt und schon aus diesem Grunde nicht einfach mit jenen indirekten Steuern katalogisiert werden kann, welche »den Armen ebenso belasten wie den Reichen«. Endlich, wenn es richtig ist, daß unsere ganze wirtschaftliche Zukunft von *ausreichender Kapitalbildung* abhängt, so wird das Argument für eine Steuerform übermächtig, welche zwar Sparen und Rücklagen nicht ganz verschont, aber doch wenigstens nicht gegen sie differenziert wie die Einkommensteuer oder gar die Erbschaftsteuer. Freilich hat sie, abgesehen von dem Stigma unsozialer Wirkung, das ihr die finanzpolitische Phrase aufgedrückt hat, auch wirkliche Nachteile: Eigenverbrauch ist mit ihr schwer zu erfassen; die Anzahl der Umsätze, in die der Weg vom Rohstoff bis zum Endprodukt zerfällt, ist verschieden für verschiedene Artikel und selbst für verschiedene Unternehmungen, was ein ganz unrationelles Element in ihre Wirkungen bringt; es ergeben sich die bekannten Schwierigkeiten bei der Ein- und Ausfuhr; an einzelnen Stellen des Wirtschaftsprozesses werden die Unzukömmlichkeiten so groß, daß Befreiungen eingreifen müssen. Aber keine Steuer ist ein Ideal. Es liegt im Wesen jeder Steuer, daß sie ein Fremdkörper im kapitalistischen Wirtschaftsprozess sein und darin Schaden anrichten muß. Trotzdem ist die Umsatzsteuer das Richtige für das Deutschland von heute – und da auch Frankreich eine hat und zwar eine hohe, so sprechen auch noch andere als rein wirtschaftliche Gründe für sie: Ein Punkt, den wir stets übersehen, um uns dann über die Folgen dieses Übersehens zu wundern und sie allen möglichen andern Ursachen zuzuschreiben. Die Lehre der großen englischen Tradition, welche die Umsatzsteuer und überhaupt Systeme vieler kleiner Steuern verwirft – die Lehre von Pitt, Peel und Gladstone, um die zum letztenmal in dem großen parlamentarischen Duell zwischen dem letztgenannten und Cornewall Lewis im Jahre 1857 gestritten wurde –, beweist nichts für unseren Fall: Denn erstens gilt sie für erfreulich normale Zustände. Zweitens ist ihre Reversseite starke Besteuerung einzelner großer Artikel. Drittens ist sie nur zu verstehen im Zusammenhang striktester Einschränkung aller Staatsaus- und -aufgaben. Viertens bezieht sie sich eigentlich auf indirekte Steuern im wahren Sinn des Wortes, in einem Sinn, in welchem, wie wir gleich sehen werden, die Umsatzsteuer keine ist.

II.

Das alles ist richtig genug. Wir wollen nun nicht weiter auf die bekannten Argumente für und wider eingehen, sondern versuchen, die wirtschaftliche Natur der Umsatzsteuer in schärferes Licht zu rücken und die Frage unserer Überschrift und damit die Frage nach der volkswirtschaftlichen Wirkung der Umsatzsteuer etwas präziser zu beantworten, als es zu geschehen pflegt. Weil das Steuerobjekt – mit einer Reihe von Befreiungen – der geschäftliche

Gesamtumsatz der Steuerzahler ist und weil dieser Umsatz durch kontrollierte Steuererklärungen festgestellt wird –, weil es sich also um eine »veranlagte Steuer« von der Roheinnahme pro Zeitperiode handelt –, ist unsere Steuer mitunter als eine direkte bezeichnet worden. Unsere beste Fachmeinung teilt jedoch diesen Standpunkt nicht – den sie als einen bloß formalen bezeichnet –, sondern nimmt den andern ein, daß nämlich der Steuerzahler die zu entrichtende Umsatzsteuer einkalkuliere, daß sie infolgedessen ein Bestandteil seiner Kosten sei und überwältzt werde, daher *materiell* als eine indirekte Steuer, eben als die allumfassende Verbrauchsbesteuerung zu bezeichnen sei¹. Gleichgültig nun, welche Stellung man in der nicht sehr interessanten Frage einer veralteten und nicht sehr wertvollen Terminologie einnimmt, jedenfalls ist es sicher, daß *Überwältzbarkeit* kein Privileg der sog. indirekten Steuern ist. *Vielmehr werden so gut wie alle Steuern überwältzt* (mit wenig Ausnahmen, Beispiele: Prozentuelle Besteuerung eines Monopolreingewinns, absolute Inelastizität der Angebotseite), auch die meisten Ertragsteuern, wenngleich in sehr verschiedenem Maße, und auch die Einkommensteuer. *Und so gut wie keine Steuer wird ganz überwältzt* (wiederum mit ähnlichen Ausnahmen), was nur deshalb immer verkannt wird, weil gerade in den wichtigsten Fällen Entwicklungserscheinungen, wie z. B. Zunahme der Bevölkerung und andere Umstände den wahren Sachverhalt verdecken, so daß es aussieht (z. B. bei jeder Erhöhung der Biersteuer), wie wenn die Mehrbelastung des Konsumenten sogar größer wäre als der Betrag der Steuererhöhung. Was sichtbar ist und diesen trügerischen Schein hervorruft, ist eben nur ein Teil eines Prozesses, der nicht in Kürze zu schildern ist. Wenn nun die Einkommensteuer tatsächlich weniger überwältzbar ist als z. B. einerseits eine Zuckersteuer und andererseits die meisten direkten Ertragsteuern, so liegt das lediglich an ihrer Allgemeinheit, welche ein wesentliches Rad des Mechanismus der Überwälzung – *ein* Rad allerdings nur – ausschaltet, nämlich das Ausweichen nach unbesteuerten oder weniger besteuerten Branchen. Die Überwälzung vollzieht sich nur durch relative Einschränkung des Angebots, eine Einschränkung nämlich, welche das Angebot zwar nicht notwendig absolut geringer macht, aber geringer macht als es sonst wäre. Und das geschieht u.a. auch so, daß Kapital und Arbeit sich andern Produktionszweigen zuwenden, in der Praxis also vornehmlich so, daß *neuauf tretendes* Kapital und *neuzuwachsende* Arbeitskraft minderbelasteten Stellen der Volkswirtschaft zustreben. Da die Einkommensteuer, wenigstens grundsätzlich, wenn auch nicht immer tatsächlich, alle Einkommensquellen gleich belastet, so ist Abströmen unmöglich bzw. sinnlos. *Gerade diese Eigentümlichkeit hat aber auch die allgemeine Umsatzsteuer*. Freilich ist die Einschränkung zu machen, daß sie je nach der Zersplitterung des Produktionsprozesses in verschieden viele Unternehmungen die Produktionszweige ungleich belastet. Das ist ein Mangel, aber er bedeutet keine erhöhte Überwälzung auf Konsumenten, sondern nur eine Verschiebung des überwältzten Teiles der Last. Dieser Teil selbst ist ganz so wie bei der Einkommensteuer und aus ganz demselben Grunde wie bei der Einkommensteuer wesentlich geringer, als er es bei wenigen großen Verbrauchssteuern wäre: Wenn wir einen paradox

¹ Vgl. Popitz, Art. Umsatzsteuer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

klingenden Satz riskieren dürfen – *die Allgemeinheit dieser »Verbrauchssteuer« beraubt sie ihres Charakters als Verbrauchssteuer.* Dieser Umstand, der Überwälzung nicht ausschließt aber erschwert, erklärt schon für sich allein, warum es zwar sehr viel politische, aber sehr wenig echte Aufregung über diese Steuer gab und gibt: Ganz mit Recht fühlen sich die Massen durch sie nicht bedrückt.

Aber noch zwei andere Momente hemmen den Überwälzungsprozeß. Einmal müßten, wenn es Überwälzung in diesem Falle geben sollte, *alle* Preise steigen, wenn auch nicht gleichmäßig, also das *Preisniveau*. Das aber geht nicht, wenn nicht zugleich das Volumen der umlaufenden Zahlungsmittel oder deren Umlaufgeschwindigkeit steigt. Allerdings geschieht das bis zu einem gewissen Grade, weil infolge der Steuer etwas mehr Bankkredit in Anspruch genommen wird als ohne sie in Anspruch genommen würde. Aber soweit das nicht geschieht – und die gegenwärtige Reichsbankpolitik macht inflationistische Finanzierung der Steuerleistung nicht leicht –, sind die Überwälzungsmöglichkeiten auch infolge des monetären Zusammenhangs eingeschränkt. Sodann darf nicht übersehen werden, daß Belastung des *Umsatzes* eine andere Sache ist als Belastung der *physischen Produktmenge*, welche letztere die typische Form der Verbrauchsbesteuerung ist. Belastung pro Produkteinheit erhöht zwar nicht notwendig den *Produktpreis*, wohl aber die *Produktionskosten* um den Steuerbetrag. Im Fachjargon gesprochen, die *Kostenkurve* wird dadurch parallel mit sich selbst nach oben verschoben. Da aber bei der Umsatzsteuer das Steuerobjekt nicht nur von der Produktionsmenge, sondern auch von den Preisen abhängt, so *erleichtert* sich bei ihr die Steuerlast pro Produkteinheit im Fall der Produktionsausdehnung jener Artikel, deren Produktion dem sog. »Gesetz der sinkenden Kosten« oder »des zunehmenden Ertrags« unterworfen ist, und *erhöht* sich die Steuerlast pro Produkteinheit im Fall der Produktionsausdehnung in jenen Produktionszweigen, die dem sog. »Gesetz der steigenden Kosten« oder des »abnehmenden Ertrags« unterworfen sind. Die Umsatzsteuer wirkt also als eine Begünstigung der ersteren Produktionszweige und als eine Hemmung der letzteren. Und das bedeutet einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Vorteil und eine teilweise Entschädigung der Konsumenten, wie in anderem Zusammenhang Marshall gezeigt hat.

Hätte ich nicht Gewissensbedenken, den schwergeprüften Leser noch weiter den steinigen Weg ökonomischer Zusammenhänge zu führen, so würde ich jetzt auch zeigen, daß die behauptete exporthindernde und importfördernde Wirkung der »unveredelten« Umsatzsteuer nicht annähernd so ernst ist als man glauben könnte. Soweit sie das Preisniveau nicht hebt, kann sie diese Wirkung nicht haben. Doch genügt das bisher Gesagte, um zu zeigen, daß nicht nur die Art, wie die Umsatzsteuer bekämpft wird, sondern auch die Art, wie sie von ihren Freunden vertreten wird – die auf ein Plädieren mildernder Umstände hinauskommt, auf den Nachweis nämlich, daß eben auch indirekte Steuern notwendig und in gewissen Fällen nützlich sein können –, das Wesen der Sache nicht trifft. *Die Steuer wird vielmehr zu einem wesentlichen Teil nicht abgewälzt und unterscheidet sich in dieser Beziehung von den eigentlichen Verbrauchssteuern viel mehr als von der Einkommensteuer.* Wie aber kommt es, daß sich das nebelhafte

Gebilde, das wir die »Wirtschaft« nennen, so leicht mit dieser Steuer abfindet, wenn ein großer Teil derselben an ihr hängen bleibt, während sie sich doch z.B. gegen die Gewerbesteuer mit lauten Klagen wehrt? Ist das bloß Unkenntnis der Zusammenhänge? Nein, wenngleich dieses Moment mitspielen mag: Zu allen andern Tugenden hat die Umsatzsteuer nämlich noch die weitere, für die Produktion besonders wichtige, daß sich ihre Last wie weicher Mörtel in alle Fugen und Risse, an alle Ein- und Ausbuchtungen des Wirtschaftskörpers schmiegt und sich so in der wenigst produktionshindernden Weise zu verteilen strebt. Nur Besteuerung durch Inflation hat diese Eigenschaft *noch* mehr. Gerade die Abwesenheit jeder bloß ausgedachten Art von rationeller Verteilung macht diese Steuer zu einer solchen *Haut*, die immer besser paßt als das beste *Kleid*. Sie ist wahrhaft eine Steuer auf die ganze Volkswirtschaft, deren Lebensprozeß ihre letzten Wirkungen automatisch gestaltet und eben dadurch erträglich macht.

Joseph Schumpeter

Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung¹

1. Der Vortrag, welcher im Folgenden zum Teil kürzend und zum Teil ausarbeitend zusammengefaßt wird, galt den beiden Fragen: Wie beeinflußt die Höhe der Löhne die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Entwicklung der Volkswirtschaft die Höhe der Löhne? Kann die Wirtschaftsentwicklung durch gesetzgeberische oder gewerkschaftliche Beeinflussung der Lohnhöhe gefordert und das Lohnniveau durch wirtschaftspolitische Förderung der Wirtschaftsentwicklung gehoben werden? Aus diesem weiten Problemgebiet, das sich die moderne Wissenschaft erst nach und nach erobert – die größte zusammenfassende Leistung, die bislang vorliegt, allerdings schon in vielen Punkten überholt ist, ist das Werk von Professor Pigouj »*Economic of Welfare*« können im Rahmen, der zur Verfügung steht, nur einzelne Punkte behandelt werden. Vorab muß ich eine Bemerkung machen, welche fast jeder Darlegung wirtschaftswissenschaftlicher Fragen vorausszuschicken ist: Die sachlichen Schwierigkeiten jeder solchen Untersuchung sind groß; unsere Daten sind unvollständig, zum Teil überaus unverläßlich und reichen nicht weit genug zurück; das moderne Handwerkszeug der ökonomischen Theorie ist verhältnismäßig neu, zum Teil erst in Ausbildung begriffen und wird immer komplizierter, so daß es immer mehr aufhört, allgemein zugänglich zu sein; und unsere Resultate haben jene Einfachheit und Allgemeinheit verloren, welche frühere Generationen mit dem Mute der Unkenntnis ihren Resultaten beileigten. Um ein Beispiel anzuführen: Ricardo behandelt beim Problem von Schutzzoll und Freihandel im Grunde genommen nur einen Fall, dem er eine einfache und allgemeine Lösung gibt. Edgeworth unterscheidet 80 Jahre später in seiner berühmten Abhandlung über denselben Gegenstand 256 Fälle, von denen keiner ganz ebenso zu behandeln ist wie ein anderer. Aber noch ernster sind Schwierigkeiten einer anderen Kategorie: Weil das, was von der Wirtschaftslehre bislang überhaupt in weitere Kreise gedrungen ist, vorwiegend aus jenen ungefähr hundert Jahre alten Allgemeinheiten besteht, weil sich die neueren Forschungsweisen noch nicht durchgesetzt haben und unsere vorwiegend juristisch orientierte Ausbildung gar keinen Raum läßt für gründliche Unterweisung in ihnen, weil ferner begreiflicher-, aber auch bedauerlicherweise das, was von der volkswirtschaftlichen Literatur ernst zu nehmen ist, fast völlig verschwindet in dem Sturzbach von Produkten, deren Verfassern ausreichende Sachkunde fehlt, so ist die öffentliche Meinung aller Parteien, wenn in nichts anderm, so doch darin einig, daß die Wissenschaft präzise und verlässliche Resultate überhaupt nicht habe und im Grunde nur Parteistandpunkte oder wenig interessante Philosophien biete, bei denen man sich nicht aufzuhalten braucht. Natürlich wird das mit der Zeit anders werden, aber vorläufig hat das die Folge, daß sich auf diesem Gebiete jeder für einen Fachmann hält und

¹ Quelle: Der Arbeitgeber. Bd. 18, 1928, S. 479-482; d. H.

primitive Irrtümer, deren sich ein jeder auf jedem andern Gebiet schämen würde, womöglich noch für Entdeckungen, besonders oft für wohlbegründete Ergebnisse der Erfahrung gelten. Das würde jede fruchtbare Diskussion auch dann erschweren, wenn nicht das ganze Gebiet in den Bereich des Kampfes politischer und sozialer Parteien fallen würde, was vollends ruhige Analyse erdrückt und Schlagworte an ihre Stelle setzt.

2. Der erste Punkt, den wir herausgreifen, betrifft die so oft gehörte, vom Standpunkt des Wirtschaftspolitikers jedes Typus menschlich so begreifliche Behauptung, daß die Arbeiterschaft ihre Erhebung aus dem Zustand bitterster Not, in welchem sie sich am Anfang des 19. Jahrhunderts besonders in England zweifellos befand, und den steigenden Lebensstandard, den sie ebenso zweifellos seither Schritt für Schritt errang, sozialpolitischem Eingreifen verdanke – staatlichem und gewerkschaftlichem –, und ohne dieses, das den nur auf seinen unmittelbaren Vorteil bedachten Unternehmer zu Konzessionen gezwungen habe, eben in jener Notlage annähernd verblieben wäre: Immer wieder hören wir, daß vortreffliche Männer der Wirtschaftspolitik in bestem Glauben sich dieses Verdienst vindizieren. Das ist aber, wenn damit der große Zug der Dinge über lange Perioden hin erklärt werden soll, nichts anderes als eine optische Täuschung, die darauf zurückzuführen ist, daß der Sozialpolitiker dauernden und mehr als scheinbaren Erfolg eben nur dann hat, wenn der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft die Vorbedingungen für eine Lohnerhöhung geschaffen hat und sie von selbst erzwingen würde. Soweit sich der Sozialpolitiker für seine Behauptung auf Tatsachen berufen kann, so kommt das eben daher. Es ist jedoch nicht überflüssig darauf hinzuweisen, daß die Tatsachen nicht so einfach zu Zeugen für ihn aufgerufen werden können. Wenn nämlich der sozialpolitische Eingriff zugunsten des Arbeiters wirklich das bestimmende Moment der tatsächlichen Lohnentwicklung von 1800 bis zur Gegenwart gewesen wäre, so würden wir offenbar erwarten, daß die Rate des Zuwachses des Lohnniveaus in Ländern und Zeiten aktiver Sozialpolitik verhältnismäßig stark und in andern Zeiten schwach betont wär. Das ist nicht der Fall. Die Vereinigten Staaten – und zwar sowohl deren Bundesregierung als auch deren Einzelstaaten und Gemeinden – betreiben weniger Lohnpolitik als irgendein anderes Kulturland. Die Gewerkschaften sind auch dort eine Macht, aber nicht annähernd so sehr wie in Europa. Trotzdem stehen die Löhne dort auch unter Berücksichtigung von Preisniveau und Arbeitslosigkeit erheblich höher als irgendwo sonst in der Welt. In roher Annäherung kann man ferner sagen, daß das englische Lohnniveau im Laufe des 19. Jahrhunderts auf das Vierfache gestiegen sei, und zwar *realiter*, nicht etwa nur nominell. Weitaus der größte Teil dieser Steigerung fällt in die ersten Dreiviertel des Jahrhunderts, in eine Zeit also, in der lohnpolitisches Eingreifen und Gewerkschaftsmacht so gut wie fehlten. Der Rest der Steigerung fällt in das letzte Viertel, in welchem beide nur langsam Boden gewannen, und die 13 Jahre vor dem Kriege, in denen die Gewerkschaften zum stärksten Machtfaktor der Nation emporwuchsen und Lohnpolitik als Staatsaufgabe zur Selbstverständlichkeit wurde, weisen überhaupt keine Lohnsteigerung, vielleicht sogar ein leises Fallen auf und schwere Arbeitslosigkeit dazu. Nichts läge mir ferner, als aus diesen Tatsachen etwa die Wirkungslosigkeit lohnpolitischer Eingriffe ableiten zu wollen. Im Gegenteil, es ist eine der

wesentlichen Funktionen des Nationalökonomen, die Gewohnheit des Schlüsseziehens aus unanalysierten Tatsachen, die einer vorwissenschaftlichen Denkweise entspricht, zu bekämpfen. Allein es handelt sich auch gar nicht darum, damit etwas Positives zu beweisen, sondern nur darum, den Anspruch, daß die unanalysierten Tatsachen *prima facie* die Wirksamkeit der Lohnpolitik bezeugen, als unbegründet abzulehnen. Dasselbe Resultat ergibt sich übrigens auch aus deutschen Erfahrungen: In den letzten 15 Jahren des 19. Jahrhunderts stieg der Reallohn in Deutschland mehr als in England, nämlich um ungefähr ein Drittel. Damals gab es recht wenig Lohnpolitik. In den ersten 13 Jahren des laufenden Jahrhunderts stand er nicht still wie in England, aber er hob sich nur um wenige Prozente.

3. Der zweite Punkt, der berührt werden soll, betrifft die Größe der Marge, über die zwischen Arbeiter und Unternehmer überhaupt gestritten und innerhalb deren lohnpolitische Einflußnahme wirksam werden kann. *Das National Bureau of Economic Research* – eine rein wissenschaftliche Institution, deren führender Mann ein Gelehrter von Weltruf, übrigens aber persönlich von radikalen sozialen Anschauungen ist – schätzt den Anteil der Arbeitseinkommen an dem Produktwert der amerikanischen Industrie minus dem Wert der Rohstoffe, also an dem unter alle Interessenten der Industrie zu verteilenden Produktionsertrag für die Zeit zwischen 1909 und 1918 auf zwischen 68,7 Prozent (1916) und 78,1 Prozent (1918) und durchschnittlich auf 74 Prozent. Diese Zahlen sind dadurch verfälscht, daß ein Teil der Jahre in die Inflationsperiode fällt, welche ja auch in Amerika nicht fehlte und auf den Anteil der Arbeitseinkommen wie überall ungünstig einwirkte. Das erklärt wohl, warum sie niedriger sind als die englischen Ziffern für 1911 (75,5 Prozent) und für 1925 (78 Prozent). Daß dieses Verhältnis ungefähr überall so ist¹, dürfen wir aus theoretischen Gründen schließen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Die Sache rückt erst in das richtige Licht, wenn wir bedenken, daß von den restlichen, sagen wir also 25 Prozent, reichlich die Hälfte auf Steuern und Rücklagen entfällt, auf Posten also, die auch in einer sozialistischen Wirtschaft nicht fehlen könnten, es sei denn, daß diese auf alle Verbesserungen der Produktionsanlagen verzichten wollte. Lohnpolitische Einkommensübertragung könnte sich also äußerstenfalls auf 12½ Prozent des volkswirtschaftlichen Produktionsertrages beziehen, selbst wenn man annehmen wollte, was kein vernünftiger Mensch tut, daß diese ganze Summe den Unternehmern und Kapitalisten entzogen werden könnte, ohne daß die Produktion Schaden litte. Daraus folgt offenbar, daß an lohnpolitische Verschiebungen der Anteile am Sozialprodukt keine wesentlichen Hoffnungen für die Arbeiter geknüpft werden können und daß daher alle Hoffnung auf künftigen höheren Lebensstandard in der Richtung der Produktionssteigerung liegt, deren Hauptinteressenten – wie das der amerikanische Arbeiter auch schon versteht: Eine schlechte Bilanz macht eine Geschäftsleitung in Amerika unpopulär bei ihren eigenen Leuten – die Arbeiter sind. Folgende Umstände verdecken diesen einfachen Tatbestand immer wieder vor den Augen der Öffentlichkeit und der

¹ Das Statistische Reichsamt schätzt für Deutschland (1925) den Anteil der Löhne und Gehälter *allein* – also nicht des ganzen Arbeitseinkommens – auf 70 Prozent, der Reichsverband der deutschen Industrie auf 76 Prozent, die Gewerkschaften schätzen ihn auf 63 Prozent. Aber selbst die letztere Schätzung kommt der obigen nahe, wenn man die anderen Elemente des Arbeitseinkommens hinzufügt.

Beteiligten selbst: 1. Vor allem haben wir natürlich unter Arbeitseinkommen nicht bloß das begriffen, was man sprachüblich als »Löhne« bezeichnet und was nur etwas über 50 Prozent der Einkommenssumme ausmacht, sondern alle Einkommen und Einkommenselemente, *welche ökonomisch als Entgelte für Arbeitsleistungen zu bezeichnen sind*, also auch alle Gehälter, alle Einkommen der sogenannten freien Berufe und die Lohnelemente im Einkommen der Geschäftsleute aller Typen. Das entspricht der Natur der Sache: Ob Stehkragen oder nicht – das bedeutet keinen Wesensunterschied für die ökonomische Betrachtung. 2. Dann haben wir Steuern und Rücklagen ausgeschieden, deren unsachgemäße Einrechnung viel mit dem gegenteiligen Anschein zu tun hat. 3. Die öffentliche Aufmerksamkeit – und nicht bloß die des Laien – richtet sich in einer einem falschen Eindruck förderlichen Weise einerseits auf die hervorstechende Größe *einzelner* Einkommen – über deren Funktion ich in einem mit dem vorliegenden in innerem Zusammenhang stehenden Vortrag¹ gesprochen habe – und andererseits auf die Zeitperioden, in denen sich die im technischen und engsten Sinn sogenannten »Unternehmergewinne« zusammendrängen, ohne daß beachtet wird, daß sich ihr Betrag pro Jahr wesentlich reduziert, wenn man sie gleichmäßig auf Aufschwungs- und Depressionsjahre verteilt, d.h. zum vollständigen Zyklus des Wirtschaftslebens und nicht bloß zu einem Teil desselben in Beziehung setzt. 4. Wie eine lebendige Widerlegung unserer Darstellung sieht endlich die Tatsache aus, daß doch auch viel größere Lohnerhöhungen vorkommen als unsere Darstellung als möglich zu bezeichnen scheint. Allein abgesehen davon, daß wir hier nicht von *absoluten* Lohngrößen, sondern vom *Anteil der Löhne am Gesamteinkommen* sprechen und davon, daß Lohnerhöhungen zum Teil ja auch auf Kosten der Rücklagen und Steuerträge gehen können und tatsächlich oft gehen, liegt auch hier, wie so oft auf unserem Gebiet, eine optische Täuschung vor: In jedem einzelnen Fall sind natürlich viel größere Lohnerhöhungen möglich als allgemein möglich wären – wegen der so gut wie immer gegebenen Fortwälzungsmöglichkeit, welche wir noch berühren werden. Und dann sieht es für den Augenblick immer so aus, wie wenn auf dem Gebiete der Lohngestaltung so gut wie alles möglich wäre. 5. Bei Störungen des Wirtschaftsprozesses, wie die staatliche Inflation im Kriege und in der Nachkriegszeit eine war, können die Löhne soweit von dem Niveau abweichen, welches sie normalerweise einnehmen würden, daß dadurch ein plötzlicher großer Sprung möglich wird, der die Abweichung rektifiziert. Einen solchen hat die Zeit nach den verschiedenen Deflationskrisen überall gebracht, was natürlich ohne weiteres verständlich ist und zu keiner Extrapolation berechtigt.

4. Bei der Beantwortung unserer ersten Frage geht die moderne Analyse von einem Theorem aus, welches hier weder korrekt formuliert noch bewiesen werden kann, nämlich von dem

¹ Vgl. »Arbeitgeber« 1927. [»Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse«; Vgl. hierzu die Bibliografie, d. H.] Dort wurde auch darauf hingewiesen, daß bei allen solchen Schätzungen wie den angeführten sehr vieles als Vermögensgewinn oder -ertrag erscheint, was Arbeitsentgelt ist. Ein schematisches Beispiel, um das klarzumachen, welches E. Cannan konstruiert hat: Müller und Meier kaufen um je 10000 Reichsmark je ein Stück Sumpfland und machen es mit einem Aufwand von je weiteren 10 000RM. urbar. Müllers Land habe dann einen Ertragswert von 20 000RM. Meier aber, der seine Sache besser macht als Müller, erzielt einen Ertrag, der sich in einem Grundstückswert von 30 000RM ausdrückt. Dieser Zuwachs von 10 000RM. ist das Resultat der höheren Qualifikation der Arbeitsleistung Meiers. Aber für die Statistik und für die Steuergesetzgebung ist das »unverdienter Wertzuwachs«.

Theorem, daß in jedem als entwicklungslos angenommenen Zeitpunkt der Lohn jeder Kategorie von Arbeitern eindeutig bestimmt ist – daß also, so wie in einem lebenden Organismus oder in einer Maschine die einzelnen Teile aufeinander abgestellt sind, auch der sich selbst überlassene Wirtschaftsprozeß eindeutig bestimmte Verhältnisse zwischen allen zu gleicher Zeit bestehenden Preisen, Einkommen und Warenmengen erzwingt – und zwar in einer Höhe (der »Gleichgewichtshöhe«), die proportional ist zur »Produktivität« des einzelnen Arbeiters. Produktivität bedeutet hier nicht, was darunter oft verstanden wird, nämlich Produktmenge dividiert durch die Anzahl der Arbeiter oder Arbeitstage, was eine völlig sinnlose Zahl ist, sondern den partiellen Differenzialquotienten von Produktmenge nach Arbeitsmenge. Steigt der Lohn, ohne daß sich sonst etwas ändert, über diese Höhe oder sinkt er unter der gleichen Annahme darunter, so treten Erscheinungen auf, die ihn auf jenen Satz zurückzuführen tendieren. Die praktisch wichtigste von den Ursachen, die diesen Gleichgewichtslohn dauernd heben können, ist nun das, was wir hier der Kürze halber – unexakt – industriellen und kommerziellen »Fortschritt« nennen wollen. Die Art der Wirkung dieser Ursache auf das Lohnniveau macht man sich am besten klar, wenn man erwägt, daß jeder einzelne solche Fortschritte zuerst in einer Unternehmung – oder in einigen wenigen – auftritt (eine neue Produktionsmethode z.B.) und sich dort in der Regel in einem Sinken der Kosten pro Produkteinheit auswirkt. Infolgedessen macht diese Unternehmung zunächst einen Gewinn – den eigentlichen Unternehmervergewinn –, worauf die Konkurrenz ihre Methode kopiert und eine allgemeine Produktionsausdehnung und Preissenkung eintritt, welche jenen Gewinn wieder eliminiert, so daß schließlich, wenn sich die neue Methode ganz eingelebt hat, in Abwesenheit eines Monopols der ganze Vorteil der Neuerung die Form gestiegenen Realeinkommens aller Kreise annimmt. Abgesehen von Irrtümern, Fehlschlägen oder äußeren Störungen paßt sich die Geldrechnung dem neuen Tatbestand entweder durch niedrigeres Preisniveau oder, wenn eine Ausdehnung des Bankkredits mitgewirkt hat, auch durch eine Steigerung der Geldeinkommen an. Da sich nun die Preise aller Produkte in letzter Linie in Preise der sogenannten »ursprünglichen Produktionsmittel« und vor allem in Entgelte für Arbeitsleistungen auflösen lassen, so muß die Nachfrage nach Arbeit, wenn man sie in einem ideellen Geld von konstanter Kaufkraft ausdrückt, infolge des Prozesses der wirtschaftlichen Entwicklung immer steigen. Bekanntlich wird nun dagegen eingewendet, daß dieser Fortschritt meist »Rationalisierung« bedeutet, daher Freisetzung von Arbeitern – industrielle Reservearmee –, daher stetig sich verschärfenden Lohndruck (Verelendungstheorie oder doch Theorie der sinkenden Lohnquote), in weiterer Folge versagende Kaufkraft der Massen und Unverkäuflichkeit von Produkten: Was alles auf den bekannten, in den Zeiten fehlender Arbeitslosenfürsorge so traurigen Erscheinungen der jeweiligen Übergangsperiode, darüber hinaus aber nur auf einem Gedankenfehler beruht, I. der den Ausblick auf die Tatsache verstellt, daß die *Gesamtnachfrage* nach Arbeit und natürlichen Produktionsmitteln (Boden) durch Rationalisierung nur erhöht werden kann, weil die dabei erzielten Unternehmervergewinne ja letztlich auf nichts anderes ausgegeben werden können als auf Konsumartikel oder Produktivmittel, welche – wiederum letztlich – aus nichts anderem bestehen als aus Arbeit und »Naturleistungen«

(Boden, Wasserkräfte usw.).

5. *Notwendig und automatisch also hebt die sich selbst überlassene Entwicklung des Wirtschaftslebens das Realeinkommen* aller Kreise und insbesondere auch die Löhne, ein Resultat, welches zwar einiger Qualifikationen bedürfte, weil besondere Verumständungen Ausnahmen zur Folge haben können, aber gerade für die Löhne, von ganz temporären Störungen abgesehen, nahezu ausnahmslos gilt, wie das die Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus auch durchaus bestätigt. Und zwar tendiert sie den Lohn bis zu jener Höhe emporzuführen, über welche hinaus Rückwirkungen eintreten, die den Lebensstandard der Arbeiter wiederum senken. Daraus folgt die Antwort auf den zweiten Teil unserer zweiten Frage: Gewiß kann das Lohnniveau durch wirtschaftspolitische Förderung der Entwicklung gehoben werden. Nur ist es gar nicht selbstverständlich, was für Maßregeln als fördernd zu betrachten sind – ein ganzes Nest von ökonomischen Fehlurteilen liegt von altersher an diesem Punkte. Sogenannte Erziehungszölle stellen nur ausnahmsweise, und viel seltener als meist behauptet wird, eine solche Förderung dar. Zweifellos und unter allen Umständen günstig wirken nur wenige von den Maßregeln, die unter diesem Titel angepriesen oder durchgeführt zu werden pflegen. Das wichtigste Beispiel ist eine Gestaltung des Steuersystems, welche Rücklagen tunlichst schont, d. h. so ziemlich das Gegenteil dessen, was heute in dieser Richtung üblich ist. Über einige wenige solche Regeln hinaus könnten Indikationen immer nur für den einzelnen Fall gegeben werden – ein Gebiet, auf dem vor allem die heutige englische Nationalökonomie Bleibendes geleistet und die Basis für ein großes Bauwerk geschaffen hat. Wir gehen hier nicht darauf ein, wollen uns vielmehr damit begnügen, den ersten Teil unserer zweiten Frage zu beantworten: Wir hören heute Stimmen aus allen Lagern – von Gewerkschaftsführern, Unternehmern und auch von Gelehrten –, daß Erhöhung der Löhne ein geeignetes Gegenmittel gegen eine ganze Reihe von Übeln, und vor allem ein mächtiger Hebel zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung sei: Man gebe den Arbeitern größere Einkommen, dann werde man mehr produzieren und absetzen können, sich einen unbegrenzt aufnahmefähigen inneren Markt schaffen, im freigesetzten Massenkonsum einen nie versagenden Propeller haben. Selbst in einer maßvollen und sachkundigen Darlegung eines hervorragenden Forschers lese ich die Behauptung: »Das Realeinkommen in den Vereinigten Staaten ist also seit Kriegsende um 32 Prozent pro Kopf gestiegen, ein Tempo, das nur bei bewußter, planmäßiger Ausbeutung der Naturschätze und dem Willen zur Ausweitung des Konsums durch Lohnsteigerung möglich ist.« In der Tat erhalten diese Stimmen ein zusätzliches Gewicht durch Äußerungen führender Amerikaner in dieser Richtung, in deren Heimat diese Auffassung gang und gäbe ist.

Unterscheiden wir nun drei grundverschiedene Dinge: Jene amerikanischen Äußerungen bedeuten *erstens* und vor allem eine *Taktik*. Sie besteht darin, bei jeder Gelegenheit öffentlich zu betonen, daß man sich bestrebe, das Maximum der Löhne zu bezahlen, das die Lage der Branche und der Unternehmung verträgt. Und das ist ja durchaus keine Unaufrichtigkeit. Für eine solche hält es nur der Marxist, dessen Tatsachenmaterial und analytisches Werkzeug ungefähr gerade hundert Jahre alt ist, d. h. aus einer Zeit stammt, in der er nicht so Unrecht hatte.

Aber heute freut sich der typische Unternehmer aller Länder, wenn seine Erfolge es ihm möglich machen, seine Leute besser zu bezahlen, und es mag zweckmäßig sein und zur Verbesserung der sozialen Atmosphäre beitragen, wenn man das betont, statt jene Abwehrposition einzunehmen, in die der Unternehmer allerdings bei uns vom Sozialpolitiker hineingedrängt wird. Aber das hat mit dem Kausalzusammenhang nichts zu tun, der uns hier interessiert und den diese Taktik vortäuscht, und geht uns nichts weiter an. Zweitens haben wir die wichtige Gruppe jener Fälle abzuscheiden, bei denen zwar das Argument von der »Konsumausweitung« nicht zutrifft, aber von der Lohnerhöhung als solcher günstige Wirkungen ausgehen, die sie dann hinterher wirtschaftlich rechtfertigen. Der wichtigste hierher gehörige Fall fand sich in den ersten drei Vierteln des vergangenen Jahrhunderts sehr häufig realisiert, kann es heute allerdings nur in Ausnahmefällen sein, die jedesmal besonders nachzuweisen wären: Soweit bessere Lebenshaltung des Arbeiters größere und bessere Leistung bedeutet, kann eine *Lohnerhöhung* eine *Verringerung* der Produktionskosten pro Produkteinheit bewirken und so den Fonds *schaffen*, aus dem sie dann dauernd fließen kann. Das ist eine alte Geschichte. Allein, wenn man die heutige Dauer des Arbeitstages und jene Indizien betrachtet, welche für das Befinden der Arbeiterklasse charakteristisch sind – Säuglingssterblichkeit usw., bei uns leider auch den Alkoholkonsum –, so wird man die Konsequenz kaum ablehnen können, daß aus diesem Titel wenig, wenn überhaupt etwas, zu erwarten bleibt. Die andere Gruppe von Fällen, welche hierher gehören, beruht auf der allgemeinen Beobachtung, daß unhaltbare Situationen den Menschen zu Taten treiben können, an die er sonst nie gedacht hätte. Macht eine Lohnfestsetzung die Lage einer Industrie unhaltbar, so können aus ihrer Not sonst ungeahnte Dinge hervorgehen. Daß solche Therapie nur ganz ausnahmsweise etwas anderes sein kann als eine Frivolität, bedarf keines Wortes.

Erst wenn wir diese Gesichtspunkte abgeschieden haben, kommen wir – drittens – zu unserer eigentlichen Frage. Und rein praktisch und ohne alle komplizierte Analyse springt der Widersinn der Behauptung, man könne den Zustand einer Volkswirtschaft durch Erhöhung der Geldlöhne, also dadurch bessern, daß man den zahlenmäßigen Ausdruck der aus dem volkswirtschaftlichen Jahresprodukt zu befriedigenden Ansprüche erhöht, so sehr in die Augen, daß unsere Aufgabe nicht so sehr in der Widerlegung jener Behauptung als in der Erklärung des Umstandes besteht, daß sie überhaupt aufgestellt werden konnte.

Vorher sei immerhin bemerkt: Wenn die Lohnerhöhung auf Kosten der den andern Interessenten an der betreffenden Industrie zufließenden Erträge erfolgt, also etwa auf Kosten des Unternehmereinkommens, in der Weise, daß den Arbeitern Geldeinheiten zugewiesen werden, die sonst der Unternehmer bezogen hätte, dann kann das gar niemals die *Gesamtnachfrage* nach allen Waren erhöhen. Es kann natürlich die Nachfrage nach einzelnen Waren steigen, aber dann muß um genau denselben Betrag die Nachfrage nach anderen Waren sinken, so daß von einer *allgemeinen* Ausweitung des Konsums nicht die Rede sein kann. Darauf wird oft entgegnet, daß der Arbeiter den betreffenden Betrag ausgibt, während der Unternehmer ihn ganz oder zum Teil zurücklegt, was doch einen Ausfall an Gesamtnachfrage zur Folge habe. Das wäre richtig,

wenn der Unternehmer Geldstücke oder Noten *horten*, etwa in einem Strohsack verstecken würde. Das tut er aber nicht, sondern er »legt zurück«, indem er entweder in seine eigene Firma oder durch Aktienkauf oder durch Vermittlung einer Bank in eine andere Firma »investiert«. In allen diesen Fällen wird die betreffende Summe ausgegeben, ebenso wie wenn sie der Arbeiter unmittelbar bekommen hätte – und in Arbeitslöhne löst sie sich letzten Endes auf. Soweit jedoch eine Lohnerhöhung nicht an den Unternehmern als solchen hängen bleibt, sondern früher oder später die Konsumenten belastet, so werden wiederum diese um genau den Betrag, um welchen sie nun auf den betreffenden Artikel mehr auslegen müssen, weniger für den Ankauf anderer Artikel übrig haben, so daß auch dann es nichts mit einer allgemeinen Steigerung der Nachfrage sein kann. Wenn endlich die Lohnerhöhung inflationistisch finanziert wird, etwa so, daß von der Industrie nunmehr höhere Kreditbeträge in Anspruch genommen werden, so steigt allerdings der Geldausdruck der Nachfrage nach allen Gütern zusammengekommen. Aber diese Nachfragesteigerung ist grundsätzlich nur nominell und die Industrie kann mit der in diesem Sinn vermehrten Nachfrage nicht mehr anfangen als vorher mit der geringeren. Hier sind wir jedoch auch schon beim ersten der Punkte, in welchen einerseits die der bekämpften Auffassung zugrunde liegenden Irrtümer und andererseits die Tatsachen ankern, auf welche sie mit einem Schein von Recht hinweisen kann: Inflation schafft temporäre Gewinnmöglichkeiten¹, hauptsächlich dadurch, daß sie zu Preissteigerungen führt, auf welche die Kalkulation nicht eingestellt war, wozu noch kommt, daß die Buchwerte der Anlagen nur langsam korrigiert werden. Ergibt sich auf diese Weise auch meist nur ein Scheingewinn, so kann im einzelnen Fall doch auch ein wirklicher Gewinn vorliegen und die Stimmung der Märkte wird ja auch durch Scheingewinne verbessert. Dergleichen kann der Industrie, wie eine Morphiumeinspritzung dem Kranken, über tote Punkte und krisenhafte Zustände hinweghelfen und die geschäftliche Tätigkeit beleben. Ebensogut wie an irgendeinem andern Punkte des volkswirtschaftlichen Organismus kann nun der Inflationsvorgang auch beim Lohne angreifen, – er wird dann sogar besonders prompt wirken, weil sich in diesem Fall die neuen Geldmengen sehr schnell über alle Kanäle des Kleinverkehrs hin verbreiten. Und in der Tat kann das gelegentlich ein Heilmittel in schwieriger Situation sein, nur daß es an schädlicher Wirkung durchaus dem Morphinum vergleichbar ist, sehr bald zu wirken aufhört und überhaupt nicht als Ursache dauernder Hebung des Reallohns bezeichnet werden kann: Die wahre Ursache ist auch in diesem Fall die Produktionssteigerung, welche auch ohne Inflation diese Wirkung haben würde und auch ohne inflationistisches »Gasgeben« hervorgerufen werden kann. Ein zweiter Punkt, welcher die bekämpfte Auffassung erklärt: Man hält eben in der Diskussion die drei Dinge nicht auseinander, auf deren Unterscheidung wir oben soviel Wert legten. Mr. Ford z.B. fügt jedem hohen Lied auf Lohnerhöhungen hinzu: »Wenn die Leistung entsprechend steigt.« Damit rettet er freilich

¹ Natürlich entreißt sie aber den Arbeitern die Frucht der betreffenden Lohnsteigerung: Wenn ein hervorragender Gewerkschaftsführer mit dem Hinweis auf die Steigerung der Preise der Konsumartikel seit 1924 gefragt hat, was aus der Arbeiterschaft geworden wäre, wenn sie von Lohnforderungen abgesehen hätte, so lautet die Antwort einfach: Jener Teil der Lohnerhöhungen, um den – mit Einschluss der den Arbeitern aus der Sozialgesetzgebung zufließenden Einkommenselemente – die »Friedensparität« überschritten wurde, hat die Preisbewegung ja erst ausgelöst.

nicht sein *Argument*, welches falsch bleibt. Aber er rettet sein *Resultat* in dem Sinn des Grundsatzes, daß man jemand gesundbeten kann, wenn man ihm nur gleichzeitig die nötigen Arzneien gibt: Steigt nämlich gleichzeitig mit der Lohnerhöhung die Leistung so, daß die Kosten pro Produktteil sinken, dann ist gewiß alles in Ordnung, wie oben auseinandergesetzt wurde. Auch unmittelbare Verwechslungen zwischen Grund und Folge liegen nahe, da, wie wir sahen, der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung automatisch die Löhne hebt. Ein dritter Punkt: Unser Gedankengang bezieht sich auf den gesamten industriellen Organismus eines Landes. Einer *einzelnen* Industrie, die für den Massenkonsum arbeitet, kann eine Lohnerhöhung, besonders zeitweilig, natürlich solche Vorteile bieten, daß es sich für sie sogar rentieren kann, eine Lohnbewegung auszulösen, indem sie selbst mit Lohnerhöhungen vorgeht – es ist sehr bezeichnend, daß das amerikanische Argument für Lohnerhöhungen aus der Automobilindustrie stammt. Aber *für alle Industrien zusammengekommen* gilt das natürlich nicht, da hebt sich die Sache im Wege des Hin- und Herwälzens der Last zwischen den Industrien per Saldo auf, ähnlich wie die Wirkungen von Schutzzöllen einander aufheben würden, wenn alle Produktionszweige eines Landes in genau entsprechender Weise geschützt würden: Aber wie im Fall des Schutzzolls ein jeder hofft, um eine Nasenlänge mehr Schutz zu erbeuten als sein Nachbar und auf dessen Kosten zu profitieren, so könnte es auch in unserem Falle eine ähnliche Mentalität geben. Endlich: Die bekämpfte Auffassung ist die moderne Form eines uralten Vorurteils, das nicht nur dem Mann der Praxis von jeher teuer, sondern auch von der Wissenschaft in einer ganzen Anzahl von Fällen rezipiert worden ist. Schon im 18. Jahrhundert sagte man. Luxuskonsum sei allseits nützlich und »bringe Geld unter die Leute«, so daß es allen gut geht, während Sparen zu Not und Krisen führe. Ähnlich hat man bis auf die Gegenwart Rüstungs- und sonstige Staatsausgaben sich mundgerecht gemacht, weil diese Ausgaben ja wieder »der Industrie zugute kommen«. In einer Menge Spielarten, von denen die marxistische Form der Unterkonsumtionstheorie die berühmteste ist, haben solche Anschauungen ein Heim in der wissenschaftlichen und halbwissenschaftlichen Literatur gefunden.

6. Wenngleich also jede erfolgreiche Förderung der Wirtschaftsentwicklung das Lohnniveau hebt, so kann doch im allgemeinen und abgesehen von den erwähnten besonderen und temporären Verumständungen nicht auch umgekehrt gesagt werden, daß Erhöhungen des Lohnniveaus die Wirtschaftsentwicklung fördern. Im Gegenteil, Lohnerhöhungen wirken im allgemeinen darauf ebenso hemmend wie das Zinserhöhungen tun, und aus genau denselben Gründen. Das heißt nicht, daß jede von außen diktierte Lohnerhöhung volkswirtschaftlich schädlich sein müßte – sie kann sich aus andern Gründen empfehlen –, wohl aber, daß diese Seite der Sache immer mit in Anschlag gebracht und gegen die für eine Lohnerhöhung sprechenden Argumente abgewogen werden muß, gerade auch vom Standpunkt der Arbeiterinteressen selbst. Und die Lohngestaltung von 1800 bis 1913 ist eine ausreichende Antwort auf die Entgegnung, daß der Hinweis auf die Möglichkeiten künftiger Entwicklung eine leere Vertröstung sei. Unser Argument heißt auch nicht, daß Steigen des Lohnes, wenn es von steigender Nachfrage nach Arbeit kommt und als Symptom und Resultat wirtschaftlichen Aufschwungs, nicht etwas sehr

Erfreuliches sei – wobei es freilich auf den Reallohn und nicht auf die Ziffer des Geldlohns ankommt. Daher ist es gewiß umgekehrt sehr traurig, daß unsere Löhne so stark und stärker als in der Vorkriegszeit hinter den amerikanischen zurückbleiben. Sie tun das ungefähr ebenso wie die Volkseinkommen pro Kopf gerechnet. Die deutschen, englischen und amerikanischen Volkseinkommen pro Kopf verhielten sich vor dem Kriege ungefähr wie 3 : 5 : 7,2 und verhalten sich jetzt ungefähr wie 10 : 17,2 : 32, was unter Berücksichtigung der verschiedenen Kaufkraft des Geldes bedeutet, daß das deutsche Realeinkommen pro Kopf ungefähr halb so groß ist wie das amerikanische. Ungefähr ebenso steht es mit den Löhnen, wenn man einen großen Durchschnitt zieht, was allerdings eine gewagte Sache ist. Die Übereinstimmung beider Größen – der Verhältnisse der Einkommenskopfquoten und der Lohnniveaus – ist sehr bezeichnend: Sie zeigt, daß unser Arbeiter relativ nicht weniger erhält als der amerikanische – berücksichtigt man, was der Arbeiterschaft durch unsere Sozialpolitik zukommt, so erhält er sogar relativ mehr – und wenn er *absolut* weniger bekommt als der amerikanische, so liegt das einfach daran, daß die Vereinigten Staaten soviel reicher sind als Deutschland. Dieser Sachverhalt kann nicht dadurch geändert werden, daß man die Löhne hinaufsetzt. Im Gegenteil, dadurch verschlimmert man ihn für die Zukunft. Da nützen keine Wünsche und keine Gesetze, sondern nur eine Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte, der gewiß sehr viele Ursachen im Wege stehen, aber darunter auch unsere Sozial- und Steuerpolitik. Nur im Zusammenhang mit dieser erscheint unser Lohnproblem in dem richtigen und leider in keinem freundlichen Licht.

Joseph Schumpeter
Lohnpolitik und Wissenschaft¹

I.

Gewiß liegt es zum Teil an der Wissenschaft von der Wirtschaft, daß die Praktiker aller Richtungen und Typen mit ihr so unzufrieden sind: Nicht nur leistet sie nicht einmal so viel, als andere Wissenschaften für die praktischen Gebiete leisten, die an ihr Reich grenzen, sondern es ist auch das, was sie leistet, nicht annähernd so Gemeingut aller Fachleute, wie etwa das, was die Chemie leistet, Gemeingut aller Chemiker ist. Aber ein anderer Teil der Schuld an einem durchaus unerfreulichen Tatbestand trifft den Praktiker selbst: Einmal verlangt er kurze, einfache Antworten auf praktische Fragen. Das ist ganz unvernünftig – kurz und einfach kann höchstens ein allgemeines Theorem sein, das keine Beziehung zu einem konkreten Tatbestand hat, während dieser letztere stets kompliziert ist und seine Beurteilung außerdem so gut wie immer von schwer abzuschätzenden Möglichkeiten abhängt: weshalb wir uns endlich damit abfinden müssen, daß eine jede ernstzunehmende Antwort auf eine praktische Frage voll »Wenn« und »Aber« stecken muß, wovon der Leser sofort eine Probe genießen wird. Sodann aber versteht es der Praktiker noch immer nicht, das *Erklären* von Tatsachen und Zusammenhängen, die einzige Aufgabe der Wissenschaft, vom *Sollen und Wollen*, der Aufgabe des Lebens, zu trennen. Er wird böse auf die Wissenschaft, wenn ein Resultat einem ihm lieben Interesse oder Argument zu widersprechen scheint, wird moralisch entrüstet, in einer Weise, die er auf jedem anderen Gebiet ohne weiteres als kindisch erkennen würde und die zornvolles Pathos an die Stelle von Argumenten setzt. Doch hat die Medaille ihre Kehrseite: Der Mann, der im Kampf des Lebens steht und Verantwortung trägt für anvertraute Interessen, hat seinerseits das Recht zu verlangen, erstens daß der Mann der Wissenschaft selbst deren Grenzen achte, die Grenze, die es der Wissenschaft verbietet, in das Reich des Wollens und Sollens vorzudringen, und die andere Grenze, welche im besonderen der reinen Wissenschaft gegenüber dem Bereich der praktischen Fragen gezogen ist, zu deren Lösung sie stets nur einen Beitrag leisten kann und immer noch sehr viel anderes als die bloße ökonomische Erwägung nottut. Mitunter wirklich, mitunter scheinbar haben Vertreter der Wissenschaft oft und auch in der Erörterung der Lohnfrage der Gegenwart beide Grenzen verletzt – und die Reaktion seitens des Praktikers und besonders des Vertreters der Arbeiterinteressen dagegen ist nicht nur menschlich begreiflich, sondern auch sachlich gerechtfertigt, und das um so mehr, als die grundsätzliche Autonomie der Wissenschaft nichts daran ändert, daß ihre Sätze auf diesem Gebiet wirklich oder scheinbar für Entscheidungen relevant sind, von denen so viel Wohl oder Weh abhängt, daß deshalb jedes Argument doppelt sorgfältig nicht nur darauf geprüft werden muß, ob es richtig ist, sondern auch darauf, wie es in der Öffentlichkeit wirkt und daß jede Untersuchung wirtschaftlicher

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 3, 1928/1929, S. 807-810; d. H.

Notwendigkeiten sehr leicht so aussehen kann, als wollte man dem Arbeiter das Brot vom Munde wegargumentieren.

Unsere ganze Hoffnung auf allseits erträglichen *modus vivendi* beruht auf klarem Erkennen und loyalen Hinnehmen zweier Gruppen von Tatsachen, beruht darauf, daß auf der einen Seite eingesehen wird, daß infolge der gegebenen und absolut unabänderlichen sozialen und politischen Machtverteilung nur das auf die Dauer durchgesetzt werden kann, was der großen Mehrheit der Arbeiter als dem eigenen Interesse entsprechend erscheint, und daß auf der anderen Seite eine von ökonomischen Irrtümern freie Erkenntnis dessen sich einstelle, was diesem Arbeiterinteresse wirklich nützt oder schadet. Und der Lichtpunkt unserer sozialen Situation liegt darin, daß, wie im folgenden kurz gezeigt werden wird, die tatsächlichen ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft – zum Unterschied einerseits vom außerökonomischen Interesse am sozialistischen Ideal und andererseits von den Meinungen der Leute über ihre Interessen – den übrigen Interessen nicht annähernd so entgegengesetzt sind, wie man allgemein anzunehmen pflegt. In solcher Lage gewinnt das ökonomische Argument wissenschaftlicher Prägung trotz aller seiner Schranken eine erhebliche praktische Bedeutung – und richtig gehandhabt verdient es nicht vom Vertreter praktischer Interessen als eine Art Gewerbestörung betrachtet zu werden.

Um diese Grundsätze praktisch zu betätigen und jedes Mißverständnis auszuschließen, will ich mir nicht nur Zurückhaltung und besondere Vorsicht im Argument zur Pflicht machen, sondern auch im folgenden lediglich vom Standpunkt des Arbeiterinteresses argumentieren – unbeschadet natürlich der außerwissenschaftlichen Frage, ob die Lebenshaltung des Arbeiters der einzige kulturelle Richtpunkt der Wirtschaftspolitik sein »soll«, was ich als Mensch und Bürger, wie ich gleichfalls offen sagen will, verneinen würde.

»Zu hoch« oder »zu niedrig« soll also ein Lohnsatz pro Leistungseinheit heißen, welcher die Folge hat, daß die gesamte volkswirtschaftliche Lohnsumme geringer wird, als sie bei niedrigem oder höherem Lohnsatz wäre, »richtig« der Lohnsatz, der die Maximallohnsumme erzielt. Damit ist diesen vieldeutigen Ausdrücken jede Unbestimmtheit genommen und der Sinn präzisiert, in welchem der Lohn auch vom Standpunkt des Arbeiterinteresses zu hoch sein kann. Trotzdem bleibt noch eine Schwierigkeit, welche daher kommt, daß das Maximum der Gesamtlohnsumme zur jeweils betrachteten Zeitperiode relativ ist: Für den Augenblick kann unter Umständen in einer einzelnen Industrie – und bei Verwendung fremdnationalen Kapitals zu Lohnzahlungen auch in allen Industrien zusammen genommen – die Gesamtlohnsumme größer sein als der ganze Bruttoerlös. Weil aber die Arbeiterschaft in der Lage eines Lieferanten ist, der sich dauernden Absatz sichern muß und nicht in der Lage eines Spekulationskonsortiums, das eine einmalige Chance ausnützen und dann den betreffenden Markt verlassen will, so brauchen wir uns mit diesem Fall nicht weiter zu beschäftigen. Notwendig niedriger, aber auf die Dauer vorteilhafter ist jener Lohnsatz, der das unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen dauernd mögliche Maximum realisiert. Noch niedriger, aber auf lange Zeit noch vorteilhafter ist der Lohnsatz, der auf Realisierung jenes Maximums abzielt, das bei Schonung der finanziellen Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung und durch die so ermöglichte Veränderung der

jeweiligen Wirtschaftslage erreichbar wird – wie die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts ausreichend zeigt.

Eilen wir sofort zu einer ersten praktisch relevanten Feststellung: für keines der eben unterschiedenen drei Maxima – in Frage kommen natürlich nur die beiden letzten – kann wissenschaftlich verlässlich behauptet werden, daß die deutschen Löhne im gegenwärtigen Zeitpunkt »zu hoch« seien. Dazu wissen wir von den Tatsachen zu wenig. Und was vor allem not tut, ist daher eine umfassende Erhebung über die *tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Arbeiter*. Vorläufig liegt die ganze Antwort auf die Frage innerhalb der Fehlergrenzen der Statistik – ich kenne Fälle, in denen der tatsächliche Verdienst 50% über den Tariflöhnen liegt, und andere, in denen er pro Arbeitsstunde den Friedensreallohn um 30 und mehr Prozent übersteigt. Aber selbst wenn solche Ziffern typisch sein sollten – was wohl nicht anzunehmen ist –, so bedürften sie erst noch einer theoretischen Analyse¹. Selbst von den Löhnen plus Arbeitgeberbeitrag zu den Soziallasten kann nicht mit unbedingter Gewißheit ausgesagt werden, daß sie für sich genommen zu hoch im hier gemeinten Sinne seien. Was mit unbedingter Gewißheit gesagt werden kann, ist bloß, daß Lohnsumme plus Soziallastenbeitrag *plus Steuerlast* untragbar in dem Sinn ist, daß ein schließliches Schrumpfen des Wirtschaftskörpers und ein Sinken der Lebenshaltung auch der Arbeiter – bei Festhalten der Geldausdrücke Inflation – wahrscheinlich ist². Woraus folgt, daß die Lohnfrage nicht unabhängig von der Frage der Ausgabenwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden behandelt werden kann. Es ist einer der größten Mängel unseres modernen Verhandlungsapparats, daß diese Dinge erörtert und entschieden werden, wie wenn sie nichts miteinander zu tun hätten: Andere Leute, andere Grundsätze, andere Verantwortungen auf beiden Gebieten – das geht nicht. Und es müßte nicht so sein. Bei der Durchorganisierung auf beiden Seiten und bei dem Umstand, daß beide Seiten zusammen genommen den entscheidenden Machtfaktor auch der Finanzpolitik bilden, würde eine kleine Umstellung der organisatorischen Apparate völlig ausreichen, um die wirklich maßgebende Erörterung über Löhne, Soziallasten und Finanzpolitik zu einer sachgemäßen Einheit zu machen. Die erste Antwort auf eine derartige Anregung ist natürlich immer: absurd, unmöglich. Sucht man aber einmal, durch Not belehrt, und durch gesetzgeberische und administrative Methoden enttäuscht, nach wirklich brauchbaren Methoden sozialer Konstruktion, so wird man auch auf diese stoßen.

¹ Die höchste Lohnsteigerung, die ich kenne, ist eine Steigerung eines Geldlohns auf das Fünffache des Friedenssatzes. Aber hier lag so offenbare Unterbezahlung vor, daß ich Bedenken tragen würde, diesem Fall irgend eine Bedeutung beizumessen. Die nächsthöchste, die ich kenne, ist von 24 M Wochenverdienst im Frieden auf 80-90 M im laufenden Jahr. Aber gerade dieser Fall zeigt, wie sehr jede Ziffer der Interpretation bedarf: Dieser Lohnsatz ist nicht etwa durch politischen oder gewerkschaftlichen Eingriff erzwungen worden. Er wird als Leistungsprämie für sachgemäße Bedienung hochwertiger Maschinen *angeboten* und ist von *keinem* Standpunkt »zu hoch«. Für England vgl. Bowley, A new Index-number of Wages, Mem. 12 der R. Econ. Soc. Dieser Index ergibt eine 16proz. Reallohnsteigerung vom Juli 1914 bis zum Nov. 1928.

² Daß das Lohnniveau, für sich allein genommen, beim Stand unserer Lohnstatistik nicht nur nicht als zu hoch im hier gemeinten Sinne, sondern auch nicht als untragbar vom Standpunkt des Unternehmers bezeichnet werden kann, habe ich in jeder meiner öffentlichen Äußerungen über den Gegenstand bis zum Überdruß wiederholt. Es ist daher ein Irrtum, wenn eine führende Tageszeitung behauptete, daß ich »die geistigen Waffen für den zu erwartenden Lohndruck der Unternehmer geliefert« habe.

II.

Herrschte sowohl zwischen Arbeitgebern als auch zwischen Arbeitnehmern völlig freie Konkurrenz, dann würde sich auf dem Arbeitsmarkte für jede Art von Arbeit ein und nur ein Lohnsatz automatisch herausstellen, der Gleichgewichtssatz. Davon überzeugt man sich leicht, wenn man sich vorstellt, daß auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes eine sehr große Anzahl voneinander unabhängig vorgehender Anbietender und Nachfragender vorhanden sei. Wird ein Lohnsatz zufällig ausgerufen, so wird er offenbar durch einsetzendes Unter- und Überbieten solange verändert, bis einerseits alle Arbeiter beschäftigt und andererseits alle bei diesem Lohnsatz Zahlungsfähigen Arbeitgeber befriedigt sind, was im allgemeinen in jeder gegebenen Lage nur bei einem einzigen Lohnsatz eintreten kann. Dieser hat nun die Eigenschaft, daß er der höchste ist von allen jenen, bei denen alle Arbeiter untergebracht werden können, und wird oft irreführenderweise als »natürlicher« oder »notwendiger« Lohn bezeichnet. Will man mit diesem Theorem operieren, so muß man folgende Punkte im Auge behalten, die der Laie fast immer und der Fachmann sehr oft übersieht:

Erstens, daß freie Konkurrenz in dem Sinn, in welchem sie die Wissenschaft definiert und in welchem die eben ausgesprochene Behauptung richtig ist, weder jemals realisiert war, noch realisiert sein kann. Selbst die Frage, ob diese Theorie als ausreichende Annäherung an die Wirklichkeit bezeichnet werden kann, dürfte für die Mehrzahl der Fälle zu verneinen sein – was natürlich nichts gegen ihren wissenschaftlichen Wert beweist, wie für jeden selbstverständlich sein müßte, der kein wissenschaftlicher Analphabet ist: Sie schildert eben eine bei Abwesenheit von Bindungen stets sehr reale *Tendenz*. Sie definiert ein Gravitationszentrum.

Zweitens, daß von dieser Frage die andere zu scheiden ist, was der Gleichgewichtslohn, wenn er realisiert wäre, der Arbeiterschaft – unter Vollbeschäftigung – bieten würde. Seine theoretische Eigenschaft sagt nichts über seine konkrete Höhe. Er könnte auch ein Hungerlohn sein und temporär selbst unter dem Existenzminimum liegen. Allerdings könnte das wohl nur Folge allgemeiner nationaler Armut sein – im kapitalistischen System als solchem liegt keine solche Tendenz, sondern im Gegenteil die entgegengesetzte, eine Tatsache, welche lediglich durch die fortlebende Erinnerung an die Kinderkrankheiten und Flegeljahre des europäischen Kapitalismus verdunkelt wird.

Drittens, daß der Gleichgewichtslohn »notwendig« nur in dem Sinne ist, daß er sich eben unter gegebenen Verhältnissen von selbst herausstellt und daß jeder Eingriff in die Lohnbildung unvermeidlich Reaktionserscheinungen im Wirtschaftskörper hervorruft. Aber diese Reaktionserscheinungen brauchen die Interessen der Arbeiter nicht zu gefährden, wie folgendes Gedankenexperiment dartut: Nehmen wir an, der Staat würde die Löhne erhöhen, den Arbeitgebern im Betrage der Lohnerhöhung eine Subvention zahlen und diese durch eine Steuer aufbringen, welche durch ein Wunder von Einsicht bloß Leute trifft, die den auf sie entfallenden Steuerbetrag durch Mehranstrengung restlos einholen. Auch das wäre eine »Reaktionserscheinung« auf einen lohnpolitischen Eingriff, aber eine, die der Arbeiterschaft noch weiter nützen würde und der ganzen Volkswirtschaft dazu. Praktisch unvergleichlich wichtiger sind in einer

Konkurrenzwirtschaft allerdings die Reaktionserscheinungen, welche den Rest der Volkswirtschaft schädigen und die Arbeiter des errungenen Vorteils zum Teil wieder zu berauben tendieren. Früher, nämlich von den ökonomischen Klassikern, ist praktische Unerhöbarkeit des Konkurrenzlohns tatsächlich, aber in einem anderen Sinn behauptet worden, nämlich im Zusammenhang mit der angeblichen Tendenz der Arbeiterschaft, jede Lohnerhöhung durch gesteigerte Bevölkerungsvermehrung illusorisch zu machen – womit die moderne Theorie natürlich nicht das geringste zu tun hat.

Viertens endlich: Daß der eine Gleichgewichtslohn sich auf die jeweilige Situation und deren Daten bezieht und mit jeder Änderung derselben ein anderer wird. Er steigt insbesondere notwendig im Lauf der Entwicklung – in jeder Aufschwungsperiode infolge des Steigens der Geldnachfrage nach Arbeitskräften, welche normalerweise das Steigen der Preise überkompensiert, in jeder Depressionsperiode infolge des Sinkens der Preise, welches den Verlust aus ausfallender Geldnachfrage nach Arbeitskräften ebenfalls normalerweise überkompensiert. Wo das eine oder das andere nicht eintritt, muß eine besondere Störungsursache vorliegen. Das alles ist fast selbstverständlich, allein es wirft die wichtige Frage auf, ob nicht auch ein Eingriff in die Lohngestaltung, der ja auch eine Datenänderung ist, seinerseits zur Ursache von Veränderungen im Wirtschaftskörper werden kann, die schließlich das zum Gleichgewichtslohn machen, was ursprünglich künstliche Erhöhung war und sich innerhalb der alten Daten nicht gehalten hätte – oder die gar einen noch höheren Lohn als Gleichgewichtslohn möglich machen.

Also: Das *erste*, was die Wissenschaft zur Lohnfrage zu sagen hat, ist zwar, daß nicht ein Lohn ebensogut möglich ist wie ein anderer, so daß die Lohnfestsetzung lediglich eine »Machtfrage« oder eine Frage der »Gerechtigkeit« oder eine Frage der tatsächlich erhobenen »Lohn- und Gewinnansprüche« wäre, sondern daß es jeweils *einen* Lohnsatz gibt, dem allein unter allen denkbaren gewisse auszeichnende Eigenschaften zukommen, darunter die, daß er sich bei freier Konkurrenz¹ von selbst herauszustellen strebt. Aber das *zweite*, was die Wissenschaft zu sagen hat, ist nicht etwa, wie so oft behauptet wurde, daß seine Beeinflussung durch bewußte Aktion »wissenschaftlich unmöglich« sei oder die Arbeiter selbst notwendig schädige, sondern gerade im Gegenteil, daß solche Beeinflussung grundsätzlich möglich und in vielen Fällen dem Arbeiterinteresse, in manchen Fällen auch noch anderen Interessen nützlich ist. Soweit haben also Gewerkschaftsführer und Sozialpolitiker recht, wenngleich natürlich diese grundsätzliche Möglichkeit in jedem konkreten Fall erst nachgewiesen werden muß. Sie haben sogar noch weiter recht, nämlich darin, daß das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit an und für sich kein Beweis dafür ist, daß die Löhne »zu hoch« in unserem Sinne sind. Temporäres Steigen der Arbeitslosenziffer kann auch andere Gründe haben. Daweslasten und die Passivität unserer Handelsbilanz gehören dazu allerdings nicht – wer diese dafür verantwortlich macht, mag wissen, daß er

¹ In jedem andern Fall, also bei gruppenmäßigem Handeln beider Seiten oder auch nur einer; kann auch *diese* Lohnhöhe im allgemeinen nur durch das Erheben von Lohnforderungen durchgesetzt werden – die Methode des »Lohnkampfes« ersetzt *insoweit* nur den fehlenden Konkurrenzmechanismus, nur daß es in ihrem Wesen liegt, über *dieses* Ziel hinauszustreben.

nicht mitreden sollte –, aber schon in jeder Depression treten Fälle von Arbeiterentlassungen auf, die ihrer Natur nach durch keine Lohnsenkung behoben werden könnten. Freilich: Je länger eine übernormale Arbeitslosenziffer sich erhält, um so wahrscheinlicher wird es, daß das an zu großer Belastung der Industrie und unter anderem auch daran liegt, daß die Löhne die konkurrenzwirtschaftlichen Gleichgewichtssätze überschritten haben. Sowie gewerkschaftliche oder sozialpolitische Aktion die Löhne über diesen Satz erhöht, muß ja Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit (eventuell antizipiert durch gesetzliche Beschränkungen der Arbeitszeit, worin eben deren ökonomischer Sinn liegt) auftreten. Deshalb ist der Beschäftigungsgrad bei uns wahrscheinlich geringer als er bei niedrigen Löhnen wäre – ebenso in England, wo das endlich von Pigou ausgesprochen wurde¹. Wiederum aber: vom Standpunkt des Arbeiterinteresses ist das kein Argument gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften, weil ein Lohnsatz, der höher ist als der Gleichgewichtssatz bei freier Konkurrenz, noch immer vorteilhafter sein kann als dieser, auch wenn er Arbeitslosigkeit hervorruft. Denn die Gesamtlohnsumme kann bei einem richtig gewählten höheren Satz größer sein als die Gesamtlohnsumme bei Gleichgewichtssatz und Vollbeschäftigung, nach demselben Grundsatz, nach welchem Monopolisten aller Zeiten und Länder es vorteilhaft gefunden haben, das Angebot ihrer Waren unter dem konkurrenzwirtschaftlichen Ausmaß zu halten, sogar Teile dieser Waren zu vernichten. Das wäre selbst dann so, wenn die Arbeiter für ihre durch ihre Politik arbeitslos gewordenen Genossen aus der Gesamtlohnsumme sorgen müßten. Bei einem System, das die Kosten der Arbeitslosigkeit zum großen Teil auf andere Schultern wälzt, gilt es natürlich noch mehr².

Auch daß bei solcher Lohnpolitik das Sozialprodukt geringer ausfällt, als es sonst ausfallen würde – auch das muß so sein –, ändert nichts an diesem Sachverhalt: Denn noch immer kann der absolute Betrag des Arbeiteranteils an einem geringeren Sozialprodukt größer sein als der geringere Arbeiteranteil an einem größeren. Die praktischen Grenzen solcher Lohnpolitik wird ein nächster Aufsatz darzustellen haben.

¹ Economic Journal, Sept. 1927. Vgl. dagegen aber auch Clay, ebendort, März 1928.

² Vielleicht ist es nicht überflüssig, die Sache noch so zu formulieren: Ein Lohn, der zu hoch ist im Sinne des Kriteriums des Beschäftigungsgrades, braucht deshalb noch nicht zu hoch zu sein im Sinne des Kriteriums der Gesamtlohnsumme. Oder: Ein Lohn, der Arbeitslosigkeit hervorruft, kann vom Standpunkt der Arbeiter noch immer »richtig« sein.

Joseph Schumpeter

Grenzen der Lohnpolitik¹

I.

Lohnbeeinflussung kann *erstens* darauf gerichtet sein, den Arbeiteranteil auf Kosten der Summe zu erhöhen, welche Unternehmer, Kapitalisten und »Grundherrschaften« konsumtiv ausgeben. Diesen Sinn dürfte wohl das Schlagwort von der »notwendigen Herabsetzung der Gewinnansprüche« haben. Dazu kann hier nicht bemerkt werden, daß diese Ausgaben offenbar nicht ohne kulturelle Bedeutung sind, denn dieses Argument würde eine Wertung voraussetzen – und ob das bürgerliche Familienhaus verdient fortzuleben oder wert ist zugrunde zu gehen, kann uns hier nicht kümmern. Es soll ferner nicht bemerkt werden, daß, wenn man auf diesem Wege zu weit oder zu schnell fortschreitet, das Sozialprodukt so sinken kann, daß auch ein noch so vergrößerter Arbeitsanteil immer geringere absolute Beträge liefert. Denn das würde uns in die wenig erfreuliche Kontroverse² über die Bedeutung des Privatinteresses in der modernen Volkswirtschaft verwickeln. Vielmehr kommt hier lediglich die Geringfügigkeit der Marge in Betracht, die durch Lohnerhöhungen abgeschöpft werden kann: Denn sicherlich gibt es eine sehr breite Schicht von »Grenzunternehmern« in allen Industrien, deren Konsumausgabe für Herabsetzungen nicht viel Raum läßt. Und auf diese kommt es ja an, wenn für gleiche Arbeit gleiche Löhne gezahlt werden sollen³. Weiter ist die Grenze, wenn man gegen diese Summe nicht auf dem Weg der Lohnerhöhung, sondern auf dem Weg der Steuer – mit Verteilung des Ertrags auf die Arbeiter – vordringen wollte, weil man dann auf intramarginale Erträge, auf Grundrenten usw. greifen kann: Weiter aber noch immer eng. Die Zeit ist ja glücklich vorüber, in der der Arbeiter zum Industriellen als einem ungeheuer reichen Herrn aufblickte und der Sozialist die moderne Welt zu malen glaubte, wenn er von einer sich in Wohlleben wälzenden Klasse von Nichtstuern sprach. Gefühlsmäßig lebt dieses Bild fort, agitatorisch ist es wohl nicht zu entbehren, aber der kultivierte Sozialist von heute kennt die Statistik und verachtet es. Immerhin ist, wenn man die kulturelle und soziale Bedeutung der Konsumausgabe aus allen Einkommen, die, sagen wir, M16000 übersteigen, Arbeitseinkommen dieser Höhe eingeschlossen, schlechthin mit Null oder gar einer negativen Größe einsetzt – allerdings nur dann – auf diese Art eine Summe zu holen, welche die Arbeitseinkommen merklich erhöhen würde, besonders, wenn man sie bloß auf die untersten verteilte – würde es sich doch um rund 10% des

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 3, 1928/1929, S. 847-851; d. H.

² Ich nenne diese Kontroverse wenig erfreulich, weil sich die eine Partei im Streite auf Behauptungen, die andere auf spöttisches Achselzucken über diese Behauptungen beschränkt.

³ D.h. es kommt auf jene breite Schicht des Unternehmertums an, die wegfallen würde, wenn ihre Lebenshaltung wesentlich gedrückt würde. Daß es hinter dieser eine andere gibt, deren Lebenshaltung Zusammendrücken vertragen würde, nützt nichts, es sei denn, daß man deren Arbeiter höher entlohnte als die - gleiche Arbeit gleicher Art leistenden - der ersteren. Jenes »Wegfallen« hat man sich in der Form eines Auswanderns der heranwachsenden Generation in die öffentliche Verwaltung, in freie Berufe usw. vorzustellen, weniger als ein Aufgeben der Firma durch die an ihre Führung gewöhnten Inhaber.

Volkseinkommens handeln¹.

Die zweite Grenze der Lohnerhöhungen liegt darin, daß die *Nachfrage nach Arbeitskräften* sehr »elastisch« ist. Das kommt daher, daß Arbeit praktisch unendlich viele Verwendungen zuläßt. Infolgedessen liegt die Sache nicht so wie etwa beim Zement, dessen Preis sehr steigen kann, ohne daß die Nachfrage geringer wird, und sehr fallen kann, ohne daß sich die Nachfrage wesentlich ausdehnt, sondern vielmehr so, daß schon eine kleine Lohnerhöhung starkes Schrumpfen der Verwendungsmöglichkeiten von Arbeitern und schon eine kleine Lohnsenkung starkes Ausweiten dieser Verwendungsmöglichkeiten zur Folge hat. Haben wir also früher gesehen, daß eine Erhöhung des Lohnsatzes über das Maß des konkurrenzwirtschaftlichen Gleichgewichts vorteilhaft sein *kann*, so müssen wir jetzt hinzufügen, daß sie nicht annähernd so vorteilhaft ist, als es der Fall wäre, wenn die Nachfragekurve der Ware Arbeit steil abfiele, und daß sie infolge *starker* Wirkung auf die *Arbeitslosenziffer* sehr bald in einen Nachteil umschlägt, d. h., daß der Punkt niemals ferne ist, an dem die Gesamtlohnsumme bei Steigen des Lohnsatzes zu sinken beginnt. Wenn das so wenig beachtet wird, so liegt das daran, daß diese Wirkung nicht sofort, sondern erst nach einem Anpassungsprozeß einsetzt, nach dessen Abschluß die Ursache schon allseits vergessen ist.

Die dritte Grenze endlich ist durch die *Notwendigkeit der Kapitalbildung* gegeben, auf deren Kosten jede erhebliche Erhöhung der Lohnsumme über das jeweilige konkurrenzwirtschaftliche Ausmaß gehen muß – das Moment, das gegenwärtig auf der einen Seite immer beherrschender herausgestellt, auf der anderen Seite teils durch den Hinweis auf mildernde Umstände – daß z. B. bei höherem Lohn eben die *Arbeiter* mehr sparen, daß der Spartrieb des Bürgertums jede Belastungsprobe und selbst das Fortfallen seines Sinnes aushalte – abgeschwächt oder auch einfach belächelt wird. Von keiner Seite aber wird seine Relevanz auch für die Arbeiterschaft geleugnet – und darin liegt der große Fortschritt der Diskussion gegenüber jener Zeit marxistischer Orthodoxie, welche nicht nur jedes positive Interesse der Arbeiterschaft an der Kapitalbildung verneinte, sondern der »Akkumulation« auch eine Tendenz zu fortschreitender Verelendung der Arbeiter zuschrieb. Ist soviel einmal erkannt – für den Zustand der Volkswirtschaftslehre ist es aber bezeichnend, daß man lange suchen kann, ehe man einen korrekten Nachweis für das Bestehen dieses Arbeiterinteresses findet – so folgt sehr einfach, daß eine Lohnpolitik, die darauf keine Rücksicht nimmt, ein Arbeiterinteresse schädigt, indem sie ein anderes vertritt. Anders gesagt: Eine solche Lohnpolitik mag das unter den gegebenen Umständen erreichbare Lohnmaximum erzwingen, aber sie verfehlt ein langfristig höherliegendes Maximum, das unter Berücksichtigung der Entwicklungsmöglichkeiten erreichbar wäre. Noch anders gesagt: *Was als Gegensatz von Klasseninteressen erschien, entpuppt sich nun als ein Gegensatz anderer Art – nämlich als ein Gegensatz zwischen den Interessen der Gegenwart und den Interessen der Zukunft.* Auch die Rücklagen sind im wesentlichen Löhne, denn jede

¹ Es ist bedauerlich, daß unser Material in dieser Richtung so wenig ausgewertet ist. Wer sich über das Problem, das ja in allen Kulturstaaten wesentlich gleich liegt, informieren will, wendet sich daher am besten an die englischen Untersuchungen von *Bowley* und *Stamp*.

Investition – sogar im Ausland¹ – löst sich in letzter Linie in Löhne und Grundrenten, vornehmlich also in Löhne auf. Aber das bedeutet nicht sofortige, sondern erst künftige Mehrkonsumtion, nicht deshalb, weil die Rücklagen etwa thesauriert würden – welche naive Vorstellung das Um und Auf der Theorie von Foster und Catchings ist, die in Amerika soviel Staub aufwirbelte – wohl aber deshalb, weil die Arbeiter, welche aus diesen Rücklagen entlohnt werden, in mehr oder weniger langen Produktionsumwegen – typisch: der Herstellung neuer Produktionsanlagen – beschäftigt werden, während sie Gegenstände sofortiger Konsumtion erzeugen würden, wenn die zurückgelegte Summe statt zurückgelegt zu werden, unmittelbar zu einer Lohn-erhöhung verwendet worden wäre. Der springende Punkt ist nun dieser: Die Wahl zwischen einem gegenwärtigen und einem größeren aber künftigen Konsum ist zwar auf alle Fälle eine sehr subjektive Angelegenheit, aber die bürgerliche Welt denkt im großen und ganzen genommen darüber gruppenmäßig anders als die Arbeiterschaft, für welche letztere der augenblickliche Mehrkonsum schon infolge ihres pro Kopf geringeren Einkommens und dann infolge einer anderen Geisteshaltung ganz anderes bedeutet als für die dem Druck des Existenzbedarfs ent-rückte und auf Sparen trainierte industrielle Familie. Obgleich also die Kapitalbildung nicht ein Interesse bloß *einer* der Parteien im Lohnkampf ist, sondern *beider* – und daher in jedem Lohn-kampf als gemeinschaftliche Angelegenheit behandelt werden sollte –, so wird Verständigung über ihr Ausmaß doch schwieriger sein, als man aus der Natur der Sache schließen möchte. In der heutigen Situation Deutschlands, in der über die Unzulänglichkeit der Kapitalbildung kaum sehr viel Meinungsverschiedenheit bestehen dürfte, ist eine Wirtschaftsverfassung, welche die Entscheidung über das Ausmaß der Rücklagen vorwiegend in die Hand der Industriellen legt, zweifellos auch dem Arbeiterinteresse dienlich. Und weil es sich im Lohnkampf – wie im Kampf zwischen Unternehmer und Aktionär – eben im wesentlichen um die Frage handelt: Sparen oder Konsumieren, Konsumgüter oder Produktivgüter schaffen – so ist es insoweit nur Konstatierung einer Tatsache, wenn man sagt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Arbeitgeber – *tatsächlich*, nicht dem *Motiv* nach – nicht nur ihr eigenes Interesse vertreten, sondern auch das langfristige Interesse der Arbeiter.

Aber auf die Dauer und wenn die noch vorhandenen Abnormalitäten der Situation überwunden sein werden, muß der weitere Weg durch eine Verständigung zwischen Industriellen und Arbeitern über die Akkumulationsrate führen. Das um so mehr, als die Rücklage den Arbeitern ein momentanes Opfer auferlegt, für das sie nicht, wie der Sparende selbst, durch den Zins kompensiert werden. Dieses Opfer liegt zwar nicht dort, wo man es zu suchen pflegt, nämlich in einer Lohnkürzung, wohl aber in dem Umstand, daß infolge der typischen Verwendung der Rücklagesumme auf den Ausbau des Produktionsapparates das Angebot an Konsumartikeln temporär geringer ist, als es sonst wäre oder sein könnte: Es muß und wird einmal dazu kommen, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer »zusammensetzen«, um dann uno actu über Löhne, Kapitalbildung und Steuerlast zu beraten.

¹ Denn auch abgesehen von den Fällen, in denen »Investition im Ausland« lediglich Stundung von Zahlungen für Exporte bedeutet, führt der Kapitalexport, wenn auch oft auf langem Umweg, zu einem Steigen der Nachfrage nach heimischen Arbeitskräften – infolge des Mechanismus der internationalen Preisbildung.

II.

Das liegt in der Zukunft, gewiß. Aber zu dem wesentlichen Umstand, daß es sich dabei nicht um entgegengesetzte Interessen, sondern nur um verschiedene Betonungen eines gemeinsamen Interesses handelt, treten zwei andere: Einmal, daß eine Milliarde weniger Lohn für die Arbeiterschaft im engsten Sinn genommen höchstens ein Opfer von 3% bedeutet, eine Milliarde mehr Kapitalbildung aber schon etwas ausmacht. Sodann der Umstand, daß das langfristige Lohnmaximum, also der für die Arbeiterschaft rein *wirtschaftlich vorteilhafteste Lohn zugleich für die Industrie sachlich tragbar ist*. Denn man überzeugt sich leicht, daß jenes Maximum alle lebenswichtigen Posten unberührt läßt. Früher hätte das den Industriellen vermutlich nicht genügt – heute gibt es wohl wenig Industrielle in Deutschland, die damit nicht zufrieden wären.

Gleichwohl ist es menschlich begreiflich, daß sich nicht nur der Mann des Klassenkampfes gegen diese Erkenntnisse wehrt, sondern auch jeder, der handelnd oder Argumente schmiedend die Interessen der Arbeiter vertritt, die theoretische *Frage der Kapitalbildung* immer wieder nachprüfen und untersuchen muß, ob denn diese Schranke im Weg der Lohnsteigerung nicht wenigstens zum Teil weggeräumt werden kann. Ist doch unser Resultat für den Kämpfenden im Grunde unangenehmer, als es die alte Behauptung von der Unbeeinflußbarkeit des Lohnes war. Diese hatte nicht nur den Vorteil, nachweislich falsch zu sein, sondern man konnte auch mit mehr oder weniger Glück versuchen, den praktischen Kern von Wahrheit, den sie trotzdem enthielt, dem kapitalistischen System in die Schuhe zu schieben und unter dessen Tücken zu rechnen. Vollkommenere Analyse zeigt aber nicht nur zugleich mit der Möglichkeit der Beeinflussung recht enge Schranken ihrer Chancen, sondern es hat auch die praktisch wichtigste dieser Schranken die Eigenschaft für *alles* Wirtschaften und ganz ebenso selbst für die Wirtschaft der sozialistischen Gesellschaft zu gelten. Sehr nahe liegt daher die Frage: Mag sein, daß Akkumulation auch vom Standpunkt des Arbeiterinteresses nötig und eine ihr analoge Erscheinung selbst im Sozialismus unvermeidlich ist – aber kann man denn nicht mit einer geringeren Akkumulationsrate auskommen? Gewiß kann man das, und dann wird die Gegenwart besser und die Zukunft schlechter versorgt sein. Das Arbeiterinteresse ist in dieser Beziehung in gar keiner anderen Lage, als alle anderen Interessen, für welche genau dasselbe gilt. Aber während bei geringerer Akkumulation die Zukunftsversorgung für alle schlechter ist, so kommt doch die betreffende Lohnerhöhung den Arbeitern allein zugute? Hier wird die Rechnung ohne den *Zinsfuß* gemacht und ohne jene Abnormalitäten, die man eben in unserer heutigen Situation wiedererkennt. Deshalb liegt vom Standpunkt der Arbeiter auch wenig Grund vor, sich über erfolgreiche »Abschöpfungen« der Gewinne einer Aufschwungsperiode durch sozialpolitische Maßregeln zu freuen. Denn wenngleich im Aufschwung das Niveau der Geldlöhne normalerweise steigt und die Durchsetzung dieses Steigens, das in unserer organisierten Wirtschaftswelt nicht mehr automatisch erfolgt, nur durch das Erheben von Lohnforderungen und durch Verhandeln darüber möglich ist, so muß doch immer, wenn der der Situation entsprechende konkurrenzwirtschaftliche Lohnsatz erheblich überschritten wird, die Finanzierung weiteren Aufschwungs

– die zum Teil auf jene Gewinne angewiesen ist – auf Schwierigkeiten stoßen und das eintreten, was wir *Kapitalmangel* nennen und was den *Aufschwung in eine Depression verwandelt*. Bei aller gebotenen Vorsicht in der Anwendung einer Theorie auf die Wirklichkeit – was sonst als die »Abschöpfungen« des Jahres 1927 soll denn dem deutschen Aufschwung ein so schnelles Ende bereitet haben? Das Erstarkungsjahr 1926 hatte doch sehr gesunde Basen gelegt und sehr viel Schwaches eliminiert. Auf der ganzen Welt begann es aufwärts zu gehen – mit den charakteristischen Ausnahmen von England, Deutschland und Rußland. Wenn *das* keine Verifikation ist, so hört das Verifizieren überhaupt auf. Was unmittelbar auf unsere oben gestellte Frage führt, ob nicht *Lohnerhöhung* als solche ein *wirtschaftsförderndes*, die Voraussetzungen für einen höheren Gleichgewichtssatz des Lohnes selbst schaffendes *Moment* ist:

Amerikanische managers und presidents irren, wenn sie glauben, daß die Verfasser ihrer jährlichen Thronreden da eine neue Entdeckung gemacht haben. Vielmehr ist der Irrtum, der bestenfalls darin besteht, daß Wirkung und Ursache verwechselt wird, uralte und in der ökonomischen Literatur reichlich 150 Jahre heimisch. Nur daß damals von der volkswirtschaftlichen Nützlichkeit aristokratischen Luxus' die Rede war, während man heute, dem Wandel der sozialen Machtverhältnisse entsprechend, von der Konsumausweitung des Arbeiters spricht. Mit jenem ehrlichen Willen zur sachlichen Unterbauung ihrer Politik, der zu den hoffnungsvollsten Zeichen der Zeit gehört, haben sich nun unsere Gewerkschaftsführer dieses Argument trotz seines so kapitalistischen Ursprungs mit einer Energie zu eigen gemacht¹, welche es fast zum Rang eines Dogmas erhob und selbst gute Nationalökonomien ihres Kreises zwingt, mindestens so nebenbei bei auch der fundamentalen Bedeutung einer Konsumausweitung zur Behebung unserer wirtschaftlichen Übel zu gedenken.

Das Argument ist einfach: Hat der Arbeiter mehr Geld, dann setzt die Industrie mehr ab, es sinken die Einheitskosten, alle Schlote rauchen und alle Leute sind zufrieden. Die Entgegnung ist ebenso einfach: Wenn der Arbeiter mehr Geld hat, dann muß – mit einer gleich zu erwähnenden Einschränkung – irgendwer anderer weniger Geld haben, und es kann daher die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage nach Gütern nicht steigen, außer wenn man glaubt, daß Rücklagen ein Ausfallen von Nachfrage nach Konsumgütern bedeuten, also etwa so erfolgen, daß Geldstücke in Strümpfen angesammelt werden. Doch es obliegt uns, sorgfältig die Körner von Wahrheit zu sammeln, die in der Sache liegen können und tatsächlich erst die beschämende Rolle zu erklären, die ein so grober Irrtum spielt:

Wahr ist vor allem, daß das Argument, auch wenn es ganz falsch ist, doch auf allen Seiten sehr gute Taktik sein kann.

Wahr ist weiter; daß wenn mit der Lohnerhöhung *Leistungssteigerung* verbunden ist und die Lohnkosten pro Produkteinheit nicht steigen sondern fallen, die Sache anders liegt. Natürlich ermöglicht Leistungssteigerung höhere Löhne, von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen, höhere Reallöhne zunächst und, bei entsprechender Kreditausweitung auch höhere Geldlöhne. Der größte Apostel der Konsumausweitung, Mr. Ford, hat denn auch stets den Zusatz

¹ Vgl. z. B. Tarnow, Warum arm sein?, Berlin 1928.

gemacht: Wenn die Leistung entsprechend steigt. Dann aber ist dieses *Steigen der Leistung das Wesentliche* an der Sache und *nicht die Konsumausweitung* als solche. Könnten sich unsere Gewerkschaften dazu entschließen bei Lohnverhandlungen eine solche anzubieten – denn automatische Leistungssteigerung dadurch, daß der Arbeiter leistungsfähiger wird, war wohl vor 50 Jahren sehr wichtig, dürfte heute aber nur geringe Bedeutung haben –, so würde damit zwar das besprochene Argument nicht richtiger als es jetzt ist, wohl aber würde das von ihm umsonst erhoffte Resultat aus anderem Grunde erreichbar. Der Punkt ist nicht ohne praktische Bedeutung. Was die Gewerkschaften heute an Gegenkonzessionen hindert, ist doch wohl nur die Besorgnis, daß die sozialpolitischen Errungenschaften zerflattern könnten, wenn sie nicht mit der größten Wachsamkeit und ohne alle Ausnahmen verteidigt werden. Befestigt sich aber ihre Macht noch weiter, dann wird diese Besorgnis schwinden und nichts mehr den Erkenntnissen im Wege stehen, daß Mehrproduktion nicht bloß ein Interesse des Unternehmers ist und daß man am Verhandlungstische viel bessere Chancen hat, wenn man auch etwas bieten kann. Nur dann kann überhaupt das Maximum des Erreichbaren herausgeholt werden – man stelle sich nur vor, in welcher Lage ein Kartell wäre, welches die Menge seiner Ware nicht variieren könnte, sondern nur die Wahl hätte, entweder gar nichts oder eine gesetzlich bestimmte Menge anzubieten. Es wäre nichts Paradoxes daran, daß Schutzbestimmungen, die in der Zeit relativer Schwäche der Gewerkschaften wertvoll waren, sich in der Zeit ihrer Macht als Fessel erweisen können.

Wahr ist auch, daß der *einzelne* Industriezweig nicht notwendig falsch rechnet, wenn er sich das Argument von der Konsumausweitung zu eigen macht. Löst Mr. Ford durch seine Lohnpolitik eine allgemeine Lohnerhöhung aus und ist die Lage so, daß alle Leute gerade nach einem Fordwagen verlangen, so hat er natürlich nur seine eigene Lohnerhöhung zu tragen, während er Vorteil von der allgemeinen hat. Nur können nicht alle Industriezweige zusammengenommen so rechnen. Gleichwohl tun sie es mitunter und das erklärt, warum unser Schlagwort auch in industriellen Kreisen Glück hatte – der Irrtum ist derselbe wie bei der Idee eines ganz lückenlosen Schutzzollsystems, daß ja auch schließlich *niemandem* nützt, obgleich *jeder* entweder an solchen Nutzen glaubt oder eben hofft, um eine Nasenlänge mehr Schutz zu erbeuten als sein Nachbar.

Wahr ist, daß der Geldausdruck der Gesamtnachfrage dann steigen kann, wenn die Lohnerhöhung durch ad hoc geschaffene Kaufkraft finanziert wird. Wirklich ist dann eine Welle von Prosperität zu erwarten – die uns so wohlbekannte Scheinprosperität der *Inflation*. Aber wenn auch dieser Aspekt damit praktisch erledigt ist, so ist es gleichwohl der Mühe wert, hervorzuheben, daß wir hier, wenn es nur möglich wäre, solche Inflation auf eine kleine Dosis zu beschränken, ein Mittel zur Milderung von Depressionen hätten, das noch wirksamer wäre als eine Diskontherabsetzung, weil seine Anwendung sofortiges Steigen der Nachfrage zur Folge haben und der Volkswirtschaft über einen toten Punkt hinweghelfen würde.

Wolle der Leser dieses Moment sorgfältig von einem anderen unterscheiden: Die alte *marxistische Unterkonsumtionstheorie* erklärte die periodischen Depressionen einfach dadurch, daß

Akkumulation Mechanisierung des Produktionsprozesses bedeute und diese einerseits die Produktionskapazität erhöhe und andererseits die Massenkaufkraft verringere, weil die Maschine Arbeiter überflüssig mache. Dieser Gedanke lebt in manchen Verfeinerungen fort, den sog. Disproportionalitätstheorien, die alle direkt oder indirekt mit einem Versagen oder Zurückbleiben der Massenkaufkraft arbeiten. Weshalb denn auch nichtinflationistische Lohnerhöhungen aus dem Gesichtspunkt der Krisentherapie oder –Verhütung verlangt werden. Insofern nach dieser Auffassung das Zurückbleiben der Massenkaufkraft in der Aufschwungsperiode stattfindet, ist die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands wiederum kein schlechter Prüfstein für sie: Offenbar hat es an Lohnerhöhungen und Konsumausweitungen im Jahre 1927 nicht gefehlt. Würden dadurch Depressionen verhindert, so wäre es offenbar wenig wahrscheinlich, daß auf die Anwendung dieser Heilmittel so prompt eine Depression folgt. Theoretisch ist es klar, daß nichtinflationistische Lohnerhöhung eine Depression ganz ebenso verschärfen müsse, wie das ein Hochhalten eines jeden Preises durch Kartelle usw. tut.

J. Marschak verdanken wir jedoch ein Argument, das zwar von sehr geringer quantitativer Bedeutung ist und daher an dem Gesamtergebnis kaum etwas ändert, das aber das Verdienst hat richtig zu sein: Wenngleich Lohnerhöhung keine *Steigerung* der Gesamtnachfrage bedeutet, so bedeutet sie doch eine *Verschiebung* der Nachfrage. Und insofern das eine Verschiebung zugunsten industrieller Massenartikel ist, deren Einheitskosten bei Mehrproduktion stark sinken, und zu Ungunsten solcher vornehmlich von reicheren Leuten konsumierter Artikel, deren Einheitskosten bei Mehrproduktion nicht oder weniger sinken, kommt die Sache auf eine Vermehrung des Sozialprodukts heraus, wobei sogar gezeigt werden kann, daß die begünstigten Industrien stark sinkender Einheitskosten dabei mehr gewinnen als die geschädigten verlieren. Volles Gewicht würde das Argument allerdings nur dann gewinnen, wenn Lohnsteigerungen in erheblichem Maß auf Kosten der Konsumausgaben der Reichen gehen könnten und die Artikel, welche die reicheren Leute bisher konsumierten und infolge der Lohnerhöhung nicht mehr konsumieren können, dem Gesetz steigender Einheitskosten folgten, was ja wohl nicht der Fall ist. Aber immerhin ist das gute Marshallianische Theorie. Derartiger Argumente gibt es mehrere.

III.

Alles das ist im Grunde sehr einfach. Viel zu einfach, als daß es für alle Ewigkeit den Massen selbst verborgen bleiben könnte. Mag sachliche Einsicht auch im Augenblick und für den Kämpfer, dem alles unter dem Gesichtspunkt von Erfolg und Mißerfolg erscheint, irrelevant sein – auf die Dauer ist sie es nicht. Die Täuschungen über die Größe der Marge, um die zu kämpfen Sinn hat, und den Wert der möglichen Erfolge werden schließlich verschwinden. Dann können die übrigbleibenden Meinungsverschiedenheiten der Parteien am Lohnvertrag als das erscheinen, was sie sind, als Meinungsverschiedenheiten über das relative Gewicht des Interesses an gegenwärtiger und des Interesses an künftiger Konsumtion – und die Lohnverhandlungen selbst als das, was sie sind, nämlich als geschäftliche Transaktionen, analog den Transaktionen

zwischen Unternehmern und Bankiers, statt als Erscheinungsformen des Klassenkampfes. Und mit der Zeit werden sich auch die zwei heute noch fehlenden Voraussetzungen dafür einstellen, daß das praktische Früchte tragen und der Kraftverlust der Lohnkämpfe ein Ding der Vergangenheit werde:

Solange die Quellen ökonomischer Tatsachen nicht viel reichlicher fließen und solange die Methoden ökonomischer Analyse nicht viel vollkommener sind, muß der Lohnkampf immer das zwar schlechte, aber einzige Mittel bleiben, den, sei es im Sinne von Gleichgewichtslohn, sei es im Sinne von Maximallohn, »richtigen« Satz zu finden. Erst dann, wenn die Wissenschaft in der Lage ist, ihn für jede gegebene Lage einfach auszurechnen, kann die Methode des Kampfes veralten und ein Schiedsspruch Autorität gewinnen. Daran sind wir: Erste Ansätze, zwar noch ohne praktische Bedeutung, aber dafür daß sie erste Ansätze sind, nicht verächtlich, sind vorhanden. Freilich – während anderwärts an solchem Werk gebaut wird, streitet die deutsche Wissenschaft um Philosophien und Methoden oder verharrt sie in unfruchtbarer Kritik.

Und solange die beiden Parteien, die es zunächst angeht, über kein geeignetes Werkzeug des Vertragsabschlusses verfügen; solange die Lohnverhandlung bloße Lohnverhandlung und ohne Zusammenhang mit den Fragen bleibt, ohne die sie sachgemäß nicht behandelt werden kann; solange Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Industrie gesondert und insbesondere die Arbeiter in jedem Fall ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Arbeiter vorgehen, die ja notwendig einen sehr großen Teil der Kosten jedes Lohnerfolges in einer einzelnen Industrie tragen; solange endlich die umfassenden Untersuchungen, die für sachgemäße Lohnfestsetzung erforderlich sind, von den Beteiligten gar nicht angestellt werden können, und beide Parteien im Grunde ins Blaue reden – solange nützte selbst eine wissenschaftlich einwandfreie Methode der Lohnfindung gar nichts. Das fühlt ja ein jeder. Diesem Gefühl verdankt nicht nur das Schlichtungswesen zum Teil die Rolle, die es spielt, sondern auch so mancher gutgemeinte Plan, der heute im Gefühl der Unhaltbarkeit der Situation öffentlich und privat erörtert wird, z. B. der Plan einer grundsätzlich gesetzgeberisch festzusetzenden automatischen Steigerungsrate des Reallohns. Allein mit solchem stetig steigenden Lohnsatz könnte und würde niemand zufrieden sein. Schon deshalb nicht, weil ihm unter den gegebenen Umständen die Autorität sachlicher Richtigkeit fehlen müßte. Aber auch deshalb nicht, weil dieser Plan wieder nach der Richtung fehlt, in welcher die meisten unserer Fehler liegen: In der Richtung noch immer unbedingten Vertrauens in die Allweisheit von Politik und Verwaltung. Niemand kann den Beteiligten helfen, wenn sie sich selbst nicht helfen können. Aber sie werden sich helfen und die täglichen Fortschritte der beiderseitigen Organisation nähern sich ständig diesem Ziel – dem Ziel einer wirklich leistungsfähigen Verhandlungsmaschine, die ich persönlich mir nicht anders vorstellen kann als unter dem Bilde zweier gewaltiger, straff organisierter Monopolisten der Arbeitskraft und der Arbeitsgelegenheit, die unter sich nicht nur den Lohn, sondern alles ausmachen, was sie in Staat und Gesellschaft berührt.

Joseph Schumpeter

Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse¹

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die soziale Analyse den Interessentengruppen und Parteien lediglich die Argumente beistellt, die sie in ihrem Kampf verwenden. Vielmehr entscheidet die ökonomische und soziologische Diagnose vor allem darüber, was in der gegebenen sozialen Situation vom Standpunkt eines bestimmten Interesses überhaupt gewollt werden kann und soll. Schließlich muß man ein soziales System oder einen sozialen Zustand, ehe man ihn reformieren kann, vor allem verstehen: Es gehört zu den Sonderbarkeiten unseres sozialen Lebens, daß dieselben Leute, die natürlich genau wissen, daß man, wenn man eine Maschine reparieren will, vorher untersuchen muß, was ihr fehlt, und die auch die Notwendigkeit begreifen, den Zustand eines Kranken festzustellen, ehe man über die Kur entscheidet, nur wenig Interesse für die statistisch und analytisch erfaßbaren Grundlagen unseres wirtschaftlichen Lebens aufbringen und einen Dilettantismus, dessen sie sich auf jedem anderen Gebiet schämen würden, in unserer wirtschaftlichen und sozialen Politik ruhig hinnehmen. Die folgenden Bemerkungen können natürlich ein Thema nicht erschöpfen, das im Grunde das ganze Gebiet der Wirtschaftswissenschaft deckt. Aber sie können dazu beitragen, dem Leser zu zeigen, wie viel von dem, worüber parteipolitisch gestritten wird, durch exakte wissenschaftliche Feststellung diesem Streit entzückt wird oder doch werden könnte, wenn den Sozialwissenschaften annähernd so viel ruhige Arbeit gewidmet würde, wie den Naturwissenschaften.

Die erste Frage, die sich ergibt, wenn man sich ein Urteil über die kapitalistische System der Wirtschaft bilden will, ist natürlich die, wie die Volkswirtschaften unter seiner Herrschaft tatsächlich gefahren sind. Eine sehr einfache Methode, sich darüber eine ungefähre Vorstellung zu machen, ist die folgende: Selbstverständlich ist es nicht möglich, ein Geburtsdatum des Kapitalismus anzugeben. Aber immerhin können wir sagen, daß Westeuropa um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts und Mitteleuropa etwa seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in jene Epoche eingetreten ist, die man als kapitalistische oder doch als hochkapitalistische zu bezeichnen pflegt. Vergleichen wir also das Jahr 1800 mit dem letzten Vorkriegsjahr. Nach dem englischen Statistiker Mulhall betrug die Summe der privaten Einkommen (Volkseinkommen) in England im ersteren Jahre 230 Millionen Pfund, nach einer der bekanntesten Schätzungen im letzten Vorkriegsjahre 2300 Millionen Pfund. Da sich unterdessen die Bevölkerung auf das Fünffache vermehrt hatte, so ergibt das eine Steigerung des Geldeinkommens pro Kopf auf das Doppelte. Die Generalindexziffer der Großhandelspreise im Jahre 1800 betrug 235 und im Jahre 1913 115, ist also in dieser Zeit auf die Hälfte gesunken. Folglich kann man sagen, daß der englische Volkswohlstand, gemessen an der Verfügung über die materiellen Mittel der

¹ Quelle: Der Arbeitgeber. Bd. 17, 1927, S. 166-170; d. H.

Bedürfnisbefriedigung, in dieser Epoche auf das Vierfache gestiegen ist. Diese Ziffern sind roh und unverlässlich, aber für unseren Zweck genügt das ungefähre Bild, das sie gleichwohl geben. Der Sozialpolitiker pflegt Argumente gegen sozialpolitische Vorschläge, welche auf dem Hinweis beruhen, daß man die Triebfedern der kapitalistischen Wirtschaft keiner zu großen Belastung aussetzen dürfe, weil das in letzter Linie auf die Lage der Arbeiterschaft selbst zurückwirke, achselzuckend ab leere Vertröstungen auf eine unbestimmte Zukunft beiseite zu schieben. Inwieweit die Vertröstung auf künftige Leistungen des kapitalistischen Unternehmertums leer ist oder nicht, mag nun der Leser auf Grund unserer Rechnung beurteilen. Wenn es der Raum gestaltete, so wäre hier noch nachzuweisen, erstens daß diese Hebung des Volkswohlstandes nicht trotz sondern *infolge* der nahezu ungehemmten Wirksamkeit des Motivs privaten Gewinnstrebens im 19. Jahrhundert eingetreten ist und zweitens, daß sie nicht einfach ihre Erklärung in dem historisch einzigartigen Umstand findet, daß das 19. Jahrhundert gleichzeitig das Jahrhundert der Erschließung neuer Länder für das kapitalistische System war.

Allein man könnte noch fragen, ob jene Hebung des Wohlstandes auch den Massen zugute gekommen ist und ob nicht vielmehr während dieser Zeit die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind. Tatsächlich ist das behauptet worden, nicht nur von Sozialisten, sondern z. B. auch von Adolf Wagner. Das Gegenteil, daß also die Ungleichheiten der Einkommensverteilung sich abzuschwächen tendieren, ist ebenfalls behauptet worden, z.B. von Leroy-Beaulieu. Beides ist falsch. Wir wissen heute, daß sich der relative Anteil jeder einzelnen Einkommensstufe am Volkseinkommen nicht wesentlich verändert hat. Trägt man auf der Ordinatenachse eines rechtwinkligen Koordinatensystems die Logarithmen der Einkommensgrößen auf und auf der Abszissenachse die Logarithmen der Anzahl der Personen, welche die betreffenden oder höhere Einkommen beziehen, so ergibt sich als Kurve der Einkommensverteilung eine Gerade, welche für alle Länder und für alle Zeitpunkte mit der Ordinatenachse einen Winkel einschließt, der für kein Land und keinen Zeitpunkt unserer Epoche wesentlich von 56 Grad abweicht. Das heißt, daß unbeschadet des sehr verschiedenen Reichtums der einzelnen Länder und der sehr großen Zunahme des Reichtums in *allen* Ländern in unserer Epoche die Einkommensverteilung überall und immer beachtenswert konstant geblieben ist (Paretos Gesetz). Soweit hat es also ebensowenig Sinn, von einer relativen Verelendung der Massen zu sprechen, wie von einer absoluten, welche letztere ja auch von keiner Seite mehr behauptet wird.

Trotzdem kann noch immer gefragt werden, ob die oberen Schichten der kapitalistischen Gesellschaften nicht »zu viel« bekommen, sei es in dem Sinn, daß die Arbeitermassen eben deshalb, weil den oberen Schichten soviel zufällt, schlechter leben als sie es sonst tun würden, sei es in dem Sinn, daß den oberen Schichten mehr zufällt als nötig wäre, um ihre produktiven Leistungen hervorzurufen und überdurchschnittlicher Leistung oder Fähigkeit die entsprechende Pflege angedeihen zu lassen. Auch hier kann eine einfache, wenngleich rohe Rechnung die Situation klären. Ziehen wir zunächst von jenen 2300 Millionen Pfund englischen Volkseinkommens im Jahre 1913 die 200 Millionen Staatsausgaben ab, was wohl nicht erst der Begründung bedarf. Aber ebenso müssen wir die jährliche Rücklage von dieser Summe abziehen,

denn was zurückgelegt oder erspart wird, kommt der Konsumtion der oberen Schichten ja nicht zugute, dient vielmehr der Verbesserung des Produktionsapparates – es ist Unsinn, diese Summe zum Einkommen zu rechnen und als solches zu besteuern, denn das Einkommen ist seinem Wesen nach ein Konsumtionsfonds. Diese Rücklagen wurden damals auf 400 Millionen Pfund gestellt, so daß uns 1700 Millionen Pfund verbleiben. Veranschlagen wir nun den notwendigen Unterhalt der 10½ Millionen englischen Haushalte mit 150 Pfund pro Jahr und Haushalt, was wir tun können, weil auf jeden Haushalt durchschnittlich zwei Erwerber fallen. Das macht 1575 Millionen Pfund. Folglich können nicht mehr als 125 Millionen Pfund auf Ausgaben entfallen sein, die in irgendeinem vernünftigen Sinn als Luxus bezeichnet werden können, und folglich hat gleichsam jeder Haushalt 12 Pfund im Jahre oder 8 Prozent seines Einkommens weniger erhalten als er erhalten haben würde, wenn auch diese Summe gleichmäßig verteilt worden wäre. Selbst unter der Voraussetzung also, daß die oberen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft für jene 125 Millionen Pfund gar nichts leisteten, ist es sonnenklar, daß man aus ihrer Konsumtion unmöglich die niedrige Lebenshaltung der breiten Massen erklären und diese letztere durch Überweisungen aus jenem Fonds ebenso unmöglich wesentlich heben kann. Nun hat aber noch niemand behauptet, erstens, daß von Seiten der oberen Schichten gar keine wirtschaftliche Leistung vorliegt – umfaßt doch jene Summe die Entlohnung für jede Art von führender oder sonst hochqualifizierter Arbeit, den größten Teil der Prämien für Rücklagen usw. – und zweitens, daß ihre Verwendung kulturell und sonst völlig bedeutungslos sei. Deshalb haben vom Standpunkt der Lebenshaltung der Massen Bestrebungen zur Verringerung der Ungleichheit der Einkommen schlechthin keinen Sinn. Berücksichtigt man den Zusammenhang zwischen Unternehmereinkommen und Unternehmerleistung und die gegenwärtig offenbar noch unleugbare Bedeutung des individuellen Gewinnstrebens als Motiv für produktive Anstrengung, so kann man sogar kaum der Konsequenz ausweichen, daß solche Bestrebungen die Lebenshaltung der Massen schädigen müssen und daß diese in einem sozialistischen Staat nicht besser sein würde als jetzt. Man könnte das nur dann in Abrede stellen, wenn man annehmen wollte, daß ein sozialistisch organisiertes Gemeinwesen mehr und besser produzieren würde als die kapitalistische Wirtschaft.

Nur deshalb, weil wir nicht gewöhnt sind, diese Dinge quantitativ zu betrachten und noch immer unter der Vorstellung eines schier unerschöpflichen Reichtums der oberen Schichten laborieren, klingt die Behauptung paradox, daß jene 125 Millionen Pfund – analoge Summen ergeben sich für alle anderen Volkswirtschaften – die Summe nicht wesentlich überschreiten, welche auch in einem sozialistischen Gemeinwesen für andere Zwecke als für die Erhaltung des durchschnittlichen Arbeiters aufgewendet werden würde. Man kann sich den sozialistischen Zukunftsstaat ja sehr verschieden vorstellen. Aber manche seiner am meisten ernst zu nehmenden Konstrukteure waren und sind der Ansicht, daß auch diese Lebensform Einkommensunterschiede und Einkommen von jeder Höhe kennen würde, wie sie heute dem Arbeiter höchsten Ranges, also berühmten Ärzten, Rechtsanwälten, Direktoren wirtschaftlicher Unternehmungen usw., zufallen. Erkennt man das an, dann ist die etwa noch auf die heutige Gesamtsumme der

Einkommen der oberen Schichten fehlende Differenz nicht der Rede wert. Der gegenteilige Eindruck wird dadurch erzeugt, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit immer auf die Spitzenerfolge konzentriert und übersieht, wieviel energische Arbeit fruchtlos geleistet werden muß, damit ein solcher Spitzenerfolg entstehe. Und eben darin liegt seine soziale Funktion. Eben weil ein jeder Unternehmer den Spitzenerfolg vor sich sieht, leistet er, was er anderenfalls nicht leisten würde – aus demselben Grund, aus welchem für eine Prämienanleihe ein höherer Begebungskurs erzielt werden kann als für eine Anleihe, welche die gleiche Summe auf ihre Kupons gleichmäßig verteilt: Es ist eine Tatsache, daß derartige Chancen falsch, nämlich höher eingeschätzt werden als ihrem mathematischen Wert entspricht. Dadurch, daß die kapitalistische Volkswirtschaft die führende Arbeit nicht gleichmäßig entlohnt, sondern so, daß sie an gewisse Erfolge sehr hohe Prämien knüpft und an die anderen Leistungen nur bescheidene oder gar keine oder gar Verluste, ruft sie das nötige Angebot an Unternehmerleistungen in der Gesamtsumme viel billiger hervor als es sonst möglich wäre. Aber eben diese der kapitalistischen Gesellschaft eigentümliche Methode ist geeignet, den entgegengesetzten Eindruck hervorzurufen, der durch das Anführen einzelner Beispiele immer scheinbar bestätigt werden kann.

Über den Anteil der ausführenden Arbeit aller Art am Produktionserfolg informiert im großen und ganzen auch die folgende Überlegung, der wir die Zahlen des englischen Zensus von 1907 zugrunde legen wollen. Nach diesem betrug der Geldwert der Produkte der wichtigsten Industrien 592 Millionen Pfund. Davon waren Gehälter und Löhne 404 Millionen, so daß für alles andere 188 Millionen übrig blieben. Nun sind von diesen wieder Rücklagen und Steuerleistungen abzuziehen, was nur sehr schätzungsweise möglich ist. Mit Rücksicht auf die beiden Tatsachen, daß zwar die Rücklagen nicht nur absolut, sondern auch prozentual um so größer werden, je größer das Einkommen ist, daß aber die Progression der Steuerlast damals nicht annähernd so betont war, wie heute, wollen wir diese beiden Posten mit rund 100 Millionen annehmen. Dann kommen wir natürlich zu einem höheren Anteil der »oberen Schichten« an dem Gesamtprodukt (15 Prozent), weil wir ja bei unserer früheren Rechnung auch diesen Familien die 150 Pfund zugebilligt hatten und weil jetzt die kleinen Besitzabkommen inbegriffen sind. Aber dennoch zeigt sich auch hier, daß der weitaus überragende Interessent an der kapitalistischen Wirtschaft, der weitaus größte Aktionär einer jeden Unternehmung die Arbeiterschaft ist.

Nun wäre es interessant, aus den uns verbleibenden 83 Millionen das herauszulösen, was den Unternehmern als solchen zufällt. Das ist deshalb nicht möglich, weil unsere wichtigste Quelle, die Einkommensteuerstatistik, das Einkommen aus selbständigen Unternehmungen nicht weiter analysiert, übrigens auch deshalb nicht, weil andere Quellen nur periodisch fließen, und es uns daher unmöglich machen, das zu tun, was allein einen wirklichen Einblick gewähren würde, nämlich einen Durchschnitt durch alle Jahre eines vollständigen Konjunkturzyklus zu ziehen. Immerhin können wir, wenn wir die Grundrente als sicher nicht allzu bedeutend ausschließen und den Kapitalzins nach der ungefähren Größe des in den Unternehmungen arbeitenden Kapitals abzuschätzen versuchen, zu einem natürlich äußerst unverlässlichen Resultat

kommen, das aber immerhin nicht allzu weit von der Wahrheit sein kann und in der Nachbarschaft von 3 bis 4 Prozent liegen dürfte: Der Unternehmer ist gleichsam der Agent der an der Produktion beteiligten Interessen, welcher eine Provision von 3 bis 4 Prozent für die Erfüllung seiner Funktion erhält.

Es ist nun nicht überflüssig, festzustellen, daß eine solche Schätzung in der Regel nicht nur den Vertretern der dem Unternehmer gegenüberstehenden Interessen absurd niedrig erscheint, sondern auch dem Unternehmer selbst. Das kommt daher, daß eine Reihe von Umständen dem Unternehmer den wahren Sachverhalt verhüllt. So betrachten manche Leute den Geschäftsgang der Konjunktur sozusagen als das Normale und die Vorkommnisse der Depression als ein nicht zum Wesen der Sache gehörendes Malheur. So ist man sich häufig über den essentiell temporären Charakter mancher wichtiger Elemente des Gewinnes nicht im Klaren. Und so ist die ja auf mangelhafter ökonomischer Einsicht beruhende Praxis der Buchhaltung oft geeignet, dem Unternehmer selbst ein falsches, und zwar in der Regel zu optimistisches Bild zu geben. Analysieren wir daher in aller Kürze die Elemente der Summe, die dem Unternehmer tatsächlich zufließt. Zunächst ist so gut wie jeder Unternehmer der Eigentümer von in seinem Unternehmen mitarbeitenden naturgegebenen Produktionsmitteln, mindestens der Baustelle seiner Fabrik. Insoweit bezieht er normalerweise Grundrente. Dann ist der Unternehmer in aller Regel auch mehr oder weniger Kapitalist, insofern ihm gehöriges Kapital in seiner Unternehmung verwendet wird. Soweit bezieht er Kapitalzins. Bekanntlich hat die ältere Nationalökonomie und im Anschlusse an diese die Theorie des Sozialismus die Funktionen des Unternehmers und des Kapitalisten zusammengeworfen, so daß das Bild des Besitzenden entstand, der als solcher in der Lage ist, die besitzlosen Arbeiter auszubeuten. Noch heute ist unter zehn Nationalökonomien nicht einer in der Lage, diese Auffassung korrekt zu widerlegen. Hier kann das nicht geschehen. Nur sei im Vorbeigehen die Frage gestreift, in welchem Sinne der Unternehmer Sachwalter des Kapitals ist. Seine Funktion ist nicht etwa, den Produktionsprozeß technisch durchzuführen – obgleich er meistens diese Funktion auch erfüllt, wofür er sich ebenso wie für seine Verwaltungsarbeit ein Entgelt in Rechnung zu stellen hätte, das vom Charakter eines Arbeitslohns ist: das ist das dritte Element der Gesamtsumme, welche der Unternehmer in Wirklichkeit zu beziehen pflegt, und sollte korrekterweise in der Buchführung aufscheinen – sondern die Produktionsfaktoren *zur Unternehmung zusammenzufassen und deren Produkte zu verwerten*. Im Zug dieses Vorgangs verhandelt er der Reihe nach mit den Besitzern dieser Produktionsfaktoren, darunter auch Arbeitern und Kapitalisten. *Und jeweils ist er im Endeffekt der Sachwalter aller anderen gegenüber der Gruppe, mit der er es gerade zu tun hat*. Er ist also gewiß der Sachwalter des Kapitals, wenn er mit den Arbeitern verhandelt, aber ebenso sehr der Sachwalter der Arbeiter, wenn er sich mit seinen Geldgebern auseinandersetzt. Der rein ökonomische Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter ist nicht schärfer und von keiner anderen Natur als der Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Bankier. Sodann ist der Unternehmer in der Lage, gelegentlich Spekulationsgewinne zu machen. Jede wirtschaftliche Tätigkeit ist oder involviert Spekulation. Aber abgesehen davon ist der Unternehmer so postiert,

daß er häufiger als andere Leute in die Lage kommt, z.B. an seinen Rohstoffen auch einen Spekulationsgewinn in einem engeren Sinn zu machen. Weiter wird er von guten Konjunkturen auch dann mitgezogen, wenn er nicht unmittelbar mit ihrer Verursachung etwas zu tun hat. Von den sich daraus ergebenden Gewinnen – und Verlusten – ist eventueller Wertzuwachs infolge des allmählichen Wachstums des sozialen Milieus zu unterscheiden: Die Bauindustrie profitiert natürlich durch das Wachsen der Städte, in denen sie wirkt. Dabei ist nur zu beachten, daß ein solcher Wertzuwachs, auch wenn er nach der üblichen Phrase typisch »unverdient« ist, sehr häufig ein notwendiges Element der Kalkulation darstellt. So hätte sich z.B. die Bautätigkeit im Berlin der Vorkriegszeit nie so entwickelt, wie es tatsächlich der Fall war, wenn der typische Bauunternehmer nicht auf diesen Wertzuwachs spekuliert hätte. Eine für viele Branchen sehr wichtige Gewinnquelle ist auch die Möglichkeit, von unvorhergesehenen und vorübergehenden Gelegenheiten Nutzen zu ziehen. Solche Gelegenheiten hervorzurufen, z.B. eine Sensationsnachfrage nach irgendeinem Gebrauchsgegenstand, ist sogar ein wesentliches Element der kommerziellen Kunst des Unternehmers. Ich pflege diese Art von Gewinnen die Beute des Alltags zu nennen. Auch für unser Thema ist sie sehr wichtig: In der Geschichte der Arbeiterbewegung spielt die Tendenz des Unternehmers, eine ihm momentan günstige Lage auszunützen, eine ominöse Rolle. Jeder solche Gewinn ist ganz flüchtig und verschwindet mit dem Tag, oft schon mit der Stunde, und doch kann er über Erfolg oder Mißerfolg einer Unternehmung entscheiden. Besonderer Erwähnung bedarf auch das Monopolelement: Die Fälle sind selten, in denen ein wirklich vollständiges Monopol besteht. Aber die Regel sind die Fälle, in denen monopolähnliche Verhältnisse vorliegen, auf die größere oder geringere Ertrags Elemente zurückzuführen sind. Aber alles das ist nicht eigentlicher Unternehmergewinn, nicht jener Gewinn, aus dem die meisten industriellen Vermögen und Familienpositionen erwachsen sind. Dieser ist vielmehr die Prämie, *die sich in der kapitalistischen Wirtschaft an die erfolgreiche Durchsetzung neuer Produktionsmethoden oder neuer kommerzieller Kombinationen knüpft*. Die Durchsetzung des Neuen in der Volkswirtschaft ist die wahre Unternehmerfunktion, das, was die Unternehmertätigkeit eigentlich ausmacht und vom bloßen Verwalten und laufender Routinearbeit unterscheidet. Aus der Schwierigkeit dieser Aufgabe und der Seltenheit der zu ihrer Erfüllung nötigen Eigenschaften des Intellekts und des Willens erklärt sich die Größe des privatrechtlichen Erfolgs, der sich dabei ergeben kann. Wer Neues erfolgreich durchsetzt, ist zunächst konkurrenzlos, so lange nämlich, als sein Erfolg nicht vor aller Augen steht. Dann allerdings rückt, den Gewinn eliminierend, die Konkurrenz nach, aber die Zeit, die bis dahin verlaufen muß, ist in der Regel lang genug, um große Gewinne entstehen zu lassen. Dieser Mechanismus ist ganz sinnreich: Er bewirkt auf Grund eines und desselben Prinzips, daß Prämien entstehen, die groß genug sind, um die besten Gehirne eines Volkes mit verzweifelter Energie auf solche Aufgaben zu konzentrieren, und daß sie automatisch verschwinden, wenn sie getan haben, was sie sollten: Der gleiche Prozeß, der sie beseitigt, schwemmt das Resultat der Neuerungen in Form von Preissenkungen den breiten Massen zu. Wenn man das einmal begriffen hat – zum strengen Nachweis ist sehr viel mehr nötig als hier gesagt werden kann – erübrigt

sich jede weitere Kritik der Theorie von der Ausbeutung.

Haben wir also früher gesehen, daß der Anteil der Unternehmer an dem Volkseinkommen quantitativ nicht ausreichen würde, die Lebenshaltung der Massen merklich zu bessern, auch wenn er diesen ganz zugewendet würde, so ergibt die eben vorgeführte oder, richtiger gesagt, angedeutete Analyse von selbst, daß die meisten unterscheidbaren Elemente des Unternehmereinkommens nicht beseitigt werden können, ohne direkt oder indirekt die Lebenshaltung der Massen zu schädigen. Natürlich heißt das nicht, daß damit der Sozialismus als ein Ideal widerlegt wäre. Ideale kann man überhaupt nicht durch ökonomische Argumente widerlegen. Wohl aber heißt das, daß man unter den gegebenen Verhältnissen den Sozialismus nicht ökonomisch begründen kann: Auch jeder Sozialist muß die angeführten Tatsachen und Argumente als solche anerkennen. Er darf der Konsequenz nicht ausweichen, daß Sozialisierung einen ökonomischen Verlust für alle Klassen bedeuten würde. Um des Ideals und außerökonomischer Umstände Willen mag er diesen Verlust in Kauf nehmen. Aber er muß aufhören, von der sozialistischen Gesellschaftsordnung ökonomische Vorteile zu erwarten und den Massen zu sagen, daß sie in einer solchen besser leben würden als jetzt.

Nun erhebt sich aber die Frage, wie das einzelne Individuum oder die einzelne Familie in die Unternehmerposition kommt. Denn es könnte das Gesagte noch immer richtig, gleichwohl aber die kapitalistische Methode der Auslese der führenden Persönlichkeiten mangelhaft sein. Das entspricht in der Tat dem Gefühl weitester Kreise. Die populäre Theorie läßt sich etwa so formulieren: Man kann nur Unternehmer werden, wenn man über die nötigen Produktionsmittel verfügt. Bei der Größe des für eine Unternehmung heute erforderlichen Kapitals ist es weitaus den meisten Leuten unmöglich, Unternehmer zu werden. Und deshalb ist die Unternehmerfunktion eben auf den Kreis beschränkt, der durch Erbschaft, Zufall, Gewalt oder Betrug die nötigen Mittel jeweils schon hat, so daß keinerlei Zusammenhang zwischen Eignung und Position besteht und die Ausfüllung der Unternehmerfunktion das Privilegium einer im wesentlichen geschlossenen Gruppe ist, welche eben deshalb dem Rest des Volkes in charakteristischem Gegensatz gegenübersteht – eine Auffassung, die offenbar die Voraussetzung für die Konstruktion eines scharfen Klassengegengesatzes und dafür ist, daß man die sozialen Dinge unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes betrachten kann. Nun ist es erstaunlich, aber eine Tatsache, daß die Art, wie man Unternehmer wird, bisher so wenig untersucht wurde, und daß man diesen wichtigen Punkt so ganz einer sich forterbenden Phrase überläßt: Schon die praktische Lebenserfahrung zeigt, daß diese Auffassung nicht richtig sein kann. Wohl etwas übertreibend sagt ein amerikanisches Sprichwort: *three generations from overall to overall* – drei Generationen vom Arbeitskittel zum Arbeitskittel. Mag auch die dritte Generation einer industriellen Familie nicht regelmäßig wieder im Arbeitskittel stecken, so wissen wir doch, daß unter ihrer Herrschaft die Familienunternehmungen verringerte Vitalität und verschiedene Verfallserscheinungen aufzuweisen pflegen. Das bestätigen auch die Geschichten der industriellen Familien, die man eben unter dem Gesichtspunkt unseres Problems jetzt eifrig zu sammeln beginnt. Es ist klar, warum das so ist. Die individuelle Position im industriellen Leben erhält sich eben nicht

von selbst und durch das bloße Schwergewicht des Besitzes. Sondern jede Unternehmung, die einfach weiter betrieben, und sei es auch noch so gewissenhaft, verwaltet wird, sinkt, wenn sie sich nicht stetig umbildet und auf immer neue Aufgaben und Situationen einstellt, mit der Zeit zur Bedeutungslosigkeit herab, um schließlich zu verschwinden. Wenn die Kraft und Fähigkeit zur Lösung immer neuer Aufgaben fehlt, so wird jedes noch so große Vermögen, auch wenn keine besonderen Fehler oder Unglücksfälle geschehen, mit der Zeit – und in der Regel innerhalb weniger Jahrzehnte – von den Wogen der wirtschaftlichen Entwicklung verschlungen, und die Familie, der es gehört, verschwindet in der breiten Masse des Volkes. Niemand kann dieser Vorgang unbekannt sein, die tägliche Erfahrung zeigt ihn uns deutlich genug. Aber wir pflegen in ihm ein individuelles Schicksal zu sehen, das ebenso gut auch anders sein könnte und nichts das, was er ist, nämlich die ausnahmslose Regel, vor allem aber ein wesentliches Moment des Lebensprozesses des Kapitalismus. Den gleichen Fehler begehen wir bei der Beobachtung des Aufstiegs eines Individuums oder einer Familie im industriellen Leben. Auch darin sehen wir ein individuelles Schicksal und nichts anderes, während wir tatsächlich den Prozeß vor uns haben, durch welchen sich die Oberschicht der kapitalistischen Gesellschaft bildet und stetig ergänzt. Eine Untersuchung von Chapman über die englische Baumwollindustrie hat das auf den ersten Blick verblüffende Resultat ergeben, daß 63 bis 85 Prozent (d.h. die Resultate der verschiedenen Teilerhebungen lagen zwischen diesen Grenzen) aller leitenden Leute der Industrie aus der Arbeiterschaft emporgestiegen waren. Diese Untersuchung war ein erster Versuch. Auch sind die Verhältnisse der englischen Baumwollindustrie nicht typisch. In anderen Ländern und auf anderen Gebieten wäre der jeweilige Prozentsatz von Selfmademen wohl erheblich geringer. Aber das ist Nebensache. Das Wesentliche ist der Vorgang selbst und die Tatsache, daß die Geschichte jedes Unternehmens und jeder industriellen Familie auf einen solchen Selfmademan zurückführt, der sich dadurch aus der Arbeiterschaft erhob, daß er eine neue technische oder kommerzielle Idee in einer Unternehmung verkörperte und ihr so zu praktischem Leben half. Besitz ist nicht Voraussetzung für eine solche Tat – bekanntlich findet sich das Geld dazu immer, und heute mehr als je – sondern nur die Folge. Einmal vorhanden, erhält er sich in der Regel auch unabhängig von persönlichem Erfolg durch einige Zeit. Aber nicht auf lange. Weil jedoch in jeder Volkswirtschaft und in jedem Zeitpunkt immer solche für den Augenblick gesicherte Positionen vorhanden sind und das Aufsteigen zu ihnen und das Herabsinken von ihnen ein kontinuierlicher Prozeß ist, so wird der oberflächlichen Betrachtung ein ähnlicher Eindruck von Stabilität vorgetäuscht, wie wir in jedem Zeitpunkt in einer Familie eine Gruppe von individuell bestimmten Personen in bestimmten Lebensaltern sehen, obgleich der Prozeß des Geborenwerdens, Alterns und Sterbens unaufhaltsam vor sich geht.

Hinter dem ersten Eindruck des Kapitalismus als einer Gesellschaftsform, in der eine kleine Anzahl besitzender Familien und eine große Anzahl besitzloser Arbeiter durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt sind und einander scharf und dauernd entgegengesetzte Gruppen bilden, enthüllt sich also bei näherem Zusehen ein stetes Hin- und Herfluktuieren, ein steter Prozeß des Aufstiegs und Herabsinkens. *Die Oberschicht der kapitalistischen Gesellschaft ist im*

Wesen nichts anderes als eine Auslese aus der Arbeiterschaft, aus der nahezu alle industriellen Familien hervorgehen, um nach einigen Generationen in sie wieder zurückzukehren, wobei ihnen als Folgeerscheinung einerseits ihrer Leistung und andererseits ihrer Erschöpfung Besitz zuwächst und wieder entgleitet. Sie gleicht sozusagen einem Omnibus, der zwar immer besetzt ist, aber von immer anderen Leuten. Diese Insassen hat man sich nicht als physische Individuen, sondern als Familien vorzustellen, welche die wahre Einheit im sozialen Leben bilden und im Zeitalter der Deszendenztheorie auch für die Wissenschaft und Politik bilden sollten. Ein beliebtes Schlagwort der Sozialreform, besonders in Amerika, ist das »*equalizing of opportunity*«, in welchem eine Verurteilung der Tatsache liegt, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die physischen Individuen mit so verschiedenen Chancen auf die Welt kommen. Das Argument, das da liegt, wäre im 18. Jahrhundert vollständig berechtigt gewesen. Aber nun, da wir einerseits auf dem Gebiete der Biologie die dauernd und wesentlich verschiedene Qualität der Erbmassen begreifen gelernt haben und da andererseits die moderne ökonomische Analyse uns lehrt, daß, wo die Erbmasse und mit ihr die Leistungsfähigkeit versagt, der Besitz und die Unternehmerstellung sich automatisch verflüchtigen, ist dieses Schlagwort zu 90 Prozent Unsinn geworden.

Jedoch gilt das Gesagte zunächst nur für jene Form der kapitalistischen Gesellschaft, welche durch das System der freien Konkurrenz charakterisiert ist, also im wesentlichen für die kapitalistische Wirtschaft des 19. Jahrhunderts. Da funktionierte die angedeutete Auslesemethode nahezu vollkommen. Eine Familie stieg zur Unternehmerstellung empor und prosperierte in derselben einfach dadurch, daß sie eine Unternehmung schaffen und leiten konnte, die besser und billiger produzierte als andere. Man beachte die einzigartige Verknüpfung von Leistung und Erfolg, die darin liegt: Jede Gesellschaftsform braucht Führer und irgendwelche Auslesemethoden, um diese Führer an ihre Posten zu stellen. Unsere eigene Gesellschaftsform kennt eine ganze Reihe solcher Auslesemethoden, z. B. die der beamtenmäßigen Ernennung oder die der politischen Wahl. Aber sie alle leiden an dem Nachteil, daß die Eignungen, die zum Erfolg im Ausleseprozeß führen, nicht zusammenfallen mit jenen, die gute Leistung nach geschehener Auslese verbürgen. Die Eigenschaften z.B., die den guten Agitator oder Wahlkandidaten machen, sind nicht dieselben wie jene, die ein gutes Ausschußmitglied oder einen guten Minister haben muss. Nur gerade in der konkurrenzwirtschaftlichen Auslese der Unternehmerfamilien ist das anders. Der Erfolg des Unternehmers und der Erfolg der Unternehmung, persönlicher Gewinn und sozialer Dienst, Aufsteigen und sachliche Leistung sind hier und nur hier dasselbe. Das ist nicht ohne weiteres so in der vertrusteten Volkswirtschaft von heute. Industrielle Familie und Unternehmung, persönlicher und sachlicher Erfolg sind da nicht mehr eins. Wer Komitees, Aufsichtsräte, Großaktionäre zu behandeln oder die wirtschaftspolitischen Interessen seines Konzerns erfolgreich zu vertreten versieht, braucht sich über einen kommerziellen Mißerfolg keine grauen Haare wachsen zu lassen. Ein großer Trust funktioniert mehr und mehr wie ein Ministerium und kann unter Umständen die Gewohnheiten der bürokratischen und politischen Praxis annehmen. Und nur das privatwirtschaftliche Training von früher, das den Leuten noch in den Knochen liegt, verhindert vorläufig, daß sich die Konsequenzen nicht noch

deutlicher zeigen, als sie es schon ohnehin tun. Aber das gehört nicht zu unserem Thema. Die vom Sozialisten und Sozialreformer behauptete Kluft zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft ist in der vertrusteten Wirtschaft noch weniger real als in der Wirtschaft der freien Konkurrenz. Denn das Aufsteigen wird hier noch unabhängiger vom Kapital und die errungene Position – der Präsident oder Generaldirektor eines Konzerns kann seine Position in der Regel überhaupt nicht vererben – noch ephemerer als die der industriellen Familien von ehemals. Zu der Möglichkeit des Steigens durch eigentliche Unternehmertat tritt jetzt die Möglichkeit des Hinaufavancierens und des Steigens durch fachliche Spezialkompetenz. Und der bloße besitzende Kapitalist, d. h. also der Aktionär ist in dieser Lebensform vollends zur Rolle eines geduldigen Schafes verurteilt und hat in der Tat weit mehr Grund, sich über die Führung der Industrie durch die Unternehmer zu beklagen, als der Arbeiter.

Vernünftigerweise kann man also weder sagen, daß der Unternehmerschaft – für die Zwecke ihrer Konsumtion und, abgesehen von den Beträgen, welche als Rücklagen ihre Hand passieren – ein augenfällig und offenbar zu großer Anteil an dem Gesamterfolg der Produktion zufließt, noch daß die Größe dieses Anteils erklärt, warum die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht besser ist als sie ist, noch daß dieser Anteil im Weg eines Kampfes mit den Arbeitern und durch deren Ausbeutung an sie gelangt, noch daß die breiten Massen durch unübersteigliche Schranken von den führenden Positionen getrennt sind, noch endlich, daß die Art, wie das kapitalistische System seine Führerstellen besetzt, offenbar mangelhafter ist als die anderen Auslesemethoden, die wir kennen. Rein wirtschaftlich ist es einfach falsch, daß Arbeiter und Unternehmer auf verschiedenen Seiten der Barrikaden stehen und daß das kapitalistische System mit innerer Notwendigkeit einen Interessengegensatz zwischen beiden involviert. Die gegenteilige Auffassung kann mit jeder gewünschten Gründlichkeit als Irrtum erwiesen werden. Tatsächlich besteht der Gegensatz aber. Warum?

Zunächst ist der Gegensatz zwischen Führern und Geführten. Diesen Gegensatz und seinen Kampf um Autorität und Disziplin sehen wir auf allen Gebieten, z. B. auch innerhalb der Organisation der Arbeiterschaft. Wenn er in unserem Fall so viel schärfer ist, so liegt das einmal daran, daß es sich hier um die tägliche Arbeit und all den Druck und die Reibereien handelt, die sie zur Folge hat. Hätte der Unternehmer seine Arbeiter etwa bei politischer Aktion zu führen, und brauchte er nicht im Alltag und ununterbrochen direkt oder durch seine Organe auf sie einzuwirken, so fiel es ihm leichter, psychologisch richtig zu verfahren und den Arbeitern sich unterzuordnen. Und hätte der Gewerkschaftssekretär ein tägliches Verhalten der Arbeiter zu bewirken und zu kontrollieren, so wäre auch er gründlich unpopulär. Ferner ist zwar, wie gesagt, der Unternehmer der Vertreter des Kapitalinteresses gegenüber dem Arbeiter nur in demselben Sinne wie er Vertreter des Arbeiterinteresses gegenüber dem Kapital ist – er ist an niedrigem Lohn nicht mehr interessiert als an niedrigem Zins, und er kämpft für den letzteren ganz so energisch wie für den ersteren. Aber dem Kapitalisten geht das an sein Geld, dem Arbeiter an seine Person und an die Gestaltung des größten Teils seines wachen Lebens. Freilich wäre das auch im Sozialismus so, der nicht etwa eine mildere, sondern im Gegenteil eine viel straffere

Disziplin erfordern würde. Aber der Sozialismus existiert nicht und man kann ihn ausmalen wie man will, der Unternehmer steht vor dem Auge des Arbeiters und ist harte Wirklichkeit. Dann fehlt dem Unternehmer jenes zeitgeheilgte Prestige, das den Feudalherrn schützend umgab. Die ganze Art seiner Tätigkeit und der Habitus, den diese Tätigkeit formt, sind nicht dazu angetan, zu imponieren und die Phantasie zu fesseln wie das Tun und der Habitus des kriegerischen Herrn des Mittelalters. Und dazu kommen dann noch, wenngleich in manchen Ländern mehr als in anderen, Fehler des Auftretens und der politischen Stellungnahme, welche die Atmosphäre sozial und politisch verdüstern. Die Lebenserfahrung lehrt – und eine moderne Richtung der Psychologie erklärt – die Tatsache, daß wir die Tendenz haben, uns so zu geben und auszudrücken, wie wir nicht sind, aber gerne wären – manche Verschwender sprechen von Sparen, manche Feiglinge von Heldentaten usw. Und eben, weil der Unternehmer keine Herrenstellung in dem Sinn hat, in dem das Wort voll Kraft und Leben ist, so spricht er oft so, wie wenn er sie hätte oder haben wollte. Kein unglücklicheres Schlagwort als das vor 20 Jahren übliche vom »Herrn im eigenen Hause«. Friedrich der Große nannte sich einen Diener seines Staates. Er war kein Diener, er war ein Herr. Aber eben, weil er es *war*, brauchte er es nicht zu *sagen* und vollends nicht zu *fordern*. Der radikale Intellektuelle aber, der Politiker, Agitator und Journalist, analysiert nicht den Sachverhalt, sondern akzeptiert die Phrase und informiert die Öffentlichkeit und insbesondere die Arbeiterschaft dementsprechend. Und im Gefühle ihrer überragenden Macht läßt sich das diese nicht gefallen. Auch die Technik dieses wirtschafts- und sozialpolitischen Verhaltens auf Seite der Unternehmer ist im allgemeinen wenig glücklich. Immer wieder ereignet es sich, daß von dieser Seite gegen Dinge gekämpft wird, die, sowie durchgeführt, sofort von allen Leuten selbstverständlich werden. Auf diese Art erscheint dann der Gang der Sozialpolitik z.B. als eine Kette von Niederlagen der Unternehmer, was dann natürlich die Verteidigung wirklich lebenswichtiger Interessen der Industrie außerordentlich erschwert. Der englische Unternehmer konnte wenigstens durch ein halbes Jahrhundert mit Erfolg auf die Tatsache hinweisen, daß er dem Arbeiter das zollfreie Brot erkämpft habe. Das Beispiel zeigt, wie vorteilhaft so etwas ist – der soziale Kampf in England hat während des ganzen 19. Jahrhunderts eine beachtenswerte Milde gezeigt. Gleichwohl folgte man anderwärts diesem Vorbild nicht. Vielleicht wird das besser in der Zukunft. Bessere Erkenntnis der wirtschaftlichen Kausalzusammenhänge kann manches dazu beitragen. Aber vorläufig ist so eine Situation entstanden, die, psychologisch einmal fest geworden und allseits ins Bewußtsein aufgenommen, schwer zu ändern ist.

Joseph Schumpeter

Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute¹

Die Tatsachen des Problems

Im Problemkreis des Unternehmers steht unsere Zeit vor zwei Tatsachen, zu denen Stellung zu nehmen ist: Vor der Tatsache eines im wörtlichen Sinn »unerhörten« wirtschaftlichen Erfolges und der Tatsache einer immer stärkeren Strömung bei allen Völkern gegen das System, das die Leitung des Wirtschaftslebens in die Hand privater Initiative gibt. Es ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, sei es selbst Stellung zu nehmen, sei es eine Stellungnahme irgend jemand vorzuschreiben, wohl aber kann sie dem praktischen Leben die Stellungnahme erleichtern, indem sie ihm beschreibend und erklärend sein eigenes Antlitz zeigt. Ein Standpunkt, welcher bekanntlich in Deutschland durch Sombart, Max Weber und von Gottl durchgesetzt worden ist.

Die erste jener beiden Tatsachen ist wenigstens grundsätzlich meßbar. Wenn wir die Periode des Kapitalismus – oder, wie Sombart sagt, des Hochkapitalismus – nach dem wie mir scheint entscheidenden Kriterium von Spiethoff von jener Zeit ab datieren, in welcher sich zuerst der dem kapitalistischen Wirtschaftsleben eigentümliche Konjunkturzyklus bemerkbar macht, so umfaßt diese Periode 100 bis 150 Jahre: in England vielleicht etwas mehr, in Deutschland weniger. Wollen wir wissen, welche Resultate die kapitalistische Wirtschaft gezeitigt hat – speziell wirtschaftlich natürlich nur und ohne Rücksicht auf kulturelle usw. Momente –, so brauchen wir offenbar bloß einerseits die Entwicklung des Realeinkommens zu verfolgen und andererseits etwaige Verschiebungen in der Verteilung zu berücksichtigen. Da unser statistisches Material außerordentlich mangelhaft wird, sobald wir über einige Jahrzehnte hinaus zurückgehen, so ist zunächst in der ersteren Hinsicht ein genaues und verlässliches Resultat unmöglich. Aber ein ungefähres Bild von der Größenordnung der Dinge läßt sich wenigstens für England wohl gewinnen: Im Jahr 1800 wurde die Summe der privaten Einkommen in England auf gegen 230 Mill. £, i. J. 1913 – Kriegs- und Nachkriegsdaten sind für die Zwecke grundsätzlicher Erörterung unbrauchbar – auf rund das Zehnfache geschätzt, während in derselben Zeit die Bevölkerung auf rund das Fünffache stieg. Dieses also verdoppelte Geldeinkommen pro Kopf ist nun in der bekannten Weise mit Hilfe von Indexziffern auf Realeinkommen zu reduzieren, was natürlich mit Rücksicht auf die Unverlässlichkeit damaliger Indexziffern und auch aus prinzipiellen Gründen eine recht gewagte Sache ist. Aber immerhin kann man sagen, daß die Preise von 1913 etwa halb so hoch waren als die von 1800. Woraus denn folgen würde, daß sich der Herrschaftsbereich der englischen Bevölkerung über die Gegenstände des Verbrauchs und Gebrauchs in dieser Epoche vervierfacht habe. Auch der größte Fehler, den man vernünftigerweise

¹ Quelle: Bernhard Harms (Hrsg.): Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft. Bd.1, Berlin 1929, S. 303-326; d. H.

dieser Schätzung zuschreiben könnte, würde nichts daran ändern, daß ein unerhörter, d. h. in der Geschichte sonst nicht zu beobachtender Erfolg vorliegt, was in diesem Sinne lediglich eine Behauptung über Tatsachen, nicht aber eine Wertung ist, denn man kann diesen Erfolg trotzdem noch immer ungenügend finden, ohne daß die Wissenschaft als solche darüber urteilen könnte.

In letzterer Hinsicht ist unsere Aufgabe heute leichter als sie vor zwanzig Jahren war: Teils infolge vorgefaßter Meinungen, teils infolge der Mängel der verwendeten Methoden haben viele der Nationalökonomien, die vor uns kamen, entweder behauptet, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer würden – so nicht nur die Sozialisten, sondern auch andere, wie z.B. Adolf Wagner –, oder daß eine Tendenz für Ausgleichung der Unterschiede bestehe – so z.B. Leroy-Beaulieu. Wir wissen heute, daß beides falsch ist und daß, abgesehen von steuerlichen Eingriffen, die Verteilung der Einkommenssumme auf die Größenordnungen der Einkommen bemerkenswert konstant und innerhalb der kapitalistischen Epoche in allen Ländern und zu allen Zeiten ungefähr dieselbe ist. Gegen Paretos Gesetz¹, welches die Kurve dieser Verteilung angibt, sind die verschiedensten Einwendungen erhoben worden. Die Tatsache selbst, auf die es ankommt, wurde von den verschiedensten Seiten, mit den verschiedensten Methoden auf Grund verschiedensten Materials ausreichend sichergestellt.

Die zweite Tatsache, die skeptische oder grundsätzlich ablehnende Haltung weiter Kreise gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und dessen Verkörperung, den Unternehmer, eine Haltung, die weit über den sozialistischen Kreis hinausgeht, insbesondere fast allen Intellektuellen eigen ist und aus feudalen Assoziationen heraus bis weit in konservativste Kreise reicht – und die wir als Tatsache hinzunehmen und nicht zu beurteilen haben –, beruht natürlich auf wissenschaftlicher Diskussion unzugänglichen Gefühlen und Interessen. Aber außerdem impliziert sie in der Regel auch Behauptungen über Tatsachen und Argumente, die wir mit unseren Mitteln erörtern können. Eine ganze Reihe von diesen – und vielleicht die gefühlsmäßig wichtigsten – fließen einfach aus der ganz erstaunlichen Unkenntnis des tatsächlichen Sachverhalts, den wir skizziert haben und dessen Vortrag immer wieder Erstaunen und Widerspruch erweckt. Es ist ganz merkwürdig, wie wenig diese Dinge bekannt sind und wie fest eine naive Vorstellung sitzt, daß die Masse der Volksgenossen einen relativ unbedeutenden Anteil an der Einkommenssumme erhält, während eine wider alle Vernunft privilegierte Minorität sich in sinnlosem Reichtum wälzt. Abgesehen davon herrscht völlige Unklarheit über die soziale Funktion des Unternehmers und des Unternehmergewinns und vielfach die Ansicht, daß jener Erfolg die Konsequenz sozialer Ursachen sei, die nichts zu tun haben mit der Tätigkeit des Unternehmers, welche wesentlich darauf hinauslaufe, deren Früchte zu usurpieren – Früchte, die auch ohne sie gewachsen wären und ohne Unternehmer der Gesamtheit viel billiger zufallen würden. Im Zuge solcher Argumentation pflegt man insbesondere auf die – ja nicht im Kreise der Unternehmer entstehenden – Erfindungen, auf die Erschließung neuer Länder im neunzehnten Jahrhundert und auf den Zuwachs an Arbeitskraft hinzuweisen, der sich aus dem Zuwachs der Bevölkerung

¹ Vgl. darüber *Winkler*, Art. Einkommen. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hrsg. von *L. Elster*, *Adolf Weber* und *Fr. Wieser*. 4., umgearb. Aufl. 3. Bd. Jena 1926, S. 367 ff.

ergibt. Es ist klar, wie wichtig die Frage der Richtigkeit oder Falschheit dieser Einstellung für die ganze praktische Problematik ist, der wir heute im Zusammenhang mit dem Unternehmer begegnen. Kann der Unternehmerge Gewinn ganz oder größtenteils weggesteuert werden, ohne daß dadurch die wirtschaftliche Zukunft der Nation leidet¹? Kann der Unternehmer in seiner Funktion durch ein besser oder billiger arbeitendes Agens ersetzt werden? Wenn ja, unter welchen Umständen und wie weit? Und wie weit bedarf die vom Unternehmer geleitete Wirtschaft des regelnden Eingriffs? Offenbar übertreiben wir nicht, wenn wir sagen, daß es kaum ein wirtschaftlich relevantes Gesetz oder eine wirtschaftlich relevante Verwaltungsmaßregel gibt, die nicht unmittelbar oder in letzter Linie auf diese Fragen zurückführen würde. Und ebenso offenbar ist zu ihrer Beantwortung eine Analyse der Unternehmerfunktion im Wirtschaftsprozeß und, weil der Unternehmer eben im Zentrum des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses steht, dieses selbst erforderlich. Eine primitive Art solcher Analyse vollzieht schon die Lebenserfahrung. Allein während sonst ruhige und gewissenhafte Beobachtung dessen, was der Alltag bringt, zu einer im wesentlichen richtigen Schau führen kann, so ist das hier in der Regel nicht der Fall, weil sich die Leistung des Unternehmers für den Fernerstehenden der unmittelbaren Beobachtung entzieht; man sieht den Unternehmer nicht so am Werk wie den Arbeiter oder Bauer, und das praktische Wissen des Intellektuellen um sein Tun stammt im wesentlichen aus seiner Zeitung, die ja auch ein Intellektueller geschrieben hat. Die Entwicklung einer vollkommeneren Analyse mit Hilfe besonderer wissenschaftlicher Denkformen geht aber auf unserem Gebiet nur sehr langsam vor sich.

Deshalb leben heute noch Anschauungen von einer Art wie sie z. B. die Argumente verkörpern, daß die privatwirtschaftliche Organisation der Volkswirtschaft anarchisch sei, daß ein öffentlicher Betrieb einem privaten schon deshalb vorzuziehen sein müsse, weil er im Interesse der Gesamtheit und nicht im privaten Interesse geleitet werde, daß der öffentliche Betrieb notwendig billiger arbeiten müsse als der private, weil er keinen Gewinn herauszuwirtschaften brauche, daß Konkurrenz essentiell Verschwendung bedeute – was ja auch aus der »Wirtschaft« selbst heraus zur Verteidigung von Zusammenschlüssen behauptet zu werden pflegt –, daß es Aufgabe der Staatsverwaltung sei, dafür zu sorgen, daß keine »unnötigen« Betriebe errichtet werden – wenngleich in diesem Punkt schon in den Erlassen *Hardenbergs* eine richtigere Erkenntnis zu lesen steht, wie denn überhaupt das Maß richtiger Einsicht, das sich bei den führenden Männern der preußischen Bureaucratie jener Zeit findet, einfach verblüffend ist – u. dgl. m. Solchen Argumenten gegenüber haben denn schon Adam Smith und seine Vorgänger recht – deren wissenschaftliche Leistung, was nicht oft genug betont werden kann, nicht das geringste mit Freihandel und überhaupt den Dingen zu tun hat, die man von ihnen auszusagen pflegt –, aber trotzdem wird man sich heute umsonst um Rat an sie wenden in der Frage, die uns interessiert. Denn obgleich auch unvollkommene Analyse dazu ausreicht, um Argumente wie die erwähnten zu widerlegen, so war doch der Beweisgang der Klassiker viel zu mangelhaft, um

¹ Stark progressive Besteuerung des Einkommens *jedes einzelnen Jahres* wirkt, da sich der Unternehmerge Gewinn in Aufschwungsperioden zusammenballt und in Depressionsperioden schwindet, tatsächlich in dieser Richtung.

verlässlich zu sein. Eben weil er so mangelhaft war, schossen sie weit über das Ziel hinaus, kamen sie zu Sätzen, die in voller Allgemeinheit nicht viel richtiger waren als die von ihnen bekämpften Irrtümer. Die heutige Wissenschaft ist vorsichtiger geworden und hat, wenngleich nicht mehr so schöne und einfache Sätze, so doch einen Apparat zu bieten, mit dem man jeden einzelnen Fall mit besserem Erfolg untersuchen kann. Aber auch abgesehen von den Mängeln der klassischen Analyse des Wirtschaftsprozesses hat uns die ältere Nationalökonomie gerade in der Problematik des Unternehmers recht wenig zu bieten, denn bis dahin drang sie meist gar nicht vor. Nur wenige, vor allem J. B. Say, haben die Gestalt des Unternehmers im Vorbeigehen richtig gesehen. In manchen der größten Gemälde, welche die Nationalökonomie des neunzehnten Jahrhunderts vom Wirtschaftsprozeß entwarf, fehlt sie ganz, so z. B. bei Marx, bei dem es überhaupt keine Unternehmer, sondern nur »Kapitalisten« gibt, so daß eine der wichtigsten theoretischen Gegenüberstellungen und praktischen Gegensätze, welche der kapitalistische Wirtschaftsprozeß aufweist, nämlich die Gegenüberstellung von, bzw. der Gegensatz zwischen Unternehmer und Kapitalisten, ganz verlorengeht, was für sich allein schon ausreicht, um das Bild unbrauchbar zu machen.

Der Unternehmer in der Konkurrenzwirtschaft

Wir wollen unterscheiden zwischen dem Unternehmer in der Konkurrenzwirtschaft und dem Unternehmer in der vertrusteten Wirtschaft und mit dem ersteren Fall beginnen. Auch heute zwar fehlt das Element der Konkurrenz nicht, auch im neunzehnten Jahrhundert zwar gab es Kartelle, Konzerne und Trusts; aber wie für die heutige Wirtschaft das Vorherrschen der Zusammenschlüsse, so ist für die kapitalistische Wirtschaft des neunzehnten Jahrhunderts ein Vorwiegen des Konkurrenzprinzips charakteristisch. Gründe, auf die wir hier nicht eingehen können, geben dem Fall der freien Konkurrenz eine Bedeutung, die über sein Vorkommen in der Praxis hinausgeht, weshalb die theoretische Ökonomie ihm auch heute noch eine Aufmerksamkeit zuwendet, die den Praktiker oft befremdet angesichts der Tatsachen, daß es ganz »freie« Konkurrenz im Sinne der Theorie ja niemals gegeben haben kann, und daß das Gebiet der Annäherungen an einen solchen Zustand immer mehr eingeengt wird. Sagen wir also, kühn typisierend, daß die Volkswirtschaft der sog. »liberalen Epoche« auf industriellem Gebiet – wie ja auch sonst – im wesentlichen eine Volkswirtschaft von in jedem Industriezweig miteinander konkurrierenden Familienunternehmungen war, woran auch die Form der Aktiengesellschaft und die Verwendung fremden Kapitals nicht notwendig etwas ändert. Wir alle kennen den Typus des industriellen Bürgers und seine starken und schwachen Seiten. Wir alle kennen insbesondere auch das Schema seiner Motivation: Er arbeitete nach dem Diktat eines Pflichtbegriffs, der orientiert war an dem Gedeihen der Unternehmung einerseits – einer konkret bestimmten, individuellen Unternehmung, die er bis auf das Gemäuer arational liebte – und an dem natürlichen und naturstarken Willen, die Position jenes Kreises zu erhalten und zu bessern, der sein Zentrum im Familienhause hatte, andererseits. Beide Momente wirkten so sehr auf

Ansammlung und produktive Verwendung des Erworbenen, daß für diesen Typus der Oberflächensatz, daß man wirtschaftet, um zu verzehren – die hedonische Motivreihe –, fast zur Karikatur wird. Der Intellektuelle pflegt diese Mentalität zu ironisieren – vgl. die »Kinderfibel« von Marx – oder zu verachten und als ungeistig und unkultiviert zu bezeichnen. Das ist Nebensache.

Dieser Typus nun stand zwischen den Produktionsmitteln und den Konsumenten, wobei es zwar selbstverständlich ist, aber immer wieder verkannt wird, daß die »Besitzer« dieser Produktionsmittel – letztlich der Arbeitskraft und des Bodens – und die Konsumenten die identischen Personen sind: Der Industrielle und sonstige Geschäftsmann, dessen Tun sich in das Schema bringen läßt, daß er »produktive Leistungen kauft« und »Produkte verkauft«, ist soweit nur ein Vermittler zwischen Grundeigentümern, Arbeitern und Kapitalisten in ihrer Eigenschaft als Besitzer von Produktionsmitteln und eben diesen Grundbesitzern, Arbeitern und Kapitalisten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, wobei, wie die Theorie nachweist, ihm der Konkurrenzmechanismus ein ganz bestimmtes Verhalten aufzwingt. Wir werden dem Wesen seiner Funktion und ipso facto den Quellen seiner Gewinne auf die Spur kommen, wenn wir untersuchen, was er eigentlich tat:

1. Tatsächlich stellte er ganz oder teilweise das nötige Kapital bei. Diese Funktion stach in der Praxis des neunzehnten Jahrhunderts so hervor, daß sie von der klassischen Nationalökonomie und dem Schüler Ricardos, Karl Marx, für die wesentliche gehalten wurde. Für sie war, wie schon angedeutet, der Unternehmer in erster Linie der Kapitalist, der Besitzer von Produktionsmitteln, der Arbeitgeber, der Ausbeuter – was er ja in der geistigen Einstellung weiter Kreise, vor allem des Beamtentums, auch heute noch ist. Nun ist aber heute leicht einzusehen, daß Kapitalbesitz die Erlangung und Erhaltung der Unternehmerrolle zwar praktisch erleichtert, aber dafür nicht wesentlich ist. Hat ein Unternehmer Kapital, so ist er bis zu dessen Betrag sein eigener Kapitalist, wofür er ganz so wie ein Gläubiger Kapitalzins bezieht, ein Sachverhalt, den auch die Praxis der Buchhaltung widerspiegelt. Die grundsätzliche Trennung beider Rollen ist nicht schwieriger, als die Trennung zwischen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen, die beide etwa einem Beamten zufließen mögen, oder zwischen dem Arbeitslohn und der Grundrente, in die das Einkommen eines Bauern zerlegt werden kann. Von eventuellen Einkommenselementen von der Natur der Grundrente, welche dem Unternehmer zufließen können, gilt natürlich dasselbe. Er ist nicht mehr und nicht weniger Unternehmer, wenn ihm das Grundstück seines Betriebes gehört, als wenn er es gepachtet hat.

2. Der durchschnittliche mittlere Unternehmer erledigte nun in seinem Bureau die einlaufende Post, die laufend auftretenden Fragen und Schwierigkeiten, er verhandelte mit Kunden und Lieferanten und Behörden, stellte an und entließ, sah auf Ordnung und schimpfte usw., kurz, er verwaltete einen einer solchen Verwaltung bedürftigen Organismus im Rahmen einer gegebenen, teilweise ancestralen Routine. Das ist das zweite Moment, das dem Beschauer in die Augen zu fallen pflegt und zu interessanten und praktisch bedeutsamen Urteilen über die Rolle des Industriellen führt. Der Kritiker des Kapitalismus läßt diese Tätigkeit nicht immer als »Arbeit« gelten, wenigstens nicht als »produktive«, da sie lediglich dem Bestreben diene, den

Arbeitserfolg anderer für die eigene Tasche zu sichern. Das ist sachlich unrichtig. Vielmehr ist diese Tätigkeit zum Zustandekommen des produktiven Erfolges nötig, wie der Sozialismus bei Gelegenheit praktischer Betätigung nunmehr ausreichend selbst erfahren hat. Anders – aber ähnlich – urteilt jene Mentalität, die aus der Berufstätigkeit des öffentlichen Beamten entspringt. Diese Mentalität erkennt die Notwendigkeit dieser Funktion ohne weiteres, aber sie sieht nicht ein, warum sie höher als mit einem Beamtengehalt entlohnt wird und nicht ebensogut von einem Beamten ausgefüllt werden könnte. Das ist sachlich richtig, wenn man durch Berücksichtigung der verschiedenen Sicherheit des Bezuges und der verschiedenen Annehmlichkeit des Berufes die beiden Größen vergleichbar macht. Aber es ist durchaus fraglich, ob denn dieses Element der Einkünfte eines Industriellen tatsächlich die Höhe eines vergleichbaren Beamtengehaltes übersteigt. Denn die Eingänge, deren Größe in die Augen fällt, fließen nicht aus dieser Quelle. Da es nicht üblich ist – wenngleich es korrekt wäre –, daß sich ein Industrieller, der Eigentümer seines Betriebes ist, Arbeitslohn solcher Art buchmäßig gutschreiben läßt, so ist es schwer, etwas darüber zu sagen, außer daß diese Funktion in der Tat durch Angestellte von Beamtencharakter ausgefüllt werden kann und bei einigermaßen größeren Unternehmungen tatsächlich ausgefüllt wird. Das Wesen der Unternehmerfunktion liegt darin nicht und ebensowenig in Tätigkeiten, welche die meisten Unternehmer je nach ihrer technischen, juristischen usw. Vorbildung dieser Verwaltungstätigkeit noch hinzuzufügen pflegen.

3. Hat ein Unternehmer ein Patent, verfügt er über einen anderen Leuten unzugänglichen Stoff usw., so hat er eine Monopolstellung, welche bekanntlich auch durch Zusammenschluß oder staatliche Privilegierung (ein im Frühkapitalismus sehr wichtiges Moment) zu erreichen ist. Dann macht er einen Monopolgewinn, dessen Zustandekommen und Wesen die Theorie befriedigend erklärt, der aber nicht der typische Unternehmergewinn ist. Er ist steuerlich besonders tragfähig. Einzelne Elemente von Monopolgewinn allerdings haften an geradezu den meisten Firmen – innerhalb der nächsten Nachbarschaft hat ja in engsten Grenzen ein jedes Detailgeschäft eine Art Monopol –, aber außerhalb des Falles des Zusammenschlusses ist ihre Bedeutung sehr gering.

Bei freier Konkurrenz könnte innerhalb des alljährlich wiederholten routinemäßigen Ablaufes des Wirtschaftsprozesses dem Industriellen nicht wesentlich mehr zufallen als die Summe der Einnahmen, die wir unter Punkt 1 und 2 erwähnten. Als Unternehmer würde er normalerweise gewinn- und verlustlos arbeiten¹. Und dieses Resultat, das die Theorie nur unter höchst abstrakten Voraussetzungen und für einen bloß gedachten Zustand behauptet, den sie »statischen« nennt und nur als Instrument der Analyse konstruiert, hat nicht nur die größte diagnostische Bedeutung – insofern es uns zeigt, daß der eigentliche Unternehmergewinn nicht im normalen Kreislauf des Wirtschaftsprozesses ankert –, sondern es steht auch der Praxis sehr viel näher als der Fernstehende glaubt²: Unternehmungen, deren Leiter nichts tun als die laufende

¹ Der erste, der das mit voller Deutlichkeit aussprach, war *Léon Walras*.

² Davon überzeugt man sich besonders leicht, wenn man einen Kostenposten berücksichtigt, der sehr schwer abzuschätzen, aber nichtsdestoweniger sehr real ist: Der Amortisation für physische Abnutzung steht nämlich die Amortisation für Veralten der Produktionsanlagen wirtschaftlich sehr nahe. Und einen wahren Überschuß gibt es

Verwaltungsarbeit routinemäßig zu erledigen, werfen tatsächlich nicht nur nicht mehr, sondern in der Regel sogar weniger ab, als sich aus unseren ersten beiden Punkten ergibt.

4. An diesem Resultat ändert das Moment des Risikos nichts. Denn nicht nur würde es für sich allein genommen wahrscheinlichkeitstheoretisch keinen Reinertrag abwerfen – berufsmäßiges Tragen von Gefahr wirft einen solchen nur deshalb ab, weil das Betreiben eines Versicherungsgeschäftes sowohl im eigentlichen Sinne als in jenem uneigentlichen Sinne, in welchem der Berufsspekulant als Versicherer zu bezeichnen ist, eben Kapital und Arbeit voraussetzt –, sondern es ist auch eine Erfahrungstatsache, die sich in der Praxis auch der Staat durch die Emission von Prämienanleihen zunutze macht, daß wir die günstigen Chancen höher und die ungünstigen niedriger bewerten als der mathematischen Wahrscheinlichkeit entsprechen würde¹, so daß in der Praxis das »Risikotragen« meist ein negatives Endresultat zeitigt. Wichtiger für den geschäftlichen Erfolg eines Industriellen sind drei Gruppen von Momenten, die wir unter dem Namen

5. »Gelegenheitsgewinne« zusammenfassen wollen. Der Typus der ersten Gruppe ist gegeben durch das Beispiel einer vierzehn Tage vor Weihnachten einsetzenden unvorhergesehenen Nachfrage nach einer bestimmten Art von Spielzeug. Solchen Gewinnmöglichkeiten stehen natürlich auch Verlustmöglichkeiten gegenüber, aber trotzdem spielen sie eine große, für viele Geschäfte geradezu entscheidende Rolle. Fortwährend entstehen Situationen in der Volkswirtschaft, an die sich diese nur mit Reibungswiderständen anpaßt und aus denen solche Gewinne erwachsen. Von solchen Situationen Nutzen zu ziehen, ist eine sehr wichtige Bedingung geschäftlichen Erfolges. Man sieht ohne weiteres, daß derartige Gewinne dem Geschäftsmann abfällige Kritik der Öffentlichkeit eintragen müssen. Die zweite Gruppe besteht aus Spekulations- und Zufallsgewinnen, für deren Einsammeln der Unternehmer besser postiert ist als die meisten anderen Leute. Die dritte aus »unverdienten Wertzuwachsen« im weitesten Sinne, worunter nicht nur z.B. Wertsteigerungen von Grund und Boden, Wasserkraften usw., sondern auch die Folgen des Umstandes zu rechnen sind, daß auch solche Firmen von einer guten Konjunktur mitgezogen werden, die nichts mit ihrer Verursachung zu tun haben. Nur muß man bei der Beurteilung z.B. der Wirkungen steuerlicher Belastung dieser Art von Gewinnen jedesmal fragen, ob sie nicht einkalkuliert waren, in welchem Fall das betreffende Angebot ohne sie nicht zustande gekommen wäre. Nirgends wohnte man z.B. so gut und billig wie im Berlin der Vorkriegszeit. Das war die Folge des reichlichen Angebots von Wohnungen, das wiederum das Werk der Bauunternehmer war. Das war kein sehr hochstehender Typus. Was ihn trieb, war wesentlich die Aussicht auf die Wertsteigerung der Baustellen. Und eben weil er diese Aussicht einrechnete, dehnte sich das Angebot an Wohnungen über den Punkt hinaus aus, an dem die Bauindustrie sonst haltgemacht hätte, so daß man diese Wertsteigerung nicht hätte

im Grunde nur *nach* ausreichender Berücksichtigung dieses Moments.

¹ Rationellerweise müßte es umgekehrt sein: Denn weil ein »Gewinn« zu dem Vorhandenen *hinzutritt*, ein »Verlust« von dem Vorhandenen wegnimmt, so sind die Einheiten des ersteren mit einem geringem Grenznutzen zu wägen als die Einheiten des letzteren, so daß eigentlich die günstigen Chancen geringer, die ungünstigen höher angeschlagen werden müßten, als der mathematischen Erwartung entspricht.

wegbesteuern können, ohne auf den Wohnungsmarkt zu drücken – eines der vielen Beispiele für preissenkende Wirkung der Spekulation.

6. Die eben erwähnten Gewinne bedeuten kaum mehr als eine häufig notwendige Reserve besonderer Art. Obgleich sie sich an den Unternehmergewinn anzuschließen pflegen, sind sie doch nicht selbst Unternehmergewinn. Dessen Wesen und die wahre Natur der eigentlichen Unternehmerfunktion sehen wir mit Hilfe unserer Analyse, wenn wir uns wieder in das Bureau des Unternehmers zurückbegeben. Da sehen wir, daß dort neben der Masse der eben geschilderten Routinearbeit noch etwas anderes vor sich geht, etwas, was von besonderer Bedeutung ist, nämlich die Entscheidung und Durchführung jener Neugestaltungen des technischen und kommerziellen Produktionsapparats, jener fortwährenden Reorganisation der Volkswirtschaft in der Richtung privatwirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, die wir vor unseren Augen sich vollziehen sehen. Diese Durchsetzung des Neuen in der Volkswirtschaft ist keine bloße Routinearbeit, sondern steht ihr charakteristisch gegenüber; sie stellt eine besondere Aufgabe dar und hat jene besonderen Schwierigkeiten und Risiken, die allem Handeln eigen sind, das sich außerhalb der Bahnen praktisch ausgeprobter Erfahrung bewegt; sie erfordert andere Eigenschaften sowohl des Intellekts als auch des Willens; diese Eigenschaften sind selten, und wer sie hat und als erster oder unter den ersten in der Volkswirtschaft etwas Neues durchführen, eine neue Produktionsmethode anwenden, einen neuen Artikel herstellen und absetzen, einen neuen Markt erschließen kann, der steht zunächst nicht unter dem Druck der Konkurrenz. Freilich rückt diese nach, aber ehe das geschehen ist, knüpfen sich ungewöhnliche, mitunter sehr große Gewinne an den Fall des Erfolges: Neues durchzusetzen ist die Funktion, deren Erfüllung das Wesen des Unternehmers ausmacht; der Gewinn, der sich daran knüpft, ist der eigentliche Unternehmergewinn. Die Theorie, die ich damit mehr angedeutet als vorgetragen habe, ist keineswegs allgemein angenommen. Ich kann sie hier weder ausführen noch verteidigen¹, muß aber in aller Eile einige für unser Thema besonders wichtige Konsequenzen ziehen.

Erfaßt man die Bedeutung des Moments, das wir uns soeben bemüht haben herauszuarbeiten, so sieht man sofort, daß die Unternehmerfunktion etwas Persönliches ist und nicht etwas, das wie die Grundherrenstellung an den Besitz einer Sache geknüpft ist. Wenn also unsere Theorie richtig ist, so kann sich die Unternehmerfunktion nicht lange in einer Familie halten, muß das populäre Bild von der in gesicherter Position herrschenden industriellen Dynastie falsch sein. So ist es auch. Wir beginnen nach und nach statistisch und familiengeschichtlich Einblick in die Struktur der industriellen Gesellschaft zu gewinnen – ein höchwichtiges, bisher allzusehr vernachlässigtes Gebiet –, und was wir bisher an Tatsachen haben, bestätigt durchaus den Eindruck, den das englische Sprichwort wiedergibt: Three Generations from overall to overall – drei Generationen von Arbeitskittel zu Arbeitskittel. Wir sehen einerseits, daß der Selfmademan keine Ausnahme ist, sondern eine sehr große Rolle spielt, eine viel größere als die Männer der dritten Generation, die sich noch bewähren, und andererseits, daß in fast allen Fällen – die

¹ Vgl. *J. Schumpeter*, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Rente und den Konjunkturzyklus. 2., neubearb. Aufl. München u. Leipzig 1926

wichtigste Ausnahme sind industrialisierte feudale Positionen – die industriellen Familien aus dem Kreis der Arbeiter oder Handwerker emporsteigen und im Grund nur die Oberschicht dieser beiden sind. Und zwar führt die Geschichte so gut wie jeder industriellen Position auf solche Durchsetzungen von Neuerungen im Produktionsapparat der Volkswirtschaft zurück.

Eigenbesitz von Kapital ist dazu nicht nötig. Seit es Kapitalismus gibt, gibt es auch jene Maschine des Kredits, insbesondere des Bankkredits, welche dem Mann, der das Zeug dazu hat, die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Aber wenn Kapitalbesitz keine Voraussetzung für das Ausüben der Unternehmerrolle ist, so führt ihre erfolgreiche Ausübung doch dazu. Der Unternehmergeinn in unserem Sinne ist tatsächlich die wichtigste Quelle der industriellen Vermögensbildung, er wird typisch nicht verzehrt, sondern akkumuliert. Das hat nun zwei für uns sehr wichtige Aspekte. Einmal wird dadurch eine Familienposition geschaffen, die sich nicht auf ewig, aber auf einige Zeit auch unabhängig von jeder Unternehmertätigkeit und Unternehmerfähigkeit erhält. Bei der Beurteilung dieses Zeitintervalles und der Frage seiner eventuell steuerlichen Zerstörung – eine Frage, der große Aktualität zukommt, wie der Beifall lehrt, der dem *Rignanoplan*¹ geworden ist – ist nicht nur seine Kulturbedeutung, sondern auch der Umstand zu berücksichtigen, daß eben die Begründung einer solchen Familienposition und der Gesichtspunkt des Arbeitens für Weib und Kind in der Motivation des Unternehmers des neunzehnten Jahrhunderts und selbst des heutigen – und nirgends mehr als in Deutschland – eine erhebliche Rolle spielt, insoweit also die Wirkung der Aussicht auf diese Prämie durch kein noch so hohes fixes Einkommen zu ersetzen ist. Die Familienposition – das eigentlich ist ja die Prämie, welche der Kapitalismus der liberalen Epoche auf erfolgreiche Neugestaltung des Produktionsapparates setzte. Der andere wichtige Aspekt ist dieser: Eben weil er typisch investiert wird und daher der weiteren Verbesserung des Produktionsapparates dient, hat der Unternehmergeinn noch eine andere volkswirtschaftliche Bedeutung als bloß die, als Prämie zu wirken, deren oft romantische Höhe eben jene verzweifelte Energie ausgelöst hat, die in der Epoche des Kapitalismus von den besten Kräften des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet tatsächlich eingesetzt wurde, und in augenfälligem Kausalzusammenhang mit der Größe des Erfolges steht, den wir eingangs konstatierten – nämlich die Funktion, als wichtigster »Sparfonds« der Volkswirtschaft zu dienen. Nicht nur wird im allgemeinen prozentuell um so mehr erspart, je höher das betreffende Einkommen ist – schon dieses Moment pflegt der Fanatiker der Steuerprogression zu übersehen –, sondern es wird vor allem gerade aus dem seiner Natur nach im individuellen Fall temporären Unternehmergeinn gespart, so daß jede ihn treffende Besteuerung, deren Ertrag verzehrt wird, die Folge hat, daß die kommende Generation – und zwar in allen Schichten, nicht etwa bloß in der kapitalistischen Schicht – schlechter daran sein wird, als sie sonst wäre. Ich argumentiere hier ebensowenig gegen Steuerprogression und Besteuerung des

¹ Rignano hat eine Progression der Erbschaftssteuer vorgeschlagen unter dem Gesichtspunkt der schrittweisen Eliminierung ererbten Vermögens. Erwirbt der vermögenslose A im Laufe seines Lebens ein Vermögen von 100 000 M., das er seinem Sohn B hinterläßt, so werde dieser z.B. mit 10% besteuert. Erwirbt auch er 100 000 M., so daß er 190 000 dem C hinterläßt, so zahlt dieser 10% von den 100 000 M und, sagen wir, 33 1/3 % von den 90 000, während sein Erbe D 33 1/3 % vom Rest der ersteren, aber 100% vom Rest der letzteren Summe zu entrichten hätte

Unternehmergewinns, als ich gegen Alkoholkonsum zu argumentieren pflege; nur, wenn jemand sagt, er trinke Alkohol, um sich zu kräftigen, so erwidere ich ihm, daß jenes Mittel nicht geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen, und wenn einer sich vom Standpunkt des Arbeiterinteresses für starke Besteuerung der Unternehmergewinne einsetzt, dann sage ich ihm, daß er eben dieses Arbeiterinteresse schädigt, und daß er von seinem eigenen Standpunkt aus festzustellen verpflichtet ist, ob das, was er aus dem Ertrag dieser Besteuerung den Arbeitern bietet, diese Schädigung überkompensiert – die also nicht nur darin besteht, daß eine Triebfeder der wirtschaftlichen Entwicklung geschwächt wird, sondern auch darin, daß konsumiert wird, was andernfalls zum erheblichen Teil den Güterstrom der Volkswirtschaft dauernd bereichert hätte. Was also die Unternehmer und überhaupt die oberen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft die Gesamtheit kosten und womit die Bedeutung ihrer Leistungen verglichen werden muß, das ist nicht etwa jene Summe, welche eine irreführende Terminologie ihr »Einkommen« nennt: Nicht nur die aus diesem Einkommen zu zahlenden direkten und indirekten Steuern, sondern auch die nicht konsumtiv ausgegebenen Beträge müssen davon abgezogen werden, denn nur der tatsächliche Konsum dieser Schichten macht deren wirkliche Kosten für die Volkswirtschaft aus. Tut man das aber, so ergibt sich ein relativ geringer Betrag, der überhaupt nur infolge seiner ungleichen Verteilung als Prämie wirken kann. Ich schätze ihn auf ungefähr 2 bis 3% des Volkseinkommens (gleich Summe der privaten Einkommen)¹.

Der Unternehmer in der vertrusteten Wirtschaft

Wir können hier nicht auf die – zum Teil außerwirtschaftlichen – Gründe eingehen, die erklären, warum sich die Welt vom Prinzip der freien Konkurrenz abgewendet hat. Es ist so, und kein Argument kann jemals jene Zeit zurückbringen, in der den besten Geistern freie, nach innen und nach außen durch nichts gehemmte Konkurrenz als der Weisheit letzter Schluß und als notwendiges Ziel der Entwicklung erschien. Selbst wenn wir alle es wollten – und das ist nicht der Fall –, so könnten wir es nicht, weil die industrielle Einheit über jene Dimensionen hinausgewachsen ist oder doch hinauszuwachsen tendiert, die mit freier Konkurrenz vereinbar sind. Lange genug hat man gegen die Vertrustung der Wirtschaft gekämpft, und erst in jüngster Zeit hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß dieser Prozeß so unaufhaltsam ist wie die Verdrängung des Handwerks, und daß er wie diese seine Kompensationen bietet, die es sehr erleichtern, sich mit ihm abzufinden. Wir mögen der Ansicht sein, daß konkurrierende Fuhrwerksunternehmungen das reisende Publikum besser bedienen würden, als es ein Monopolist täte – das ist sogar richtig, viel richtiger als all das Gerede über die »Verschwendung«², die

¹ Aus den Daten aus den Daten von Rogowski (Das deutsche Volkseinkommen 1926) würde sich z. B. ergeben, dass im Preußen der Vorkriegszeit die Summe, um welche die Einkommen über 9000 M. diese Höhe überstiegen, rund 4 Milliarden Betrag und das davon (einschließlich der dieser Gruppe zuzurechnenden Rücklagen von Gesellschaften) rund 2,3 Milliarden erspart werden. Der Rest, abzgl. darauf entfallen der Steuern, war rund 5% des Volkseinkommens und wohl vorwiegend Kapitalzins. Danach wäre obige Schätzung des Anteils des Unternehmergewinns noch zu hoch.

² Diese Verschwendung zu beklagen, ist besonders in Amerika modern. Und gewiß ist diese Klage nicht aus der

»ungeregelte« Konkurrenz mit sich bringe –, aber das ändert nichts daran, daß eine Eisenbahn konkurrierenden Fuhrwerksunternehmungen überlegen ist, obgleich sie in gewissen Grenzen notwendig ein Monopol haben muß. Das ist der Kern der Sache: Entscheidende Fortschritte der produktiven und kommerziellen Technik setzen die große Einheit voraus und sind unmöglich in der großen Anzahl relativ kleiner Unternehmungen, wie sie die freie Konkurrenz voraussetzt. Obgleich es wahr ist, daß der Monopolpreis in der Regel höher sein muß, als der Konkurrenzpreis bei gleicher Produktionsmethode wäre, so liegt doch heute in den entscheidenden Fällen die Sache so, daß der Monopolpreis infolge von nur innerhalb der großen Einheiten – sagen wir gleich: innerhalb des Trusts – möglichen technischen und kommerziellen Fortschritten niedriger sein kann, als der Konkurrenzpreis bei den dem Konkurrenzsystem zugänglichen Methoden.

In der großen Einheit, in der Trustorganisation, zeigt sich nun eine Erscheinung, welche die Unternehmerfunktion zwar nicht in ihrem Wesen verändert, wohl aber in ihrer Bedeutung einschränkt: die Mechanisierung und Bureaukratisierung der Willensbildung. Erfolg und Mißerfolg des Unternehmers der Konkurrenzwirtschaft, Leben und Tod seiner Unternehmung, hingen ab von seinem richtigen »Blick«, von der klaren Erfassung der Gestaltung der relevanten Dinge in der nächsten Zukunft, und von der Promptheit, mit der er daraufhin handelte. Entscheidung in immer neuer Situation ist auch die Grundfunktion des »Industriekapitäns« von heute. Aber immer mehr wird diese Entscheidung ihm dargeboten. Es geht ihm ähnlich wie dem modernen Feldherrn, der nicht mehr napoleonischen Spielraum für Blick und Willenskraft hat, sondern im wesentlichen nur ratifizieren kann, was ihm ein ungeheurer Apparat von spezialisierten Arbeitern vorlegt. Ergreifen der technischen Erfindung war eine der Hauptaufgaben des Unternehmers von ehemals – heute wird ihm die technische Neuerung, durchgerechnet bis in Einzelheiten, von seinen Ingenieuren aufgedrängt. Jener »Blick«, jene Divinationsgabe, ist durch den Rechenstift des Spezialisten ersetzt. Und das gilt nicht nur für die technische Seite der Sache. Es ist ebenso mit der kommerziellen. Reiz und Schwierigkeit richtigen Handelns lagen in der Unberechenbarkeit der Gestaltung der Daten. Heute, mit den Fortschritten des statistischen Materials und der statistischen Methoden, werden die Daten berechenbar. Es wäre früher eine »Unternehmertat« gewesen, wenn der führende Mann des größten Telefonsystems der Welt – das eine Privatunternehmung ist – im richtigen Zeitpunkt zur Automatisierung des Telephondienstes übergegangen wäre. Heute hat er ein nationalökonomisches Bureau. Und dieses sagt ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit voraus, daß in zehn bis zwölf Jahren in New York ein Mangel an Telefonbeamtinnen eintreten wird, und die »Automatisierung« wird – ihrerseits – »automatisch« in Angriff genommen. Selbst die Geschäftslage, der Konjunkturzyklus, verliert nach und nach seine Geheimnisse, und Kurven und Korrelationskoeffizienten treten an die Stelle von

Luft gegriffen. Nur darf man dabei nicht vergessen, 1. daß vieles, was wie Verschwendung aussieht, seine Funktion hat und eben gute Bedienung des Konsumenten bedeutet, 2. daß Sparsamkeit in der Materialverwendung usw. ein wesentlicher Zug der Konkurrenzwirtschaft ist und 3. daß Alternativen, die gewisse konkurrenzwirtschaftliche Verschwendungen vermeiden, dafür andere Quellen von Verschwendung enthalten.

»Blick« oder »Gefühl«. Freilich beginnt das alles sich erst langsam abzuzeichnen. Noch ist ja der Bezirk, in dem Konkurrenz herrscht, erheblich. Noch ist die mittelgroße Unternehmung die Regel in vielen Ländern und Industriezweigen. Noch sind die rechnenden Methoden unvollkommen – und noch blickt der durchschnittliche Geschäftsmann auf sie wie der Droschkenkutscher von 1895 auf das Automobil, im Grunde überzeugt, daß diese Maschine nie praktische Bedeutung gewinnen könne: Die Gegenwartsbedeutung der Unternehmerfunktion zu unterschätzen, wäre natürlich so verfehlt wie möglich.

Aber noch etwas anderes folgt für den Unternehmer aus der Entwicklung der großen Einheit. Sein Typus und seine Auslese verändern sich. Sein Typus: Denn die große Einheit kennt Aufgaben, die bei der kleinen fehlen: der gewaltige Organismus besteht aus Teilen, deren Zusammenwirken durch besondere darauf gerichtete Tätigkeit gesichert werden muß: Geschick im Verhandeln, Sicherheit in der Behandlung der Gruppen und Individuen, Verständnis politischer Situationen – dergleichen ist Sache eines anderen Typus als des »Fabrikherrn« von ehemals, der seinerseits wiederum vor Aufgaben stand, die den führenden Mann von heute kaum berühren. Seine Auslese: Die Konkurrenzwirtschaft hat ein einzigartiges System der Auslese gekannt, ein System, das Leistung und Erfolg in historisch einzigartige Vollkommenheit verkettete. Erfolg der Unternehmung und Erfolg des Unternehmers waren eins. Und die Eigenschaften, die überhaupt zur Unternehmerstellung führten, waren dieselben, die ihre erfolgreiche Ausfüllung erforderte. Sachlicher Erfolg hob ipso facto, sachlicher Mißerfolg eliminierte ipso facto. Kein Zweifel, die Leistungen des Konkurrenzzeitalters haben sehr viel zu tun gehabt mit diesem Mechanismus, der ununterbrochene Reorganisation der Volkswirtschaft in der Richtung privatwirtschaftlicher – und das bedeutete fast stets auch: volkswirtschaftlicher – Zweckmäßigkeit garantierte. Man braucht diese Art von Führerauslese nur mit anderen Arten zu vergleichen, welche die soziale Technik sonst noch kennt, mit der Auslese durch Wahl, Ernennung – von der die »Aufrückung« ein besonders wichtiger Sonderfall ist – und Prüfung, um sofort eine Antwort auf die Frage zu haben, warum die Wirtschaft im neunzehnten Jahrhundert so augenfällig besser funktionierte als irgendein anderes Gebiet sozialen Tuns. Heute ist – oder besser wird – das anders. Jener Mechanismus funktioniert nicht mehr. Die führenden Männer werden nicht mehr nach dem Kriterium der Bewährung im Konkurrenzkampf ausgewählt, nicht mehr nach dem Kriterium besseren oder billigeren Produkts, sondern in einer Weise, die viel mehr als damit gemein hat mit politischer Wahl oder Ernennung, mitunter sogar »Aufrückung«. Die Eigenschaften, die zur führenden Stellung heben, sind nicht mehr dieselben, die erfolgreiches Ausfüllen dieser Stellung erfordert, sowenig wie ein guter Kandidat ein guter Minister oder ein gutes Staatsoberhaupt zu sein braucht: Oft prosperiert der gewandte Sekretär, der populäre – im entscheidenden Kreis populäre – Mann, der geschickte Taktiker, der gute Redner, und gelegentlich kann Stärke der Persönlichkeit gegen einen Kandidaten für eine leitende Stellung sprechen. Wer eine Sitzung zum Erfolg machen kann, braucht sich über einen schlechten Kontrakt keine grauen Haare wachsen zu lassen. Die Gruppen und Interessen, welche über die Vergabung der Führerpositionen entscheiden, einigen sich mitunter auf Kompromißpersönlichkeiten

– nicht immer auf den Mann von höchstem Können. Aber selbst wo sie kein anderes Ziel verfolgen, als den besten Mann zu finden, braucht dieser beste Mann nicht der zu sein, der technisch und kommerziell am meisten aus der Unternehmung macht, es kann vielmehr wichtiger sein, den an die Spitze zu stellen, der politische Parteien, öffentliche Meinung, Behörden am besten zu behandeln versteht.

Die Leute steigen also anders, und es steigen andere Leute, in der vertrusteten Wirtschaft als in der Konkurrenzwirtschaft. Und der springende Punkt ist, daß Erfolg des Mannes und Erfolg der Unternehmung nicht mehr ein und dasselbe und nur verschiedene Worte für dieselbe Sache sind. Nun gibt es, was es in der Familienunternehmung grundsätzlich nicht gab, ein Interesse des Unternehmers, das zu scheiden ist vom Interesse der Unternehmung und gelegentlich in andere Richtung weisen kann als dieses, abgesehen davon, daß das Interesse einer monopolistischen Unternehmung nicht im gleichen Sinne dem Konsumenteninteresse parallel ist wie das Interesse einer konkurrenzwirtschaftlichen.

Diese Position des Unternehmers ist hier noch labiler und vor allem noch weniger vererbbar als in der Einmann- oder Familienunternehmung. Selbst dann, wenn sie durch den Besitz kontrollierender Aktienpakete gesichert ist, was um so seltener vorkommt, je weiter wir uns von der Familienunternehmung entfernen. Es ist erstaunlich, wie gering der Einfluß bloßen Aktienbesitzes auf das ist, was in der und mit der Unternehmung geschieht, und wie schnell der Erbe von Aktienmajoritäten in der Regel in den Hintergrund gedrängt wird. Man spricht oft davon, daß die Besitzpositionen durch Vertrustung der Industrie stabilisiert werden, von einer »neuen Feudalität«. Daran ist so viel richtig, daß die neue große Einheit selbst stabiler ist als die kleinere der Konkurrenzwirtschaft. Aber die Herrschaft über sie wechselt viel schneller, als die Familienunternehmungen entstanden und vergingen. Noch schneller wechseln die Männer am Steuer, richtiger die Gruppen, aus denen diese Männer hervorgehen. Eine Untersuchung von Taussig über die Funktionäre amerikanischer Aktiengesellschaften hat gezeigt, wie groß der Prozentsatz der Leute ist, die ihre führende Rolle durch individuelles Emporsteigen erobert haben. Bei uns wäre der Prozentsatz geringer, weil wir noch viel mehr als Amerika im Zeitalter der Familienunternehmung stehen – aber die Richtung der Entwicklung ist überall dieselbe.

Diese Entwicklung trennt nun den Unternehmer von seinem Unternehmergeinn. Der Trustfunktionär mag in manchen Ländern Gewinnanteile bekommen – so bei uns –, aber mehr und mehr wird er auf feste Bezüge gesetzt, die den Charakter von Arbeitslohn haben, während das, was in der Konkurrenzwirtschaft Unternehmergeinn war – da ja bekanntlich der Aktionär nicht sehr viel davon erhält –, noch mehr als früher dem Ausbau des Konzerns dient. Die offenen und stillen Rücklagen der Industrie sind gegenwärtig der wichtigste Posten der volkswirtschaftlichen Sparsumme. Das geht nicht reibungslos vor sich, und aus diesem Sachverhalt erklärt sich so manches von dem, was das finanzielle Leben aller Länder an Unerfreulichem und Unkorrektem aufzuweisen hat. Die Unternehmer aller Länder kämpfen um das, was nach konkurrenzwirtschaftlichen Ideen ihnen zukam. Aber mit diesem Kampfe, dessen Symptome oft so sehr in die Augen fallen, geht ein Entwöhnungsprozeß einher, dessen Fortschreiten wir

ebenfalls sehen. Immer mehr leitende Leute der Bankwelt und der Industrie finden sich damit ab, ihre Funktionen zu erfüllen, ohne daß ihnen mehr zufällt, als etwa den höchsten rechtswaltlichen oder ärztlichen Einkommen entspricht. Und im Grunde wird damit nur die sinkende Bedeutung der einzelnen Unternehmerpersönlichkeit ratifiziert – die Folge jener Automatisierung des technischen und kommerziellen Fortschritts, von der wir früher sprachen und die wie unsere Lebensformen so auch unsere wirtschaftlichen Motivationen wandelt.

Unternehmer und Staat in der Wirtschaft von heute

Fragt man sich, wie weit die eben geschilderten Prozesse gediehen sind und ob sie die praktische Bedeutung des privaten Unternehmers schon so affiziert haben, daß die Wirtschaftspolitik unserer Zeit ihm gegenüber eine wesentlich andere sein kann oder muß als früher, so muß man sich vor allem vor jener Übertreibung hüten, die uns allen und besonders einer weiteren Öffentlichkeit so nahe liegt: Sowie die Öffentlichkeit einen sozialen Prozeß einmal erkannt hat, ist sie auch immer schon geneigt, ihn überlebensgroß zu zeichnen. Wer fortwährend von neuen Trustbildungen hört, dem fällt es schwer, überhaupt noch etwas anderes in der Volkswirtschaft zu sehen, als eine ungeheure leblose Maschine, die von einem kleinen Komitee von Trustmagnaten beherrscht wird. Demgegenüber ist zunächst notwendig, sich klarzumachen, daß auch außerhalb der Landwirtschaft und des Handwerks weite Gebiete nicht nur der mittleren, sondern auch der großen und größten Industrie im wesentlichen dem Lebensgesetz der Konkurrenzwirtschaft gehorchen. Arbeitet doch bei uns nur ein Sechstel unserer rund 12 Millionen industriellen Arbeiter in Betrieben von mehr als tausend Mann. Und der Bezirk der Familienunternehmung ist sogar noch viel größer als er scheint, weil große Unternehmungen dieser Art aus Gründen der Zweckmäßigkeit und besonders der Kapitalbeschaffung zu Aktiengesellschaften geworden sind oder selbst die Form des Konzerns angenommen haben. Soll ich eine Schätzung riskieren, so würde ich sagen, daß, gemessen an der Summe der Einkommen der interessierten oder abhängigen Haushalte, die Initiative des privaten Unternehmers heute noch vier Fünftel der deutschen Volkswirtschaft führt und gestaltet. Dabei scheint mir übrigens ganz auffällig zu sein – jeder kann das Experiment machen –, daß die Unternehmungen oder Konzerne, die entweder noch Privatfirmen sind oder von einem Großaktionär beherrscht werden, dort, wo ein Vergleich möglich ist, sich sehr zu ihrem Vorteil von jenen abheben, bei denen das nicht der Fall ist. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die Schaffung eines neuen Trusts eine typische Unternehmertat und insofern die höchste Betätigung der individuellen Initiative darstellt – auch, daß es damit ja nicht getan ist, sondern weitere erfolgreiche Führung hinzukommen muß, wenn der ganze Organismus nicht verkalken soll.

Aber das öffentliche und selbst das fachliche Urteil fehlt auch noch in einer anderen Richtung: Die komplizierten Prozesse, um die es sich handelt, haben eine phrasenhafte Einheitlichkeit bekommen, die ihrem wirklichen Wesen fremd ist. Haben wir es doch glücklich so weit gebracht, daß manche unter uns in den modernen industriellen Kombinationen eine Bestätigung

der marxistischen Prophezeiung sehen, nach welcher aus der Automatik des Konkurrenzkampfes und der Mehrwertakkumulation jene Riesenunternehmungen hervordüßten würden, deren schließliche Expropriation bekanntlich die Schlußszene des kapitalistischen Aktes der Wirtschaftsgeschichte sein sollte. Daran ist so gut wie alles falsch: Die Automatik des Konkurrenzkampfes hat keine solche Tendenz; die Trusts haben nichts zu tun mit dem Mechanismus der Akkumulation; die marxistische Vision ist hier genauso falsch wie in den Punkten der Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie, welche stillschweigend zu Grabe getragen worden sind. Was übrigbleibt, ist nur die oberflächlichste Ähnlichkeit – und der politisch so wichtige Umstand, daß ein Trust unpopulär ist und sich nicht so wehren kann wie eine zahlreiche im Volke stehende Unternehmerschaft, und daß der technische Vorgang der Sozialisierung einer so organisierten Industrie gegenüber natürlich viel einfacher ist, als die Sozialisierung von hunderten von konkurrierenden Unternehmungen.

Zweifelloß strebt das politische Wollen unserer Zeit nach dieser Richtung. Soweit das einfach auf einem keinem rationalen Argument zugänglichen Glauben an das sozialistische Ideal beruht, so ist darüber von unserm Standpunkt nichts weiter zu sagen. Uns kommt es nur auf den wirtschaftlichen Sinn dieser Tendenz an, auf die Frage, welche Konsequenzen von ihr zu erwarten sind. Vor allem: Hat die moderne Situation die Bilanz der alten Argumente für und gegen den Staatsbetrieb verändert, steht er dem privat geführten Betrieb heute anders gegenüber als früher in der Konkurrenzwirtschaft, als etwas anderes, als etwas, das neue Bedeutung und neue Möglichkeiten gewonnen hat? Die Möglichkeiten erfolgreicher öffentlicher Betriebsführung steigen natürlich mit fortschreitender Rationalisierung, steigen um so mehr, je mehr Dinge schlechthin berechenbar und von individueller Intuition unabhängig werden. Aber die Sache ist nicht so, wie wenn das nun ein Element von Überlegenheit des öffentlichen Betriebs bedeuten würde – denn diese Rationalisierungsmöglichkeiten nützt auch die private Industrie mit Energie aus, zum Teil in der Form besonderer Organisationen: Jeder Verband hat heute seine Ausschüsse für technische, für Rohstoff-, für Betriebsfragen usw. – sondern bloß so, daß ein dem öffentlichen Betrieb ganz besonders eigener Mangel gemildert wird. Im übrigen genügt es, sich darüber klar zu sein, daß der individuelle Unternehmer noch immer die treibende Kraft unseres Wirtschaftslebens darstellt, um zu erkennen, daß die Tatsache des Bestehens erfolgreicher öffentlicher Betriebe recht geringe prinzipielle Bedeutung hat. Denn diese Betriebe sind eingebettet in eine im Wesen immer noch privatwirtschaftliche Welt, deren Methoden sie kopieren und die ihnen den Fortschritt aufnötigt: Jede neue Maschine, welche eine private Firma einem öffentlichen Betrieb verkauft, ist eine Botschaft aus der Welt der privaten Wirtschaftsführung.

Neue *Bedeutungen* vollends kann die Verstaatlichung von Betrieben, Konzernen oder ganzen Industrien gegenwärtig nur aus sozialistischer Ideologie gewinnen. Abgesehen davon bleibt bloß die unkritische Freude der Öffentlichkeit über das Vordringen der Staatsgewalt gegenüber den dunklen Mächten des Kapitalismus übrig oder das Machtstreben des intellektuellen Politikers, wenn wir uns nach dem Sinn des Vordringens direkter staatlicher Betätigung auf dem Gebiet der Produktion fragen. Eine Verstaatlichung könnte unter Umständen gewaltsame

Rationalisierung einer mit rückständigen Elementen durchsetzten Industrie bedeuten. Vielleicht ist der Fall des englischen Kohlenbergbaus ein Beispiel. Jedenfalls war das die offizielle Motivierung des Votums des Sankey-Reports. Und selbst da wäre Verstaatlichung wohl wesentlich ein Mittel gewesen, Passivposten aus dem Staatsschatz zu decken – und alles andere hätte nur dazu gedient, die Sache schmackhafter zu machen. Aber selbst wenn wir den Fall akzeptieren, so könnte dergleichen nur äußerst selten vorkommen, so daß es grundsätzlich wenig bedeutete. Freilich klingt es ja furchtbar einfach und einleuchtend, wenn jemand sagt, daß sich alle Schwierigkeiten in unserer eisenschaffenden Industrie durch deren Verstaatlichung beseitigen ließen. Natürlich könnten dann noch höhere Löhne gezahlt und gleichzeitig die Eisenpreise reduziert werden, wenn der Staat das Defizit deckte. Und die Öffentlichkeit würde applaudieren, weil sie eben übersehen würde, daß das Vorhandensein eines Defizits nichts anderes ist als der Beweis, daß die in der betreffenden Industrie verwendeten Produktionsmittel unzweckmäßig verwendet sind. Aber auf die Dauer wäre nichts gewonnen. Daß die Industrie dann wirtschaftlicher arbeiten würde, wird wohl nicht behauptet. Daß sie dann keine Gewinne zu machen brauchte, wäre kein volkswirtschaftlicher Vorteil, denn diese Gewinne werden ja zum weitaus größten Teil reserviert, d.h. zum Ausbau und zur fortlaufenden Modernisierung der Anlagen verwendet. Und ob die private Planwirtschaft unserer Eisenindustrie dadurch gewinnen würde, daß sie dem Staate unterstellt, also zu einer politisch bedingten Planwirtschaft wird, ist eine Frage, über die man billig verschiedener Meinung sein kann. Letzten Endes ist diese Personenfrage ja der Kern der Sache, die Frage, ob unsere Industriellen oder unsere Politiker die oberste Leitung unserer Wirtschaft haben sollen. Darum dreht sich der ganze Kampf. Aber neue sachliche Notwendigkeiten staatlicher Wirtschaftsführung bietet auch die vertrustete Wirtschaft nicht.

Die meisten von uns betrachten es ferner als eine Selbstverständlichkeit, daß die moderne Wirtschaft in anderm Sinn und stärkerem Maße der öffentlichen Regelung bedürfe, als die Wirtschaft des Konkurrenzzeitalters. Hier wollen wir zunächst die Vorstellung erörtern, daß schon zu ihrem *Funktionieren* – und ganz abgesehen von etwa weiter noch nötigen Eingriffen aus dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohles – die Wirtschaft von heute der Regelung bedürfe. Eine vielbeachtete Äußerung von betriebswissenschaftlicher Seite hat jüngst die Sache dahin formuliert, daß der steigende Anteil der *fixen* an den *gesamten* Kosten, den die moderne Industrie aufweise, für sich allein schon Regelung nötig mache, und daß selbst stümperhafte Regelung besser sei als keine. Je größer die fixen Kosten sind, um so schwieriger gestaltet sich die Anpassung an eine veränderte Sachlage für die einzelne Firma, weshalb denn auch eine Industrie umso mehr an der Stabilität der Wirtschaftslage interessiert ist, je höher ihre fixen Kosten sind. Allein an dieser Stabilisierung durch bewußte planmäßige Aktion arbeitet die private Wirtschaft ja auch in allen Ländern – diese Stabilisierung ist einer der wesentlichen Züge *der* Art von *kaufmännischer* Planwirtschaft, die wir überall und besonders in Amerika entstehen sehen. Auch fehlt es nicht an greifbaren Resultaten. Wenn wir von Ereignissen absehen wie dem Weltkrieg und seinen Nachwehen, so sehen wir z. B., daß die Wellenbewegung der Konjunktur

immer milder wird und daß das, was man im neunzehnten Jahrhundert einen »Krach« nannte, kaum mehr vorkommt. Darüber hinaus leistet die moderne Politik der Zentralbanken Erhebliches zur Milderung der Schwankungen des Preisniveaus. Wiederum: Mag man in beidem eine Tendenz zur »Planwirtschaft« erblicken, so ist das doch keine politische Planwirtschaft, und eben darauf kommt es an, denn damit hängt die ganze Sachlichkeit, Elastizität und Promptheit dieser Art von Regelungen zusammen. Die Frage aber, ob zu dieser aus der wirtschaftlichen Erfahrung erwachsenen Regelung nun auch noch eine staatliche treten soll, ist eine Sache für sich. Die Schwierigkeiten, welche die Anpassung an sich verändernde Situationen bei relativ hohen fixen Kosten hat, dürfen nicht so bekämpft werden, daß diese Anpassung selbst unmöglich wird. Private Verluste haben ihre Funktion in der Wirtschaft wie private Gewinne, und die beste Politik ist viel häufiger als man glaubt das Auslaufenlassen einer Situation, bis sie durch Experimente und Irrtümer hindurch ihr Niveau gefunden hat. Die Öffentlichkeit freilich sieht dann nur die Unordnung und die Leiden eines solchen Prozesses und will, daß »irgend etwas geschehe«, gleichgültig was, während sie die über die ganze Volkswirtschaft verteilten Kosten einer Lähmung des Anpassungsprozesses nicht sieht. Höchste Sachkunde, verbunden mit einer allen politischen Stimmungen und parteitaktischen Notwendigkeiten entrückten Macht, könnte im einzelnen freilich manches besser. Aber nur solche allerbeste Regelung wäre besser als keine.

Es steht nicht anders mit Regelungen aus dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls, was immer dieser letztere Begriff bedeuten mag. Bei grundsätzlichen Auseinandersetzungen über diesen Punkt wird immer wieder der Fehler begangen, dem privaten Unternehmer so wie er ist – und in der Regel nicht einmal so wie er ist, vielmehr in weitgehender Unkenntnis seines Typus und seiner Funktionen – eine ideale, in der Praxis nicht vorkommende Art staatlicher Einflußnahme gegenüberzustellen – auf welcher Art zu argumentieren, nebenbei gesagt, auch ein wesentlicher Teil der Leuchtkraft des sozialistischen Ideals beruht. Selbst wenn man in den regelnden Eingriffen der öffentlichen Gewalt mehr sieht als Kodifizierungen der Schlagworte des Tages, ist es nicht leicht, die Kompetenz des Staates anders zu begründen als durch die alten Irrtümer von einem zwischen den Unternehmern und der Volksgesamtheit klaffenden Interessengegensatz. Solange die industriellen Kreise tatsächlich die treibende Kraft der Wirtschaft sind, und es ein anderes Organ für die Erfüllung dieser Funktionen nicht gibt und geben kann, kann staatliche Regelung im allgemeinen nicht mehr sein als bestenfalls ein »geringeres Übel«. Man mag z.B. noch so sehr durchdrungen sein von der Notwendigkeit staatlichen Einflusses auf Kartellpreise – ein Übel bleibt eine solche Einflußnahme dennoch stets in zwei Richtungen: Sie lähmt ein Rad im Mechanismus der Wirtschaft und schädigt insofern auch den Abnehmer, als ein solcher Preis nicht leicht mehr heruntergehen kann, weil die betreffende Industrie die politischen Schwierigkeiten einer Wiederhinaufsetzung fürchtet. Und die staatliche Beeinflussung der Preisbildung erschwert stets jene gesündeste Art von Finanzierung, die im Ausbau aus Gewinnen besteht. Die Unternehmerschaft ist trainiert auf das Arbeiten für die Zukunft, während der Staat heute mehr als je unter einem Drucke steht, der auf das Höchstmaß momentaner

Konsumtion hinwirkt. Nicht einmal die Förderung oder Hemmung des Prozesses selbsttätiger Durchorganisierung der Wirtschaft kann ohne weiteres als geeignete Betätigung des Staates auf diesem Gebiet bezeichnet werden. Denn die Förderung bedeutet Einengung des noch vorhandenen Bezirks von Konkurrenz, deren historische Bedeutung zu groß war, als daß man auf den belebenden Einfluß ihrer noch vorhandenen Elemente leichthin verzichten könnte, und Hemmung kann gleichbedeutend sein mit dem Abbremsen wesentlicher Fortschritte.

Wer mit so negativen Resultaten unzufrieden ist und findet, daß sie seinem sozialen Gestaltungswillen Steine statt Brot geben, der bedenke: Erstens, daß von Idealen und Gestaltungswillen hier eben nicht die Rede ist, sondern von wirtschaftlichen Tatsachen und Kausalzusammenhängen. Die Eliminierung des privaten Unternehmers mag jemand als moralisches Gebot erscheinen, das sich über alle Tatsachen und Kausalzusammenhänge hinwegsetzt. Nur darf er nicht hoffen, durch diese Eliminierung oder auch nur eine regulative Lähmung Wesentlichen am modernen Wirtschaftsleben bessern zu können. Zweitens, daß jene Ergebnisse im Grunde nur selbstverständlich sind: Der Organismus der Weltwirtschaft ist nichts Erdachtes, sondern etwas Lebendiges. Er kann sich nur allmählich zu andern Formen entwickeln. Operative Eingriffe mögen ihm dabei helfen. Aber stets bedeuten sie auch eine Schädigung des Organismus, ebenso wie eine noch so notwendige Operation an einem menschlichen Körper immer auch eine Schädigung bedeutet. Und unser Argument soll, um im Bilde zu bleiben, ja nicht etwa zeigen, daß Operationen unter allen Umständen verwerflich seien, sondern nur, daß man daran nicht anders gehen soll, als der Arzt tatsächlich an eine Operation geht – und außerdem, daß das Organ, um das es sich in unserm Fall handelt, ein vorläufig lebenswichtiges ist.

Joseph Schumpeter
Was vermag eine Finanzreform?¹

An der Schwelle des Aufschwungs der englischen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert steht die große Finanzreform, die sich an die Namen Peel und Gladstone – um einen Vorläufer nicht zu vergessen, auch an den von Huskisson – knüpft. Massenelend, Bankerotte, Stagnation, stets drohendes, mitunter wirkliches Defizit im Staatshaushalt, abnormale Auswanderung von Menschen und Kapital, das war der Tatbestand, auf den das finanzpolitische Heilmittel angewendet wurde. Fünfzig Jahre langes Verfahren nach immer dem gleichen Rezept war begleitet von der Verwandlung aller jener Symptome in ihr Gegenteil. Freilich würde das für sich allein nicht ausreichen, um hier von Grund und Folge zu sprechen. Aber eine in ihren Grundzügen außerordentlich einfache Analyse läßt uns verstehen, daß und warum in der englischen Verumständung von damals die Finanzpolitik des Freihandels – Finanzzölle und Verbrauchssteuern auf einige wenige große Konsumartikel verbunden mit einer besonderen Art von Einkommensteuer – geeignet war, die Kräfte des Aufschwungs zwar nicht zu schaffen, aber von Hemmungen zu befreien. Man sage nicht, daß das Handelspolitik und nicht Finanzpolitik war. *Jede* Finanzpolitik ist auch Wirtschaftspolitik, bewußte oder unbewußte. Auch der Schutzzoll ist eine Abgabe. Und ganz so wie er übt eine jede Steuer, wenn auch nicht notwendig handelspolitische, so doch notwendig irgendwelche Wirkungen auf den Verlauf des Wirtschaftsprozesses aus – sie gleicht immer einem Zoll an unsichtbaren Grenzlinien im Wirtschaftskörper.

Nicht jeder Finanzreform kommt solche Bedeutung zu. Der Reform *Miquels* z. B., der größten, der einzigen großen finanzpolitischen Leistung im modernen Deutschland, *nicht*. Sie hat den Bedürfnissen und Gesichtspunkten ihrer Zeit meisterhaft Genüge getan, aber wirtschaftliche Übel weder geheilt noch zu heilen gehabt. Trotzdem lehrt unser erstes Beispiel, daß es schon in den Zeiten der *niedrigen* Steuersätze vor dem Krieg Situationen geben konnte, in denen sehr viel mehr als bloßes Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten oder als das Maß von Unannehmlichkeiten, die der steuerliche Eingriff mit sich bringt, von der Finanzpolitik abhing, Situationen, in denen die Finanzpolitik nicht einen mehr oder minder wichtigen Platz in der langen Liste von nationalen Fragen einnimmt, sondern zu der nationalen Frage wird, verglichen mit welcher alles andere relative Nebensache sein kann. Zunächst in dem Sinn, daß finanzieller Zusammenbruch sozialen Zusammenbruch bedeuten kann – eine wirksame Finanzreform zu rechter Zeit hätte die französische Revolution möglicherweise auf eine legale Verfassungsänderung reduziert. Dann in dem Sinn, daß das ganze Volk, alle seine Schichten und Interessen, am Finanzsystem kranken kann. Bei den Steuersätzen von heute tritt das natürlich leichter ein als früher. Das ist *vielleicht* der Fall in England, es ist *sicher* der Fall in Deutschland.

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 4, 1929/1930, S. 75-80; d. H.

Bei uns kommt es nicht in erster Linie auf die Beseitigung der Kassenverlegenheiten des Reichs und der Gemeinden an. Diese Verlegenheiten sind unendlich beschämend: Für geordnete Staatswesen wüßte ich Beispiele ähnlicher Verlegenheiten nur in Fällen anzuführen, die sich ohne weiteres durch unvorhergesehene Katastrophen erklären. Sie erschüttern das Ansehen des Reichs und kompromittieren den großen Gedanken gemeindlicher Selbstverwaltung. Sie können zu unberechenbaren innenpolitischen Verwicklungen und Verflechtungen führen. Aber sie sind wenigstens ein Hemmschuh der Ausgabefreudigkeit und schlimmstenfalls nicht unüberwindlich. Wirklich ernst ist etwas Anderes.

Jeder kompetente Volkswirt würde sowohl auf Grund theoretischer Einsicht als auch auf Grund der Erfahrungen der Zeit nach dem napoleonischen Weltkrieg mit großer Sicherheit zunächst Wirtschaftskrisen in allen Ländern – verschärft, aber nicht ausschließlich verursacht durch Deflations- oder auch nur Stabilisierungspolitik – vorausgesagt haben und außerdem eine längere Zeit andauernde landwirtschaftliche Depression. Aber für die Folgezeit hätte kräftiger Aufschwung erwartet werden müssen. Denn es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß sich die Arbeit des Wiederaufbaus und der Neugestaltung unter den Symptomen und in der Atmosphäre einer Prosperität vollzieht. Tatsächlich finden wir in allen Ländern und auch bei uns einen Anlauf dazu, und daß er erst 1926 einsetzte, werden wir ohne weiteres verstehen – ich will mich jetzt nicht mit der Frage aufhalten, ob unsere Finanzpolitik in den wirren Jahren vor 1926 nicht eine der Ursachen dafür war. Aber daß dieser Anlauf bei uns schon nach einem Jahre abriß, hätte keine bloß wirtschaftliche Prognose vorhersagen können, denn die Bedingungen für weiteren Aufschwung waren durchaus gegeben. *Die Stagnation, die nun schon fast zwei Jahre dauert, ist offenbar kein normaler Rückschlag auf das eine Aufschwungjahr.*

Das sieht man schon daraus, daß der Zinsfuß sich nicht senkt, wie er es in den Depressionsperioden des normalen Konjunkturzyklus tut. Allgemein sucht man denn auch – insofern mit Recht – nach äußeren, nicht im Wirtschaftsprozeß selbst liegenden Ursachen für unsere Depressionssymptome: Bankerotte, weithin fehlende Rentabilität, stagnierendes Lohnniveau usw. Wir haben es nur mit den Fragen zu tun, ob auch unsere Finanzpolitik zu diesem Tatbestand etwas beiträgt, von dessen Überwindung das wirtschaftliche Schicksal aller Interessen und unter anderem auch Erhaltung und vollends Ausbau unserer sozialpolitischen Errungenschaften abhängt, und ob Neuorientierung der Finanzpolitik ein geeignetes Heilmittel unserer wirtschaftlichen Übel sein kann. Jeder kennt die bejahende Antwort, welche die große Mehrzahl der Volkswirte auf diese Fragen gibt: Sie ist in einem Wort beschlossen – »*Kapitalbildung*«.

Was ist Kapitalbildung?

Funktion und Wert einer solchen Spitzmarke, die es wie man sieht möglich macht, ein langes Argument in einem Wort zu summieren, in allen Ehren – schließlich wendet sich ein solches Werkzeug gegen den, der es gebraucht. Der Gedankengang, der ihm Sinn gibt, wird vergessen, und der Vertreter gegnerischer Meinung hat es dann leicht, mit dem Wort auch die Sache

ironisch lächelnd abzutun. Lassen wir also das abgegriffene Wort und formulieren wir den trivialen Tatbestand:

Zu diesem Zweck gehen wir von der Tatsache aus, daß sich der Wirtschaftsprozeß in den Geldgrößen der Buchhaltung spiegelt. Nun machen wir gleichsam die Gewinn- und Verlustrechnung einer »repräsentativen Firma«¹ auf, nur etwas anders, als es die Praxis tut. Wir ziehen nämlich vom Gesamterlös nur die Kosten der Roh- und Hilfsstoffe und der alljährlich zu erneuernden Werkzeuge ab, so daß sich das ergibt, was die amerikanische Statistik den »added value« nennt. Diesen zerfallen wir zunächst ohne Rücksicht auf Steuern in die Konsumausgabe der Interessenten – zu welcher also Löhne und Gehälter genau so gehören wie die Dividenden und Tantiemen, aber ebenso wie diese nur bis zu dem Betrag, den die Berechtigten tatsächlich konsumtiv ausgeben –, die Abschreibungen – worunter wir bloß jene Summe begreifen, die notwendig und gerade ausreichend ist, um die Anlage dauernd in unverändertem physischem Zustand zu halten –, und die Reserve – zu welcher von unserem Standpunkt auch alles das zu rechnen ist, was die Empfänger von Lohn oder Dividenden individuell ersparen. Die Abschreibung ist offenbar nichts Anderes als ein über mehrere Rechnungsperioden verteilter und nach den Veränderungen der Reproduktionskosten der abzuschreibenden Objekte fortlaufend zu korrigierender Kostenposten, den wir also zu den Materialkosten rechnen wollen. Die Reserve² ist – wenn wir von der Vorsorge für Unglücksfälle absehen und einen entsprechenden Posten für Versicherungen teils zu den Materialkosten, teils zu den Abschreibungen rechnen – zunächst der Gegenposten für die Wertminderung durch Veralten der Anlage. Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß nie beim bloßen Ersatz dieses Wertverlustes haltgemacht werden kann, schon deshalb nicht, weil er im Gegensatz zum Verlust durch physische Abnutzung nicht voraussehbar ist. Vor allem aber deshalb nicht, weil die einzige wirksame Maßregel Neugestaltung ist, die so gut wie nie auf die bisherigen Produktionsgrenzen beschränkt werden kann. Darin besteht ja das Wesen des ökonomischen Fortschrittes. So entsteht aus der Postkutsche die Eisenbahn – freilich nicht mit Hilfe der Reservierungen in der betreffenden Branche, wohl aber durch Um-disponieren der Reservierungen aller Branchen in der Volkswirtschaft. Dieser Fortschritt ist nötig, um bei steigender Bevölkerung den Lebensstandard zu erhalten, bei konstanter ihn zu erhöhen. Freilich bedeutet jede Reservierung ein augenblickliches Opfer aller jener, auf deren Kosten reserviert wird. Aber *erstens* ist das nicht ein Opfer einer Klasse zugunsten einer anderen, sondern ein Opfer aller zugunsten der Zukunft aller. *Zweitens* formuliert man den Vorgang falsch, wenn man sagt, daß die reservierten Beträge der Konsumtion entzogen werden. Sie werden der konsumtiven Verwendung jener entzogen, denen die reservierten Summen sonst zugefallen wären. Aber die reservierten Summen selbst werden ja ausgegeben und lösen sich dabei letztlich in Einkommen auf, welche einfache Erkenntnis die Laienvorstellung erledigt, daß ein

¹ D.h. einer Firma, welche den Wirtschaftszustand des sozialen Ganzen in einem Durchschnitt wiedergibt, der weder überdurchschnittlich groß noch unterdurchschnittlich klein ist usw. – gleichsam einer gedachten »Normalfirma«. Dieses Werkzeug der Analyse stammt von Marshall.

² Man beachte, daß Klasseninteressen sich nur an die Verteilung der Konsumausgaben, nicht aber an die der Reserve knüpfen. M.a. W. es kann niemand gleichgültig sein, ob er oder jemand anderer *konsumiert*, wohl kann es aber jedermann gleichgültig sein, wer *reserviert*, *wenn* nur reserviert wird.

ganzes Volk dadurch, daß es spart, verelenden oder daß »zu große« Reservierung Ursache von Absatzstockungen sein könnte. *Drittens* reifen die Früchte des jeweiligen Reservierungsofers nicht in einer fernen Zukunft, sondern in der Regel in wenigen Jahren, ebenso wie sich die Folgen seiner Unterlassung nicht in ferner Zukunft, sondern außerordentlich schnell bemerkbar machen – durch solche Erscheinungen wie die, unter denen gegenwärtig die deutsche Wirtschaft leidet.

Finanzpolitik und Kapitalbildung

Was hat nun die Finanzpolitik mit diesem Prozeß zu tun? Nun, vor allem kann der Steuereingriff Summen einer konsumtiven Verwendung zuführen, die andernfalls reserviert worden wären¹. Grundsätzlich tut er das immer. Aber bei den Steuersätzen der Vorkriegszeit kann diese Wirkung als minimal bezeichnet werden, besonders wenn man in Rechnung stellt, daß die öffentliche Gewalt die der Privatwirtschaft entzogenen Summen nicht notwendig zur Gänze konsumtiven Verwendungen zuführt² und daß nicht nur Steuereinhaltung im allgemeinen, sondern auch Steuereinhaltung zugunsten der Reservierung im besonderen sicherlich eine, wenngleich schwer zu erfassende Rolle spielt. Gegenwärtig aber steht die Sache anders. Ein großer Entzug wirkt auf die Reservierung nicht proportional stärker als ein kleiner, sondern überproportional, weil die *Konsumausgaben immer weniger zusammendrückbar werden*. Der Leser lasse nur ein paar rohe Ziffern auf sich wirken: Im letzten Vorkriegsjahr betrug die Belastung der deutschen Volkswirtschaft durch die öffentlichen Haushalte rund 7,2 Milliarden, 1925 rund das Doppelte, also, roh nach der Kaufkraft korrigiert, um ein Drittel mehr. Die Summe der Reservierungen ist mit 8 Milliarden für das letzte Vorkriegsjahr sicher nicht zu hoch, für 1925 mit 8 Milliarden gesunkener Kaufkraft m.E. optimistisch geschätzt – also ein Ausfall von 4 Milliarden der Kaufkraft dieses Jahres, fast genau soviel wie der Überschuß der öffentlichen Ausgaben über die auf Nachkriegskaufkraft gebrachte Friedenshöhe. Heute sähe die Sache noch schlimmer aus. Oder: Nach Bowley und Stamp³ stieg die private Konsumausgabe in *England* und Nordirland von 1475 Millionen Pfund in 1911 auf 2835 Millionen Pfund in 1924, also um 92%, die Steuerleistung von 225 auf 855 Millionen und die Reservierung von 320 auf 475 Millionen. Vermehren wir die Friedensreservierung in demselben Verhältnis, in welchem die Konsumausgabe gestiegen ist, also auf rd. 615, so ergibt sich ein Ausfall von 140 Millionen, noch nicht ein Drittel des Überschusses der Steuerleistung, den wir gewinnen, wenn wir mit der Vorkriegsziffer derselben

¹ Er kann natürlich auch an die Abschreibung greifen. Auch das ist in den letzten zehn Jahren wiederholt geschehen. Das ist dann »Verwandlung von Kapital in Einkommen«, so wie der oben berührte Vorgang »Verwandlung von *potentiellem* Kapital in Einkommen« genannt werden kann. Die Ausdrücke sind nicht glücklich, weil das »Kapital« ja auf alle Fälle, auch im normalen Produktionsprozeß, in »Einkommen« verwandelt wird. Aber es ist ausreichend klar, was gemeint ist.

² Aber selbst dann schädigt sie die Kapitalbildung, weil sie deren Motive schwächt – was immer übersehen wird, wenn man argumentiert, daß staatliche Kapitalbildung oft an die Stelle privater trete.

³ The National Income 1924, Oxford 1927, p. 57.

ebenso verfahren. Daß das Bild, das sich für England ergibt, günstiger ist als das deutsche, ist ganz verständlich: Die englische Ziffer wird eben durch die Zinszahlungen geschwellt, *von denen ein erheblicher Teil nicht konsumtiv verwendet wird*. Natürlich heißt das nicht, daß die Steigerung der Staatsausgaben die alleinige Ursache der Ausfälle an Reservierungen sei. Wohl aber heißt das, daß sie eine der wichtigsten Ursachen dafür sein muß und daß es sich in der Frage der Kapitalbildung um im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Einkommenssumme geringe Beträge handelt. Sahen wir früher, daß die Reservierung stets ein wichtiges, unter Umständen wie den unseren sogar ein beherrschendes Interesse aller Klassen ist, so sehen wir jetzt, wie sehr sie im Aktionsradius der Finanzpolitik liegt.

Aber was hilft das, wenn an den *Staatsausgaben* nichts zu ändern ist? Selbst wenn man diesen resignierten Standpunkt einnimmt, der in Deutschland mit Rücksicht auf die teils unmittelbar, teils schließlich zu erwartende Elimination der innern und äußeren Kriegslasten nicht der einzig mögliche ist, darf nicht vergessen werden, daß nicht nur die absolute Höhe der öffentlichen Lasten, sondern auch ihre Verteilung über die Größe der Reservierungen entscheidet. Besteuerung des Verbrauchs wirkt auch auf die Reservierung, Ertrags- und Personalbesteuerung *auch* auf den Verbrauch der Besteuernten. Aber die erstere wirkt *weniger* auf die Reservierung als die letztere und die letztere *weniger* auf den Verbrauch als die erstere – beides gilt um so mehr, je progressiver die direkte Besteuerung ist, weil die großen Reservierungen in der Regel aus den großen Erträgen und Einkommen fließen, weshalb das Argument, daß niedrige Verbrauchssteuern oder niedrige Sätze bei kleinen Erträgen und Einkommen den Massen das Sparen ermöglichen, in diesem Zusammenhang ein unzulänglicher Trost ist. Daraus folgt, daß *unsere Finanzpolitik gegen die Reservierung differenziert*. Mit einem schon gebrauchten Bild: Sie legt einen »Zoll« zuungunsten der Reservierung auf die Grenze zwischen dieser und dem Konsumtionsfonds. Sie tut das, indem sie den wirtschaftlichen Erfolg pönalisiert, der die Quellen schafft, aus denen vornehmlich reserviert wird, indem sie, wenn er trotzdem entsteht, die Motive zur tatsächlichen Vornahme der Reservierung schwächt, vor allem aber dadurch, daß sie gerade *das* fortnimmt, wovon der größte Teil für Reservierung zur Verfügung stünde. Und *hier können ihrer absoluten Summe nach ganz geringfügige Steueraufkommen offenbar eine außer allem Verhältnis dazu stehende Wirkung üben*, ebenso wie ein kleiner Zollertrag einem sehr großen Opfer der Konsumenten des belegten Artikels entsprechen kann. Die Steuerlast der Vorkriegszeit drückte nicht nur deshalb so wenig auf die Volkswirtschaft, weil sie einen so geringen Prozentsatz der Einkommenssumme ausmachte. Auch mit einem Entzug von 225 Millionen Pfund hätte man den Wirtschaftsprozeß Englands völlig lähmen können, wenn man die Finanzpolitik auf dieses Ziel abgestellt hätte. Woraus folgt, daß auch ohne Verringerung der Gesamtsumme der Belastung und durch verhältnismäßig ganz geringe Verschiebungen derselben sehr Erhebliches erreicht, unter Umständen der Volkswirtschaft über einen toten Punkt hinweggeholfen und eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs eingeleitet werden kann, in welcher Steigerungen des Geldlohns *möglich werden*, Steigerungen des Reallohns aber *notwendig eintreten müssen*, gleichgültig ob das jemand will oder nicht.

Möglichkeiten der Finanzreform

Das *kann* also und das *muß* daher die Finanzreform leisten, über welche heute diskutiert wird. Nur deshalb ist sie überhaupt nötig. Nur deshalb ist es keine annehmbare Alternative, wenn man sich darauf verläßt, daß die Ersparnis, die der Youngplan bringt, hoffentlich das Gleichgewicht im Reichshaushalt herstellen wird. Und um das Ziel zu erreichen, ist nicht etwa notwendig, daß die öffentlichen Auslagen um jenen Betrag reduziert werden, um den die jährliche Reservierung steigen muß, wenn unsere wirtschaftlichen Übel verschwinden sollen. Es ist auch nicht einmal notwendig, daß die Umschichtung der Last so weit geht, daß die dadurch unmittelbar freiwerdende Summe groß genug sei, um den *Zinsfuß* zu senken – was an sich das entscheidende Kriterium ist, denn der abnormale Zinsfuß ist nicht nur die Ursache, sondern in noch höherem Maß das Symptom jener Übel. *Nur daß man das eine oder das andere glaubt, erklärt es, daß man bei uns den Möglichkeiten, die eine Finanzreform eröffnen kann, so skeptisch und so gleichgültig gegenübersteht.* Aber wie schon die Summe von Reservierungen, um die es sich handelt, verhältnismäßig gering ist, weil, wie bei anderen Waren auch, ein relativ geringer Zusatz sehr viel ausmachen und den Preis, hier also den Zins, erheblich senken kann und weil daher schon eine Milliarde etwas ist und zwei Milliarden viel – so handelt es sich außerdem gar nicht darum, daß die öffentlichen Haushalte auf eine solche Summe verzichten, nicht einmal darum, daß eine Summe von dieser Größenordnung völlig freigelassen wird, *sondern es genügt, wenn an den richtigen Stellen der Volkswirtschaft eine solche Entlastung eintritt, daß die Steuerzahlung aufhört, das beherrschende Faktum zu sein:* Dann wird ausreichend reserviert und das Reserverte nahezu ganz im Inland investiert werden und ein das Vielfache der Entlastung ausmachender Erfolg zu erwarten sein. Das Moment der »*Kapitalauswanderung*« darf dabei weder unter– noch überschätzt werden. An sich ist weder offene noch heimliche Kapitalauswanderung ein Unglück – war sie doch eine der Grundlagen, auf denen sich die Weltstellung Englands entwickelte, und ist ohne sie, mindestens in der Form langfristiger Stundung von Kaufpreisen, doch eine Position im Welthandel weder aufzubauen noch aufrechtzuerhalten, eben deshalb auch der Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft eines Landes davon abhängig. Aber das setzt voraus, daß die Abdisponierung von Guthaben in das Ausland die preissenkende Wirkung, die sie an sich haben müßte, auch tatsächlich haben kann. Können die Preise nicht nachgeben, weil die wichtigsten Kostenposten politisch fixiert sind, dann muß es einerseits Verlustproduktion und andererseits Paniknachfrage nach ausländischem Kapital geben, wobei schon die Nachfrage nach relativ geringen Summen den Zinsfuß wesentlich heben kann. Etwas Ähnliches geht höchstwahrscheinlich bei uns und in England vor sich, und soweit das der Fall ist, richtet in beiden Ländern die Finanzpolitik ganz unverhältnismäßigen Schaden an: Die Situation kommt insoweit auf ein finanzpolitisch erzwungenes Überlassen flüssiger Mittel zu niedrigem und Hereinnehmen flüssiger Mittel zu hohem Zinsfuß hinaus – ein Sachverhalt, der als Illustration der Folgen antikapitalistischer Politik eine peinliche Ähnlichkeit hat mit jenem

anderen, daß die Finanzverwaltung des Reiches nach einem Jahrzehnt solcher Politik eine Anleihe bescheidenen Umfangs mit Privilegien ausstatten mußte – und das ohne Erfolg –, die kein »bürgerlicher« Finanzminister bei uns je in Erwägung gezogen hat¹. Mit solcher Desorganisation des wirtschaftlichen Verhaltens muß so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden. Doch ist dieser Punkt, wenngleich wichtig, nicht der entscheidende.

Einkommen– oder Verbrauchsbesteuerung?

Die Anforderungen, die von dem gewonnenen Standpunkt aus an eine Finanzreform zu stellen sind und von deren Erfüllung das Verschwinden der depressiven Symptome unseres Wirtschaftslebens zu erwarten ist, kann wenigstens ich nicht besser formulieren, als es der den Lesern dieser Zeitschrift bekannte Plan Gustav Stolpers getan hat. Uns interessiert hier nur ein Aspekt davon, so daß wir manche Punkte, wie z. B. das Problem des Finanzausgleichs und den Umbau der Umsatz- und Hauszinssteuer, den ich gleichfalls für wünschenswert halte, nicht zu berühren brauchen. Auch auf Nebenpunkte, wie die Aufhebung der Rentenbankbelastung und die Kompensation der Aufhebung der Industriebelastung durch eine Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer oder die offenbar zweckmäßige Aufhebung der Körperschaftssteuer für reine Holdinggesellschaften und der Kapitalertragssteuer, gehe ich nicht ein. Die beiden letzteren Maßregeln sind übrigens gute Beispiele jener großen Kategorie von kleinen Vergünstigungen, von denen erhebliche Wirkungen erwartet werden könnten, freilich nur, wenn man sie nicht für Fußangeln hält und unsere Politiker nicht messerwetzend um jede etwa zurückwandernde Holding herumstehen.

Das Wesentliche ist *finanzpolitisch*: daß der Finanzplan nicht davon abhängt, daß die öffentlichen Ausgaben wesentlich reduziert würden. Denn dann wäre er ein schöner Traum. Stolper akzeptiert die Ausgaben so, wie sie sind und sich vermutlich gestalten werden, und versucht nur – Vorschlag 14 und 15 –, künftige Ausgabensteigerungen zu erschweren und künftige Überschüsse der Konsolidierung der Finanzlage des Reichs, weiteren Steuersenkungen und Konzessionen an Inflations- und Liquidationsgeschädigte vorzubehalten. Der Finanzplan darf ferner nicht ungesund sein, d. h. nicht die Gefahr eines Defizits heraufbeschwören. Daher die Notwendigkeit einer großen neuen Einnahmequelle: des Tabakmonopols. Da Stolper übrigens den Alkoholkonsum nur mit 400 Millionen mehr belasten will, so hat er da eine Reserve, die jeder denkbaren erwartungswidrig ungünstigen Gestaltung seiner übrigen Posten gewachsen ist.

Für das, was *wirtschaftspolitisch* wesentlich ist, leistet der Plan: Erstens die Senkung der Einkommensteuer in den obersten Stufen² und die Aufhebung der Gewerbeertrags- und

¹ Es ist ja tragikomisch: Unsere kapitalfeindliche Einstellung hat in dieser Richtung einen Sachverhalt geschaffen, wie rücksichtsloses Eigeninteresse des »Kapitals« sich ihn nicht anders wünschen könnte – einen Zinsfuß, wie ihn sonst nur ein Weltkartell des Kapitals anstellen würde. Im Grund ist jetzt kapitalfreundliche Politik kapitalfeindlich und kapitalfeindliche kapitalfreundlich. Die Wirtschaftsgeschichte kennt noch mehr solcher Paradoxien.

² Die Größe der Entlastung durch diese Senkung ist natürlich durchaus abhängig vom »Auseinanderziehen« der mittleren Stufen. Stolper schätzt sie auf 350 Millionen und scheint sie ungefähr auf der Hälfte der den untersten

Gewerbekapitalsteuer. Das sind vom Standpunkt unseres Kriteriums in der Tat die beiden wesentlichen Punkte, im Grund ein und derselbe Punkt, weil die Gewerbeertragssteuer sich zu einer Sondereinkommensteuer auswächst. Ich glaube persönlich, daß sich der Finanzpolitiker der Zukunft wird mit dem Gedanken abfinden müssen, daß die Einkommensteuer, die in der Zeit der Konkurrenzwirtschaft und der niedrigen Steuersätze wirklich als die vollkommenste Steuerform bezeichnet werden konnte, an die Voraussetzungen jener Zeit geknüpft ist und *nach und nach aufhört, ein gutes Werkzeug des finanzpolitischen Arsenal zu sein*. Doch während der langen Zeit, die es brauchen wird, ehe man das einsieht, bietet sich eine Alternative zu dem Vorschlag der bloßen schematischen Senkung dar, die den Vorteil hat, den Zweck der Maßregel reiner zu verkörpern und die man nicht einfach mit dem Argument erledigen sollte, daß sie »technisch unmöglich« sei: *Die Steuerfreiheit des nicht konsumierten Einkommens*. Da die Nachprüfung der Angemessenheit der Abschreibung nicht für unmöglich gehalten wird, kann auch die Feststellung der Neuinvestierung oder sonstiger Reservierung nicht unmöglich sein. Ernste Schwierigkeiten ergeben sich nur bei jenem Teil der Bauernschaft und des Handwerks, der keine ordentlichen Bücher führt und selbst nicht weiß, wie er steht.

Wird auf diese Weise die Neubildung von Kapital erleichtert und die Ausführprämie auf Kapital, die heute besteht, verringert, so wird die Wirksamkeit dieser Maßregel – zweitens – erhöht durch einen »Zoll« auf den Teil des Einkommensstroms, der in den heute zwischen 5 und 6 Milliarden starken *Tabak- und Alkoholfonds* fließt. Ich will die besonderen Gründe, die für eine stärkere Belastung dieser Objekte sprechen, nicht wiederholen, sondern nur hervorheben, daß abgesehen davon, daß ihre stärkere Belastung eine Voraussetzung der Entlastung der Reservierungen ist, von einer Verteuerung gerade dieser Artikel eine Stärkung des Sparsinns der Bevölkerung erwartet werden kann.

In der Alkoholbesteuerung geht Stolper den Weg *gemeindlicher Getränkesteuern*. Der Frage der staatsfinanziellen Ausnützung des Tabaks aber gilt der Kern seiner Arbeit – dem sorgfältig ausgearbeiteten Plan eines *Tabakmonopols*¹. Uns interessiert daran von unserem Standpunkt – drittens – lediglich die Ersparung von Volkskraft, welche das Monopol namentlich im Verteilungsapparat erzielen würde und welche mittelbar weitere Möglichkeiten volkswirtschaftlicher Reservierung schafft. Aus diesem Titel gehört auch die Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze in unsern Zusammenhang, die uns von so viel unproduktiver Arbeit befreien würde.²

Nicht nur dieser letztere Posten, auch andere in unserer Liste sind schwer zu schätzen. Und wieviel tüchtiger einer wird und um wieviel mehr er spart, wenn er weniger trinkt, dafür gibt es

Einkommensstufen zugeordneten Entlastung halten zu wollen, von der sicher nur ein kleiner Teil die Sparsumme Deutschlands stärken wird. Deshalb ist es wichtig, den Leser wieder an unser Gleichnis vom Zoll zu erinnern. 350 Millionen »Entlastung« können leicht mehr als eine Milliarde »Kapitalbildung« bedeuten.

¹ Aber eine andre solche *Sparmöglichkeit* wird nicht ausgenützt – jene nämlich, die durch das *Einbauen der Vermögenssteuer in die Einkommensteuer* und durch ihre Verwandlung in einen Zuschlag zur Steuer des Einkommens aus Vermögen gegeben wäre.

² Aber eine andre solche *Sparmöglichkeit* wird nicht ausgenützt – jene nämlich, die durch das *Einbauen der Vermögenssteuer in die Einkommensteuer* und durch ihre Verwandlung in einen Zuschlag zur Steuer des Einkommens aus Vermögen gegeben wäre.

keine Statistik. Auch nicht über die Summe, welche jährlich auswandert. Und dem gründlich »vergrämen« Wild in den obersten Einkommenstufen gegenüber hängt die Wirksamkeit einer Entlastung durchaus davon ab, daß sie drastisch und verläßlich sei und wirklich Beruhigung verbreite, was zu verhindern das heiße Bemühen vieler Leute ist. Aber erinnern wir uns daran, daß die Summe, welche diese Finanzpolitik dem deutschen Produktionsprozeß erobern will, gar nicht so groß zu sein braucht. Um 900 000 Arbeitslose aufzunehmen, reichen zur Not auch *zwei Milliarden* zusätzlicher Reservierung aus und zu erheblicher Senkung des Zinsfußes auch. Ein Plus von dieser Größenordnung könnte aber als Wirkung der Durchführung dieses Planes vernünftigerweise erwartet werden.

Halbe oder ganze Reform?

Was sind die Alternativen? Nun, zunächst nichts tun –, dann werden die Dinge immer schlimmer werden, so schlimm vielleicht, daß die soziale Ordnung von der einen oder der anderen Seite her gefährdet werden kann und letzten Endes viel größere Schritte in der unserer öffentlichen Meinung so unsympathischen Richtung werden getan werden müssen. Oder aber – keine Entlastung von unpopulären Schultern, sondern im Gegenteil weitere Steuererhöhungen und staatliche Reservierung des Ertrags, verbunden mit einem Strafkodex gegen »Kapitalflucht«. Wer diesen Weg für praktisch aussichtsreich hält, verdient Bewunderung, aber nicht Diskussion. Abgesehen davon aber kommt man weder um die Entlastung der größeren Einkommen und Erträge, noch um die höhere Verbrauchsbelastung *herum* – und, versucht man Einzelheiten des Planes durch andere zu ersetzen, immer wieder auf diesen *zurück*.

Wie wenig Raum die finanzielle und wirtschaftliche Lage für Meinungsverschiedenheiten zwischen Fachleuten läßt, das zeigen die Umriss des Reformplans – leider nicht der Regierung, sondern nur – der Finanzverwaltung, die der Öffentlichkeit jüngst bekannt geworden sind. Man muß sie dankbar begrüßen. Was immer für innere Gefahren die materielle Entwicklung Deutschlands bedrohen mögen, mangelnde Einsicht der führenden Männer des Reichsfinanzministeriums ist sicher nicht darunter. Die Diagnose der Wirtschaftslage, auf der die Vorschläge beruhen, ist einwandfrei. Aber sie stellen gegenüber dem oben erörterten Plan kaum eine neue Alternative dar. Sie streben demselben Ziel mit wesentlich denselben Mitteln zu – sie greifen nur weniger stark durch. Der wichtigste Unterschied liegt im Fehlen des Tabakmonopols. Der Ausfall dieser 600 Millionen erklärt das Übrige, vor allem das Zaudern gegenüber der Gewerbesteuer, das Suchen nach Auskunftsmitteln wie den Verwaltungskostenbeiträgen – gegen die an sich gewiß nichts einzuwenden ist, von denen aber kaum Erhebliches erwartet werden kann –, die Vorsicht in der Frage der Finanzautonomie der Gemeinden. In der Tat ist ohne das Tabakmonopol Vorsicht nach jeder Richtung sehr am Platz und die Gefahr eines Defizits in unmittelbarer Nähe. Aber eben diese Vorsicht schwächt den Plan auch wirtschaftspolitisch. Keine der drei Wirkungen auf die Kapitalbildung, welche wir oben unterschieden haben, wird er voll in Bewegung bringen, am meisten noch die erste, deren Hauptposten die Herabsetzung der

Einkommensteuer in den obersten Stufen ist, weniger die zweite, da nur an eine Erfassung der Getränke gedacht ist, fast gar nicht die dritte. Wobei noch zu beachten ist, daß in diesem Fall ein *kleines* Minus an Konzession ein sehr *großes* Minus an Effekt bedeuten kann.

Und außerdem ist jeder bescheidene Plan in Reichstag und Öffentlichkeit viel schwerer durchzusetzen als der Stolpers in seinem ganzen Umfang. Ich denke dabei nicht an Einzelpunkte, wie z. B. die Schwierigkeit, die Biersteuer gleichzeitig mit der Wiedereinführung der gemeindlichen Getränkesteuern zu erhöhen oder an den Umstand, daß dem Plan, so wie er steht, der Beifall der städtischen Autonomisten fehlen muß, sondern einfach daran, daß es immer schwerer ist, eine bescheidene Maßregel durchzusetzen, an der schließlich niemand sehr liegen kann, als eine, die ganze Arbeit tut und die Faszination politischer Kühnheit hat. Das berühmte »politisch unmöglich« wird auf alle Fälle zunächst zu hören sein, weil das stets die erste Reaktion eines politischen Körpers ist. Aber für das Weitere ist es sehr entscheidend, ob man bloß Material hat für ein vernünftiges Referat oder für eine Budgetrede, welche Brennpunkt des politischen Lebens sein und finanzpolitische Meinung schaffen kann.

Joseph Schumpeter

Ökonomie und Soziologie der Einkommensteuer¹

I.

Deutschland erwartet eine Finanzreform und zwar eine Finanzreform besonderer Art: Nicht eine von jener häufigsten Art, deren Zweck und Sinn es ist, einer Notlage der öffentlichen Haushalte zu steuern – denn wenngleich eine solche Notlage leider vorliegt und die kommende Finanzreform unvermeidlich unter ihrem Druck stehen muß, so liegt der Kern der Sache doch anderswo. Auch nicht eine von jener nächsthäufigen Art, bei denen es sich darum handelt, ethische Steuerideale durchzusetzen oder die Steuertechnik zu vervollkommen – an sozialem Geist und an technischer Vollkommenheit fehlt es bei uns nicht, und die Forderung nach einem Mehr von diesen Dingen, die ja nie verstummt, löst wenig Widerhall aus. Sondern eine Reform jener seltensten Art, von der Art der englischen Reformen von 1842 oder 1853, eine Reform nach Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, eine Reform, welche Therapie der Volkswirtschaft sein und eine lange Reihe von Übeln, in deren Zentrum den abnormal hohen Zinsfuß, lindern soll. Unter dem lebendigen Eindruck der Not, die weite Kreise an dem Wert antikapitalistischer Errungenschaften zweifeln läßt, scheint eine überwältigende Majorität des Deutschen Volkes bereit, eine Reform dieser Art zu verlangen oder doch hinzunehmen. Sie mag politisch mißlingen. Verkündet man Grundsätze, überantwortet man diese schutzlos der öffentlichen Erörterung, läßt man Gegnerschaften grundsätzlicher Art Zeit den Feldzug zu organisieren, Gegnerschaften gegen Einzelheiten Zeit sich festzulegen, so wird die Wahrscheinlichkeit eines Sieges immer geringer. Hoffentlich irre ich, wenn ich sage, daß keiner der großen parlamentarischen Gladiatoren der englischen Finanzgeschichte, keiner der Männer, deren Budgetreden über die Jahrhunderte strahlen, jetzt noch imstande wäre in unserem Fall ganze Arbeit zu tun. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unsere fachliche und öffentliche Meinung auch in Kreisen, von denen man es nicht vermuten sollte, durchaus bereit ist einen großen Schritt in der notwendigen Richtung zu machen. Und zwar auch in dem heikelsten Punkt, der zugleich einer der wichtigsten ist, in der Frage der Milderung der Einkommensteuer und ihrer Progression. Ich glaube eine nahezu allgemeine Überzeugung in dem Satz zusammenfassen zu können: Die Einkommensteuer ist unser schönstes und bestes finanzpolitisches Instrument, das Rückgrat unseres – und jedes kultivierten – Steuersystems, aber wir haben ihm zuviel zugemutet und müssen es für die nächste Zeit etwas entlasten.

Warum diese Entlastung unvermeidlich ist, scheint mir in der öffentlichen Erörterung und besonders in dieser Zeitschrift schon so klargemacht worden zu sein, daß ich jetzt nicht auf den Kausalzusammenhang einzugehen brauche: Keine Erholung der Wirtschaft ohne Sinken des

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 4, 1929/1930, S. 380-385; d. H.

langfristigen Zinsfußes, kein Sinken des langfristigen Zinsfußes bei diesen Steuersätzen. Nur möchte ich noch einmal das Argument zusammenfassen, das für eine besondere Methode der Entlastung spricht, für den Übergang zur »Verbrauchseinkommensteuer«. Sinn und Recht der Forderung nach Entlastung liegt in dem Moment der »Kapitalbildung« beschlossen. Die Lebenswichtigkeit dieses letzteren in der heutigen Lage Deutschlands kann niemand leugnen, ohne alsbald eines Gedankenfehlers überführt zu werden. Aber man kann leugnen und leugnet tatsächlich mitunter, daß die Herabsetzung der Einkommensteuer in ihren höheren und höchsten Stufen ipso facto Förderung der Kapitalbildung bedeute, und sowie man daran auch nur zweifelt, muß die Maßregel weiten Kreisen als ein Geschenk an reiche Leute erscheinen. Läßt man hingegen den gesparten Einkommensteil steuerfrei und im Übrigen alles beim Alten¹, so ist jeder solche Zweifel ausgeschlossen. Was nicht tatsächlich erspart wird, bleibt besteuert wie bisher, und wenn es wahr ist, sei es, daß in den oberen Einkommenschichten weniger gespart wird als die meisten Nationalökonomten glauben², sei es daß die Steuerfreiheit der Rücklagen unvernünftig ist, die Leute zu erhöhtem Sparen zu veranlassen – nun gut, dann wird eben auch keine erhebliche Entlastung folgen. Das ist sachlich in Ordnung und bringt den, gar nicht hoch genug einzuschätzenden Vorteil, daß der volkswirtschaftliche, keinem einzelnen Klasseninteresse dienende Zweck der Reform klar vor jedermanns Auge steht. Sachlich richtig ist der Übergang zur Verbrauchseinkommensteuer aber auch aus zwei anderen Gründen: Erstens ist die Besteuerung der Rücklage ein technischer Fehler, nämlich eine Doppelbesteuerung. Was der Sparer von dem gesparten Einkommensteil hat, ist der Ertrag aus seiner Investition. Dieser Ertrag wird nun durch die herrschende Praxis zweimal geschmälert. Zuerst dadurch, daß die auf die Sparsumme entfallende Einkommensteuer den Ertrag kleiner macht als er sonst wäre und sodann dadurch, daß von diesem also durch die Einkommensteuer schon verringerten Betrag nochmals Einkommensteuer zu zahlen ist. Zweitens widerstreitet die Besteuerung der Rücklagen dem Grundgedanken der Einkommensteuer. Denn ihrem Sinn nach ist sie eine Steuer aus dem Konsumtionsfonds und jedermann sieht ein, daß das ganze Argument für die Einkommensteuer zusammenbricht, wenn sie aus der Kapitalsubstanz bezahlt wird. Dann ist es aber nicht weniger widersinnig, wenn sie zwar nicht aus *vorhandenem*, wohl aber aus *werdendem* Kapital gezahlt werden muß. Jeder Gesichtspunkt, der gegen das Erstere spricht, spricht auch gegen das Letztere: Nur die Verbrauchseinkommensteuer ist echte Einkommensteuer. Die technische Schwierigkeit, die sich ergibt, sobald Rücklagen als abzugsfähig erklärt werden, ist groß, aber nicht annähernd so groß, wie behauptet wird – nämlich von ganz denselben Dimensionen wie die anderen Schwierigkeiten der Einkommensteuerveranlagung auch. Von den freien Berufen und der Arbeiterschaft müßte der Nachweis der Investition gefordert werden, der in 99 unter 100 Fällen ohne Mühe und Zeitverlust (Sparkonto, Depotverzeichnis usw.) zu erbringen

¹ Eine etwas andere Form desselben Grundgedankens wurde von Dr. *Grau* im D. V. Nr. 8 vom 22. Nov. vertreten.

² Es ist sogar versucht worden, statistisch zu zeigen, daß heute und bei uns gerade die mittleren und kleineren Einkommen die Hauptquelle des Sparens seien – nur daß dabei unterlassen wurde, den naheliegenden Schluß zu ziehen, daß diese Quelle unzulänglich sei.

ist. Der Fall der Investition im eigenen Betrieb liegt nicht nur nicht anders als der Fall der Abschreibungen, sondern sehr erhebliche Kraftersparnis für alle Beteiligten würde sich sogar daraus ergeben, daß der Kampf um die Abschreibung, soweit die Einkommensteuer in Betracht kommt, ebenso aufhören könnte wie die Jagd nach verborgenen Investitionen zum Teil überflüssig und zum Teil erleichtert würde, weil jede Neuinvestition von selbst das Finanzamt aufsuchen würde.

Aber gewiß ist auch von bloßer Herabsetzung der Steuersätze eine Entspannung des Kapitalmarkts, eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und eine Belebung des wirtschaftlichen Lebens überhaupt zu erwarten und zwar viel schneller als man glaubt, weil die Wirtschaft künftige Wirkungen zu antizipieren pflegt. Freilich nur, wenn die Senkung erheblich ist. Eine unmerkliche Senkung von der Art, wie sie z. B. die *lex Brüning* den Arbeitern gebracht hat, ist viel schlimmer als keine. Denn ihre wohltätigen Wirkungen fallen in das Reich des »unendlich Kleinen« und der Verlust für die Reichsfinanzen ist gleichwohl erheblich. Allein die Not der Zeit wird vielleicht bewirken, was die Voraussage dieser Not nicht bewirken konnte, und die Einkommensteuer wird wiederum erträglich werden. Aber ist sie denn wirklich das beste und schönste Instrument der Finanzpolitik für alle Zeiten und Orte? Diese Frage hat zwar keine unmittelbare praktische Bedeutung, denn die Abschaffung der Einkommensteuer steht nicht zur Diskussion und ihre Beibehaltung ist wohl für eine ebenso große Majorität von Fachleuten eine Selbstverständlichkeit wie ihre Senkung. Trotzdem will ich den Umstand, daß diese Zeilen den Leser in Tagen der Ruhe erreichen, dazu benützen, um diese Frage zu stellen, weil das Paradoxon von heute ja oft der Gemeinplatz von morgen ist.

II.

Einkommensteuern und einkommensteuerähnliche Auflagen findet man weit zurück in der Finanzgeschichte besonders dann, wenn man der Ansicht ist, daß manche primitive Steuerformen der Idee nach nichts anderes waren. Aber die moderne Rolle der Einkommensteuer beginnt in England nur erst 1798, in welchem Jahr sie der jüngere Pitt beschließen ließ als letztes Mittel in nationaler Not, als höchste Leistung finanzpolitischen Patriotismus, als schwerste Probe seiner parlamentarischen Macht. Als diese Steuer – es handelte sich um 10% – 1816 wieder abgeschafft wurde, beantragte Brougham alle darauf bezüglichen Akten zu vernichten und so diese finanzpolitische Hydra symbolisch auf ewig zu bannen. Erst 1842 wurde sie wieder aus ihrer Höhle gerufen – von Peel¹ – diesmal, um den Ausfall zu decken, den der Abbau der Zölle für den Staatsschatz haben mußte. Und fortan blieb sie. Freilich hatte sie Peel nur als temporäre Maßregel eingeführt, freilich blieb ihre Aufhebung ein Programmpunkt der englischen Finanzpolitik bis 1874 – und vor den Wahlen dieses Jahres war Gladstone nahe daran, damit Ernst zu

¹ Ebenso wie der Freihandel ist also die Einkommensteuer was die politische Durchsetzung anlangt, auf das konservative Konto zu setzen, freilich auf das Konto eines Konservativismus, der mit dem, was bei uns so hieß und heißt, recht wenig zu tun hat.

machen. Aber der ungeliebte Gast blieb in England und bereiste auch den Kontinent, wo im Lauf des 19. Jahrhunderts die Einkommensteuer zuerst in ihrer englischen Form vielfach nachgeahmt wurde und in der preußischen Finanzreform von 1892 eine neue Form erhielt, die ihr Wesen vollkommener zum Ausdruck brachte und in den Einkommensteuergesetzen Österreichs und der Deutschen Länder ihrerseits nachgeahmt, in manchen Punkten übertroffen wurde. Die weiteren Marksteine am großen Siegesweg waren dann die englische Supertax, welche das liberale Regime der Vorkriegszeit auf das alte System der englischen Einkommensteuer pflanzte, die amerikanische Einkommensteuer Wilsons 1913 und schließlich die französische, die historisch an den Namen Caillaux' geknüpft ist.

Kein besseres Beispiel gibt es für die alte Wahrheit, daß die Personen und Chöre, die im Drama der Geschichte auftreten, fast nie verstehen und noch weniger wollen, was tatsächlich geschieht und über alle Köpfe hinweg von der unerbittlichen Logik der Dinge durchgesetzt wird. Bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts, manchenorts noch länger, hat sich das Bürgertum gegen die Einkommensteuer gewehrt. Und doch haben Regierungen, die auf den Schultern dieses Bürgertums standen, zur Einkommensteuer greifen müssen, solange bis die betroffene Schicht selbst sich mit der Steuer abzufinden und sie sogar nach und nach zu schätzen begann. Sowohl jener Siegeszug der Einkommensteuer selbst als auch der Wandel der Anschauungen über sie – ein Wandel der weder durch Finanznot noch durch politischen Druck zu erklären sein kann: Denn die Einkommensteuer siegte gerade in der Zeit blühender Finanzen und in der Zeit des bürgerlichen Staates – ist für den rückschauenden Beobachter leicht verständlich: Die Einkommensteuer, welcher das 19. Jahrhundert Komplimente sagte wie keiner anderen, welche es als »Edelsteuer«, als »ideale« Steuer – welche berufen wäre die einzige zu sein – als schönste Blüte der »Steuerkultur«, als »höchste Errungenschaft« der Steuertechnik und der Steuergerechtigkeit bezeichnete, *diese Einkommensteuer war einfach die Steuer des bürgerlichen Liberalismus*. Sie entsprach der bürgerlichen Mentalität. Sie war der Produktionsform der bürgerlichen Fabrik und der Lebensform des bürgerlichen Hauses angepaßt. Sie war geeignet, den Staat zu finanzieren, wie ihn der Bürger haben wollte. Und sie war der finanzpolitische Ausdruck nicht aller, aber der höchsten und besten wirtschaftspolitischen Grundsätze der liberalen Epoche.

Das werden wir sofort einsehen, wenn wir die wichtigsten der Tugenden näher betrachten, die der Einkommensteuer nachgerühmt werden. Während das Chaos von Einzelsteuern, welches man euphemistisch Steuersystem zu nennen liebt, eine so unübersehbare Reihe von Wirkungen auslöst, daß nie verläßlich festgestellt werden kann, wer – und in welchem Maß jeder Einzelne – schließlich die Steuerlast trägt, zeigt uns die Einkommensteuerveranlagung scheinbar auf den ersten Blick das richtige Bild. Gleichheit der Leistung unter gleichen Umständen, Abgestuftheit der Leistung nach dem wirklichen Willen des Gesetzgebers, Angreifen der Steuerforderung an einem wirklich verfügbaren Fonds, Vermeidung wirtschaftlicher Lebensgefahr für den Zensiten. Anpassung an das, was er zahlen kann, eben deshalb große Elastizität – alles das scheint

die Einkommensteuer zu garantieren wie keine andere. Dazu kommt, daß sie namentlich im Gegensatz zu indirekten Steuern Produktionsrichtung, Produktionsmenge und Produktionsmethode nicht verändert. Endlich auch, daß sie, wiederum namentlich im Gegensatz zu den indirekten Steuern, abgesehen von den Erhebungskosten, welche in der Ideologie der Einkommenssteuer als unbedeutend erscheinen, dem Steuerpflichtigen nichts nimmt, was sie nicht dem Staate gibt: Eine Steuer zum Beispiel auf den Wohnraum nimmt dem Steuerpflichtigen zwei Dinge, nämlich die Steuersumme, die er direkt oder indirekt in einem höheren Mietpreis zu entrichten hat, und außerdem jenen Teil des Wohnraums, um welchen er infolge der Steuer seine Wohnung reduziert – ein Opfer der letzteren Art fehlt bei der Einkommensteuer.

Keines dieser Argumente ist streng und allgemein richtig. Und zwar kommt das vor allem daher, daß auch die Einkommensteuer den Wirkungen eines Steuerüberwälzungs- und Steuervermeidungs-, allerdings auch Steuereinholungsprozesses unterliegt. Sie ist weniger überwälzbar als eine Sondersteuer, eben weil sie allgemein ist – eine Eigenschaft, die sie aber mit allen allgemeinen Steuern, so z.B. auch mit einer allgemeinen Umsatzsteuer, teilt. Allein das ist alles. Im übrigen ist sie nichts anderes als ein System von Steuern auf die Erträge jener Produktionsmittel, deren Verwertung das Einkommen eines Jeden schafft – für den Arbeiter, sei er nun Steineklöpfer oder Tenor, ist sie eine Lohnsteuer, für den Kapitalisten eine Steuer auf die Kapitalrente usw. Jedes dieser Produktionsmittel und jede Art und Qualität jedes Produktionsmittels verhält sich im Prozeß der Preisbildung, hier also der Einkommensbildung, verschieden und hat mitunter überhaupt keine, mitunter nahezu vollständige Überwälzungsmöglichkeit. Juristisch kann das durch Verbot oder Statuierung der Ungültigkeit von ausdrücklichen Vertragsbestimmungen dieses Zweckes ausgeschlossen werden, ökonomisch ist das ganz wirkungslos. Ein Weg der Überwälzung geht über verringerte Kapitalbildung – unsere Wirtschaftslage ist eine Schulbeispiel – der andere führt durch das Dickicht des Preiskampfes. Der ökonomisch gebildete Reformator hat das – wenngleich grollend – immer einsehen müssen. Schon J. St. Mill hat eine ganz gereizte Seite darüber geschrieben, ob es denn wirklich unmöglich sein soll, den Reichen und ihn allein zu treffen. Gewiß ist das mitunter möglich, so wenn sein Einkommen aus einem Monopolgewinn stammt. Aber wenn man *das* will, darf man gerade nicht den Weg der Einkommensteuer wählen, welche der verschiedenen Natur der Einkommensquellen keine Rechnung trägt.

Wenngleich also die Lobrede auf die Einkommensteuer wie alle Lobreden mehr behaupten, als beweisen kann, so bleibt des Wahren immer noch genug, um uns ein Recht zu geben, in der Einkommensteuer die reinste – und technisch und juristisch schönste – Gestalt des Steuergedankens überhaupt und die beste Leistung und den Höhepunkt der Steuerkunst des liberalen Bürgertums zu sehen. Aber leider hat dieses Ideal seine historischen – ökonomischen und soziologischen – Grenzen.

Vor allem erfüllt die Einkommensteuer ihren Sinn vollständig nur in einer Wirtschaftswelt, die das Prinzip privaten Erwerbs auch moralisch und politisch mit allen Konsequenzen –

darunter der sich aus diesem Prinzip ergebenden Einkommensverteilung – anerkennt. Der Staat, der weder Produktionsform noch Lebensführung beeinflussen will, für den die Wirtschaft Privatsache ist, der grundsätzlich möglichst wenig regiert – das ist der Staat, für den es folgerichtig ist, sein Finanzsystem soweit technisch möglich auf eine Steuer zu basieren, die nur nach der Größe des individuellen Einkommens und weder nach dessen Quellen noch dessen Verwendung fragt und nicht nur kein Mittel der Wirtschaftspolitik, sondern geradezu die staatsfinanzielle Methode wirtschaftspolitischer Enthaltensamkeit, des *Antiinterventionismus* ist. Andernfalls sind fast immer andere Steuerformen sowohl zweckmäßiger wie ergiebiger, Steuerformen, die das Wirtschaftsleben formen wollen und hier bremsen und dort fördern. Automatische Goldwährung, Gewerbefreiheit im Innern, Freihandel im Außenverkehr mindestens dem Grundsatz nach – das sind die wirtschaftspolitischen Komplemente der Einkommensteuer in Reinkultur.

Die Einkommensteuer ist ferner die *typische* Grundlage des Steuerwesens der *Konkurrenzwirtschaft*, einer Wirtschaft also, in der jede Industrie normalerweise aus zahlreichen mittleren Unternehmungen besteht, die jede für sich das Einkommen ihrer Zugehörigen erarbeitet. Nur da ist es so zweifellos, daß das Einsammeln der Beiträge zu den Staatszwecken aus allen den vielen kleinen Quellen der technisch richtige Vorgang ist. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die Sache läge, wenn die ganze Volkswirtschaft in einem einzigen Riesentrust vereinigt wäre, in dessen Schoß das gesamte Volkseinkommen entspringen würde. Ware es nicht sinnlos, in einem solchen Fall diese Gesamtsumme erst in zahlreiche Kanäle absickern zu lassen, um den nötigen Betrag dann hinterher mit großem Aufwand wieder einzufangen?

Endlich aber kann die Einkommensteuer nur funktionieren, wie es ihrer Idee entspricht, wenn ihre Sätze als mäßig empfunden werden – was also, wenn sie einen erheblichen Teil der Staatseinnahmen bringen und für das Budget etwas bedeuten soll, heißt, daß die Staatsausgaben selbst *mäßig*, eben die Ausgaben des »Nachtwächterstaates« der liberalen Epoche sein müssen. Denn nur dann können die oben erwähnten Vorzüge der Einkommensteuer wenigstens in Annäherung zugebilligt werden: Eine Einkommensteuer, die so mäßig ist, daß sie weder das produktive noch das konsumtive Verhalten, noch die Spardispositionen der Leute wesentlich beeinflußt, wird eben deshalb keinen merklichen Überwälzungsprozeß auslösen und den Steuerzahler wirklich zum Steuerträger machen. Nimmt sie aber ein Fünftel, ein Viertel oder noch mehr des Einkommens in Anspruch, so ändert sie den ganzen Wirtschaftsmenschen und alles, was er tut. Dann wird sie zur Störungsursache des Wirtschaftsprozesses, zum Hebel allgemeiner Desorganisation, zur Quelle derselben Übel, welche ihre Einführung seinerzeit mildern sollte. Nur eine niedrige Einkommensteuer hat das moralische Bewußtsein der Steuerzahler auf ihrer Seite. Und gerade für diese Steuerart ist dieser Umstand wesentlich, weil der Verwaltungsaufwand nur dann in vernünftigen Grenzen bleiben kann, wenn den Leuten normalerweise auch ohne Nachprüfung im einzelnen geglaubt werden darf. Wird hingegen die Einkommensteuer zum größten Ausgabeposten, ihre Festsetzung zum wichtigsten Wirtschaftsakt des Jahres, hat der Zahler das

Gefühl, daß er beraubt wird und wird seine Psychologie die eines gejagten Wildes, so entsteht jene kräftelähmende und mittelvergeudende Situation, in der diese beste und humanste Steuer zur schlechtesten und inhumansten wird.

III.

Daß *diese Voraussetzungen gegenwärtig nicht erfüllt* und alle Wirkungen ihrer Nichterfüllung eingetreten sind, bedarf keines Wortes. Der entscheidende Punkt ist nun, daß das nicht die Folge einer temporären Notlage oder einer politischen Laune, sondern unentrinnbares Resultat der Veränderungen der sozialen Struktur ist. Man kann durch kleine Senkungen des Satzes, noch mehr durch besseren Rechtsschutz und verständigere Technik, hier und da mildern, was den Steuerzahlern am wenigsten erträglich scheint und *ihrem* Gefühl von Recht und Unrecht – denn für das Funktionieren der Steuer kommt es *darauf* an und nicht auf die Gerechtigkeitsideale irgend jemandes anderen – am meisten widerstreitet. Aber weder kann in dieser Richtung bei der sozialen Atmosphäre von heute soweit gegangen werden, wie es ökonomisch nötig wäre, noch würde in der Wirtschaftswelt von heute und von morgen die Einkommensteuer ihre alten Vorzüge gewinnen, selbst wenn man sie sagen wir auf die Hälfte herabsetzen könnte. Nie wieder wird das Prinzip privaten Erwerbs den moralischen Beifall der großen Mehrheit des Volkes haben, nie wieder der Antiinterventionismus und der billige Staat das Grundprinzip der Wirtschaftspolitik sein. Immer enger muß der Bezirk freier Konkurrenz und immer weiter der Bezirk der Kartelle, der Konzerne und der Unternehmungen der öffentlichen Hand werden, innerhalb dessen sich die Einkommensteuer aus der zweckmäßigsten in die unzweckmäßigste Steuer verwandelt. Dieses Argument gewinnt noch dadurch an Gewicht, daß der wichtigste Rest der freien Konkurrenz, dem Überleben für die nächste Zukunft vorausgesagt werden kann, der Ausschnitt der bäuerlichen Wirtschaft, von allem Anfang an kein geeignetes Objekt der Einkommensteuer war. Nur jener unvernünftigen Sucht nach Schematisierung, welche durchaus dieselben Rechtsregeln auf die Wirtschaft des Bauern und des Industriellen, auf das Rheinland und auf Hinterpommern anwenden mußte, ist es zuzuschreiben, daß man die Bauernwirtschaft überhaupt der Einkommensteuer unterwarf und dem Bauern damit Pflichten auferlegte, zu deren Erfüllung er selbst bei bestem Willen rein technisch ganz außerstande war. Außerhalb dieses Kreises aber paßt der Gedanke der Einkommensteuer heute, in der Zeit der Organisation auch der Mittelindustrie, im Grund nur mehr auf die freien Berufe. Nie wieder endlich kann die Einkommensteuer einerseits ihren Sätzen, andererseits der Verwendung ihres Ertrags nach so gestaltet werden, daß sie ihren Grundgedanken, den Grundgedanken der kontrollierten Selbstbesteuerung erfüllt¹. Das konnte sie nur im Staat der bürgerlichen Welt, nur damals, als der Bürger *seinen* Staat, den Staat der von ihm gebilligten Zwecke, mit seiner Steuerleistung finanzierte.

¹ In der Fachliteratur wird das zwar nie so scharf ausgesprochen. Wer sich aber die Mühe nimmt, nachzulesen, was die Finanzwissenschaft über die Einkommensteuer zu sagen weiß, der wird finden, daß bewußt oder unbewußt stets daran gedacht wird.

Sowie das nicht mehr der Fall ist, versinkt mit den moralischen Werten der Einkommensteuer auch die Möglichkeit überzeugter Mitarbeit der Pflichtigen, die vom Durchschnittsbürger willig geleistet wurde und nur gegen Abweichungen stichprobenmäßig geschützt zu werden brauchte, welche das moralische Bewußtsein der Mehrheit der Steuerzahler selbst mißbilligte. Das kann nie mehr so sein. In dem Augenblick, in welchem das soziale Ideal des Gesetzgebers ein anderes geworden ist als das des Steuerzahlers, wird die Steuer zu einer Korrektur der Einkommensverteilung, zu etwas, was soziologisch einer Strafzahlung verwandt ist und *grundsätzlich* die Tendenz haben muß, irgendwo auf 100% zu steigen. Ihr Ertrag dient dem Ausbau eines Staates, der sich seiner Natur nach gegen die bürgerliche Welt selbst wendet. Ihre Veranlagung wird zum Werkzeug sozialer Ranküne, welche die Steuereinquisition mit ihrer oft demütigenden Offenlegung kleinster Einzelheiten nicht bedauert, sondern begrüßt. Und gegenüber dem alten Vernunftargument für die Einkommensteuer erhebt sich die gigantische Absurdität, daß einerseits ein Kontroll- und andererseits ein Verteidigungsapparat notwendig wird, welcher grundsätzlich alle die Milliarden wirtschaftlicher Einzelakte in Produktion und Konsumtion, Geschäft und Privatleben, nachrechnen müßte. So ist es ja auch in der Praxis. Man lächelt oft über solche Vorkommnisse wie Verhandlungen darüber, an welchem Punkt die Reparatur einer Maschine aufhört Reparatur und anfangt Investition zu sein, ob ein Maler bestimmten Rangs vom Honorar für ein Bild, dessen Schöpfung eine Reise erforderte, den Fahrpreis zweiter Klasse oder nur den Fahrpreis dritter Klasse abziehen darf. Man hält dergleichen für fiskalische Aberrationen oder gar für das Verschulden einzelner Beamten. Aber mit Unrecht. Bei diesen Steuersätzen und diesem Geist der Gesetzgebung gehören solche Dinge zum Wesen der Sache und zu ordnungsmäßiger Pflichterfüllung, sind sie auch für den Steuerertrag gar nicht gleichgültig. Allein für jeden, der in der Steuerveranlagung etwas anderes sieht als einen geeigneten Kampfplatz zweier Welten und dem aller Kraftverlust und alle Desorganisation, die daraus folgt, nicht das reine Vergnügen ist, hat sich die Einkommensteuer als Instrument der Finanzpolitik damit ad absurdum geführt. Besser als sie wird direkter Griff auf die Erträge, und da auch schon verschiedene Behandlung derselben nach ihrer auch abgesehen von ihrer Größe verschiedenen Tragfähigkeit und volkswirtschaftlichen Bedeutung.

Natürlich wird deshalb die Einkommensteuer noch lange nicht verschwinden. Zu starke Kräfte, darunter auch festgewordene Fachmeinung, halten sie. Wie jede soziale Institution, so überlebt auch jede Steuer die Epoche ihrer ökonomischen und psychologischen Zweckmäßigkeit. Aber wie bei allen anderen sozialen Institutionen lebt auch im Steuersystem Unangepaßtes nicht ewig. Langsam unterwäscht es der Strom der Entwicklung. Und so wird auch die Einkommensteuer mit der Wirtschaftsform und der Mentalität verschwinden, deren steuerpolitisches Kind sie war.

Joseph Schumpeter

Wenn die Finanzreform mißlingt...¹

Vor wenigen Monaten noch schien Deutschland von der Notwendigkeit einer Finanzreform, eines Umbaus der Wirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden, überzeugt zu sein. Die große Mehrheit der Volksgenossen aller Klassen, Parteien und Interessengruppen schien bereit, volkswirtschaftlichen Rat anzunehmen, auch soweit er schlecht zu alten Programmen paßte, und sich entweder die Argumente zu eigen zu machen, auf denen jener Rat beruhte, oder doch die einfachen Schlagworte, in welche diese Argumente gefaßt wurden. Die Depression begann als Lehrer zu wirken, ähnlich wie Krankheit als Lehrer der Hygiene wirkt. Die Frage schien aus der Sphäre des Kampfes politischer Parteien in die Sphäre der Fachfragen hinüber zu wachsen, und im Wesen gleichgerichtete Stellungnahmen ließen sich aus allen Lagern zitieren. Allein der psychologische Augenblick ging vorüber, weil die auslösende Führerkraft fehlte – ein Beispiel dafür, daß, wenn jene Auffassung falsch ist, welche das historische Geschehen in der Persönlichkeit verankert, doch jene andere nicht weniger falsch ist, welche die Funktion der Persönlichkeit übersieht. Der Augenblick ging vorüber und alle Gruppen und Grüppchen fielen aus der fast schon geformten einheitlichen Front zurück in die alten Positionen, in die Zellen der verschiedenen Parteiideologien: Mit einem Seufzer der Erleichterung wurde die Enthüllung der Finanzlage des Reiches und der Gemeinden begrüßt, die eine so plausible Rückzugslinie eröffnete. Und nun sieht es so aus, wie wenn die Finanzreform entweder gar nicht versucht werden oder mißglücken sollte. In diesen Blättern sind die Tatsachen und Gedankengänge, welche eine Finanzreform bestimmter Art empfehlen, wiederholt dargelegt worden. Vielleicht ist es nicht ohne Interesse, einmal den umgekehrten Weg zu gehen und den Versuch zu machen, die Folgen abzuschätzen, die finanzpolitisches Versagen in der Lage Deutschlands haben kann. Vorher müßte freilich, um ganze Arbeit zu tun, zu jenen Gegenargumenten Stellung genommen werden, welche den Rückzug der Parteien decken und nachweisen sollen, daß eine Finanzreform überflüssig ist, und an der Wirtschaftslage nichts bessern kann. Um wenigstens etwas in dieser Richtung zu tun, sei dem Leser in den folgenden kleingedruckten Absätzen ein kurzer Führer durch diese Argumente vorgelegt, den er nach Gefallen überschlagen oder durchdenken mag.

Die Depressions-Diagnose

Meinungsverschiedenheiten über die Finanzreform knüpfen zunächst an Meinungsverschiedenheiten in der Diagnose der allgemeinen Wirtschaftslage und diese wiederum an Meinungsverschiedenheiten über die Deutung einzelner Symptome an. Daß »Depression« vorliegt, kann

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 4, 1929/1930, S. 695–699; d. H

nicht wohl geleugnet werden¹: Produktionsumfang, Preise, Einkommen, Arbeitslosigkeit usw. stimmen eindeutig überein. Natürlich ist auch die Ausfuhrsteigerung ein Depressionssymptom, was nicht betont zu werden brauchte, wenn sie nicht mitunter als Zeichen wirtschaftlicher Expansion und Gesundheit angeführt würde. Aus hier nicht zu wiederholenden Gründen wird diese Depression nun von den Vertretern einer therapeutischen Finanzreform nicht als normale Reaktion auf einen vorhergegangenen Aufschwung, sondern als Resultat zu radikaler »Abschöpfung« der Überschüsse von 1927, also zu großer Belastung der Wirtschaft gedeutet. Darauf kann nun entgegnet werden:

1. Die *Arbeitslosigkeit* sei kein Symptom wirtschaftlicher Bedrängnis, sondern die einfache Folge der hinter uns liegenden Rationalisierungsjahre. Aber *Rationalisierung* bewirkt an sich nur lokale und temporäre Arbeitslosigkeit, die, wie wir im Jahre 1927 sahen, sehr schnell zurückgeht. Ist das nicht so, dann ist auf das Vorliegen anderer Gründe zu schließen. Außerdem kann ein Teil unserer Rationalisierungen nicht als letzte Ursache der Arbeitslosigkeit aufgefaßt werden, weil er eine Reaktion der Wirtschaft auf Lohnhöhe und Steuerdruck darstellt, weil man also zum Teil auf diese letzteren hinweist, wenn man auf einen von ihnen unabhängigen Faktor hinzuweisen meint.²

2. Das Ansteigen der Ziffer der *Bankerotte* sei ebenfalls kein Depressionssymptom, sondern lediglich Resultat der Fortschritte des Konzentrationsprozesses und der Elimination lebensunfähiger Betriebe. Mit diesem Argument steht es ganz ähnlich: Natürlich fallen jeder Notlage zuerst die schwächsten Existenzen und Betriebe zum Opfer. Aber normalerweise stirbt das Ungeeignete fortlaufend ab. Massensterben hat nie bloß diese Ursache. Hinweise auf einzelne Fälle großer Rentabilität sind völlig irrelevant.

3. Unsere Übel lägen nicht an ungenügender Kapitalbildung, sondern an der »*Fehlleitung*« des Kapitals. Gewiß ist der Kapitalverlust durch privatwirtschaftlich verfehlte Investition sehr erheblich, er macht vielleicht über 25 % der heimischen Kapitalbildung seit der Stabilisierung aus. Nur fragt es sich, was das beweist. Stellt man dem Kapitalismus der Wirklichkeit eine – mit idealer Willenskraft und Voraussicht begabte sozialistische Wirtschaft – gegenüber, so mag daraus ein Argument für den Sozialismus folgen. Aber im Deutschland von heute, in welchem es nun einmal eine kredithungrige Landwirtschaft und eine ausgabenfreudige öffentliche Wirtschaft gibt³, in welchem ferner das Investitionsrisiko groß und die Kapitalverfügung durch steuerliche und sozialpolitische Bedrohung entscheidend beeinflusst ist, dürfte daraus nur folgen,

¹ Bis zum Herbst 1929 wurde das allerdings mitunter geleugnet. Doch dürfte sich heute ein Nachweis erübrigen.

² Es ist zu begrüßen, daß die Arbeiterschaft zum Bewußtsein der Bedeutung der Rationalisierungen erwacht ist. Aber wenn eine Wahrheit einmal erfaßt ist, so wird sie auch gleich übertrieben. Rationalisierungen, die lediglich Anpassungen an neue Lasten sind und ohne diese Lasten nicht rentabel wären, sind natürlich kein volkswirtschaftlicher Gewinn.

³ Freilich stilisiert die öffentliche Wirtschaft möglichst viele ihrer Ausgaben als produktiv oder als Schaffung von Realkapital. Aber in *diesem* Zusammenhang, d.h. im Zusammenhang mit dem abnormal hohen Zinsfuß, kann »Fehlleitung« nur bedeuten, daß den betreffenden Investitionen die privatwirtschaftliche Rentabilität fehlt. Und in *diesem* Sinn sind so gut wie alle Schuldaufnahmen der öffentlichen Hand Fehlleitungen, mögen sie noch so lobenswerten Zwecken dienen.

daß die Kapitalbildung desto größer sein müsse, wenn sie zur Finanzierung unserer Entwicklung ausreichen soll. Die Fehlleitungen in der Industrie aber haben sehr viel mit der Steuerpolitik zu tun.

4. Die Depression habe nichts mit Steuerpolitik zu tun, sondern sei lediglich durch die Abnahme des *Zustroms ausländischen Kapitals* verursacht, die ihrerseits teils an der temporären Zurückhaltung dieses Kapitals, teils an der Reichsbankpolitik liege. Den Praktikern, die sich jüngst zur gemeinsamen Sitzung der Spitzenkörperschaften der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften zusammenfanden, ist kaum zu verargen, daß sie über diesen Punkt denken wie andere Praktiker auch, vielmehr als Verdienst anzurechnen, daß sie sich über das Schlagwort der Ver knechtung des Arbeiters durch den ausländischen Kapitalisten hinwegsetzen. Aber der wissenschaftlich gebildete Volkswirt sollte nicht nur den Widerspruch erkennen, den dieses Argument bei gleichzeitiger Leugnung ungenügender Kapitalbildung impliziert, sondern auch noch etwas anderes: Während inländische Kapitalbildung Umdisponieren vorhandener Geldsummen bedeutet und daher auf das Preisniveau nicht wirkt, so bedeutet Kapitaleinfuhr, soferne das eingeführte Kapital im Inland ausgegeben wird, Inflation. Und findet es gar den Weg in Hände, welche wie die der Gemeinden sich bei seiner Verwendung nicht gerade streng an jene privatwirtschaftlichen Grundsätze halten, deren Befolgung die Rückzahlungspflicht gebietet, so heißt das eine Periode inflationistischer Scheinprosperität mit ernststen Gefahren erkaufen wollen.

5. Die Depression habe nichts mit Steuerpolitik zu tun, weil sie lediglich eine »gewöhnliche« sei, d.h. eine jener *regelmäßig wiederkehrenden Depressionsperioden*, die der normale Zyklus der kapitalistischen Entwicklung aufweist. Allein der normale Aufschwung reißt nicht nach einem Jahre ab. Nun können wir aber theoretisch voraussagen, daß er abreißen muß, wenn die Überschüsse, welche seinen Fortgang finanzieren, weggesteuert werden. Unser Steuersystem ist so angelegt, daß es sie größtenteils wegsteuert. Wirklich riß der Aufschwung, welcher dem Jahr 1926 folgte, nach ungefähr einem Jahre ab. Das genügte auch dann, um eine abnormale Depression anzunehmen, wenn es nicht eine Reihe anderer Symptome gäbe, die darauf hinweisen.

6. Das einzige wirkliche Übel sei die Arbeitslosigkeit. Und um diese zu heilen, genüge es die Arbeitsmöglichkeit zu »strecken«, indem man bei gleichem Lohn die *Arbeitszeit reduziert*. Aber es gibt keine absolute Arbeitsmöglichkeit, sondern nur Arbeitsmöglichkeit in bezug auf einen gegebenen Satz der Arbeitskosten pro Produkteinheit. Verfahrt man wie angedeutet, so steigt dieser Satz. Und die Arbeitsmöglichkeit schrumpft ein. Es kommt eine weitere Welle von nur dadurch erzwungener Rationalisierung und so immer weiter.

Die Skeptiker der Finanzpolitik

Man kann ferner die Tatsachen der Wirtschaftslage so sehen, wie ich sie sehe, jedoch meinen, daß steuerliche Entlastung nichts bessern könne, weil

1. was politisch durchsetzbar sei, wirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen könne: Mag sein. Und sicher ist es besser, gar nicht zu reformieren, als so wie nach dem Regierungsprogramm vom 11. Dezember reformiert werden sollte. Nur hat das nichts mit unserm Thema zu tun.

2. Weil die Forderung nach Lohnerhöhung unvermeidlich Folge steuerlicher Entlastung der oberen Schichten, besonders aber der Belastung von Bier und Tabak sein werde. Das mag ebenfalls sein: Gewiß kann jeder Patient die Wirkung eines Heilmittels aufheben, wenn er darauf besteht, seine Gesundheit anderweitig zu schädigen.

3. Weil die Überlastung der Wirtschaft nicht bloß aus der Steuerpolitik fließt: Gewiß, aber nur auf diesem Gebiet ist erhebliche Entlastung praktisch möglich.

4. Weil die Finanzlage Steuersenkungen unmöglich mache. Dieses Argument ist sachlich falsch. Vgl. die Artikel von *Stolper* in der vorletzten Nummer des »Volkswirt«.

5. Weil die Ausgaben des Reiches größtenteils zwangsläufig seien und daher das, was durch Ersparungen an Steuersenkung und durch diese an Kapitalbildung erreicht werden könne, nicht nur wie oben erwähnt politisch, sondern auch sachlich auf einen unbedeutenden Betrag beschränkt sei. Die auf der Hand liegenden Entgegnungen übergehend, will ich nur auf den Kunstfehler hinweisen, der darin liegt, daß man das Maximum von zusätzlicher Kapitalbildung, das vernünftigerweise von einer Steuersenkung erwartet werden kann, dem Betrag gleichsetzt, der dem Reichsschatz durch die Steuersenkung entgeht. In seiner reinsten Form zeigt sich derselbe Kunstfehler bei allen Berechnungen darüber, um wieviel das Realeinkommen der Arbeiter durch veränderte Verteilung des Sozialprodukts erhöht werden könnte: Die Größe des Sozialprodukts steht im Zusammenhang mit eben dieser Verteilung und würde sinken, wenn sie verändert würde. Ebenso ist in unserem Fall die zerstörende oder lähmende Wirkung bestimmter Steuerformen auf den Wirtschaftsprozeß nicht durch das daraus fließende Steueraufkommen gemessen, sondern unvergleich größer, wie man sich leicht überzeugt, wenn man jene Analogie durchdenkt.

6. Weil unsere Steuerpolitik, wenn sie das Sparen der oberen Schichten einschränkt, dafür die Sparmöglichkeit der mittleren und unteren Schichten erweitert. Gewiß tut sie das. Aber die Kompensation ist eben ungenügend. Das zeigen neue Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung, welche die Größe des Anteils der mittleren und unteren Einkommenschichten an der Gesamtsparsumme Deutschlands gut beleuchten und dadurch in Zusammenhalt mit der Unzulänglichkeit dieser Gesamtsumme nachweisen, daß es die Rücklagen der reichen Leute sind, was uns fehlt – also das gerade Gegenteil dessen, was mitunter daraus geschlossen wird. Der Leser findet die Ergebnisse dieser Untersuchungen in der demnächst erscheinenden Veröffentlichung der List-Gesellschaft über »Kapitalbildung und Steuersystem« (herausg. von Colm und Neisser).

»Optimismus« und »Pessimismus«

Nichts ist der klaren Einsicht, die so nötig wäre, so hinderlich wie jene Übertreibungen, die gelegentlich in Prophezeiungen dramatischen Zusammenbruchs gipfeln, die so leicht – und oft mit Recht – belächelt werden können und die Schuld daran tragen, daß »Optimismus« und »Pessimismus« zu Abzeichen sozialer oder politischer Parteistellung und in einer Weise begründet werden, die beiden ihren Wahrheitsgehalt nimmt. Ein dramatisches Ende mit Schrecken, das ein jeder als einen »Zusammenbruch« erkennt, ist genau so möglich, aber auch genau so unwahrscheinlich wie daß ohne jede Änderung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik alles in schönste Ordnung kommt, die ein jeder als einen Zustand wirtschaftlicher Blüte erkennen müßte. Darum handelt es sich hier aber nicht. Wer wirtschaftliche Prognose wagt, der spricht von Wahrscheinlichkeiten und Tendenzen, die, wie bei ärztlicher Prognose, zwar auf vorhandenen oder voraussehbaren Tatbeständen und deren notwendigen Folgen beruhen, sich aber der Fülle schicksalsbestimmender Momente gegenüber, welche das Leben im Schoß trägt, nicht zu bewähren brauchen, ohne daß doch der Volkswirt oder Arzt darum vernünftigerweise gescholten werden könnte. Wahrscheinlich kann offenbar nur schrittweise Verschlimmerung oder schrittweise Besserung der Wirtschaftslage sein, wobei zu beachten ist, daß, ebenso wie ein kontinuierlicher Besserungsprozeß noch immer Depressionen, so ein kontinuierlicher Verschlimmerungsprozeß noch immer Aufschwünge oder Anläufe dazu kennen würden, teils im Zug der Wellenbewegung des kapitalistischen Lebens, die ja nicht aufhören würde, teils unter dem Einfluß fördernder oder hemmender Umstände – wie es z.B. keinen »Optimismus« bedeutet und keinen »Pessimismus« widerlegt, wenn man wegen der weltweiten Geldflüssigkeit von heute für das laufende Jahr Entspannung der Wirtschaftslage und das Auftreten von Aufschwungssymptomen voraussagt.

Ehe wir die Gründe anführen, welche eine ungünstige Prognose wahrscheinlich machen, muß die Größe angegeben werden, an der »Verschlimmerung« langfristig, d.h. von den eben erwähnten Schwankungen abgesehen, zum Ausdruck kommen müßte: das ist die Summe der privaten Einkommen, das sog. Volkseinkommen, korrigiert nach eventuellen Kaufkraftschwankungen. Verschlimmerung der Wirtschaftslage kann heißen, daß diese Größe in Zukunft kleiner zu werden tendiert, als sie bei anderer Finanzpolitik wäre, oder kleiner, als der durchschnittlichen Zuwachsrate seit 1924 entspricht, oder endlich kleiner als sie gegenwärtig in einem Jahr zu sein pflegt, das wie 1928 weder durch scharf ausgesprochenen Aufschwung noch durch scharf ausgesprochene Depression charakterisiert ist. Gemeint ist hier die dritte, die beiden andern anschließende, Möglichkeit, natürlich aber nur als schließliche Folge konsequenten Beharrens in der gegenwärtigen Ausgaben- und Steuerpolitik, welche die Wirkung fördernder Momente – sinkende Zahl der jährlich neu in die Wirtschaft tretenden Arbeiter, schließliches Aufhören innerer und äußerer Kriegslasten, Auftreten neuer technischer und kommerzieller Möglichkeiten, Erholung in der Landwirtschaft – absorbiert. Soziallasten und Lohnsätze werden als unsenkbar angenommen.

Das erste der ungünstigen Momente sieht man schon jetzt am Werk: Wir durchleben eine

Depression, die einem Aufschwung gefolgt ist, welcher vorzeitig abriß, d.h. abriß ehe die technischen, organisatorischen und kommerziellen Neuerungen, in denen er sich auswirkte wie jeder Aufschwung, aus sich selbst eine Reaktions- und Anpassungsperiode erzwungen hätten. Das ist nicht Zufall, das wird, wenn sich unsere Finanzpolitik nicht ändert, künftig immer so sein. Denn jeder Aufschwung nährt sich zum Teil aus seinen eigenen Gewinnen und muß versanden, ehe er getan hat, was er sollte, wenn diese Gewinne ihrer Bestimmung entzogen und fortgesteuert werden. Jedesmal muß dann eine Depression folgen, die nicht als Anpassung, sondern als finanzielle Anämie zu charakterisieren ist, eine Erscheinung, welche die normale Wellenbewegung nicht kennt. Wie in jeder, auch der normalen, Depression treten darauf Bankrotte und Arbeitslosigkeit auf, sinken die öffentlichen Einnahmen, steigen die öffentlichen Ausgaben. Während aber bei normaler Finanzwirtschaft sowohl in privaten wie in öffentlichen Händen Reserven entstehen, welche diese Defizite decken und durch das Zwischenglied sinkenden Zinsfußes der Erholung den Weg bereiten, so trägt in einem Fall wie dem unseren der Prozeß der Depression kein Heilmittel in sich, im Gegenteil, Mittel der Heilung oder Linderung der Symptome sind nur durch weitere Belastungen des Wirtschaftsprozesses möglich. Das Notopfer von Einkommen und Besitz, welches der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund kürzlich vorgeschlagen hat, zieht in der Tat nur die logische Konsequenz aus der Sachlage. Man braucht es sich nur verwirklicht zu denken um einzusehen, daß darauf weitere Verschlimmerung, dieser unvermeidlich weitere Belastung folgen muß usw. Die beiden anderen ungünstigen Momente hingegen sehen wir noch nicht am Werk: Eine Volkswirtschaft wie die deutsche verfügt über Reserven und Anpassungsmöglichkeiten, die den Prozeß des Schrumpfens dem Auge der Öffentlichkeit lange entziehen können – in voller Reinheit wird der Prozeß erst ablaufen, wenn sie erschöpft sind. Eine Unternehmerschaft wie die deutsche ist in Arbeitsgewohnheit und Mentalität nicht leicht zu erschüttern. Zum Teil hofft sie auf Veränderung, zum Teil übersieht sie den Zusammenhang der Dinge nicht klar, zum Teil wirkt alte Übung durch längere oder kürzere Zeit von selbst und arational fort, wie ein Boot sich noch fortbewegt, wenn der Motor ruht. Erst dann können die wahren Konturen dessen, was vor sich geht, scharf hervortreten, wenn sich die Erfahrung, daß alles Ringen vergeblich ist, durchgesetzt hat.

Wirken sich diese drei Momente ungehemmt aus, so muß schließlich eine von zwei Möglichkeiten eintreten: Entweder muß die Einkommenssumme und mit ihr die Lebenshaltung aller Schichten absolut zurückgehen, wovon wir die ersten Andeutungen in Deutschland und England – man beachte: den beiden Ländern, die diese Finanzpolitik treiben – deutlich sehen. Oder es muß die innere Kaufkraft der Mark abnehmen und ihr äußerer Kurs unhaltbar werden. An sich fehlt es nicht an Tendenzen in dieser Richtung. Der Politiker ruft nach Krediten für Reich und Länder, welche ja gewiß allen Verlegenheiten momentan ein Ende machen und eine neue Periode fröhlicher Konsumwirtschaft ermöglichen würden. Die Industrie selbst würde vermutlich die daraus fließenden Scheingewinne begrüßen – sicher behaupte ich nicht, daß kurzfristige Freude an Mißwirtschaft bloß einer Partei oder Klasse oder Gruppe eigen sei – und auch ein noch näherliegendes Motiv haben, für sich selbst mehr Kredit und billigeren Kredit zu

verlangen: Denn gerade solange sie noch ringt und durchzuhalten sucht, liegt es überaus nahe, das Blut, das sich in ihren Adern nicht bilden will, temporär durch das Salzwasser der Kreditexpansion zu ersetzen. Und könnte das »temporär« bleiben, so wäre es auch ganz unbedenklich, in der Tat ein durchaus normaler Vorgang. Aber damit es temporär bleiben kann, müssen Gewinne möglich sein und zur Rückzahlung – zur Elimination der geschaffenen Zahlungsmittel – zur Verfügung stehen. Leitet man diese Gewinne sozial- oder finanzpolitisch in den inneren Konsum, so haben wir Inflation, und zwar gleichgültig, ob die Kreditexpansion unmittelbar durch inländische Instanzen oder auf dem Umweg über ausländische Kreditaufnahme bewirkt wird. Wenn ich trotzdem und insbesondere trotz der Versuchung Lohnforderungen durch Inanspruchnahme von Kredit zu finanzieren, diese Gefahr nicht hoch einschätze, so liegt das weniger an den äußerlichen Schutzwällen, die unsere Währung umgeben und schließlich nachgeben würden, sondern daran, daß unsere Währung einen unüberwindlichen Garanten hat: das wache Mißtrauen aller Schichten der Bevölkerung, das jedem Abgleiten nach dieser Richtung enge Grenzen setzt.

Bleibt also nur das »Entweder«: Immer weitere Bankerotte und Produktionseinschränkungen, immer größere Arbeitslosigkeit, zu deren Linderung die Mittel ausgehen werden. Sinkende Lebenshaltung dürfte nun die Massen, der Fehlschlag ihrer Vorhersagen, deren Führer radikalieren. Aber abgesehen davon bestünde rein sachlich die Aufgabe nach nichtkapitalistischen Methoden der Wirtschaftsführung zu suchen. Wem es in tiefster Seele unmöglich ist, die Heilwirkung scheinbar kapitalfreundlicher Maßregeln zu erkennen, muß unter den angedeuteten Umständen in eine Geistesverfassung geraten, von der aus ihm alle Übel lediglich als Schuld eines unfähigen oder den Staat der Arbeiter absichtlich sabotierenden Unternehmertums erscheinen, das man nur zu beseitigen braucht, um unter politischer Führung wirtschaftliche Blüte erstehen zu lassen. Sozialisierung des kapitalintensiven Teiles der deutschen Industrie, politische Kontrolle des Kreditwesens und der großen Verbände des Restes der Industrie wären die Maßregeln, die sich schon auf Grund vorhandener Ansätze zum Teil auch in Anlehnung an einige moderne englische Tendenzen von selbst darbieten würden und mit welchen man grundsätzlich beliebig weit nach dem Ziel politischer Planwirtschaft vordringen könnte. Dabei würde die der Kapitalbildung feindliche Wirkung unseres Steuersystems weitgehend eliminiert werden können und, wenn die sozialisierten Industrien vernünftige Überschußwirtschaft trieben, auch das Ideal der Sozialisierung des Kapitalbildungsprozesses erreicht sein, das der sozialistischen Finanzpolitik am Herzen liegt – nur daß dann den Gegenwartswünschen der Arbeiterschaft Erfüllung genau so versagt werden müßte wie im Kapitalismus. Bewährt sich dieser Weg, löst er neue Kräfte und Möglichkeiten aus, zeigt er den ausgeschalteten und verdutzt zusehenden Unternehmern, was gute Wirtschaftsführung ist, so ist alles schön und gut, hat sich das Totsteuern des Kapitalismus bewährt.

Politische Prognose

Ob das wahrscheinlich ist und ob die Voraussetzungen für den Erfolg eines solchen Versuches gegeben sind, interessiert uns hier nicht. Wir setzen unsere Erwägung lediglich für den Fall fort, daß sich eine solche Politik nicht bewähren sollte, ohne zu behaupten, daß das nicht der Fall sein wird oder gar kann. Dann also würde die Wirtschaftslage dadurch weiter verschlimmert. Und diese Verschlimmerung würde schließlich in Gestalt wirklicher Not den Massen zum Bewußtsein gebracht. Nun liegt es in der Natur der Psychologie einer solchen Situation, daß der Mißerfolg nicht dem Betreten eines verfehlten Weges, sondern mangelnder Entschiedenheit im Begehen dieses Weges zugeschrieben wird: Nicht daß sozialisiert wurde, sondern daß zu wenig sozialisiert, daß etwa privater Tätigkeit ein noch zu großer Spielraum gelassen wurde, erscheint dann als Quelle der Übel. Der von der grundsätzlichen Richtigkeit seines Ideals überzeugte Führer sagt sich das selbst, laut und drohend schreien es ihm die Massen zu, bei denen er durch Maßhalten und durch Befolgen wirtschaftlicher Grundsätze unpopulär wird. Er muß radikaler werden oder radikaleren Führern weichen. Die Notlage verschärft sich, die Störungsverluste wachsen, der gewaltige industrielle Organismus gerät in noch viel größere Unordnung als es z.B. der kleine russische konnte, Erregungszustände treten auf. Ich liebe keine großen Worte und halte außerdem blutige soziale Revolutionen in Deutschland für wenig wahrscheinlich. Übrigens wäre das und auch die Frage, ob legale Kontinuität bewahrt werden könnte oder nicht, wirtschaftlich Nebensache.

Aber so wahrscheinlich unter den gemachten Annahmen ein scharfes Ausschlagen des Pendels nach links auch wäre, so wahrscheinlich ist es, daß das Pendel mit größerer oder geringerer Heftigkeit zurückschwingen würde. Dafür sorgen schon sachliche Momente, welche dem deutschen Wirtschaftskörper und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in der Welt eigen sind. Wir leben von der Industrie und decken die Defizite der übrigen Teile unseres Organismus durch ihre Überschüsse. Uns umgibt nicht wie die Russen eine landwirtschaftliche Umwelt von im Verhältnis zur Bevölkerung unerschöpflichem Reichtum, aus welchem wir uns eventuell mit den primitivsten Methoden zur Not mindestens ernähren könnten. Wir müssen industriell produzieren nicht nur um Industrieprodukte, sondern auch um Nahrungsmittel zu haben. Versagen des industriellen Apparats wäre mit Zusammenbruch und physischem Elend gleichbedeutend. Und dieser Apparat besteht heute und für die nächste Zukunft noch zu etwa drei Fünfteln aus Betrieben, die nichts sind als Schalen von in sie eingearbeiteten und an ihre Funktionen generationenlang angepaßten Unternehmerfamilien. Was sie wirklich – und nicht nur in Reden und Denkschriften – als unerträglich empfinden, kann bei uns nicht funktionieren. Sodann darf man sich über die Stärke der Gegenkräfte, die eine von Verschlechterung der Wirtschaftslage begleitete Sozialisierungspolitik auslösen würde, nicht durch den Umstand täuschen lassen, daß die sozialen Mächte, von denen diese Gegenkräfte ausgehen würden, aus einem interessanten Gemisch von Gründen eine radikale Wirtschafts- und Finanzpolitik begeistert, gutwillig oder duldend mitmachen – bis zu einer zwar elastischen, aber sehr realen Grenze. Nur solange die Dinge diesseits von dieser Grenze liegen, sieht es so aus, wie wenn die soziale Opposition, die

dem offiziellen Radikalismus gegenübersteht, aus einer Handvoll grollender Kapitalisten bestünde. Wird sie verletzt, so ist an Stelle der verschwindenden Minderheit eine dreiviertel Majorität da – zu der so gut wie alle Bauern und selbst ein Teil der Arbeiterschaft gehören würde –, die nicht aus Analphabeten besteht, nicht an Hunger gewöhnt ist und sich nicht terrorisieren läßt. Das ist ja das Korn von Wahrheit, das in der Auffassung aller Katastrophenpolitiker steckt: Sie irren nur, wenn sie glauben, daß damit für die Ideale oder Interessen, die sie vertreten, irgendetwas dauernd zu gewinnen wäre. Ganz abgesehen davon, daß wir auch hier die großen Worte als nur dem Biertisch angemessen ablehnen müssen, gilt das eben Gesagte mit umgekehrten Vorzeichen ebenso für diese Richtung des Pendels. Das Vergnügen jedes der beiden Parteienextreme wäre kurz. Beide würden eine Lektion in ökonomischer Geschichtsauffassung bekommen und lernen müssen, daß die Wirtschaftsverfassung einer Zeit nichts Zufälliges ist, und zwar ruiniert, aber nicht beliebig gemodelt werden kann: Den einen würde die nüchterne Wahrheit nahegebracht, daß die Sozialdemokratie für die nächsten hundert Jahre nur ein innerkapitalistischer oder gar kein Machtfaktor sein kann und die Lebensnotwendigkeiten des Kapitalismus genau so beachten muß, wie jede andere Partei – mag es paradox klingen: Mehr als jede andere, weil nur kapitalgesättigter Kapitalismus zu erfolgreichem Sozialismus führen kann –, den anderen die nicht weniger nüchterne Wahrheit, daß die schönste Diktatur nichts Wesentliches an den Grundtatsachen von heute ändern kann, an denen man sich bewähren oder untergehen muß: Allen Beteiligten endlich – die sich, wenn weder günstige Zufälle noch Bestimmung das Abrollen der geschilderten Kausalkette hindern und wir uns nach einiger Zeit, verarmt, wenngleich belehrt, wirtschaftspolitisch ungefähr ebendort befinden sollten, wo wir uns jetzt befinden, vielleicht fragen werden: Hätten wir das nicht billiger haben können? – die historische Tatsache, daß in der Kausalkette, die durch die französische Revolution und die Napoleonischen Kriege führt, eine mißlungene Finanzreform oder auch die politische Unfähigkeit zu einer Finanzreform an entscheidender Stelle steht.

Joseph Schumpeter
Wandlungen der Weltwirtschaft¹

Mögen wir gelegentlich eine »Frage an das Schicksal frei haben« oder nicht – jedenfalls stellen wir sie. Und der Mensch von heute fragt besonders gern nach dem sozialen Schicksal seines Typus, seiner Lebensform, jener sozialen Dinge, denen er zugeschworen hat: Eine Neugier, nebenbei gesagt, die ihre praktische Seite hat, denn es ist nicht gleichgültig, ob man für eine verlorene oder für eine siegende Sache lebt, arbeitet, kämpft. Eine ganze Literatur kommt dieser Neugier entgegen, eine Literatur, deren Themen von philosophischen oder halbphilosophischen Deutungen angeblich oder wirklich herrschender Ideen, Geistesrichtungen, Weltanschauungen bis zur geduldigen statistischen Erforschung einzelner »realer« Tendenzen reichen und deren Methoden die ganze Skala zwischen der feuilletonistischen Plauderei und solchen Dingen wie Korrelationskoeffizienten und Trendanalysen erschöpfen. Was aus den heutigen politischen und sozialen Verfassungen, aus Institutionen wie Eigentum und Erbrecht, aus unsern Religionen, aus Tendenzen wie Pazifismus und Sozialismus, aus unserem physischen und kulturellen Erbgut werden mag – solche Fragen bilden die *eine* der beiden Problemreihen. Fragen nach der Zukunft, besonders Weltposition eines bestimmten Volkes oder einer bestimmten Völkergruppe im Verhältnis zur Position anderer Völker oder Völkergruppen die *andere*. Und was über beide geschrieben wird, könnte den Sammeltitle tragen, den eine der erfreulichsten neueren Erscheinungen dieser Literatur trägt: Romieu's »Explication de notre temps«.

Die Schwächen dieser Literatur werden uns am besten klar an den Stärken eines Buches, das etwas abseits steht. An Felix Somarys Heidelberger Vorlesungen, die unter dem Titel »Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Krieg« (Tübingen, 1. Aufl. 1929) veröffentlicht wurden. Wenn wir uns der flotten und kräftigen Züge dieses Buches freuen, so wird uns bewußt, daß Kulturprognose zwar nie bloß aus wirtschaftlichen Zusammenhängen destilliert, aber auch nie ohne ihre Beherrschung gewonnen werden kann. Und ferner, daß gerade das an wirtschaftlicher Einsicht, was man dabei braucht, nicht einfach der wissenschaftlichen Ökonomie zu entnehmen ist, sondern mit dem Ertrag von Lebenserfahrungen besonderer Art kombiniert werden muß, die schon an sich, noch mehr in Kombination mit wissenschaftlichem Können, natürlich sehr selten sein müssen. Wert und Sonderstellung des Buches beruhen darauf, daß der Autor diese Voraussetzungen erfüllt wie nicht leicht sonst jemand, und daß er die Wissenschaft anders als aus der Populardiskussion und die Weltwirtschaft von heute anders als aus Zeitungen kennt. Insofern steckt eine Vorarbeit von Jahrzehnten in diesen kurzen Skizzen, die großes darstellerisches Talent zu so leichter Lektüre gemacht hat. An jene zwei Grundthemen, die der Autor mit überlegenem »Detachement« aus einer Fülle von Einzelmotiven herausarbeitet, wollen wir einige Bemerkungen knüpfen.

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 4, 1929/1930, S. 1729-1733; d. H.

I.

Im Bezirk der ersten unserer zwei Problemreihen argumentiert die Wirtschaftslehre von heute etwa so: Soweit Massenelend ein Sprengstoff und fortschreitender Wohlstand ein Kitt der gegebenen sozialen Welt – ihrer Institutionen und geistigen Inhalte – ist, hängen Diagnose und Prognose wesentlich von der bisherigen und von der in Zukunft zu erwartenden Gestaltung einer Größe ab, vom »Sozialprodukt pro Kopf« oder von Quotienten: Sozialprodukt durch Bevölkerungsziffer. Unter Sozialprodukt ist bekanntlich die jährliche Masse der in einem Wirtschaftsgebiet von den Konsumenten tatsächlich aufgenommenen Ge- und Verbrauchsgüter zu verstehen, einschließlich der unmittelbar konsumierten persönlichen Dienstleistungen und der Nutzungen dauerbarer Konsumgüter. Der Geldausdruck dieser Masse ist durch die Summe der privaten Einkommen weniger den *aus dieser* zu zahlenden Steuern und den *aus dieser* vorgenommenen Ersparungen gegeben und gewinnt durch eine Korrektur nach den Kaufkraftschwankungen der Geldeinheit jene Vergleichbarkeit seiner Veränderungen von Jahr zu Jahr, die er an sich nicht hat und ohne die er nichts sagt. Der Divisor, die Bevölkerungsziffer, müßte nach den Veränderungen des Altersaufbaus korrigiert werden und der Quotient selbst nach den Veränderungen der Einkommensverteilung. Allein diese beiden letzteren Korrekturen ändern das Gesamtergebnis nicht wesentlich. Insbesondere hat sich die Einkommensverteilung nach Einkommensstufen in den letzten hundert Jahren nicht erheblich verändert. Selbst in jenen Fällen besteht keine Tendenz zur Elimination der mittleren *Einkommen*, in welchen eine Tendenz zur Elimination mittlerer *Betriebsgrößen* besteht. Jenes Resultat ist für die Zeit bis zum Weltkrieg völlig eindeutig, was immer für ein Land der Kulturwelt wir auch vornehmen mögen. So ist z.B. im Musterland des Kapitalismus der Vorkriegszeit, in England, unser Quotient, wie eine allerdings überaus rohe Rechnung lehrt, im Jahrhundert vor dem Kriege auf rund das Vierfache gestiegen¹. Und das weniger günstige Ergebnis der Folgezeit verliert durch seinen offenbaren Zusammenhang mit außerwirtschaftlich verursachten Ereignissen um so mehr an Beweiskraft, als ihm das amerikanische Ergebnis gegenübersteht. Soweit also Armut ein Sprengstoff ist – worüber sich allerdings streiten läßt –, so ist dieser Sprengstoff im Lauf der kapitalistischen Entwicklung offenbar dem Verderben ausgesetzt. Freilich nur dann, wenn wir annehmen dürfen, daß unser Quotient auch weiterhin steigen wird.

Dürfen wir das? Nun, das Steigen des Sozialprodukts war offenbar das Ergebnis zweier großer Faktoren, der Neuerungen in der Produktionstechnik und der Erschließung neuer Länder. Es liegt auf der Hand, daß die letztere Quelle uns im wesentlichen gegeben hat, was sie zu geben hatte, aber ebenso, daß die Bedeutung dieses Umstandes ganz von der zu erwartenden Bevölkerungszunahme abhängt. Für alle führenden Länder unseres Kulturkreises läßt sich unter der Annahme, daß die gegenwärtigen Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse unverändert bleiben – eine Annahme, welche geeignet ist, auf Maximalziffern zu führen – voraussehen, daß in dieser Richtung wenig zu fürchten ist. Deutschlands Bevölkerung z. B. wird unter jener

¹ Vgl. Sir Josiah Stamp, *Wealth and Taxable Capacity*.

Annahme im Jahre 1960 die Höchstziffer von rund 70 Millionen erreichen und dann langsam absinken. Freilich hat niemand geringerer als Keynes vor einigen Jahren den alten Malthusianischen Teufel wieder an die Wand, d. h. auf die Seiten des *Economic Journal* gemalt und von einem verringerten Reagieren der Natur auf die Arbeit des Menschen gesprochen, welches seit den ersten Jahren dieses Jahrhunderts nachweisbar sei. Aber ich habe zu gestehen, daß ich das nicht verstehe – und Dr. Somary dürfte im gleichen Falle sein, da dieser Schatten in seinem Bilde vollständig fehlt. Hat aber unser Quotient vom Steigen seines Divisors nicht viel zu fürchten, so hängt seine künftige Größe offenbar vom technischen Fortschritt ab. Und über diesen kann nur Eines ausgesagt werden: Während wir die Erdoberfläche überblicken, deren beste und bestgelegene Teile zuerst in Anspruch nehmen und, wenn wir das getan haben, nur zu weniger guten oder weniger gut gelegenen Teilen übergehen können, so überblicken wir das Reich der technischen Möglichkeiten nicht, weshalb es keinen Sinn hätte anzunehmen, daß die Produktionsmöglichkeiten, die wir bisher kennengelernt und praktisch betätigt haben, für alle Zeiten die ergiebigsten, und jene, die wir in Zukunft erarbeiten werden, immer weniger ergiebig sein müssen. Die Wahrscheinlichkeit spricht an sich für den entgegengesetzten Verlauf, weil bisher jede technische Einsicht außer ihrem unmittelbaren Resultat auch noch eine Ausbeute an darüber hinaus anwendbaren Gesichtspunkten ergeben hat, so daß die Ergebnisse des technischen Fortschritts sozusagen kumulativ zuzunehmen tendieren.

Dieses Argument steht nicht in dem Buch, von dem wir ausgehen. Aber es ist darin impliziert. So ungefähr müßte sein Verfasser antworten, wenn sein Satz angegriffen würde, daß »Bürgertum und Arbeiterschaft sich in Mittel- und Westeuropa ökonomisch genähert« haben und daß, wenn der Liberalismus die wirtschaftspolitische Doktrin von vorgestern sei, der Sozialismus die von gestern ist. Nur wenn man die materiellen Zukunftsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise so beurteilt, wie wir das eben mit einigen Strichen andeuteten, kann man sich von unserer sozialen Zukunft ein Bild entwerfen, in welchem das Privateigentum so viel Raum einnimmt, daß es auch weiterhin die »zentrale Rechtseinrichtung« genannt werden kann: Nur wenn allen sozialen Hemmungen zum Trotz die Wirtschaftsentwicklung das Tempo des 19. Jahrhunderts mindestens behält, wenn der Güterstrom in solchem Maß tiefer und breiter und der Zusammenhang zwischen steigendem Reichtum und individueller Initiative und Verantwortung jedermann so klar wird, daß die sozialen Alternativen der Menschheit gleichgültig werden, so gleichgültig, daß Vertretung dieser Alternativen aufhört, jener Weg zu politischer Macht zu sein, der sie heute ist – nur dann läßt sich eine gesellschaftliche Zukunft denken, die sich von der gesellschaftlichen Gegenwart bloß dadurch unterscheidet, daß die *Vererbung der wirtschaftlichen Führerpositionen aufhört und sozialer Aufstieg systematisch erleichtert* wird. Und selbst dann: Privateigentum, dem das Merkmal voller Vererblichkeit, gerade auch der Vererblichkeit der sozialen Stellung und Funktion fehlte, ist ebensowenig mehr jenes Privateigentum, welches Träger der Kultur des Familienhauses und Kernstück der liberalen Wirtschaftsverfassung war, wie Eigentum an einem Aktienpaket dieselbe soziale Erscheinung ist wie Eigentum an einem konkreten Betrieb oder an einem konkreten Stück Land. An diese neue Art

von Eigentum knüpfen sich so völlig andere Motivreihen, Verhaltensarten, Lebensformen, Kulturwelten, daß sich kaum das Festhalten des gleichen und gerade in seinem Gleichbleiben irreführenden Ausdrucks lohnt. Wenn man daher der Prognose Somarys, welche das Bestehen einer Tendenz nach dem Sozialismus hin verneint, die entgegengesetzte gegenüberstellt, so wäre der Gegensatz größtenteils nur scheinbar: Man würde eben einige Worte anders gebrauchen, inhaltlich aber so ziemlich dieselbe Aussage machen, wenn man behauptete, daß der Umbildungsprozeß, den unsere Industrieverfassung durchmacht, sich auch ohne alle politischen Eingriffe immer mehr einem Zustand nähert, den Sozialismus oder Kapitalismus zu nennen Geschmacksache ist.

Darin liegt auch die Antwort auf die Frage, warum es in den Vereinigten Staaten Sozialismus als einen politischen Machtfaktor nicht gibt. Somary weist mit Recht darauf hin, daß dieselbe Frage bis zur Jahrhundertwende auch in bezug auf England gestellt werden konnte und gestellt wurde und nimmt an, daß das Auftreten dieses Machtfaktors in Amerika nicht lange auf sich warten lassen wird. Das ist sehr möglich. Aber es ist unwesentlich. Politischer Sozialismus im europäischen Sinn hat das Vorhandensein einer ausreichend großen Schicht von Intellektuellen zur Voraussetzung, welche durch politische Macht hindurch zur Herrschaft über den Produktionsapparat vordringen wollen, und die kein Sozialismus oder dem Sozialismus ähnlicher Zustand zufriedenstellen würde, der die führenden Stellungen in der Wirtschaft an wirtschaftliche Bewährung knüpft. Ob eine solche Schicht entsteht und Erfolg hat und auf wie lange, das sind Tatfragen, deren Beantwortung von historischem Zufall abhängt. Was wesentlich und unvermeidlich ist, für Amerika nicht anders als für jedes andere Land, das ist einerseits eine der tatsächlichen Macht der Arbeiterschaft angemessene Interessenvertretung und andererseits jener säkulare Prozeß, in dessen Verlauf sich die Geister sozialisieren und das Privateigentum verflüchtigt. Ob dabei von Sozialismus gesprochen wird, ob Parteien entstehen, die sich sozialistisch nennen und grundsätzlichen Umbau der Gesellschaft zu einem Programmpunkt machen, ist langfristig gesehen völlig Nebensache.

II.

Quer über den Weg dieser Problemreihe läuft nun der Weg der anderen, die für *jedes* Volk aus einer *besonderen weltpolitischen* Lage erwächst. Die Zusammenhänge beider schaffen eben jene eigentümliche Situation, in welcher keine Partei und keine Gruppe ihr eigenes Selbst rein zum Ausdruck bringen und keine Tendenz sich ausleben kann. Die Situationsbilder, die Somary für ein Land nach dem anderen entwirft, sind unübertrefflich in ihrer Art. Und für Europa als Ganzes genommen ergibt sich aus diesen Bildern ein recht betrübliches Resultat.

Zunächst im Verhältnis zu den *Vereinigten Staaten*: Gewiß – zum erstenmal in der Geschichte der neueren Zeit hat Europa »einen Rivalen gefunden, den es nicht niederringen kann« und dem gegenüber jenes Bewußtsein überlegener Macht versagt, das zu einem Element des politischen Weltbilds des Europäers geworden war. Wir alle erfahren es täglich: Jeder Protest

einer europäischen »Macht« gegen irgendeine Maßregel von Washington wirkt in seiner Ohnmacht geradezu kläglich. Und ist es für einen Teil europäischen Denkens und Fühlens eine Mortifikation, sich zu sagen, daß man jenem Rivalen nichts anderes antun kann, als ihm chinesische Kulis ebenfalls antun können – z.B. seine Waren boykottieren –, und daß selbst von Gleichberechtigung nur so weit die Rede sein kann, als Washington eine solche aus Höflichkeit oder Gleichgültigkeit zugesteht, so ist es für einen anderen Teil europäischen Denkens und Fühlens nicht weniger peinlich, feststellen zu müssen, daß der Rivale im Grunde gar nichts von Europa wirklich notwendig braucht, nichts von dem wenigstens, was kommerziellen Wert hätte. In der einen wie in der anderen Richtung hat Europa aufgehört, unumschränkte Herrin auch nur des eigenen Schicksals zu sein. Aber was bedeutet das praktisch für die materiellen Voraussetzungen der europäischen Kultur? Schließlich kommt es *darauf* und nicht auf die Verschiebung in relativer politischer Machtstellung an. Und die neuerdings üblich gewordene Antwort, der auch unser Autor das Gewicht seiner Stimme leiht, scheint mir viel zu pessimistisch zu sein.

Mit Recht zwar stützt Somary sein Argument vor allem auf den Produktionsmittelreichtum des amerikanischen Wirtschaftsgebiets und nicht auf die Verschiebungen, welche der Krieg zur Folge gehabt hat. Denn diese letzteren können an und für sich nur temporär sein und bedeuten schon heute nicht wesentlich mehr als eine technisch heikle Position der europäischen Wechselkurse und Diskontraten. Europa erschwert sich die Sache dadurch, daß eine Reihe von Staaten ihren Währungseinheiten nicht gestattet, auf ihren wirklichen Wert zu sinken. Ist einmal diese Problemgruppe bereinigt – und das kann, von großen neuen Erschütterungen abgesehen, nur eine Frage weniger Jahre sein, so wird bei uns der schauernde Respekt vor der Übermacht der amerikanischen Hochfinanz von selbst aufhören. Aber auch der Rohstoffreichtum Amerikas, das dauernde Element der Situation, bedeutet nicht so viel, wie oft angenommen wird. Dieser Reichtum erklärt freilich den höheren Lebensstandard Amerikas zum Teile – es kooperiert dort eben die Einheit menschlicher Arbeit mit einer wesentlich größeren Anzahl von Einheiten von Naturgaben als bei uns. Aber zunächst ist das nicht alles. Gerade so wichtig sind drei andere Momente: Es klingt paradox zu sagen, daß das Gebiet der Vereinigten Staaten die gewaltige Höhe seines Sozialprodukts auch dem Freihandel verdankt und tatsächlich das größte historische Beispiel für die Erfolge des Freihandelssystems ist. Dennoch ist es so. Die Staaten sind, gemessen an wirtschaftlicher Mannigfaltigkeit, das größte Freihandelsgebiet der Erde, und nur diesem Umstand ist das großartige Verkehrssystem, insbesondere auch dessen großartige *Ausnutzung*, und jenes Maß von territorialer Arbeitsteilung zu danken, welches ein wesentliches Element des Produktionserfolgs ist. Dazu kommt jene kulturhistorisch erklärliche Konzentration fast der gesamten Energie des Volkes auf privatwirtschaftliche Aufgaben. Und schließlich ist nicht zu vergessen, daß der wirtschaftliche Kraftverlust infolge irrationellen Gebarens der öffentlichen Haushalte zwar gewiß nicht fehlt – Bund, Staaten und Gemeinden arbeiten im Gegenteil ganz besonders schlecht und teuer –, aber pro Kopf der Bevölkerung gerechnet im Verhältnis zum erreichten Wohlstand dennoch gering ist. Man sieht: So ganz richtig ist es nicht,

das große Wirtschaftswunder auf unabänderliche Naturtatsachen zurückzuführen.

Aber auch soweit es so erklärbar ist, ist es nicht ohne weiteres Ursache unserer wirtschaftlichen Schwäche. Hier spielt uns unsere Gewohnheit, zu leichtsinnig mit dem Monopolbegriff umzugehen, einen bösen Streich. Abgesehen davon, daß es kein wichtigeres Produktionsmittel gibt, welches nur oder fast nur im Machtbezirk der Vereinigten Staaten gewonnen würde oder werden könnte, darf man von einer Abhängigkeit Europas von einem amerikanischen »Monopol« nur dann sprechen, wenn der betreffende Artikel auch wirklich monopolisiert ist, d.h. wenn sein Angebot der Verfügung einer einzigen Stelle unterliegt. Auch dann würde dieses Monopol die amerikanische Wirtschaft nicht weniger tyrannisieren als die europäische. Aber wo kein solches Monopol besteht und man mit dem Worte lediglich meint, daß wichtige Rohstoffe vorzugsweise in Amerika und nicht in Europa gewonnen werden, da ist das Unglück, von Kriegsfällen abgesehen, nicht annähernd so groß, wie der Laie glaubt. Grundsätzlich würden wir uns nicht besser befinden, wenn die Baumwolle, die wir aus Amerika beziehen, in Europa wachsen würde: Wesentlich dieselben Aufwendungen müssen in dem einen wie in dem anderen Fall gemacht werden. Gewisse Vorkommen sind wichtige Standortsfaktoren, vor allem die Kohle. Und diese sind es, im Gegensatz zur populären Anschauung also gerade die, welche Europa nicht einführt und von denen es in diesem Sinn nicht »abhängig« ist, welche etwas mit der relativen Armut Europas zu tun haben. Aber auch sie haben bisher keine entscheidende Rolle gespielt.

Europas Entwicklung dürfte endlich auch recht wenig vom sogenannten amerikanischen Imperialismus zu fürchten haben. Auch das ist ein Wort, mit dem wir zu freigebig sind. Imperialistische Redensarten gibt es überall; worauf es ankommt, das sind die Taten. Und diese sind so »unimperialistisch« wie nur möglich: In dieser Beziehung genügt es, den Rückzug aus Kuba und das Verhalten gegenüber Mexiko anzuführen. Im letzten Fall war die amerikanische Friedfertigkeit nicht einmal durch ein Vorgehen der mexikanischen Verwaltung gegen die ökonomischen Interessen von Amerikanern zu erschüttern, das in manchen Punkten (Öl) Lenin selbst zufriedengestellt haben würde. Vom Standpunkt *Europas* ist Washington eher zu wenig imperialistisch, insofern als es uns nur nützen könnte, wenn die einzige Macht, die in gewissen Gegenden Ordnung und Rechtssicherheit garantieren kann, das auch wirklich tun würde.

Viel interessanter und viel bedenklicher ist ein anderer Aspekt des europäischen Schicksals. Nie ist er besser formuliert worden als in der Frage Somarys: »Kann man Schüler Karl Marx' und Nachfolger des Großmoguls in einer Person sein?« (S. 29). Hier handelt es sich nicht um ein Zurückweichen vor neuentstandener überlegener Macht, um Zurückweichen, das die einzige Möglichkeit wäre. Vielmehr ist es klar, daß selbst an jenen Stellen, an denen europäische Herrschaftsinteressen auf europäisierte Kampftechnik stoßen, wie in Ägypten, China und Indien, die antieuropäische Bewegung nur deshalb gefährlich wird, weil Europa selbst ihr Berechtigung zuerkennt. Europa – d.h. in diesem Fall wesentlich England: Denn weder Frankreich noch die anderen europäischen Staaten, die hier in Frage kommen, wie vor allem die Niederlande, weisen vorläufig irgendwelches Erlahmen ihres Herrenwillens auf, und wir sehen dann

auch, daß das vollständig genügt. Aber mit England steht es anders. Tradition und Parteitaktik mögen das Sinkenlassen der Zügel innenpolitisch erschweren und hier und da zu dem Entschluß führen, alten Besitz auch um den Preis erheblicher Opfer an modernen Überzeugungen vorläufig noch festzuhalten. Aber der Impuls, der diesen Besitz erobert hat, ist tot. Und das ist deshalb von allgemein europäischer Bedeutung, weil englische Herrschaft den größten Teil der europäischen Herrschaft bedeutet und weil die Ursache des Erlahmens auch die anderen europäischen Kolonialmächte ergreifen muß. Denn dieses liegt natürlich nur an der unaufhaltsam fortschreitenden innenpolitischen Machtverschiebung, welche die politische Willensbildung Schichten überträgt, denen »Herrschaft« nichts oder doch nur Unsympathisches sagt. Um zu beherrschen, muß man vor allem herrschen wollen – alles andere, insbesondere die ökonomische Bilanz des Herrschens, ist Nebensache: Will man die Herrschaft um ihrer selbst willen nicht mehr, so wird man sie bald auch um ökonomischer Vorteile willen nicht mehr wollen. Damit fließt das speziell europäische Problem zusammen mit dem Problem der Gesellschaftsordnung von heute.

Joseph Schumpeter

Dauerkrise?¹

Diagnose und Prognose des Wirtschaftszustands von heute führen unmittelbar auf die Frage zurück, ob er in den normalen Konjunkturzyklus fällt und was an den Erscheinungen um uns sich eventuell so, was davon sich anders erklärt. Nehmen wir unsere Antwort vorweg: Ja, zunächst haben wir – jedenfalls hatten wir 1929 und 1930 – die Depressionsphase eines normalen Konjunkturzyklus vor uns. Aber dessen Symptome, die, wenn es sich nur darum handelte, lediglich ein kurzes und mildes Abgleiten angezeigt hätten, das schon im ablaufenden Jahr von einem Anstieg abgelöst worden wäre, wurden zum Gesamtbild einer Katastrophe verschärft, und es traten Erscheinungen auf, die normalen Depressionsperioden fremd sind, weil eine andere Gruppe von Ursachen, die nicht in der Sphäre des Wirtschaftens wurzeln, hinzutraten – wir wollen sie kurz die politischen nennen. Das Verhältnis zwischen der konjunkturellen und der politischen Komponente ist so zu denken, daß die aus der politischen und sozialen Sphäre auf die Wirtschaft wirkenden Läsionen ihren Druck grundsätzlich stetig ausüben, so daß die Aufschwungsperioden schwächer und kürzer, die Depressionen stärker und länger werden, als sie sonst wären. Dazu kommt nur noch die Gruppe jener Schädigungen, die in der heutigen Depression dem Wirtschaftskörper in therapeutischer Absicht beigebracht werden. Denn man vergesse nie: Die beliebte Analogie vom Schiff im Sturm ist unzulänglich, es müßte noch hinzugefügt werden, daß unsere Schiffe Kapitäne haben, die nichts von Nautik verstehen, und Besatzungen, welche drohende Klippen für rettende Hafen halten.

Diese Antwort hat nichts Überraschendes. Sie schärfer zu umreißen und auszuführen, ist die einzige Aufgabe dessen, was folgt. Dazu müssen wir vor allem einen Blick in jene eigentümliche Wellenbewegung tun, in jenen Wechsel von Prosperität und Depression, welcher der kapitalistischen Wirtschaft charakteristisch ist, soweit unser Blick historisch zurückreicht. Die Frage: Was ist das – der normale Konjunkturzyklus? spitzt sich zur Frage zu: Woher kommt es, daß in der kapitalistischen Wirtschaft von Zeit zu Zeit höchste Produktionsziffern oder doch höchste Produktionsfähigkeit mit größter Armut und völliger Unfähigkeit koexistieren, jenen Reichtum diesem Bedarf dienstbar zu machen? – jene Frage, die im Kampf der Argumente für und gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung unter Umständen die entscheidende Rolle spielen kann.

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 6, 1931-1932, S. 418-421; d. H.

Die Konjunktur-Wellen

Zunächst die Tatsachen: Was seit rund 200 Jahren die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog, das waren jene dramatischen Zusammenbrüche, insbesondere der Spekulation und des Kredits, die man anfangs jeden für sich als einzelne Unglücksfälle zu erklären suchte, die besonderen Umständen und namentlich individuellen oder gruppenmäßigen Verfehlungen zuzuschreiben seien. Unter dem Eindruck der Wiederkehr dieser Ereignisse in annähernd gleichen Zeitabständen erwuchs später die Erkenntnis, deren entscheidende Formulierung dem französischen Ökonomen C. Juglar verdankt wird, daß solche »Krachs« oder »Krisen« nur Elemente, und zwar Umkehrpunkte einer das ganze Wirtschaftsleben umfassenden wellenförmigen Bewegung seien, deren Beschreibung mit Hilfe statistischer Merkmale dann nach und nach in Griff genommen wurde und sich in schematischen Modellen von Musterzyklen verdichtete, von denen das von *Spiethoff* das vollkommenste ist. So gewann der 7–11jährige Konjunkturzyklus Bürgerrecht erst in der Wissenschaft und durch Vermittlung der vielen wissenschaftlichen, halbwissenschaftlichen und populären Barometer auch in der Praxis des Geschäftslebens. In Amerika haben wir jetzt über 40 in Monatsdaten zur Verfügung stehende Reihen von Ziffern über ein weites Gebiet der Vorgänge der Produktion, Konsumtion, der Geld- und Kreditsphäre, des Handels und Transportes usw. Leider gehen die meisten nur bis 1919, einige auch noch weniger weit, zurück und nur etwa ein Drittel reicht über 1903 hinaus, während allerdings einige der wichtigsten Reihen, besonders viele Preisreihen in Jahresdaten bis ins 18. Jahrhundert vorliegen. Jedermann weiß heute vom *Harvard*-Barometer und von der Art und Weise, wie dieses durch Ausschalten der Saisonschwankungen und des Trend die Konjunkturwelle – allerdings mitsamt den Zufallstörungen – isoliert darzustellen suchte. Die nächste Entdeckung, die sich ebenfalls an den Namen von *Spiethoff* und dann an den von *Kondratieff* knüpft, brachte eine andere, rund 50jährige Welle in den Bereich des wissenschaftlichen Scheinwerfers, der die Juglarwelle überlagert ist und in deren aufsteigendem Ast die Prosperitäten stärker und die Depressionen schwächer markiert sind als in deren absteigendem Ast. Und schließlich wurde auch noch eine kürzere, rund 40 Monate lange Welle entdeckt, die wiederum auf der Juglarwelle abrollt. Schon diese letzte Entdeckung hat sich noch nicht durchgesetzt, vollends die Existenz noch anderer solcher Bewegungen kann vorläufig nur vermutet werden.

Das Wesen der Wirtschaftskrise

Sodann die Erklärung: Der Leser wolle ihre verzweifelte Kürze entschuldigen und bedenken, daß sie wie die Dinge stehen, nur dann ganz überzeugend sein könnte, wenn es möglich wäre, den Grundgedanken im einzelnen auszuführen und zu zeigen, an welchen logischen oder tatsächlichen Klippen andere Erklärungsversuche scheitern. Wie der Physiker sein Atommodell, so konstruiert sich auch der Ökonom gedankliche Modelle von Wirtschaftsabläufen, welche die und nur die Eigenschaften haben, auf die es beim jeweiligen Untersuchungszweck ankommt.

In unserem Fall besteht dieser Untersuchungszweck in der Beantwortung der Frage: Würde

es alternierende Perioden von Prosperität und Depression auch dann geben, wenn der Wirtschaftsprozeß keinen Störungen von außen ausgesetzt wäre? Offenbar ist das die wissenschaftlich eigentlich interessierende Frage, denn obgleich die Störungen von außen in keinem einzelnen Fall fehlen und sehr oft praktisch wichtiger sind als der Grundvorgang, so ist doch dieser allein wirklich problematisch, während die Wirkungen äußerer Störungen vielfach unmittelbar einleuchten. Wir konstruieren zuerst das Modell einer nicht nur von äußeren Störungen freien, sondern auch stationären Wirtschaft, d.h. im wesentlichen einer Wirtschaft, in der Geschmacksrichtungen und Produktionsmethoden und die Grunddaten des Wirtschaftslebens, Bevölkerungszahl usw., jahraus jahrein dieselben bleiben. Dann ist leicht nachzuweisen, daß unsere Frage verneinend zu beantworten ist. Der nächste Schritt besteht darin, daß wir in unser Modell jene Veränderungen einführen, die wie Bevölkerungsvermehrung, Wachsen des Sparkapitals usw. kontinuierlich vor sich gehen, und führen den gleichen Nachweis in bezug auf diese. Endlich lassen wir auch Veränderungen der Produktionsmethoden zu, also das, was man »Produktionsfortschritt« nennt, und zeigen einerseits, daß auch dieser die zu erklärende Wellenbewegung nicht hervorrufen würde, *wenn die einzelnen Veränderungen sich in der Zeit gleich verteilen würden*, und andererseits, daß er das notwendig tun muß, wenn die einzelnen Veränderungen, statt pro Zeiteinheit in gleicher Anzahl und Bedeutung aufzutreten, sich zu manchen Zeiten zusammenballen und eine große Störung der Dispositionen und Kalkulationen der Geschäftswelt bewirken. Vielleicht sind gerade Lesern gegenüber, die nicht Theoretiker von Fach sind, nicht viele Worte darüber nötig, daß und warum gerade das geschieht, warum also z.B. trotz Vorhandenseins der technischen Kenntnisse es lange praktisch unmöglich war, Eisenbahnen zu bauen, daß dann aber in den 40er Jahren eine förmliche Eisenbahnmanie ausbrach. Oder warum der Glühstrumpf sich lange nicht durchsetzen konnte, bis, sowie er einmal erfolgreich durchgesetzt war, sich die Geschäftswelt auf alles stürzte, was einem Glühstrumpf ähnlich sah. Der nächste Schritt ist der Nachweis, daß die Durchsetzung solcher Neuerungen tatsächlich der Kern dessen ist, was in den historisch beobachteten Prosperitätsperioden geschehen ist, und daß sich alle die bekannten Merkmale derselben direkt oder indirekt von diesem Standpunkt aus restlos erklären, insbesondere auch die charakteristischen Kreditausweitungen und die dadurch erzwungene Aufwärtsbewegung des Preisniveaus.

Und in einem letzten Schritt von Überlegungen und Tatsachenanalysen lernen wir verstehen, daß und wie das Aufstoßen des Neuen auf alles das in der Volkswirtschaft, was eben durch dieses Neue nunmehr veraltet und konkurrenzunfähig geworden ist, eine Störung hervorruft, die erst liquidiert werden muß, ehe auf Grund der neuen Daten, die sich dann herausstellen, wiederum Neues geschaffen werden kann. Dieser Prozeß der Einpassung des Neuen in den Organismus der Volkswirtschaft mit seiner Elimination des unhaltbar Gewordenen und seiner Reorganisation des Wert- und Preissystems der Volkswirtschaft, dieses *Tasten nach einem neuen Gleichgewicht* – das ist der Kern dessen, was in der Depressionsperiode geschieht. Und es läßt sich zeigen, daß alle ihre Erscheinungen, insbesondere auch die charakteristische Kreditkontraktion und die Senkung des Preisniveaus, daraus restlos erklärt werden können.

Das Gleichgewichtsproblem

Alle die Fragen und Einwendungen beiseiteschiebend, die sich naturgemäß gegenüber einer Darstellung ergeben, welche mitteilen will, was nur in einem dicken Band befriedigend gesagt werden könnte – wollen wir lediglich feststellen, daß der eben angedeutete Gedankengang auch das Schicksalsparadoxon des Kapitalismus klärt, nämlich jene wiederkehrende Situation, in der Waren hunger und Warenüberfluß einander ins Gesicht starren und Produktionsfähigkeit zugleich Produktionsunmöglichkeit ist. Wir verstehen jetzt, daß Produktionsfortschritt von depressiven Erscheinungen gefolgt sein muß, die sich geradeso in bestimmten Perioden zusammenballen wie die Durchsetzung des Produktionsfortschritts, der sie hervorruft. Wir verstehen ferner, daß in den scheinbar regellosen Bewegungen, in denen sich das Suchen nach dem neuen Gleichgewicht äußert, sichere Kalkulation unmöglich wird und alle Gewinnaussichten schwinden, Verluste auftreten. Wir sehen endlich ohne weiteres auch, daß an sich nicht wesensnotwendige individuelle und gruppenmäßige Fehler in solchen Perioden besonders bemerkbar sein und die Situation verschärfen werden, und daß das Gleiche die Folge jener Preissenkungen sein muß, die an sich nichts anderes sind als die natürliche Folge von Verbesserungen der Produktionsmethoden – die Form, in der sich die Früchte des Fortschrittes darbieten. Die kapitalistische Wirtschaftsform knüpft das Schicksal der Individuen und Gruppen an marktmäßigen Erfolg, und daraus folgt einerseits, daß für der Anpassung unfähige Gruppen der Produktionsfortschritt wirtschaftliches und soziales Todesurteil bedeutet und daß andererseits temporär die Depressionsperiode eine Zeit der Not für schlechthin alle sein kann, da in größerem oder geringerem Maß alle, sei es vom Sterben des Veralteten, sei es von den Maßregeln in Mitleidenschaft gezogen werden, mit denen versucht wird, die unwirtschaftlich gewordenen Produktionen auf Kosten der Allgemeinheit am Leben zu erhalten. Einer der größten Erfolge unserer Zeit war z. B. der Fortschritt der Rohrzuckerproduktion. Aber er bedeutet das Todesurteil der europäischen Zuckerindustrie, und sowohl wenn man sie zugrunde gehen läßt, als auch wenn man sich dagegen stemmt, dadurch auf die überseeischen Produzenten zurückschlägt und nun diese kaufunfähig für europäische Waren macht, gibt es eine auf die Dauer unhaltbare Situation, die, wie die Dinge liegen, auf unbestimmte Zeit durchgeschleppt wird und die Lebenshaltung in allen Ländern belastet. Ich will mich nicht mit der Aufzählung von Beispielen aufhalten, die ohnehin jeder kennt, sondern nur sagen, daß der Kritiker unserer Gesellschaftsordnung recht hat, wenn er immer wieder auf diesen Anklagepunkt zurückkommt. Aber er hat recht in einem anderen Sinn, als er meist glaubt. Politisch ungefesselt und unverdorben würde der kapitalistische Mechanismus Symptome von jener Schwere, die diesem Punkt der Anklage den Ernst und die Farbe gibt, kaum hervorbringen und jedenfalls schnell überwinden.

Um das einzusehen, braucht man nur zu erwägen, daß, um ein ganzes Volk wirklich und für längere Zeit in Not zu stürzen, zwei Bedingungen erfüllt sein müssen, die nicht leicht erfüllt sind. Es muß erstens die betreffende Neuerung von ganz revolutionärem Charakter sein, so daß in einer ausreichend wichtigen Industrie die Produktion der alten Betriebe nicht nur nicht mehr

die Gesamtkosten, sondern auch nicht mehr die Fabrikationskosten deckt. Denn wenn wenigstens die letzteren gedeckt sind, so ist langsame Anpassung ohne katastrophale Arbeitslosigkeit noch immer möglich. Und es muß zweitens ausgeschlossen sein, nach der betreffenden Methode im Inland zu produzieren. Selbst in solchen ihrer Natur nach seltenen Fällen dürfte man nicht, wie man es zu tun pflegt, den gewaltigen Konsumentenvorteil vergessen, der das notwendige Komplement eines solchen Sachverhalts sein muß – und diesen Fällen steht endlich die Tatsache gegenüber, daß die Leiden der Depressionsperioden nichts sind als die temporären Nebenwirkungen eines ganz auf schnellen Fortschritt eingestellten Systems, auf das man nur verzichten kann, wenn man die große Majorität aller Nationen auf absehbare Zeit auf einem Niveau der Lebenshaltung lassen will, von dem wir doch sagen, daß es unserem moralischen und kulturellen Empfinden widerspricht. Noch etwas anderes darf in dieser Bilanz nicht vergessen werden: Die dramatischen Zusammenbrüche waren den Flegeljahren des Kapitalismus eigen und wären heute, wenn es keine politischen Schädigungen des Wirtschaftskörpers gäbe, ein Ding der Vergangenheit – wie das die Vorkriegsgeschichte der Krisen zeigt und aus Gründen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, die Theorie erwarten läßt. In einem von politischen Läsionen freien Kapitalismus würde sich eine Depression statistisch durch flache Täler unserer Diagramme, in den aufsteigenden Ästen der Kondratieff-Wellen wohl gar nur durch abnehmende Raten der Zunahme äußern. Der Steuerertrag der Überschüsse aus den Aufschwungsperioden wäre den trotzdem entstehenden Notlagen durchaus gewachsen.

Politische Hemmungen

So scheint es denn, daß unser Klagepunkt gegen den Kapitalismus auf sehr bescheidene Dimensionen zusammenschrumpft, wenn er sich nicht gar als eine der zahllosen Erscheinungen jenes Fehlers erweist, den wir in solchen Diskussionen immer wieder begehen – des Fehlers von einem Ganzen nur einen Ausschnitt, von einem Gewebe nur einen Faden zu sehen. Trotzdem ist das nicht so. Freilich scheint es mir zweifellos, daß heute Depressionen lediglich infolge der Einwirkungen der politischen Sphäre auf die wirtschaftliche zu Katastrophen werden: Von Einwirkungen aller Größenordnungen und Typen, die sich in unübersehbarer Reihe, anfangen von Weltkriegen bis herunter zu unvernünftigen Verwaltungsakten, aufzählen ließen, Einwirkungen, deren Druck in Aufschwungsperioden erträglich, in Depressionen unerträglich, doch konstant wirkt, und anderen, die erst in der Depressionsperiode entstehen aus der sachunkundig verfolgten Absicht, ihre Symptome zu mildern. Aber eben diese Art von Wirtschaftspolitik steht zum Teil auf dem Schuldkonto der privatwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, zu jenem Teil nämlich, zu welchem sie verhüllte oder unverhüllte *Interessenpolitik* in Dienst von Gruppen ist, deren Existenz mit bestimmten Produktionsapparaten verbunden ist. Diese Kategorie von Schädigungen würde mangels Motivs in einer sozialistischen Welt entfallen, und darin mag wohl eine Überlegenheit liegen, die so manches andere kompensiert. Um bei dem schon gewesenen Beispiel zu bleiben: Kein sozialistischer Staat hätte ein Motiv gehabt, die

Zuckerindustrie im 19. Jahrhundert zu solchem Umfang aufzublähen, wie das durch die Politik der Exportprämien geschehen ist, und er stünde daher nicht vor einer unhaltbaren Situation von solchen Dimensionen wie der heutige Staat, der sie nun wieder zu heilen sucht, indem er von den leidenden Massen den billigen Zuckert, den nie haben könnten, künstlich fernhält. Man sieht. Die Sache liegt ungefähr gerade umgekehrt, als meist angenommen wird. Das kapitalistische System *als solches* bedarf keiner Regelung oder Planung innerhalb oder außerhalb der Depression, um zu funktionieren, Erfolge zu erzielen und Zusammenbrüche zu vermeiden. Es bedarf weder des Modelns noch des Ankurbelns, es läuft von selbst und mit wirtschaftsgeschichtlich unerhörten Resultaten. Das logisch nächstliegende Heilmittel für eine Reihe schreiender Übel wäre nicht Vermehrung, sondern Verminderung der planwirtschaftlichen Eingriffe, überblickt man manche der größten Schwierigkeiten der heutigen Weltwirtschaft – die Lage des deutschen Getreidebaus z. B. –. so erkennt man. daß die Kausalkette fast immer auf Industrieförderung der Vergangenheit zurückführt, die lebensunfähige Gebilde geschaffen oder lebensfähige Gebilde zu lebensunfähigen Dimensionen aufgebauscht hat. Aber da es so aussieht, als ob das kapitalistische System unrettbar störender und zerstörender Wirtschafts- und Finanzpolitik verhaftet wäre, so darf der Sozialist reinsten Wassers – nur er freilich und nicht der planwirtschaftliche Halbsozialist – die Not der Depressionszeiten. so wie sie ist, im Gegensatz dazu, wie sie sein *könnte*, mit vollem Recht in seine Waagschale werfen.

Konjunkturwende?

Zurück zu unserer Frage: Beschränken wir uns auf Amerika und gehen wir nur zwei Jahrzehnte hinter den Krieausbruch zurück, so sehen wir Rezessionen von verschiedener Intensität in den Jahren 1893, 1896, 1900, 1903.1907,1911, und wenn wir den Krieg überspringen, wiederum in den Jahren 1921, 1924 und 1927, so daß für 1930 wieder Depression im 40-Monate-Zyklus zu erwarten war. wenn wir der statistischen Regelmäßigkeit vertrauen dürfen. Dürfen wir das? Natürlich nicht, wenn nichts anderes vorläge als statistische Regelmäßigkeit, auch dann nicht, wenn die Phasen noch regelmäßiger wären und wenn sie besser in den einzelnen Ländern übereinstimmten, als sie es tun. Aber in dieser Lage sind wir ja nicht. Die angedeutete Theorie erklärt uns die Gründe der Wellenbewegung und sagt uns. auf welche Tatsachen zu achten ist, wenn man sich ein Urteil bilden will – vor allem macht sie verständlich, daß die umwälzenden Fortschritte der überseeischen Rohstoffproduktion depressive Erscheinungen von besonderer Stärke hervorrufen mußten. Beide, Statistik und Theorie, lehren uns ferner, daß die Depression des kurzen Zyklus diesmal außerdem auf den absteigenden Ästen sowohl einer Juglarwelle, als auch einer Kondratieffwelle liegen, so daß schon deshalb auch ohne alle verschärfenden Einflüsse von außen ernstere Rückschläge als im Jahre 1907 – das auf dem aufsteigenden Ast einer Kondratieffwelle lag – verständlich sind. Daraus denn das tröstliche Ergebnis, daß, was der heutigen Wirtschaftslage zugrunde liegt, in der Tat nicht mehr als die Depressionsphase der normalen Konjunkturbewegung ist. Tröstlich nenne ich das Ergebnis aus

zwei Gründen: Einmal deshalb, weil es in der Tat noch viel schlimmer stünde um unsere Wirtschaft und die Kultur, deren Basis sie ist, wenn wir uns sagen müßten, daß alles, was wir durchleben, zu einer Zeit einträte, für die Statistik und Theorie Aufschwung erwarten lassen würden. Erst am Tage, an dem das eintritt – gewiß kann er kommen –, wird es den politischen Schädigungen gelungen sein, der Wirtschaft das Rückgrat zu brechen, erst dann wird es auch richtig sein zu sagen, daß es aus ist mit dem Kapitalismus und allem, was er der Menschheit noch zu bieten hat, erst dann wird nichts anderes übrig bleiben als stabilisierte Armut. Und der andere tröstliche Punkt an der Sache ist, daß eben deshalb angenommen werden kann, daß das kommende Jahr jene bescheidene Erholung bringen wird, die schon eingetreten wäre, wenn es keine politischen Schädigungen und namentlich keine Krisentherapie gäbe, die sich ja nach und nach, besonders in ihrer deflationistischen Spielart – in der Form der Politik gleichzeitiger Senkung von Preisen und Einkommen – zu einer selbständigen Ursache depressiver Erscheinungen entwickelt, die für sich allein schon ausreichen würde, eine Depression hervorzurufen, und, wenn konsequent fortgesetzt, von der Zinssenkung über Kreditrationierung zur Brotkarte führen würde.

Vielleicht bedarf es keines langen Beweises dafür, daß Deflationspolitik Deflationskrisen hervorrufen muß – Verluste, Bankerotte und Arbeitslosigkeit, die andernfalls nicht existierten, bzw. daß sie Verluste, Bankerotte und Arbeitslosigkeit den schon vorhandenen hinzufügen muß. Vielleicht darf ich mich weiter dabei beruhigen, daß Natur und Wirkung mancher politischer Läsionen des Wirtschaftskörpers, so manche Nachwirkungen des Krieges, politische Schulden usw., genugsam bekannt sind und im wesentlichen richtig gesehen werden. Aber zwei böse Lücken müssen in unserem Argument bleiben: Der Nachweis dafür, daß im Gegensatz zur Ansicht führender Autoritäten Goldmangel an sich nicht zu den entscheidenden Ursachen der heutigen Depression gehört – wenngleich wohl die Währungspolitik mancher Staaten –, und der Nachweis dafür, daß unter den speziell in Deutschland (und England) wirksamen Ursachen eine mit den Lebensbedingungen der kapitalistischen Maschine unvereinbare Finanzpolitik an erster Stelle steht. Nur eines noch: Der Leser sieht ohne weiteres ein, daß, wenn er einen Arzt konsultiert und ihn mit einer tröstlichen Diagnose verlassen hat, wenn er aber gleich darauf von einem Auto überfahren wurde, das nichts beweist gegen den Arzt oder gegen die Medizin. Warum fällt es ihm so schwer, dem Ökonomen, der auch nur auf Grund der Tatsachen seines Gebiets urteilen kann, die gleiche Gerechtigkeit zu erweisen in einer Welt, in der so viele politische Autos umherlaufen?

Joseph Schumpeter
Weltkrise und Finanzpolitik¹

In einem kürzlich erschienenen Artikel (»Der deutsche Volkswirt«, 6. Jahrg., Nr. 13/14 vom 25. Dezember 1931) ist gezeigt worden, daß der heutigen Wirtschaftslage in allen Ländern die eine gemeinsame Tatsache zugrunde liegt, daß wir uns in einer Depressionsphase jener Konjunkturzyklen befinden, die man in dem dort umschriebenen Sinn als eine normale Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung bezeichnen darf: Die Sache steht nicht so, daß abnormale Schädigungen allein die heutige Katastrophe hervorgebracht hätten, während sonst Blüte und Aufschwung zu erwarten gewesen wäre, sondern so, daß die abnormalen Schädigungen, die im aufsteigenden Ast wirksam, aber erträglich waren, im absteigenden Ast zur Katastrophe machten, was sonst einfache Depression gewesen wäre. Kein Erklärungsversuch der Weltwirtschaftslage kann auf den Konjunkturzyklus verzichten, keiner allerdings auch bloß mit ihm auskommen. Wir wollen nun einen weiten Sprung tun von jenem letzten Hintergrund der Erscheinungen von heute zu einem anderen Ursachenkomplex, der in voller Vordergrundbeleuchtung unmittelbar vor unserem Auge steht, zur deutschen Wirtschaftspolitik in der Krise und zur deutschen Finanzpolitik seit 1924. Natürlich heißt das nicht, daß wir dann alle zur Diagnose der Lage nötigen Momente beisammen haben werden. Es blieben noch immer die Umschichtungen der Weltwirtschaft durch den Krieg und nach dem Krieg, an die sich anzupassen auch dann schwierig und verlustreich wäre, wenn der Anpassungsprozeß nicht, wie es tatsächlich geschieht, politisch erschwert würde; es blieben die Reparationen und alle die sozialen und politischen Quellen von Unruhen und Gefahren; es blieben Rußland, Indien und China; und es blieben endlich die in ihrer kausalen Bedeutung allerdings maßlos überschätzten Probleme des Goldes, deren Konturen erst dann im richtigen Licht erscheinen, wenn man sich klar macht, daß es wieder nur politische Momente sind, die bewirken, daß das Gold seine Rolle so schlecht erfüllt – und daß das Gold ganz anders funktionieren würde, wenn die Bewegungen der Waren und des kurzfristigen Kapitals nicht durch politischen Eingriff und politische Beunruhigung gehemmt und pervertiert wären. Aber im folgenden stellen wir alles das beiseite, soweit es sich nicht von selbst in unseren Weg drängt.

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 6, 1931/1932, S. 739-742; d. H.

Preissenkung und Konjunktur

Vor allem haben wir uns mit jener Politik auseinander zu setzen, deren Ziel formuliert werden kann mit: *Gleichzeitige Herabsetzung von Einkommen und Preisen*. Wir fragen ganz allgemein nach ihrem ökonomischen Sinn ohne, was dem Ökonomen nicht zukommt, nach individuellen oder innenpolitischen Motivationen zu forschen, durch welche unter Umständen ökonomisch unrationelle Maßregeln gerechtfertigt oder doch verständlich werden könnten, ohne daß man auf das Moment mangelnder Sachkunde zurückgreifen müßte.

Wäre es möglich sämtliche Einkommen, Preise und in Geld ausgedrückte Werte in genau dem gleichen Zeitpunkt und genau dem gleichen Verhältnis herabzusetzen, so wäre ein solcher Vorgang mit einer gleich zu behandelnden Einschränkung währungspolitischer Natur zwar völlig harm- aber auch völlig sinnlos. Die ökonomische Lage sämtlicher Wirtschaftssubjekte bliebe dieselbe wie vorher, ganz ebenso wie wenn diese Wirtschaftssubjekte z.B. plötzlich anfangen statt wie bisher in Mark in Einheiten von zwei Mark zu rechnen. Lohnherabsetzungen z. B., die im Zuge einer solchen Aktion erfolgten, würden in der Tat den Reallohn unversehrt bewahren, dafür aber sowohl für alle anderen Gruppeninteressen wie auch für das Gesamtinteresse völlig gleichgültig sein. Soweit können Herabsetzungen von Einkommen und Preisen wirtschaftlichen Sinn nur haben und einem wirtschaftspolitischen Zweck nur dienen, wenn sie nicht gleichmäßig erfolgen oder wenn sie, nachdem sie einmal durchgeführt sind, durch entgegengesetzte, aber ungleichmäßige Bewegungen zum Teil rückgängig gemacht werden und zum Teil nicht: Wenn etwa die Löhne erst zusammen mit allen anderen Einkommen und Preisen herabgesetzt und dann auf diesem Niveau festgehalten werden, während die Warenpreise und damit andere Einkommen wieder steigen, so könnte das z. B. die Wiederherstellung einer vorher verlorengegangenen Rentabilität bedeuten und dergleichen. Uns interessiert jedoch ein anderer Aspekt: Offenbar ist es praktisch unmöglich, alle Preise, Einkommen und in Geldgrößen ausgedrückte Wirtschaftswerte gleichmäßig herabzusetzen. Insbesondere bleiben, wenn wir von allem anderen absehen, doch zunächst die Buchwerte aller Anlagen und Vorräte dieselben, so daß auf einmal die Erfolgsrechnung aller Unternehmungen nicht mehr stimmt, was nur bei einer Minorität derselben durch Inanspruchnahme überdurchschnittlicher Gewinnreserven geheilt werden kann. Kommt nun hinzu, daß die Leute im Unklaren darüber sind, wieweit die Einkommen und Preise herabgesetzt werden sollen oder wie oft eine im einzelnen Fall größtmäßig bestimmte Maßregel dieser Art noch wiederholt werden wird, so muß sich das Erscheinungsbild einer Krise ergeben. Im eingangs erwähnten Artikel wurde gezeigt, daß das Wesen der Depressionsperioden im Tasten nach einem neuen Gleichgewichtszustand besteht, welches sich in der wirtschaftlichen Atmosphäre sinkender Preise abspielen muß und während welchem es unmöglich ist, mit dem normalen Maß von Sicherheit zu kalkulieren. Aber wir brauchen die Theorie nicht zu bemühen, um nachzuweisen, daß eine Politik der Herabsetzung der Einkommen und Preise durch politischen Eingriff für sich allein völlig ausreichen würde, um selbst inmitten eines Aufschwungs sofort eine Depression zu schaffen: Mag man sich nun die Lage eines Haushalts gegenüber der Frage der Anschaffung eines Gebrauchsgegenstandes oder eines

Vorrats von Verbrauchsgegenständen vergegenwärtigen oder die Lage eines Detaillisten gegenüber der Frage, was für Bestellungen er beim Großhändler machen soll, oder die Lage dieses Großhändlers, der sich die Aufträge an seine Produzenten überlegt oder endlich die Lage des Industriellen, der Rohstoffkäufe oder gar Bestellungen von Maschinen und Erweiterung von Anlagen erwägt – stets wird man ohne weiteres einsehen, daß alle diese verschiedenen Kategorien von Wirtschaftssubjekten, während eine solche Politik im Gange ist, einfach nicht handeln können und am besten fahren, wenn sie *nichts* tun. Denn sie alle müssen, da sie nicht wissen, wie sich die Sache auswirken und wie weit sie noch gehen wird, Bedenken tragen, Buchwerte und Verpflichtungen zu schaffen, die auf dem schließlichen Niveau unabschreibbar werden und wirtschaftliches Todesurteil bedeuten können. Völlige Zerrüttung des Wertsystems der Volkswirtschaft und zu phantastischen Ziffern emporschnellende Arbeitslosigkeit müssen um so mehr die Folge sein, als die Notlage, in welche die öffentlichen Finanzen durch die Wirkungen solcher Politik geraten müssen, zu immer weiteren Steigerungen der Steuerlast und immer weiterer Senkung der von Staat und Gemeinde abhängigen Einkommen führt. Wir Theoretiker mögen darüber streiten, ob man das korrekter Weise »Deflationspolitik« nennen kann oder nicht. Das Kreditvolumen wird durch den kreditvernichtenden Einfluß der geschaffenen allgemeinen Unsicherheit und der Zinsherabsetzungen jedenfalls auf das Gründlichste »deflationiert«, was momentan viel deutlicher zu spüren ist als der Einfluß der auf Silber gedruckten Staatsnoten, deren Emission nach einer anderen Richtung weist und wirkt. Diese Politik ist also zweifellos ein entscheidender Faktor der augenblicklichen deutschen Wirtschaftslage und müßte sicherlich schnell und in tunlichst verbindlicher Form aufgegeben werden, wenn nicht neue Bankrottepidemien auftreten und die Arbeitslosenziffer von 7 Millionen sehr bald erreicht und schließlich auch überschritten werden soll.

Preissenkung und Politik

Wie oben angekündigt, ist diesem Aspekt jedoch ein anderer gegenüberzustellen. Eine reale Bedeutung würde auch gleichmäßige Herabsetzung aller Preise und Einkommen haben: Sie erschwert nämlich die Einfuhr und erleichtert die Ausfuhr und stärkt auf diese Weise den nationalen Wechselkurs, die Position der Mark gegenüber dem Gold. Gleich sei betont, was der Praktiker nie einsehen will, daß nur der *Akt* der Herabsetzung diese essentiell temporäre Wirkung hat, und daß er immer wiederholt werden müßte, um sie stets aufs neue zu haben. Immerhin – die reparationspolitische Bedeutung dieses Effekts liegt auf der Hand, schon für die Zeit vor der Abwendung Englands und anderer Staaten vom Golde und des Übergangs Englands zum Protektionismus, noch mehr für die Zeit nachher. Und diese Bedeutung ist ebenso groß vom Standpunkt der Absicht, die Reparationszahlungen möglich zu machen wie vom Standpunkt der Absicht, den Gläubigerländern die Wirkungen der Reparationszahlungen zu zeigen und in ihnen eine der Streichung der Reparationen günstige öffentliche Meinung hervorzurufen: Woran das Schöne ist, daß die Verfolgung jedes dieser Ziele automatisch dem anderen dient,

so daß diese Politik vollständig aufrichtig und vertragstreu ist und nur durch das Gewicht der Logik der Dinge zu wirken unternimmt. Schließlich ist auch klar, daß unter den heutigen Umständen solche künstliche Herabsetzung von Einkommen und Preisen wirklich nötig ist, wenn diese ausreichend sinken sollen. Früher hätte jener Automatismus des Goldes, den man heute verachtet, nachdem man ihn politisch verdorben hat, ganz dasselbe viel sachgemäßer, schonender und prompter bewirkt. Aber er funktioniert ja nicht mehr. Und im Innern sind bei uns so viele und so wichtige Preise politisch fixiert, daß auch dieser Mechanismus nicht mehr leisten kann, was er soll, und daß es politischer Aktion bedarf, um ausreichende Senkungen zu bewirken.

Will man ein Urteil über die relative Bedeutung dieser beiden einander gegenüberstehenden Aspekte und damit über die Politik der Herabsetzung von Preisen und Einkommen selbst gewinnen, so muß man sich über zwei Dinge klar sein: *Erstens*, daß der währungs- und reparationspolitische Sinn dieser Politik ihr *einzig* ist und daß sie nicht etwa daneben noch andere Vorteile mit sich bringt, wie sie sich manches einfache Gemüt unter vagen Schlagworten über billiges Leben usw. etwa träumen mag. Vielmehr wird das Ende, was immer die Geldausdrücke sein mögen, teures Leben sein, teuer in dem einzig relevanten Sinn, in welchem teures Leben harte Arbeit für wenig Brot bedeutet – wozu die entschlossene Parteinahme Deutschlands für alles, was in Handel, Industrie und Landwirtschaft veraltet und unwirtschaftlich ist, natürlich das ihrige beiträgt. *Zweitens*, daß es sich bei der Politik der Senkung der Preise und Einkommen nur um kurzfristigen Vorstoß, nicht um eine auf längere Zeit einzunehmende Stellung handeln kann. Nicht nur wird sie durch Gegenmaßnahmen rasch illusorisch gemacht. Nicht nur arbeitet sie mit ungeheuren Kosten. Sondern die wirtschaftlichen Verwüstungen, die sie anrichtet, machen ihr nach einiger Zeit mit einer jedem Willen entrückten Notwendigkeit von selbst ein Ende. Ähnlich wie eine Erhöhung der Bankrate temporär preissenkend zu wirken tendiert, auf die Dauer aber Störungen in der Produktion zur Folge hat, die in der entgegengesetzten Richtung wirken, so muß die Wirkung dieser Politik über Felder wirtschaftlicher Leichen hinweg schließlich in ihr Gegenteil umschlagen, und ganz abgesehen von den sozialen Konsequenzen die völlige Lähmung der Wirtschaft zur Folge haben. Daß das der Gegenspieler weiß, das ist die große Schwäche dieser Politik auch unter dem Gesichtspunkt des Vorstoßes, aber trotzdem kann sie zu wohlausgewählter Zeit angewendet, sinnvoll und erfolgreich sein. Nur muß man es verstehen, sofort halt zu machen und das wirtschaftspolitische Steuerruder herumzuwerfen, so wie der Erfolg errungen ist oder sich als unmöglich erweist. Unser Argument zeigt zur Genüge, warum darin weder ein Widerspruch noch auch das Eingeständnis der Ziellosigkeit läge.

Finanzpolitik als Schicksal

Hier nun tritt uns zugleich mit der Frage, welche Alternative es etwa gegeben hätte, das finanzpolitische Moment entgegen. Offenbar stünde es jetzt anders um Deutschland, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innen- und außenpolitisch, wenn unsere öffentlichen Finanzen gesund

wären und lediglich unter den Wirkungen litten, die jede Wirtschaftskrise für die öffentlichen Haushalte hat. Es ist auch klar, daß – wenn nicht *sachlich* so doch *historisch* – die Politik der Senkung der Einkommen und Preise ihren Ursprung hat in Maßregeln, die ihrerseits aus der Notlage des Reichs erwachsen. Aber noch immer begreifen erst wenige Leute die ganze Bedeutung unserer finanzpolitischen Sünden für Wirtschaft und Weltstellung, für das ganze nationale Schicksal Deutschlands. Es ist kein müßiges Spiel sich zu fragen »wie es hätte sein können«, mag diese Frage auch den Politiker nicht berühren, der sich nur dafür interessiert, was gerade für heute und morgen geschehen kann, um die Folgen der jeweils von der Politik mit geschaffenen Lage zu mildern. Für Deutschland ist nicht das wesentlich, sondern daß man aus den Fehlern lerne und sie künftig vermeide. Und das Traurigste ist nicht, was wir jetzt durchleben, sondern der Umstand, daß unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik Situationen, die mit wirtschaftlicher Erholung und wirklicher nationaler Unabhängigkeit unvereinbar sind, immer wieder schaffen muß.

Geben wir immerhin zu – obgleich dazu manches zu erinnern wäre – daß es sachlich und nicht bloß politisch unvermeidlich war, daß 1924 die Überschreitung des Ausgabenvorschlags den Einnahmeüberschuß bis auf rund eine halbe Milliarde aufzehrte¹. Jedenfalls hätte sich im Folgejahr und dann für 27,28 und 29 je ebensoviel erzielen lassen, wenn man erstens mit einigem Verantwortungsbewußtsein laufend gewirtschaftet, zweitens die Umsatzsteuer nicht unter 1,5% gesenkt und drittens die Besoldungsreform unterlassen hätte. Durch entsprechende Ausnutzung volkswirtschaftlich unschädlicher Steuerformen (Getränkesteuern, Tabakmonopol) und der im Gebührenwesen liegenden Möglichkeiten wäre ferner Raum zur Senkung der sparfeindlichsten Steuern zu schaffen gewesen. Allerdings hätte wohl das Jahr 1926 das bis dahin angesammelte Guthaben des Reiches vernichtet, denn die *damalige* – im Gegensatz zur späteren – Arbeitslosigkeit wäre bei der angedeuteten Politik nicht geringer gewesen als sie tatsächlich war. Aber in das Jahr 1930 hätte das Reich mit einem Aktivsaldo von rund anderthalb Milliarden eintreten können. Und nun überlege man, wie die Sache ausgesehen hätte: Daß die Lage der öffentlichen Finanzen 1930 völlig gesichert gewesen wäre, ist das Geringste. Aber bei solcher Politik wären Preise und Geldeinkommen 1927 und 1928 nicht gestiegen, hingegen hätte sich der Geldmarkt fortschreitend verflüssigt, da ihm, aus öffentlichen und privaten Überschüssen ein immer steigendes Angebot an kurzfristigem Geld zugeströmt wäre. Bezüglich des Angebots aus privaten Quellen ist zu beachten, daß es nicht etwa bloß um die paar hundert Millionen vergrößert worden wäre, welche durch Senkung der kapitalfeindlichsten Steuern hätten freigesetzt werden können – sondern um ein Mehrfaches davon, weil eine solche Wendung der Steuerpolitik auf die Dispositionen der Leute gewirkt hätte. Aber vielleicht renne ich offene Türen ein, wenn ich nachzuweisen suche, daß es bei einer anderen Ausgabe- und Steuerpolitik von Reich, Ländern und Gemeinden ohne auch nur annähernd ähnliche Härten, wie sie jetzt

¹ Man kann über den wirklichen Umfang dieses Überschusses verschiedener Meinung sein. Die obige Schätzung ist die vorsichtigste und berücksichtigt alle Übertragungen von Ausgaben auf spätere Jahre, welche die Gebahrungsmethoden von damals zuließen. Unser Argument würde bei höherer Einschätzung des wirklichen Überschusses a fortiori gelten.

unvermeidlich sind, möglich gewesen wäre, das Angebot an heimischem kurzfristigem Kapital um einen Betrag in der Größenordnung von etwa drei Milliarden zu vermehren. *Ähnliches* wäre sogar noch möglich gewesen, als Anfang 1928 die gefährdete Position unserer öffentlichen Finanzen vor jedermanns Auge stand und es an Warnungsrufen wahrlich nicht fehlte.

Was hätte es nun für einen Unterschied gemacht – dieses kleine finanztechnische Detail? Eine relativ kleine Summe kann einen relativ großen Unterschied im Zinsfuß machen. Und wenn der Markzinsfuß niedriger, also das Zinsgefälle nach dem Ausland geringer gewesen wäre, so wäre fremdes kurzfristiges Kapital nicht annähernd in dem Umfang eingeströmt, wie es geschehen ist. Sieht man von den echten Remboursen ab, die für sich allein keine große Gefahr bedeuten, und von jenem Betrag, dem Guthaben deutscher Firmen gegenüberstanden, so beziffert sich der Rest auf eine Summe, deren Abwanderung keine Katastrophe bedeutet und Deutschland nicht wirtschaftlich und außenpolitisch auf die Knie gezwungen hätte. Die Arbeitslosigkeit, die bei solcher Politik 1928 und 1929 überhaupt nicht, und nachher nicht auf die Ziffern gestiegen wäre, die sie tatsächlich erreicht hat, hätte an die öffentlichen Finanzen keine unmöglichen Anforderungen gestellt, der Kredit Deutschlands wäre unberührt geblieben.

Wem die Hypothese, daß ein politischer Körper je so handeln könne, wie wir eben vorausgesetzt haben, phantastisch erscheint, der bedenke, was das einschließt: Bund, Staaten und Gemeinden der Vereinigten Staaten mögen wirtschaften, wie sie wollen, Frankreich mag die Errungenschaften der Amtsführung Poincares vergeuden, England seine finanzielle Position untergraben – aber für Deutschland sind die Finanzen Schicksal, rationelle Wirtschaft Lebensfrage. Ist sie unmöglich, dann ist für uns noch sehr viel anderes unmöglich, was auch jenen Parteien, welche die kapitalistische Vernunft verachten, nicht gleichgültig ist. Wie immer dem sein mag, für unseren Zweck kommt es nicht darauf an, ob unsere Hypothese phantastisch ist oder nicht. Sie sollte uns nur dazu dienen, das, was wirklich geschehen ist, und seine Gründe und Folgen schärfer zu sehen. Wir haben nun die Antwort auf die Frage, welche Alternative zur heutigen Politik, von der wir ausgingen, Deutschland gehabt hätte. Daß es tatsächlich im Zeitpunkt der letzten Notverordnung keine andere gab, wenn man versuchen wollte, den Kurs der Mark zu halten, scheint mir klar zu sein. Nur auf einen lehrreichen Kausalzusammenhang kam es hier an. Diagnose, Prognose und das, was an Therapie heute noch möglich ist, ergeben sich von selbst.

Joseph Schumpeter
Kreditpolitische Krisentherapie in Amerika¹

Im »Deutschen Volkswirt« ist über amerikanische Kreditpolitik sowohl fortlaufend berichtet wie auch in zusammenfassenden und kritischen Artikeln zu jeder größeren Maßregel Stellung genommen worden. Insbesondere sei auf den Artikel: Die amerikanische Bankreform von Dr. G. Haberler in der Nr. 24 vom 11. März und auf den Artikel: Amerikas Krisenbekämpfung von Dr. G. Katona in der Nr. 37 vom 10. Juni 1932 hingewiesen. An den letzteren, der eine Übersicht über die bisherigen Leistungen und Erfolge dieser Wirtschaftspolitik und auch über die wichtigeren Vorschläge gibt, welche es bis zur Gesetzesvorlage, aber nicht weiter gebracht haben, knüpfen wir unmittelbar an.

I.

Drei Punkte muß man sich stets vor Augen halten, wenn man die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaftslage in den letzten zwei Jahren und die Maßregeln und Vorschläge im richtigen Licht sehen will, welche an ihr zu bessern unternahmen. Vor allem haben so gut wie alle führenden Leute – und zwar gestützt auf das Urteil so gut wie der ganzen Fachwelt – während der ganzen Weltkrise von Monat zu Monat Besserung erwartet und erst anfangs des laufenden Jahres sich eine weniger hoffnungsvolle Prognose zu eigen gemacht. Zunächst gab es viele Leute, welche die Sache mit dem Zusammenbruch der Börsenspekulation November 1929 für in der Hauptsache erledigt und die kleine Aufwärtsbewegung 1930 für gesund und für den Vorboten unmittelbar zu erwartender Erholung des Geschäftslebens hielten. Ende 1930 sagte man Anstieg für 1931 etwa in der Form voraus, daß für das erste Quartal noch Abgleiten, für das zweite Verharren auf tiefstem Niveau, für das dritte Umkehr und für das vierte annähernd normaler Zustand zu erwarten sei. So merkwürdig das klingt – diese Prognose war keineswegs sinnlos, noch auch ein Beweis für die Unzulänglichkeit der Methoden, mittels welcher man zu ihr gekommen war. Auch rückschauend und in Kenntnis davon, wie anders die Dinge gekommen sind, kann man nichts anderes sagen, als daß die feststellbaren Merkmale der Lage von Ende 1930 dieses Urteil durchaus rechtfertigten und daß die objektive Möglichkeit eines der damaligen Erwartung entsprechenden Gangs der Ereignisse gegeben war. Was übersehen wurde, das war auf der einen Seite die ganze Schwere der außerwirtschaftlichen Störungsursachen und ihrer Bedeutung auch für Amerika, und auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten, ähnlich wie in den 80er Jahren, eine Periode abnormaler und temporärer

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt. Bd. 6, 1931/1932, S. 1415-1418; d. H.

Prosperität durchlebt hatten, welche ein zu hohes Niveau der Wirtschaftsindizes als normal erscheinen ließ. Der auf diese beiden Umstände zurückzuführende Optimismus lähmte natürlich den Willen zur Therapie und insbesondere zur Prophylaxe. Das war in diesem Maß in keinem anderen der vornehmlich bedrohten Länder der Fall.

Aber sodann liegt es in der Struktur und im Geist jenes Gemeinwesens, das mit dem Grundsatz, jedermann seines Glückes Schmied sein zu lassen, furchtbaren und uns unbegreiflichen Ernst macht, daß dieser Wille zur Therapie auf alle Fälle schwach gewesen wäre. Weitausgreifende staatliche Fürsorgemaßnahmen für die breiten Massen oder auch nur für bedrohte Ausschnitte der Wirtschaft – mit Ausnahme etwa der Farmerinteressen, die sich dort wie überall Privilegien erzwingen – gehören in Amerika vorläufig noch zu den Dingen, die mit der schärfsten ablehnenden Note belegt, nämlich als »unamerikanisch« bezeichnet werden. Deshalb sieht jede Krise und auch die heutige bei auch nur gleich trüber Konfiguration der objektiven Wirtschaftslage viel böser aus als etwa in England oder Deutschland. Und nicht nur das, sondern sie frißt auch gleich viel tiefer in den Wirtschaftskörper hinein. Grundsätzlich hilft niemand, am wenigsten die öffentliche Hand, einer zusammenbrechenden Bank, niemand fragt nach ihren Depositen oder Angestellten. Und weil jeder weiß, daß niemand danach fragt, so bringt das sofort auch viele andere Banken zur Strecke. Meinem Eindruck nach war das, was dem amerikanischen Bankwesen passierte, eher weniger schlimm¹ als das, was ohne Staatseingriff dem deutschen passiert wäre. Aber in seiner tatsächlichen Auswirkung auf die Wirtschaft war es natürlich unvergleichlich ernster. Noch viel wichtiger ist, daß Arbeiterentlassungen bei umschlagender Konjunktur, die schon an sich viel unbedenklicher vorgenommen werden als bei uns, mangels fast jeder Arbeitslosenfürsorge unseres Typus, neben allen sittlichen und sozialen Konsequenzen – die bis zum Ausbrechen in das Kriminelle gehen – auch noch *die* haben, daß die Kontinuität der Nachfrage nach Waren viel schärfer unterbrochen wird als bei uns, und so immer weitere Entlassungen auf die ersten folgen: Was alles zu der Grundtatsache hinzutritt, daß die Gewalt der Aufschwünge in einem trotz allem noch jungen und stets neue Möglichkeiten erobernden Wirtschaftskörper schon an sich schärfere Rückschläge erklären und bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich machen würde. In diesem Zusammenhang wird die abgelehnte Steagall-Bill (Nr. 3 der Liste der verworfenen Vorschläge im eingangs zitierten Artikel) verständlich, denn zweifellos würde die bloße Deklaration, daß der Bund für Bankdepósitos hafte, sehr viele Bankbrüche und Abziehungen, damit auch währungspolitische Sorgen, verhindern oder beseitigen. Das Geldgeschenk an Kriegsteilnehmer (Nr. 4 derselben Liste: vor kurzem im Kongreß endgültig abgelehnt) erscheint im Licht einer Methode, die grundsätzlichen Bedenken gegen Arbeitslosenunterstützung zu überwinden, und der Vorschlag eines sehr erfahrenen, auch wissenschaftlich hochgebildeten Mannes, arbeitsintensive Industrien zu subventionieren (Nr. 6 der Liste), gewinnt eben daraus seinen Sinn, daß zweifellos in sehr vielen Fällen bei der geschilderten Sachlage Betriebseinstellungen schon durch relativ kleine Zuzahlungen

¹ Die große Zahl der Bankbrüche erklärt sich bekanntlich aus dem fehlenden Filialsystem und der Unzahl kleiner Banken.

verhindert werden können. Alle derartigen Vorschläge, die richtig und in richtiger Dosierung angewandt, in der besonderen amerikanischen Verumständung nicht jene ökonomischen Irrtümer zu implizieren brauchen, welche man zunächst dahinter vermuten möchte, und viele andere, die heute in der Luft herumschwirren und überhaupt keiner ernsten Kritik wert sind, fließen aus einem Gefühl der Untragbarkeit der Konsequenzen jener heute nur mehr Amerika allein eigenen Einstellung. Aber es folgt nicht, daß sich Amerika auf die Dauer besser befinden würde, wenn es sich auf die Bahn begäbe, nach der diese Wegweiser deuten, nämlich die Bahn der Politisierung der Wirtschaft, mit der momentane Erleichterung wahrlich teuer bezahlt wäre.

Endlich muß man sich, wenn man die amerikanische Wirtschaftspolitik verstehen will, die Anomalie der politischen Organisation der Vereinigten Staaten gegenwärtig halten: Der Präsident ist dem Wesen seiner Stellung nach ein Premierminister, der vier Jahre lang nicht gestürzt werden, aber gegen eine feindliche Majorität des Kongresses nichts tun kann. Und das Budget wird vom Kongreß gemacht und nicht von der Regierung, so daß es also jetzt Sache der demokratischen Majorität des Repräsentantenhauses gewesen wäre, dem republikanischen Präsidenten eben jenes Budget zu machen, dessen krisenmildernde oder aufschwungfördernde Wirkung ihm die Wiederwahl wesentlich erleichtern würde – könnte ein mittelalterlicher Theologe diese Sachlage betrachten, so würde er wohl von einem *opus supererogationis* sprechen.

II.

Wir haben von »abnormaler« und »temporärer« Prosperität gesprochen, aus welcher die Notwendigkeit folge, das Normalniveau der Wirtschaftsindizes herunterzurevidieren. Vor allem muß sich aber die Wirtschaft selbst herunterrevidieren, und *diese* Notwendigkeit erklärt viel an dem allseitigen Abgleiten, das ja so handgreiflich von mehr als zyklischer Intensität ist. Weil gerade dieser Umstand die Grundschwierigkeit der amerikanischen Kreditpolitik bildet und für fast alle ihre Fragen das schwer zu erkennende Ausmaß der notwendigen Anpassung entscheidend ist, so muß wenigstens die allgemeine Kontur der Sache hier angedeutet werden: Es ist nicht leicht, die wirtschaftliche Bilanz des Krieges für Amerika richtig zu ziehen. Sicher war er kein gutes Geschäft. Nur zu einem Teil wurden die wirtschaftlichen Opfer der Teilnahme an dem Krieg durch die Gewinne der vorhergehenden Neutralitätsperiode ausgeglichen. Für einen anderen Teil kam die hohe Kriegsbesteuerung auf. Aber man muß den Wert des Ausbaus des Produktionsapparats unter dem Druck der Kriegsnachfrage schon sehr hoch einschätzen, wenn man glaubhaft machen will, daß die absolute Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten – im Verhältnis zum Rest der Welt gesehen liegt die Sache natürlich anders – *nach* dem Krieg und *infolge* des Krieges auf höherem Niveau lag, als ohne den Krieg zu erwarten gewesen wäre. Vor den Augen der Welt und vor allem vor den Augen der Amerikaner selbst standen aber nicht die nüchternen Tatsachen, sondern die phantastischen Größen der Geld- und Kreditsphäre, die stolze Stellung der jungen Gläubigernation usw. Begreiflich also, daß man erst die kleine und dann die große Nachkriegskrise als Unglücksfälle betrachtete, die hätten vermieden, und zwar

kreditpolitisch vermieden werden können, und daß man es mit ängstlicher Wirtschaftlichkeit nicht allzu genau nahm. In ersterer Beziehung bildeten sich damals die sozialpsychischen Grundlagen für den festen Glauben an die Allmacht der Kreditpolitik, in letzterer für jene Stimmung der Ausgabefreudigkeit, welche sagt: Was kümmert es mich, ob mein Wolkenkratzer um eine Million mehr oder weniger kostet, wenn er nur termingemäß fertig wird und großartig aussieht? Unter diesen Umständen war es schon ein Zeugnis für hohe moralische Kraft, daß es möglich war, die Praxis des Federal Reserve Systems auf Regulierung und nicht, wie damals auch ohne Abgehen vom Goldstandard möglich gewesen wäre, auf neue Inflation einzuspielen – obgleich eine cheap money campaign immer drohte –, ferner den rein spekulativen Boom von 1923 abzdrosseln, endlich die Bundesfinanzen in Ordnung zu halten und durch energische Schuldenpolitik ständig zu bessern. Dazu kam allerdings, daß das, was nun folgte, die von den kleinen Rückschlägen von 1924 und 1927 unterbrochene Prosperität, nicht bloß »Konsumkonjunktur« war, wie schon der Kapazitätszuwachs der Stahlindustrie in der Nachkriegszeit um 5 Millionen Tonnen beweist. Eine lange Liste fundamentaler Neuerungen im Produktionsprozeß führte bei relativ konstantem Preisniveau zu Gewinnen, die jede Ausdehnung des Bankkredits schnell konsolidierten – wie es denn m.E. nicht viel Sinn hat, von einer Kreditinflation der Warensphäre in dieser Zeit zu sprechen: Die Scheckdepositen außerhalb New York¹, auf die es hier ankommt, nahmen im wesentlichen durchschnittlich proportional zum physischen Sozialprodukt zu, also so wie sie sollen, mitunter etwas mehr, mitunter etwas weniger: zweifellos ein Erfolg der Politik der open market operations. Insoweit war kaum mehr zu befürchten als das schließliche Eintreten einer normalen Depression infolge Erschöpfung der Expansionsmöglichkeiten der den Aufschwung tragenden Industrien, vor allem der Automobilindustrie. Dieser verhältnismäßig stabile Prozeß rollte freilich auf einem Niveau der Wirtschaftswerte ab, das rein zufällig eben jenes war, das gerade herrschte, als die an den Namen von Benjamin Strong geknüpfte kreditpolitische Praxis wirksam zu werden begann: Die in der Tat nicht großen Schwankungen, z.B. des Preisniveaus, dessen Jahresziffern zwischen 1921 und 1929 (Großhandelsziffern) nur um 8,5% variierten, spielten sich auf einem Durchschnitt ab, der etwa 41% über dem Index von 1913 lag, welcher Ziffer als solcher natürlich gar keine besonderen Tugenden zukamen und welche nur eine völlige Herauslösung der Vereinigten Staaten aus aller internationaler Verflechtung oder wenigstens ein völliges Abrücken vom Goldmechanismus auf die Dauer haltbar gemacht hätte. Die andere Gefahr drohte von der »Konsumkonjunktur«, die sich der eben erwähnten »echten« Konjunktur überlagerte. Die bekannte Politik tunlichst hoher Löhne in einem großen Sektor der amerikanischen Volkswirtschaft, die Expansion der öffentlichen Ausgaben im Vergleich zur Vorkriegszeit und das Überfließen der Gewinne der Börsenspekulation in die Einkommenssphäre – das sind die wichtigsten Quellen, die sie speisten. Wie sehr dieses Moment unentbehrlich ist für das Verständnis des Ablaufs und des Zusammenbruchs der »größten Prosperität der Weltgeschichte«, sieht man schon daraus, daß unter dieser

¹ Der Ausschluß von New York ist ein rohes Mittel, den Einfluß der Börsenoperationen auf die entscheidenden Ziffern auszuschalten

Oberfläche keineswegs alles in Ordnung war, vielmehr sich während der ganzen Zeit die Arbeitslosigkeit auf einer abnorm hohen Stufe hielt und eine Reihe von Wirtschaftszweigen, darunter Landwirtschaft, Kohle, Schiffsbau nichts weniger als florierte.

III.

Ist also das, was seit dem November 1929 passiert ist, als eine die Formen einer Katastrophe annehmende Anpassung nicht bloß an die Resultate des vorhergehenden Aufschwungs zu werten, sondern auch an ein neues Niveau, von welchem aus künftig Aufschwungs- und Depressionssymptome zu rechnen sein werden, so kann es um so weniger Aufgabe der Kreditpolitik sein, diesen Prozeß rückgängig zu machen, als in dem Augenblick, in welchem Kreditpolitik dieses Typus verlangt zu werden begann, die Opfer des Anpassungsprozesses zum größten Teil schon gebracht waren. Damit erledigt sich vor allem die mit Recht abgelehnte Goldsborough Bill¹ sowie der Vorschlag, einfach den Notenumlauf der Nationalbanken zu erhöhen (Nr. 1 und 2 der Liste der verworfenen Vorschläge im eingangs zitierten Artikel). Den Kredit auszuweiten, wenn von sich aus das Geschäftsleben schrumpft, ist genau so vernünftig, wie die Kleider eines abmagernden Patienten weiter zu machen in der Hoffnung, daß er dann wieder fatter werden wird. Kaufkraftinjektion auf der Konsumseite hingegen ist natürlich immer wirksam und kann stets die Scheinprosperität der Inflation erzeugen. Aber über diese Möglichkeit ist wohl kein Wort vonnöten.

Was also kann die Kreditpolitik in dieser Lage tun? Im wesentlichen drei Dinge: Einmal kann sie Symptome lindern und momentane Leiden, die als unerträglich empfunden werden. Das geschieht am einfachsten dadurch, daß im Geschäftsleben freigesetzte Mittel in die Hände von Staat und Gemeinden übergeleitet werden, deren Ausgaben die ausfallenden privaten dann zum Teil ersetzen. Zweitens kann sie zu verhindern suchen, daß aus währungs- und kredittechnischen Gründen Paniken, Zusammenbrüche und Verluste entstehen, die das Unvermeidliche schlimmer machen, als es sein müßte. Vor allem aber kann sie drittens, und das ist ihre weitaus wichtigste Leistung, das Kreditsystem selbst in Ordnung halten. Ich meine, daß nicht geleugnet werden kann, daß, was in Amerika bisher tatsächlich geschehen ist, sich durch richtige Erkenntnis dieser Ziele und der Grenzen ihrer Möglichkeiten und in der Durchführung durch Maß und Takt auszeichnet. Zu jener spezifisch amerikanischen Virulenz jeder Krise, der abnormal hohen Ansteckungsgefahr, die in Amerika von jedem Krisenherd ausgeht, trat im vorliegenden Fall

¹ Insofern stimme ich also im Resultat mit B. M. Anderson überein (vgl. D V v. 17. Juni d. J.). Aber es ist nicht überflüssig zu betonen, daß ich von einer etwas anderen theoretischen Basis aus spreche. Seine Ausführungen über die Quantitätstheorie (der *gegen* sie angeführte John St. Mill war gleichwohl Vertreter einer verfeinerten Quantitätstheorie) würde ich nicht unterschreiben. Hier ist jedoch nur wesentlich, daß mir, in teilweisem Zusammenhang damit, die Politik der Stabilisierung des Preisniveaus im Sinne einer Elimination des Fonds, d.h. eines Konstanthaltens des *langfristigen* Niveaus, von Anderson und vielen andern (v. Mises z.B.) viel zu ungünstig beurteilt zu werden scheint. *Dieses* Ziel ist erreichbar und, wenn auch nicht krisentherapeutisch (wie Fisher u.a. glauben), so doch in anderer Beziehung bedeutsam.

die Gefahr, daß der Eindruck eines holprigen Verlaufs der unvermeidlichen Abwanderung fremder Guthaben, die ein so wichtiges Element in der technischen Situation des amerikanischen Geldmarkts bildeten, aus dem Mißtrauen gegen die *Banken* ein Mißtrauen gegen den *Dollar* machen könnte. Die Glass-Steagall Bill (über ihren Inhalt vgl. die beiden eingangs zitierten Artikel) hat *auch* die Liquidität des Bankwesens wesentlich verbessert und der Bankerottepidemie unter den Banken entgegengewirkt, vor allem aber den Weg gebahnt, auf dem die fremden Guthaben verhältnismäßig glatt ihren Rückzug antreten konnten. Vorher konnten nämlich die Federal Reserve Banks den Anforderungen eines Goldabflusses nach dem Ausland oder eines Abflusses gesetzlichen Geldes in private Kassen im Inland vermittelt des Ankaufs von Government securities nur innerhalb der Grenzen des sog. freien Goldvorrats¹ genügen, ohne die Verschuldung der Mitgliedbanken zu erhöhen, was eine überflüssige Kreditkontraktion mit allen ihren Folgen bewirken müßte: Da jetzt unter gewissen Voraussetzungen Obligationen des Bundes als teilweise Unterlage der Federal Reserve Noten verwendet werden können, ist dieses Stück Mechanismus ausgeschaltet und das Kreditsystem von einem unter Umständen sogar politisch fühlbaren Druck befreit.

Beseitigt diese Maßregel aber auf der einen Seite eine mögliche Quelle von Währungspanik, so tut sich natürlich auf der andern Seite eine neue auf. Kautelen aller Art, vor allem die zeitliche Begrenzung der Geltung dieses Abschnittes der Bill, sollen ihr entgegenwirken. Vor allem wird in diesem Zusammenhang der Standpunkt des Präsidenten verständlich, daß Herstellung eines Budgetgleichgewichts Voraussetzung für ausgreifende Hilfsaktionen sei. An sich sind Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen mitten in einer Krise natürlich sinnwidrig. Aber die Rücksicht auf die im wahrsten Sinn unberechenbaren Konsequenzen, die eine Erschütterung des Glaubens an die finanzielle Solidität des Bundes und eine Währungspanik haben müßte, läßt beides in anderem Licht erscheinen, zumal das talentlose und demagogische Greifen nach einer Einkommensteuer von in den höchsten Stufen absurder Höhe nicht der Regierung zur Last fällt. Auf den wenigstens der Absicht nach unerschütterlichen Säulen der Bankreform und des Budgetausgleichs baut sich der – allerdings zeitlich vorher konstruierte – Bogen der Reconstruction Finance Corporation auf, deren bisherige Praxis soweit ersichtlich in beruhigendem Gegensatz zu der »antideflationistischen« und eigentlich inflationistischen Phraseologie steht, mit der sie begründet wird, in der Öffentlichkeit begrüßt wurde. In ihr sollen sich der Idee nach alle als Notstandsaktionen *eingestanden* Kreditgewährungen konzentrieren, während das Federal Reserve System grundsätzlich höchstens über technische Schwierigkeiten »helfen«, sonst aber nur geschäftlich normale Kreditgewährungen ermöglichen soll. Die Beziehung zwischen beiden Instanzen und der Mechanismus ihres Zusammenwirkens liegt natürlich

¹ »Freies Gold« = Gesamte Goldreserve des Systems – Notendeckung (welche ihrerseits gleich ist der Gesamtsumme der vom Federal Reserve Agent an die Federal Reserve Bank ausgegebenen Noten *weniger* der zur Deckung zugelassenen Diskonte und Akzepte; die 40%, zu denen die *zirkulierenden* Noten in Gold gedeckt sein müssen, sind tatsächlich darin begriffen und brauchen nicht nochmals in Anschlag gebracht zu werden) – Depositionendeckung (35%) – resumption fund. Wie von Haberler a.a.O. auseinandergesetzt, wird der Maximalbetrag, bis zu welchem das System Noten oder Reserven schaffen kann, durch das neue Gesetz nicht berührt, sondern nur die Art und Weise, in der die Kreditausweitung innerhalb dieser Grenzen bewerkstelligt werden kann.

darin, daß die vom Federal Reserve System neugeschaffenen Kreditmöglichkeiten die Staatseinlagen und die Bonds der Corporation finanzieren. Zunächst hat diese sich im wesentlichen auf das Flottmachen von Banken und Eisenbahnen beschränkt. Was davon zu halten ist, hängt von dem künftigen Wert der Aktiven dieser letzteren ab, worüber vorläufig kein Urteil möglich ist. Dazu tritt jetzt, da sich der Plan des Präsidenten gegenüber den weitergehenden Vorschlägen des Demokratenführers im Repräsentantenhaus durchsetzt (vgl. über die Garner-Bill den zit. Art. von Katona, ferner die Glosse: »Amerikanische Krise und Wahlkampf« im D V vom 15. Juli), Kreditgewährung an die Einzelstaaten und für öffentliche Bauten usw., wobei das Kriterium der Rentabilität zum Sprachrohr der wirtschaftlichen Vernunft gemacht wird. Selbst erhebliche Fehler im einzelnen würden im gegenwärtig möglichen Rahmen nicht ausreichen, diesen Apparat seiner schmerzlindernden und wertkonservierenden Wirkung zu berauben, oder zu einer Quelle der Gefahr für den Dollar zu machen. Der Bond-Pool ergänzt die Sache nach der Börsenseite hin und wendet eine Konstruktion ab, die durch Mißbrauch gewiß zum Unsinn werden kann, die aber an sich durchaus vernünftig gedacht ist und die Schranke gegen ungesunde »Ankurbelungsversuche« und Verlustsozialisierungen im wesentlichen richtig zieht.

Nun ist es das wesentliche Ereignis des abgelaufenen Monats gewesen, daß die *Rückwanderung der fremden Guthaben zum Abschluß kam*, d. h. daß nunmehr die kurzfristigen Fremdkapitalien in den Vereinigten Staaten erheblich geringer sind als die im Ausland verwendeten amerikanischen Fonds. Und die Mitgliedbanken fühlten die Wirkung des Goldabflusses von Anfang Juni so wenig, daß sie fortfuhren, erhebliche Überschußreserven zu haben. Damit ist auch die Kreditpolitik weitgehend gerechtfertigt, der dieser große Erfolg zugeschrieben werden darf. Als dann die Geldanforderungen für innere Zirkulation Ende Juni übersaisonal stiegen als Folge des Zusammenbruchs einer Anzahl kleiner Banken in der Umgebung von Chicago, zeigte sich der Geldmarkt von New York der Beanspruchung ohne Schwierigkeit gewachsen und die New Yorker Banken behielten auch in jenen Tagen noch Überschußreserven. Das aber beweist ziemlich viel. Wenn man bedenkt, daß außerdem sich die New Yorker Börsenkredite von fast dreieinhalb Milliarden Dollars zu Anfang 1930 auf weniger als 400 Millionen gesenkt haben, daß die Exzesse der Terrainspekulation (Miami usw.) größtenteils liquidiert, daß die Scheckdepósitos¹ auf einem Niveau gelandet sind, das tief unter dem von 1927 liegt, so kann man sich unmöglich dem Eindruck entziehen, daß wir einen sehr weit vorgeschrittenen Genesungsprozeß vor uns haben – mag das auch wenig bedeuten gegenüber allen inneren und äußeren Gefahrmomenten, die ihn aufhalten oder auch das schon Erreichte vernichten können.

¹ Darauf ist großer Wert zu legen, weil die Bewegung dieser Ziffer das entscheidende Kriterium dafür ist, ob der Anpassungsprozeß fortschreitet oder inflatorisch gehemmt wird. In ihr kommt vor allem die zu Kaufkraft gewordene *Kreditmöglichkeit* zum Ausdruck.

Joseph Schumpeter

Geist und Technik der Finanzverwaltung¹

Mit Recht bewundert man in Frankreich und in der ganzen Welt die finanzpolitische Leistung des Kabinetts Poincare. Wenn man sich aber fragt, worin sie eigentlich besteht und worauf ihr zweifelloser Erfolg beruht, so fällt die Antwort auf den ersten Blick enttäuschend aus: Wir finden darin keinen neuen Einfall – im Gegenteil nur alte finanzpolitische Ladenhüter aus verstaubten Rüstkammern. Nichts deutet auf weiterreichende Gesichtspunkte oder tiefergehende Einsichten – besonders die währungspolitischen Äußerungen des führenden Mannes lesen sich so, wie wenn, ganz zu schweigen vom Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis, die Praxis des letzten Jahrzehnts für ihn nicht vorhanden wäre. Mehr als das noch – es fehlt überhaupt eine jede besondere »Aktion«, jedes einheitliche Ganze von Sanierungsmaßnahmen, möglicherweise sogar ein klar erkanntes Ziel. Wenn wir trotzdem eine Meisterleistung vor uns haben – worin besteht sie? Weshalb war kaum vierzehn Tage nach dem Regierungsantritt Poincares die Situation gerettet, die vorher verzweifelt schien, während sich doch sachlich so gut wie nichts geändert hatte? Einfach infolge der *Haltung*, die Poincare einnahm und durchsetzte und die gleichsam zu sagen schien: »Ich tue euch nichts, und ich habe die Macht, euch vor Überraschungen und radikalen Plänen zu schützen.« Die politische Leistung, die darin lag, war zunächst eine Leistung moralischen Mutes – des Mutes, sich zu einer Politik zu bekennen, die in der heißen Temperatur der Stunde, in welcher Paris vor einer Revolution zu stehen schien, notwendig unpopulär sein mußte –, sodann eine Leistung parlamentarischer Autorität und Taktik, kraft deren Kammer, Paris und ganz Frankreich ihm das *glaubte*. Und weil in jeder Inflationskrise die Furcht vor weiterer Inflation nur *eine* Seite der Sache ist und oft zurücktritt hinter einer anderen, nämlich der Furcht vor brutalen Maßnahmen der Inflationsbekämpfung, so schlug die Stimmung sofort um, und wie man einige Tage vorher nur die dunklen Punkte gesehen hatte, so sah man jetzt auf einmal nur die lichten. Mehr aber war nicht nötig, um den sich stetig verschärfenden Zirkel von Inflation und Kapitalflucht zu zerbrechen und die schon vorher durchgesetzten Erhöhungen der Staatseinnahmen sich auswirken zu lassen. Was dieses Beispiel zeigen soll, ließe sich in entgegengesetzter Richtung ebensogut an einem anderen, weniger erfreulichen, zeigen, an dem Mißerfolg unserer Finanzpolitik in der Ära Erzberger: Die Lage war damals schlimm, aber nicht hoffnungslos. Die Maßnahmen, die tatsächlich ergriffen wurden, waren nicht einfach unzulänglich und können, wenn man sie mit der nationalen Notlage zusammenhält und als temporär auffaßt, nicht als unerträglich bezeichnet werden. Woran lag es also, daß sie so ganz versagten und den Zusammenbruch der Mark einleiteten? Wiederum nur an der Haltung, an dem Ton der Finanzpolitik, an dem drohend erhobenen Knüppel, von dem Panik ausging und die Lösung: Rette sich, wer kann.

So sehr ist Finanzpolitik Sache politischer und sozialer Psychologie, so sehr kann ihr Erfolg oder Mißerfolg von ihrem Geist abhängen, von ihrem Geist als solchem, der Gesinnung, in der sie gemacht und aufgefaßt wird, ganz unabhängig von ihrem konkreten Inhalt, der eben wegen der Verschiedenheit des Fluidums, von dem er jeweils umgeben ist, oft auch sachlich ganz verschieden wirken kann, ganz verschiedene wirtschaftliche Wirkungen erzeugt. Wenn zwei

¹ Quelle: Der deutsche Volkswirt, Bd. 1, 1926/1927, S. 1028-1031; d. H.

Regierungen ganz dasselbe wollen, auch dieses gemeinsame Ziel mit ganz denselben Maßregeln erreichen wollen, so kann zwischen ihrem Vorgehen noch immer der ganze Unterschied liegen, der zwischen waidgerechtem und unwaidmäßigem Vorgehen zweier Jäger liegt. Nun tritt ja die Bedeutung dieses Moments nicht immer so scharf hervor, wie an jenen Peripetien des finanzpolitischen Dramas, aus welchen wir unsere beiden Beispiele wählten. Aber niemals fehlt es, wenn-gleich das, was in solchen historischen Stunden über finanzpolitisches Schicksal entscheiden kann, sich in normalen Zeiten nur am Fehlen oder Vorhandensein von Reibung, Verstimmung, Lähmung, Kraftverlust, Gefühl der Unerträglichkeit der Zustände usw. erweist. Diese Dinge sind einerseits vermeidbar, andererseits keineswegs gleichgültig – sie beeinflussen den finanzpolitischen Erfolg und besonders die steuerliche Leistungsfähigkeit sehr wesentlich –, und deshalb verdient die *finanzpolitische Psychotechnik* mehr Aufmerksamkeit als ihr zuteil wird.

Jedermann weiß, daß jenes geheimnisvolle Wesen, welches der Jurist »Gesetzgeber« zu nennen pflegt, keineswegs Beliebiges gebieten und verbieten kann. Das Gesetz entsteht auf dem Schreibtisch des Fachmanns und im Parteienkampf des Reichstags, aber das lebendige Recht, das wirklich gilt, in der Praxis des Alltags. Jede Politik und jede einzelne Gesetzgebungsmaßregel, in der sie sich verkörpert, wirkt nur dann und nur so, wenn und wie sie sich dem jeweils gegebenen sozialen Zustand einpaßt und in das Rechtsbewußtsein aller Betroffenen einsenkt. Der moderne Staat hat im allgemeinen die Organe nicht oder *noch* nicht, um alle einzelnen Staatsbürger direkt zu führen oder zu zwingen. Im allgemeinen kann er also nur das verbieten, was die Staatsbürger normalerweise, sei es von selbst, nicht tun, sei es auf Grund des ihnen einleuchtenden Verbots zu unterlassen geneigt sind, so daß das Staatsorgan in seinem Kampf gegen abweichendes Verhalten immer nur Ausnahmefällen gegenübersteht, denen es gewachsen ist. Nur darauf beruht beispielsweise die tatsächliche Wirksamkeit der meisten strafgesetzlichen Bestimmungen – würde private Tötung von Menschen zur normalen Praxis des Lebens gehören, so wäre das gesetzliche Verbot wirkungslos, wie es z. B. das Duellverbot tatsächlich lange Zeit war. In diesen Sätzen liegen wesentliche Schwierigkeiten der Finanzpolitik und der finanzpolitischen Gesetzgebung und Verwaltung beschlossen: Unsere Gesellschaftsordnung ist zwar in Umbildung begriffen. Aber noch immer weist sie grundsätzlich die Wirtschaft der privaten Sphäre und der privaten Initiative zu. Es wird also nach privaten Gesichtspunkten für private Zwecke geschaffen und erworben – niemand sagt sich: »Ich mache dieses Geschäft, ich leiste jene Arbeit für die Bedürfnisse der Gesamtheit.« Daher ist in dieser Gesellschaftsform jede finanzpolitische Maßregel ein Eingriff, der nicht nur subjektiv schmerzt, sondern auch objektiv immer irgendwelchen Schaden anrichtet. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit eine ablehnende Haltung des Staatsbürgers gegenüber der Steuerleistung, eine Haltung, die der Logik der sozialen Situation entspricht und deshalb anders behandelt werden muß als andere antistaatliche Haltungen, deren Wesen darin liegt, daß sie der Logik der sozialen Situation nicht entsprechen – eben jene Haltungen, die den »Verbrecher« ausmachen. Einsicht in soziale und nationale Notwendigkeiten, Gewohnheit, Erziehung können diese Haltung verändern. Der gewohnten und im gewohnten Ausmaß auftretenden Steuerforderung und auch der ungewohnten, aber als notwendig und temporär begriffenen Mehrleistung gegenüber gibt es beim normalen Staatsbürger eines kultivierten Landes keine »Steuerscheu«. Aber darüber hinaus geht das *Rechtsbewußtsein* der Leute nicht mit, sie haben das Gefühl, daß ihnen Unrecht geschieht, und

setzen sich zur Wehr, auch ehe jener Punkt erreicht wird, an dem die Steuerforderung der privatwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung ihren Sinn und ihre treibende Kraft nimmt. Das ist die *eine* Schwierigkeit jeder und besonders der modernen Finanzpolitik. Das falscheste, was man ihr gegenüber tun kann, ist natürlich jenes Wettern über mangelnde Steuerfreudigkeit und jenes Dreinfahren mit Schikanen und Strafbestimmungen, jenes Drohen mit immer neuen Steuerplänen, jene Gewohnheit, in jedem Zensiten von vornherein einen Steuerhinterzieher zu sehen, kurz alles das, was vielfach so beliebt ist. Und damit kommen wir zur zweiten Schwierigkeit: Während der moderne Mensch auf allen anderen Gebieten durchaus geneigt ist, einen solchen Sachverhalt psychologisch richtig, d.h. verständnisvoll und schonend zu behandeln, während er sich sogar mehr und mehr bemüht, auch dem Verbrecher im oben erwähnten Sinn entgegenzukommen, so ist das anders auf unserm Gebiet, weil das System der kapitalistischen Wirtschaft vom moralischen Bewußtsein der Gegenwart nur unvollkommen rezipiert wird. Nicht nur der Sozialist, auch der Kleinbürger und der Intellektuelle, der Bauer und vielfach auch der Grundbesitzer feudaler Herkunft, oft sogar der Bürger selbst, lehnen es innerlich ab und mißbilligen kapitalistischen Erfolg grundsätzlich. Jedes Argument, das mit Hinweisen auf kapitalistische Lebensnotwendigkeiten arbeitet, wirkt nur auf den Verstand und nicht auf das Gefühl, d. h. also, in der Regel gar nicht. Hier fehlt demnach die Einheitlichkeit des Rechtsbewußtseins, hier ist ein Kampfplatz verschiedener sozialer Welten, und hier kann sich eine psychische Situation ergeben wie zwischen Verfolger und Verfolgtem. Das löst Widerstände aus, welche sich nicht aus dem, was *geschieht*, sondern nur aus dem, was *befürchtet* wird, erklären, das macht einen Aufwand und einen Verwaltungsapparat nötig, der an sich und noch mehr durch die Schutzmaßnahmen, welche die Betroffenen gegen ihn ergreifen, einen ungeheueren nationalen Verlust an Arbeitsleistung bedeutet, und das mehr als irgendetwas anderes zeugt jenes Gefühl der Unerträglichkeit, das der deutsche Steuerzahler zweifellos hat und das in der Höhe der Steuerleistung selbst nur an einzelnen Stellen unseres Steuersystems sachlich begründet ist. Mag man es noch so sehr bedauern – es ist nicht anders: Der Weg zum finanzpolitischen Erfolg führt, wie überall, so auch bei uns, über das gutwillige Mittun der Interessen, die sich steuerpolitisch gefährdet fühlen. Nur so können sie zu den Leistungen erzogen werden, die ihnen ja doch für alle Zukunft zugemutet werden müssen, und nur so können die Reibungen, in denen soviel gute Kraft vergeudet wird, auf das stets unvermeidliche Minimum reduziert werden. Fortschreitende soziale Beruhigung erleichtert diese Aufgabe. Ebenso wird fortschreitende ökonomische Kenntnis und Einsicht schließlich auch den Politiker und weitere Kreise die im Grund so banale Wahrheit lehren, welche ihnen heute noch so wenig zusagt: Daß man *finanzpolitisch* nichts Wesentliches an der heutigen Gesellschaftsordnung ändern kann und daß daher die Finanzpolitik eine innerkapitalistische Angelegenheit ist – , daß die Steuer nur ein Reflex der kapitalistischen Lebensform ist, nur in ihrem Bezirk einen Sinn hat und nur in ihrem Geist und im Sinn ihrer Notwendigkeiten gehandhabt werden kann.

Seit 1925 weist ja der finanzpolitische Zug der Zeit in diese Richtung. Auch wir werden die Kunst der Finanzpolitik lernen und schließlich ein neues Finanzsystem bauen. Doch darf man über dieser großen Aufgabe drei Dinge nicht vergessen, die in der Liste der Prinzipienfragen nicht vorkommen und doch praktisch sehr wichtig sind. Da ist zuerst die Mentalität der Organe der Finanzverwaltung, die geistige Haltung, in der sie an ihre Aufgabe und an den Steuerpflichtigen herantreten. Alte, großenteils sehr gute Tradition – wenngleich in diesem Zweig verwässert durch die große Zahl der Neueinstellungen –, der antikapitalistische Radikalismus des

Mittelständlers unserer Zeit, sehr viel guter Wille und vielfache Unzulänglichkeit der Ausbildung, die in den Zeitumständen begründet ist und nur nach und nach besser werden kann, bilden die eine Komponente dieser Haltung, die unter Berücksichtigung der Aufgabe, vor die sich der einzelne gestellt sieht, im großen und ganzen nicht als unbefriedigend bezeichnet werden kann. Die andere Komponente wurzelt in der Tatsache, daß der Finanzbeamte Richter und Staatsanwalt in einer Person ist, richtiger gesagt, ein Staatsanwalt, der den Prozeß vorläufig entscheiden kann und dem der ja nicht fehlende Richter erst in praktisch sehr fühlbarem Abstand folgt, sogar der Anwalt eines Staatsinteresses, das nicht wie im Falle des Staatsanwalts dem Inhalt des Spruches neutral gegenübersteht, sondern eben auf das Konstatieren einer Steuerschuld hinweist. Keine Rechtsregel, keine Instruktion, auch nicht eigener bester Wille des Beamten kann gegen diesen Sachverhalt aufkommen und verhindern, daß der Steuerpflichtige von vornherein eine Abwehrstellung einnimmt. Das war früher viel weniger fühlbar. Erst die heutige Höhe der Steuersätze, welche die Steuerleistung zur weitaus größten Ausgabe und die Entscheidung über ihr Ausmaß oft zum wichtigsten Ereignis des Wirtschaftsjahres macht, läßt als Übelstand erscheinen, was früher zwar auch nicht ein ideales, aber ganz praktisches Arrangement war. Hier kann nur *vollständige* Übernahme der Grundsätze des Zivilprozesses helfen und *weitgehender* Verzicht auf die Privilegien des Fiskus. Aber zur Entspannung der Situation würde es schon beitragen, wenn mit dem Prinzip gebrochen würde, daß der Einspruch des Steuerpflichtigen Fälligkeit und Eintreibbarkeit der Steuerforderung nicht hemmt. Dieses Prinzip hat nur Sinn bei relativer Geringfügigkeit der einzelnen Steuerforderung oder in Zeiten der Inflation. Alle anderen Argumente, die man gegen sein Fallenlassen anführen könnte, würden gerade so gut gegen unsere Grundsätze der privaten Rechtsdurchsetzung sprechen.

Überhaupt ist – zweitens – das ganze *verwaltungstechnische* Werkzeug, das dem Finanzbeamten in die Hand gegeben wird, ein Erbstück aus der Zeit der niedrigen Steuersätze: Wenn es von vornherein feststeht, daß die Steuerforderung keinesfalls wirtschaftlich lebenswichtige Organe verletzen kann und daß selbst die eine oder die andere Fehlentscheidung kein Unglück bedeutet, so ist zweckmäßig und gerechtfertigt, was anderenfalls als unerträgliche Bedrohung empfunden werden muß. Für die Steuersätze z.B., an die Miquel dachte, war der Rechtsschutz, den seine Gesetzgebung gewährte, mustergültig und mehr als ausreichend. Ganz derselbe Rechtsschutz, obgleich inzwischen in einigen Punkten noch verbessert, ist bei heutigen Steuersätzen ungenügend. Was zu seiner Zeit und im Rahmen seiner Zwecke geeignet war, dem Steuerzahler Vertrauen und das Gefühl zu geben, daß man seinen Nöten und Standpunkten entgegenkommen wolle, kann heute die entgegengesetzte Wirkung üben. Und der Steuerpflichtige, der zu immer neuen Methoden der Steuerabwehr getrieben wird, die er für eine notwendige Verteidigung berechtigter Interessen hält, schafft eben dadurch jene schwierigen rechtlichen und tatsächlichen Fragen, denen gegenüber der Steuerbeamte im Gefühl der Unsicherheit die Linie des geringsten Widerstandes wählt und seine Gesetze so extensiv interpretiert wie möglich, was dann den Steuerpflichtigen vollends ins Boxhorn jagt und so immer weiter. Mit dem Fortschritt der in manchen Teilen zwar von der Kameraljurisprudenz abstammenden, zu anderen und wichtigeren Teilen aber erst in langsamer Entwicklung begriffenen Wissenschaft des Finanzrechts und mit der fortschreitenden Einarbeitung der neuen Beamten wird das alles ja besser werden. Auch arbeitet die Praxis unablässig an der Ausbildung kraftsparender Verfahrensarten: Das tut sowohl die Zentralstelle, besonders durch ihre Durchführungsbestimmungen – so hat sie z. B. auf diese Art die Anforderungen des Reichsbewertungsgesetzes in wichtigen

Punkten auf das praktisch mögliche Maß reduziert – als auch das einzelne Finanzamt, z.B. durch schematisierende Abkommen mit Gruppen von in ähnlicher Lage befindlichen Steuersubjekten, was denn auch regelmäßig den Erfolg hat, daß diesen letzteren von ihren Vertretern empfohlen wird, auf solches Entgegenkommen ebenfalls durch Entgegenkommen zu antworten und in nebensächlichen Punkten nicht auf dem Buchstaben ihres Rechtes zu bestehen. Endlich wachsen dem Organismus der Steuerverwaltung unter dem Druck der neuen, infolge der Höhe der Steuerforderungen nicht bloß graduell, sondern wesentlich anders gewordenen Aufgaben neue Organe zu, wie das Institut fachlich qualifizierter Buchprüfer und die Steuerpolizei, die nach erheblichen Tatsachen des privaten und geschäftlichen Lebens fahndet. Wie die moderne Strategie sich von der Strategie früherer Zeiten vor allem durch die Möglichkeit unterscheidet, ganze Länder effektiv zu besetzen, so kündigt sich eine Technik der Finanzverwaltung an, die nicht wie die früherer Zeiten sich im Wesentlichen darauf beschränken muß, hier und da Stichproben vorzunehmen, sondern tatsächlich das scheinbar Unmögliche unternimmt, alle die Milliarden von Akten des privaten und geschäftlichen Lebens effektiv zu überblicken. So tiefgewurzelt das Gefühl ist, das sich gegen eine solche steuerliche Durchleuchtung des ganzen Lebens sträubt, so wenig läßt sich die Konsequenz ablehnen, daß sich dieses Ziel aus der Natur unserer Art von Finanztechnik ergibt.

Aber – drittens – muß denn das wirklich so sein? Muß sich der Staatsbürger wirklich damit abfinden, daß er in Zukunft jeden Akt des privaten Lebens darauf prüfen muß, welchen Eindruck er bei einer Veranlagung nach dem Aufwand auf die Steuerbehörde machen würde? Ist es wirklich unvermeidlich, daß zwei qualifizierte Arbeiter – Zensit und Steuerbeamter – stundenlang die Frage erörtern, ob der Preis eines Anzuges, den ersterer sich machen ließ, als Repräsentationsauslage abzugsfähig ist und eventuell zu welchem Teil? Oder daß darüber gestritten wird, was noch als Reparatur und was schon als Verbesserung einer Maschine zu betrachten sei? Verurteilt sich nicht ein System, bei dem dergleichen nicht nur *vorkommt*, sondern zu dessen Wesen dergleichen gehört, nicht von selbst als eine Anwendung heute unanwendbar gewordener Gedanken und als eine Ausgeburt sozialer Ranküne, die sich solcher Dinge *freut*, statt ein Übel darin zu sehen? Wie die *Steuertechnik* den *Steuerbeamten*, so darf die *Steuerpolitik* die *Steuertechnik* nicht vor solche Aufgaben stellen. Und zu den Zielen jeder Reform, die diesen Namen überhaupt verdienen und etwas anderes sein will als die Verkleisterung eingetretener oder erwarteter Abgänge, gehört auch die Überwindung dieser Situation, die auf dem ganzen Volk lastet und deren Beseitigung neue Quellen der Energie erschließen würde. Dazu ist ein Umbau auf Grund neuer Prinzipien nötig. Aber einiges läßt sich auch durch Einzelreformen erreichen. Die schöne juristische Leistung des Reichsbewertungsgesetzes z. B. in Ehren – brauchen wir es denn überhaupt? Kann der finanzielle Erfolg der Vermögenssteuer nicht einfacher durch entsprechende Vorbelastung des fundierten Einkommens erzielt werden – wobei es nur ein Vorteil ist, daß ertragloses Vermögen dabei ausscheidet? Wären die landesrechtlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern nicht besser ausschließlich auf den Ertrag zu gründen, wohin die Praxis ja ohnedies drängt? Und rechtfertigt das Interesse einer Erbschaftssteuer, die sich in den für Deutschland in Betracht kommenden Grenzen hält, dieses Bauwerk?

Zu wirklicher Beseitigung des Übels ist freilich viel mehr nötig. Vor allem müssen Öffentlichkeit und Fachwelt für die Erkenntnis gewonnen werden, daß die Grundsätze der Einkommensteuer heute ebenso unzulänglich und veraltet sind, wie es die Grundsätze der Objektsteuern vor dreißig Jahren waren, an denen die Fachleute der meisten Länder seinerzeit ebenso über

Gebühr festhielten wie heute an der Einkommensteuer. Auf diesem Weg verläßt uns auch das früher so lehrreiche Beispiel von England: Noch dem Colwyn report fällt nichts anderes ein als Einkommen- und Erbschaftsbesteuerung. Das ist aber heute die Finanzpolitik eines augenfällig niedergehenden – wenngleich mit Grazie und Weisheit niedergehenden - Volkes. Liegt die Sache bei uns nicht anders?